Montag, 17. Februar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 40 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Neue Heimat: Insgesamt rund 400 000 Mark an die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und an die Parteien in Nordrhein-Westfalen hat der gewerkschaftseigene Baukonzern in den 70er Jahren gezahlt. Dies bestätigte der Geschäftsführer der Neuen Heimat in NRW, Goldmann, im Westdeutschen Rundfunk. (S. 10)

Hamburg: Knapp neun Monate vor der Bürgerschaftswahl am 9. November hat der Landesparteitag der CDU den Bundestagsabgeordneten Jürgen Echternach als Vorsitzenden für zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Echternach erhielt 174 von 231 gültigen Stimmen.

Affäre Antes: Die Diskussion über einen möglichen Rücktritt von Umweltsenator Vetter (FDP) bringt auch die Berliner CDU in Zugzwang. In Bonner Unionskreisen werden Justiz- und Bundessenator Rupert Scholz sowie der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, ins Spiel gebracht, sollte auch der Regierende Bürgermeister Diepgen in Rücktrittsüberlegungen einbezogen werden. (S. 4)

Duvalier: Washington hat dem nach Frankreich geflohenen Präsidenten Haitis die Einreise verweigert. Seine für gestern angekündigte Abreise nach New York wurde abgesagt, weil die USA ihm kein Visum erteilt hatten.

Moskau: Wegen schlechter Service-Leistungen der staatlichen Fluggesellschaft Aeroflot ist der Minister für Zivilluftfahrt, Bugajew, jetzt zum zweiten Mal innerhalb einer Woche öffentlich kritisiert worden. In der Zeitung „Wosduschny transport" (Luftverkehr) wurden ihm zahlreiche Fälle von Trunkenheit im Dienst und Verstöße gegen die technischen Vorschriften angelastet.

Ägypten: Erstmals seit zwölf Jahren ist der ägyptische Journalist Heikal wieder mit einem Leitartikel in der Wochenzeitung „Achbar el Jom" an die Öffentlichkeit getreten, in dem er sich kritisch mit den Innen- und Außenpolitik von Präsident Mubarak beschäftigt. 1974 hatte Präsident Sadat die Veröffentlichung der Artikel Heikals verboten, weil dieser die Versöhnungspolitik gegenüber Israel bekämpfte.

Exklusiv in der WELT

PLÄDOYER FÜR DIE BERUFSTÄTIGE FRAU

Die Frauen dürfen es sich nach Auffassung von Familienministerin Rita Süssmuth nicht zu leicht machen. Wer sich als Frau auf die Politik einläßt, dürfe nicht davon ausgehen, daß man auf sie gewartet habe. Auch die Frau müsse sich erst als sachkompetent und durchsetzungsfähig erweisen. In einem Beitrag für die WELT wehrt sich Frau Süssmuth gleichzeitig gegen die Diskriminierung der erwerbstätigen Frau als „schlechte Mutter" und gegen das „Gerede von den Doppelverdienern". Seite 5

SPANNUNGSFELD NORDAFRIKA

Mit Spannung blicken politische Beobachter auf den Maghreb – nicht nur weil Khadhafi dort für Unruhe sorgt. Offen ist auch die Frage nach der Stabilität der beiden prowestlichen Staaten Marokko und Tunesien. Beide Länder werden von starken Persönlichkeiten beherrscht. Die Autorität von König Hassan II. und Habib Bourguiba ist so groß, daß viele dort ein Machtvakuum fürchten, wenn diese Autorität einmal fehlen wird. Dies ist vor allem in Tunis ein aktuelles Problem. Seite 3

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung sind in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit deutlich besser als anderswo in Europa. Dies erklärte Wirtschaftsminister Bangemann vor dem französischen Industrieverband in Paris. (S. 11)

US-Aktien: Ein spektakuläres Schauspiel bieten derzeit die amerikanischen Aktienmärkte. Die Rekorde purzeln weiter. In der vergangenen Woche hat der Dow-Jones-Industrie-Index gleich drei aufgestellt; am Freitag schoß er noch einmal um 19,38 auf 1664,45 Punkte. (S. 11)

Werkzeugmaschinen: Das Vordringen Japans an die erste Stelle auf dem Weltmarkt wird in der Branche als alarmierend für den deutschen Werkzeugmaschinenbau angesehen. 1985 haben die deutschen Hersteller mit einer Jahresproduktion im Wert von rund 13 Milliarden Mark an zweiter Stelle hinter Japan (16 Milliarden) und vor den USA (7 Milliarden) gelegen. (S. 11)

KULTUR

Theater: Den Text des neuen Stückes von Botho Strauß hatte man bis zur Uraufführung in der Berliner Schaubühne gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Doch Luc Bondys Inszenierung von „Die Fremdenführerin", nachdem sie dem Premierenpublikum endlich offengelegt wurde, war als vorwiegend langweilend empfunden worden. (S. 17)

Oper: In der Folge von Mozart-Opern haben Dirigent Nikolaus Harnoncourt und Regisseur Jean-Pierre Ponnelle jetzt in Zürich „Cosi fan tutte" auf die Bühne gebracht. Dabei gelingt es Harnoncourt, auch diesen späten Mozart, in dem man kaum noch neue musikalische Erfahrungen vermutet, viel frischer, bewußter, vielsagender klingen zu lassen. (S. 17)

SPORT

Tischtennis: Bei den internationalen deutschen Meisterschaften in Karlsruhe verlor Olga Nemes (Saarbrücken) im Finale gegen die Sowjetrussin Fliuria Bulatowa 0:3. (S. 15)

Volleyball: Im Europapokal der Pokalsieger in Ankara unterlagen die Damen des SV Lohhof der sowjetischen Mannschaft von Swerdlowsk mit 0:3 und wurden Zweite. (S. 16)

AUS ALLER WELT

„Challenger": Die Nasa hat „möglicherweise einen Irrtum" begangen, als sie am 28. Januar den Start der Raumfähre freigab. Das gab die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in Washington bekannt. Die Kommission hat die Nasa aufgefordert, bei deren Untersuchungen niemanden zu beteiligen, der bei dem „Challenger"-Start in verantwortlicher Stellung war. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig, meist niederschlagsfrei. Minus 3 bis plus 2 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Metall sieht in den Grünen Bundesgenossen im 116-Streit

Vorstandsmitglied Janßen setzt auf „Schulterschluß" / Konflikt im DGB

DW. Bonn

Der von stürmischem Beifall begleitete Auftritt des IG Metall-Vorstandsmitglieds Hans Janßen auf dem Parteitag der Grünen in Hagen signalisiert, daß zumindest der radikale Gewerkschaftsflügel im Kampf gegen die Präzisierung des Streikgeldparagraphen 116 auf eine Art Einheitsfront aus Grünen, SPD und Gewerkschaftern setzt. Janßen forderte die Grünen auf, Seite an Seite mit den Gewerkschaften für die „Erhaltung der Streikfähigkeit" einzutreten. Streik sei „die einzige Sprache, die dieses reaktionäre und konservative Politikerlager versteht".

Die aufsehenerregende Annäherung hatte Sozialdemokrat Janßen mit dem bislang als SPD-feindlich eingeschätzten ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Eckhard Stratmann zustandegebracht. Auf Stratmanns Einladung hin und mit Rückendeckung seines Vorstandes reiste der IG-Metall-Spitzenfunktionär nach Hagen und verkündete dort das Ende der bisherigen Strategie, die Grünen wegen ihrer arbeitsplatzfeindlichen Politik nicht als Mitstreiter zu akzeptieren.

Janßen nannte die Grünen nun „Bundesgenossen" im Kampf gegen die „Aushöhlung des Streikrechts". Selbst die Vokabel vom „Schulterschluß" könne er „billigend in Kauf nehmen", räumte er später vor Journalisten ein. Seine Begründung: Die Grünen hätten sich stark gewandelt und ihre totale Verweigerungshaltung weitgehend aufgegeben. Er könne anderen Gewerkschaftsvertretern

SEITEN 4 UND 8:
Weitere Berichte

nur empfehlen, auch auf grünen Veranstaltungen zu sprechen.

Als Sozialdemokrat strebe er, Janßen, natürlich eine von der SPD allein gestellte Bundesregierung an. Werde dieses Ziel aber nicht erreicht, so sei ihm „eine Konstellation nach hessischem Vorbild" lieber als das Weiterregieren der bisherigen Koalition. Der IG-Metall-Funktionär gab noch eine andere Begründung für den Abbau von „Berührungsängsten": Auch die Gewerkschaften hätten gelernt, daß sie die ökologischen Probleme nicht hintanstellen könnten. „Daß wir uns immer noch mehr Autos nicht leisten können, das sage ich auch den VW-Arbeitern in Wolfsburg."

Grünen-Sprecher Rainer Trampert hatte bei Janßens Begrüßung kein Hehl daraus gemacht, daß der IG-Metall-Vertreter gezielt nach Hagen gebeten worden war. „Wir wissen, weshalb wir Hermann Rappe oder Horst Niggemeier nicht eingeladen haben, und wir gehen davon aus, daß die beiden auch nicht gekommen wären." Der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe und das IG-Bergbau-Vorstandsmitglied Niggemeier hatten eine scharfe Abgrenzung verlangt.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach distanzierte sich in der „Bild"-Zeitung von dem IG-Metall-Kollegen: „Der DGB lehnt Gespräche mit den Grünen ab, obwohl sie uns darum ersucht haben. Mich persönlich hätten keine zehn Pferde zu dem Parteitag der Grünen gebracht. Denn die Politik der Grünen zielt darauf ab, Arbeitsplätze zu vernichten." Der DGB-Vize zeigte auch kein Verständnis für die Grünen-Forderung nach einem Generalstreik im Zusammenhang mit der 116-Diskussion. „Mit dem DGB ist das nicht zu machen." Von Rainer Tramperts Eintreten für Diskussionen über einen Generalstreik war Janßen nur in einem Fernsehinterview, nicht aber auf dem Parteitag selbst abgerückt.

DER KOMMENTAR

DGB – wohin?

GÜNTHER BADING

Als absurd hatte man vor Jahren jeden Gedanken bezeichnet, daß der gestandene Sozialdemokrat und Betonfacharbeiter Holger Börner jemals ein Regierungsbündnis mit den Grünen eingehen könnte. Man wurde eines Schlechteren belehrt. Als ebenso unglaublich wie ehedem in Hessen stellen die Sozialdemokraten im Bund noch heute jeden Gedanken an ein rot-grünes Bündnis in Bonn dar. Da sei doch schon der Gewerkschaftsflügel der SPD davor, heißt es.

Immer noch? Mit dem Händedruck zwischen dem IG-Metall-Vorständler Hans Janßen und dem – 1974 aus der IG Chemie ausgeschlossenen – Grünen-Sprecher Trampert ist die grüne Partei jedenfalls bei den Linkskadern im Deutschen Gewerkschaftsbund hoffähig geworden. Die beiderseitige Mitgift im rotmetallic-grünen Verlobungsverhältnis wurde offengelegt.

Da versprach Trampert, politischen Streik, Generalstreik gar, gegen die Änderung des Paragraphen 116 zu unterstützen. Janßen wiederum argumentierte basisdemokratisch, daß mit dem Entzug von Staatsgeldern für gewerkschaftliche Streikkassen die Demokratie zerschlagen und der erste Schritt zur reaktionär-konservativen Diktatur getan werde. Überhaupt sei er schon immer gegen noch mehr Beton, noch mehr Straßen und noch mehr Hochhäuser gewesen – die Kollegen der IG Bau-Steine-Erden werden's mit Freude gehört haben.

Wer vertritt in diesem Lande die Interessen der Arbeitnehmer? Seit Hagen stellt sich die Frage neu. Die IG Metall hat eine beängstigende Alternative aufgezeigt: Hier die Kräfte des Aufschwungs, dort das Lager der Funktionäre, die für ihren persönlichen Machtgewinn buchstäblich jeden Preis zu zahlen bereit sind, auf Kosten der Allgemeinheit.

Gewiß, Janßen ist nicht die Gewerkschaftsbewegung schlechthin; Hermann Rappes Standpunkt ist bekannt, Gustav Fehrenbach hat Janßen gerade eine Abfuhr erteilt – aber die Gewerkschaften haben allen Grund, sich zu besinnen, wohin ihre 116-Radikalisierung führt.

USA verschärfen Kritik an Marcos

Reagan verurteilt „Betrug und Gewalt" / Aquino ruft Bürger zum Generalstreik auf

FRITZ WIRTH, Washington

Zur gleichen Zeit, als Präsident Marcos am Samstag in Manila seinen Sieg feierte, hat der amerikanische Präsident Reagan die Glaubwürdigkeit des Wahlerfolges von Marcos in Frage gestellt. Er warf dessen Partei „weitverbreiteten Betrug und Gewalt" bei dieser Wahl vor, die so extrem wären, daß das Ergebnis seine Glaubwürdigkeit verloren habe.

Damit hat sich die Bewertung dieser Wahlen durch das Weiße Haus erheblich verschärft. Reagan hatte vor der Wahl die amerikanische Unterstützung des Siegers von fairen und glaubwürdigen Wahlen abhängig gemacht. Seine gestrige Erklärung kommt fast einen Kooperations-Verzicht an Marcos gleich.

Es fällt auf, daß Reagan mit keinem Wort Marcos selbst erwähnt, sondern sich direkt an das philippinische Volk wendet: „Unser Mitgefühl gilt den Bürgern der Philippinen. Sie befinden sich an einem großen Scheideweg ihrer Geschichte. Es gibt keine leichten Antworten für sie und sie werden am Ende die Lösungen selbst finden müssen. Doch wir werden ihnen dabei in jeder möglichen Form helfen."

Noch schärfer ist die Wahl von Marcos von Mitgliedern beider Parteien im US-Kongreß verurteilt worden. Senator Lugar, der die amerikanische Wahlbeobachtungskommis-

SEITEN 2 UND 6:
Weitere Beiträge

sion auf den Philippinen leitete, erklärte, daß er die Rechtmäßigkeit dieses Ergebnisses nicht akzeptieren könne. Lugar ist Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Senats und spielt eine einflußreiche Rolle bei der Bewilligung der amerikanischen Wirtschafts- und Militärhilfe an die Philippinen, die im laufenden Haushaltsjahr insgesamt 184 Millionen Dollar beträgt.

Die Politik der USA gegenüber den Philippinen zielt nun in erster Linie darauf, alle Versuche der Marcos-Gegner, dieses Regime mit Gewalt zu Fall zu bringen, zu verhindern und Marcos selbst für die Übergangszeit bis zu neuen Wahlen zu Gesten der Kooperation mit der Opposition zu veranlassen. Die gestrige Entscheidung von Marcos, sich von seinem umstrittenen General Fabian Ver zu trennen, der angeblich bei der Ermordung des Ehemanns von Frau Aquino eine entscheidende Rolle spielte, ist ein gutes Zeichen dafür.

Der Vatikan hat sich vor die philippinischen Bischöfe gestellt, die Präsident Marcos und die Wahlen kritisiert haben. Der Heilige Stuhl, so der Pressesprecher, setze auf die „Kenntnisse der Bischöfe über die Vorgänge in ihrem Land und ihren Sinn für die pastorale Verantwortung". Unterdessen hat die philippinische Oppositionskandidatin Corazon Aquino die Bürger des Landes zum Generalstreik gegen die Regierung Marcos aufgerufen.

SPD fordert Chemie-Steuern für Umweltschutz

DW. Bonn

Die Umweltminister der SPD-regierten Bundesländer haben die Besteuerung „bestimmter chemischer Grundstoffe" gefordert, um so die „Altlastensanierung" zu finanzieren. Nach einer Tagung in Bonn betonten sie am Wochenende, Länder und Gemeinden seien in dieser Frage überfordert, und verwiesen dabei auf eine Schätzung des Umweltbundesamtes, das für eine bundeseinheitliche Regelung Kosten in Höhe von 15 bis 20 Milliarden Mark veranschlagt.

Der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Michael-Andreas Butz, meinte dazu, die Umweltpolitik der SPD erschöpfe sich im Erfinden neuer Steuern. Die SPD-Landesminister sollten „endlich an die Bewältigung der Altlastensanierung gehen, für die sie ausschließlich zuständig sind". Insgesamt blieben die SPD-Forderungen „meilenweit" hinter dem Regierungsprogramm zurück.

Frankreich greift militärisch in Tschad ein

DW. Paris

Frankreich hat gestern erstmals seit 1984 wieder in Tschad militärisch in die Auseinandersetzung zwischen der Regierung Hissen Habre und den von Libyen unterstützten Rebellen unter Gukkuni Weddeye eingegriffen. Wie das Pariser Verteidigungsministerium bekannt gab, wurde die Landebahn des Flughafens von Wadi Doum im Nordteil des Landes angegriffen. Sie diene als „Drehscheibe des Nachschubs" der GUNT-Rebellen und als Basis für libysche Flugzeuge, die gegen die Hauptstadt N'Djamena eingesetzt werden sollen. In N'Djamena bezogen nach zuverlässigen Angaben französische Fallschirmjäger Stellung.

Gleichzeitig beschleunige Frankreich seine Waffenlieferung an die Regierungstruppen, denen es in den letzten Tagen gelungen sein soll, die Angreifer aus dem Norden zurückzuschlagen.

Seite 6: Paris bremst

„Das ist Kumpanei mit der DDR"

Schäubles Kritik am Kurs der SPD / Vogel besteht auf offiziellen Beziehungen zur Volkskammer

hrk./DW. Berlin/Bonn

Die SPD-Führung will mit ihrem Gast Horst Sindermann (SED) ausführlich über die von Ost-Berlin zugebilligten Reiseerleichterungen für bestimmte Gruppen von Antragstellern reden. Dabei sollen auch die praktische Handhabung dieser Bestimmungen und ihr tatsächlicher Umfang erörtert werden, kündigte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, Gastgeber des Volkskammer-Präsidenten, in einem WELT-Gespräch an.

Der SPD-Fraktionschef begrüßte es, daß Bundeskanzler Kohl den Gast aus Ost-Berlin empfangen werde. Durch diese Tatsache disqualifiziere sich das „dumme Gerede" von der „Nebenaußenpolitik" der SPD. Vogel sprach sich dagegen aus, während der Sindermann-Visite über die offiziellen Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer zu streiten. „Eine Entscheidung sollte nach dem Besuch fallen. Ich hoffe, daß dann auch die einlenken, die innerhalb der Union noch Widerstand leisten."

Das bevorstehende Treffen Sindermanns mit Kohl war eines Themen bei der Begegnung von Kanzleramtsminister Schäuble mit dem SED-Politbüromitglied Hermann Axen, das sich auf Einladung der SPD zu Gesprächen über eine atomwaffenfreie Zone in Bonn aufhielt. Schäuble sagte, für ihn sei die Unterredung Ausdruck eines unverkrampften Umgangs miteinander gewesen. Die Gespräche der SPD lehnte er jedoch inhaltlich ab. In der „WELT am SONNTAG" erklärte Schäuble: „Wir müssen im Interesse aller Deutschen Kontakte mit den Verantwortlichen aller Staaten suchen, auch mit denen, die in der DDR das Sagen haben. Schamgefühl kann doch höchstens aufkommen, wenn der Eindruck einer Kumpanei erweckt wird, wie das von SPD-Seite geschieht."

Der SPD-Abgeordnete Bahr hatte am Samstag erklärt, daß die Kontakte seiner Partei mit der SED auch zahlreiche Begegnungen von „DDR"-Politikern mit Repräsentanten anderer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ermöglichten.

Die Gespräche über atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Mitteleuropa werden vom Berliner Bundessenator Rupert Scholz als Versuch gewertet, der Bundesregierung in den Rükken zu fallen. Scholz im Süddeutschen Rundfunk zu den SPD/SED-Initiatven: „Das ist Außenpolitik, das ist Verteidigungspolitik, das ist letztlich eine völkerrechtliche Dimension, die allein der Regierung zusteht."

Der Vorsitzende des innerdeutschen Bundestagsausschusses, Gerhard Reddemann (CDU), formulierte in „Bild am Sonntag" praktische Wünsche an die „DDR": „Das Enkelkind in Leipzig muß die Großmutter in Duisburg besuchen können." Weiter zählte er auf: „Bei Grenzkontrollen nicht mehr das halbe Auto auseinandernehmen. Oder: Wenn DDR-Rentner hier krank werden, sollten sie nicht an der Grenze in einen anderen Krankenwagen umgepackt werden müssen."

Dokumente der Leiden Sacharows

DW. Hamburg

Der sowjetische Regimekritiker und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow ist nach eigenen Angaben vom sowjetischen Geheimdienst KGB systematisch gefoltert worden. Dies geht aus in die USA geschmuggelten Briefen Sacharows hervor, mit deren Wiedergabe das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" in seiner neuen Ausgabe auszugsweise beginnt. Die Briefe werden im Westen von der britischen Sonntagszeitung „The Observer" und der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter" veröffentlicht.

Minuziös genau und eindrucksvoll beschreibt Sacharow, wie die sowjetischen Ärzte versuchten, seinen Widerstand zu brechen.

Seite 10: Wie ich gefoltert wurde

Mexiko bittet Ausland um Hilfe

DW. Mexico City

Angesichts seiner sich zuspitzenden Finanzlage hat Mexiko am Wochenende um internationale Hilfe und Zusammenarbeit ersucht. Präsident Miguel de la Madrid habe in einem Schreiben an 12 Regierungen „zu einer gemeinsamen Aktion aller am Erdölmarkt beteiligten Seiten" aufgerufen, hieß es in einem in Mexiko-Stadt veröffentlichten Regierungskommuniqué.

Am Vortage hatte die staatliche Ölgesellschaft „Petroleos Mexicanos" ihre Exportpreise für Rohöl zum zweiten Mal binnen zwei Wochen beträchtlich gesenkt. Der Barrel-Preis wurde auf 15,07 Dollar festgesetzt. Mexikos Auslandsschulden belaufen sich auf rund 100 Milliarden Dollar.

Seite 12: Keine US-Hilfen

Steinschlag in der Schwarzwaldklinik

RAINER NOLDEN, Bonn

Die Entschuldigung war lapidar: „Zur Zeit nicht passend", so verkündete die ZDF-Ansagerin dem Fernsehpublikum die Entscheidung, die 21. Folge der „Schwarzwaldklinik" ersatzlos zu streichen. Der jüngste Ärger um die hochgelobte Serie mit bisher unerreichten Einschaltquoten hatte bei dem Sender Eindruck hinterlassen. Vor 14 Tagen waren die Zuschauer jäh aus der Schwarzwaldidylle gerissen worden.

Ein weiteres skandalträchtiges Stück sollte nun nicht mehr über den Äther gehen. Denn was unter dem Titel „Steinschlag" über die deutschen Bildschirme flimmern sollte, hätte wieder Proteste entfacht: Ein Zwölfjähriger wird mit Rückenverletzungen in die Schwarzwaldklinik gebracht; kurz darauf muß auch die Mutter behandelt werden. Beide hat der Liebhaber der Frau zusammengeschlagen. Später wird der Mann von dem Jungen erstochen.

Man habe, so erklärte ein Sprecher des ZDF, Konsequenzen aus der Reaktion auf die Folge „Gewalt im Spiel" mit einer in allen Einzelheiten gezeigten Vergewaltigung gezogen. Daraufhin wurden die noch zur Sendung anstehenden Teile auf Weisung von ZDF-Programmdirektor Alois Schardt überprüft.

Der „Steinschlag" sei auch durch Kürzungen und Umstellungen nicht sendefähig geworden. So habe man schließlich auf eine Ausstrahlung verzichtet, um „die Glaubwürdigkeit gegenüber dem Zuschauer" zu wahren. Eine Szene, in der ein Mann seine Geliebte zusammenschlägt, sei einem Publikum, das zum großen Teil aus Sechs- bis Fünfzehnjährigen besteht, nicht zuzumuten.

Der Bundesvorsitzende des Katholischen Männerwerks, Günter Giesen, begrüßte die Entscheidung als „ermutigendes Zeichen" für viele Fernsehzuschauer. Die Absetzung dieser Folge zeige „Verantwortungsbewußtsein einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt vor den im Bewußtsein der Gesellschaft vorhandenen sittlichen Normen".

Ob die seit kurzem so umstrittene Sendung in die USA verkauft wird, ist noch nicht geklärt. Einen Ankauf der Serie wolle die CBS erst dann prüfen, wenn eine synchronisierte Fassung vorliege, sagte ein Sprecher der amerikanischen Fernsehgesellschaft.

Die Frage, ob Sendungen, wie die beiden „Schwarzwaldklinik"-Folgen, auf die Liste jugendgefährdender Sendungen gesetzt werden könne, beschäftigt nach Angaben der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Irmgard Karwatzki, das Verwaltungsgericht Köln. Die Bundesregierung wolle aber unabhängig von dem Urteil an die Sendeanstalten appellieren, jugendgefährdende Sendungen erst am späten Abend auszustrahlen, sagte Frau Karwatzki in einem Interview der „Kölnischen Rundschau".

Tunis: Bei Genschers Besuch scharfe Attacke gegen Israel

Intern moderate Stimmen / Warnung vor Aufwertung Khadhafis

BERNT CONRAD, Bonn

Seit dem israelischen Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier südlich von Tunis am 1. Oktober 1985 hat sich die offizielle Tonart der tunesischen Regierung gegenüber Israel erheblich verschärft, intern aber kann man in Tunis weiterhin moderate Stimmen hören. Dies hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei seinem am Wochenende beendeten Besuch in dem Maghrebstaat festgestellt.

Gleich nach Genschers Ankunft am Freitagabend attackierte der tunesische Außenminister Caid Essebsi in einer Tischrede die Israelis in ungewöhnlich ausfallender Weise. „Die hemmungslose israelische Arroganz bedroht jetzt auch unser Land und die gesamte Mittelmeerregion", erklärte er. Der Luftangriff vom Oktober habe „brutal vor Augen geführt, daß es keine Grenzen für die hegemonistischen Ambitionen Israels gibt". In den vergangenen Wochen seien „neue Opfer der israelischen Aggressionspolitik" zu verzeichnen.

„Geleitet von seiner Arroganz und ermutigt durch das unbeschränkte Verständnis bedingungsloser Alliierter" habe Israel die internationalen Beziehungen erschüttert, fuhr Essebsi fort. Wenn man solche Formen hinnehme, müsse man fürchten, „daß sie schließlich zum Gesetz des Dschungels werden".

Diese Attacken fanden jedoch in den Gesprächen Genschers mit seinem Amtskollegen Essebsi, mit Staatspräsident Habib Bourguiba und Ministerpräsident Mohamed Mzali keinen Niederschlag. Intern sagte der tunesische Außenminister: „Israel ist eine Realität, mit der man leben muß." Aber die Politik Israels sei schlecht, weil sie die Spannungen schüre. Niemand solle sich einbilden, es gebe ein Arrangement ohne Beteiligung der Palästinenser.

Sämtliche Gesprächspartner Genschers warnten den Westen davor, den libyschen Staatschef Khadhafi als „internationale Negativfigur" aufzuwerten. Maßnahmen wie Sanktionen und Flottenmanöver nutzten nur dem Prestige Khadhafis in der arabischen Welt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Druck aus Washington

Von Fritz Wirth

Ferdinand Marcos sprach von einem historischen Tag, als er sich am Samstag auf den Sitz des philippinischen Präsidenten zurückstahl. Dem von Krankheiten und Realitätsverlusten gezeichneten Mann sind in jüngster Zeit nur selten präzise Formulierungen geglückt. Dies könnte eine sein. Es war ein historischer Tag, weil er über alle fragwürdigen Siegansprüche hinweg den Beginn des Endes der Ära Marcos einläutet.

Daß Präsident Reagan just in der Stunde des vermeintlichen Sieges des Ferdinand Marcos die Glaubwürdigkeit dieser Wahlen in Frage stellte und der Siegpartei Betrug und Gewalt anlastete, war kein Zufall. Das Ausmaß dieses Betruges war so offensichtlich, daß der amerikanische Präsident die Position vorsichtiger Neutralität aufgab, die er noch in seiner Pressekonferenz am Dienstag eingenommen hatte.

Die Implikationen sind schwerwiegend. Denn ein derart gebrandmarktes Regime kann kaum noch darauf hoffen, von Washington jene Krücken – Wirtschafts- und Militärhilfe – zu erhalten, mit denen es sich aufrecht zu halten vermag.

Die Philippinen-Politik der USA zeichnet sich nach der gestrigen Erklärung Reagans deutlich ab: Sie sucht die ermutigenden Zeichen der Demokratie zu fördern, die sich in diesem Lande zeigen; sie sucht eine Eruption der Gewalt zu verhindern und auf Zeit zu spielen, bis Marcos sich diesen demokratischen Strömungen und dem daraus resultierenden Druck nicht mehr länger widersetzen kann. Das ist zugleich der Auftrag und die Mission des amerikanischen Sonderbotschafters Habib auf den Philippinen.

Marcos scheint diesen Druck aus Washigton bereits zu spüren. Die Eile, mit der er sich in der Stunde des Sieges von seinem umstrittenen General Ver trennte, deutet es an. Bisher hatte sich Marcos dieser Forderung des Weißen Hauses stets widersetzt. Er wird erkennen müssen: Die Zeit der Beschwichtigungsgesten ist abgelaufen; er hat die Zeichen des Mißtrauens und des Zorns zu lange ignoriert.

Wann Aktionen beginnen

Von Enno v. Loewenstern

Hermann Axens verschmitztes Gesicht mit den unfröhlichen kleinen Augen begleitet die Einwohner des freien Teils Deutschlands derzeit auf allen TV-Kanälen. Die SPD, vor vierzig Jahren durch eine Vereinigung mit der KPD zur SED gedemütigt, umwirbt ihn und fällt, wie Professor Rupert Scholz es zutreffend sagt, mit ihrer Nebenaußenpolitik der Bundesregierung in den Rücken.

Die SPD läßt sich auch durch die kalkulierte Zusatzdemütigung nicht stören, daß ihr Ex-Funktionär Herbert Fechner dabei ist, der seinerzeit die Vereinigung mitbetrieb und Kurt Schumacher einen „Verräter" nannte. Schumacher hätte diese Delegation wohl kaum empfangen. Aber Schumacher ist tot.

Axen dagegen lebt und seine Gedankenwelt mit ihm, auch wenn er schon einmal Todesahnungen hatte. Im Herbst 1968 schrieb er zur Rechtfertigung des Überfalls auf die CSSR: „Hätten die Parteien und Regierungen der fünf sozialistischen Bruderländer nach alledem ihre militärische Aktion erst dann beginnen dürfen – wie leider einige Kommunisten in Westeuropa sagen –, nachdem in Prag wie in Budapest 1956 Kommunisten aufgehängt worden wären?" Damals war in Prag von Hängen keine Rede. Aber Axen weiß das Verhältnis der unterdrückten Menschen zur Diktatur einzuschätzen.

Bei den Nicht-Unterdrückten dagegen erwartet ihn eitel Sonnenschein und nicht nur Nebenaußenpolitik, sondern ein Empfang auch bei der Regierung. Und keine lästige Frage danach, welche Aktionen ihm hier (Axen 1968: „Der aggressivste imperialistische Staat Europas, die westdeutsche Bundesrepublik") vorschweben. Er bereitet Sindermann vor, Sindermann soll Honecker vorbereiten – falls Gorbatschow so viel Selbstprofilierung und Nebenaußenpolitik duldet.

Nicht, daß Honecker daran dächte, seinen Hegemon humanitär oder gar freiheitlich zu konterkarieren; da ist das System, da sind die Ängste des Hermann Axen davor, die er zweifellos teilt. Und es könnte Gorbatschow verlocken, westlichen Selbstdemütigungen um einen Mann zuzusehen, der tausendfach in den Akten von Salzgitter vermerkt ist. Andererseits ist da die Frage, ob Gorbatschow sich von einem Mann aus der vorigen Generation westöstliche Autorität ablaufen läßt zu einer Zeit, da er noch alle Hände voll zu tun hat, seine alten Männer hinauszuwerfen und sich im Sattel zu festigen.

Mehrheit für Europa

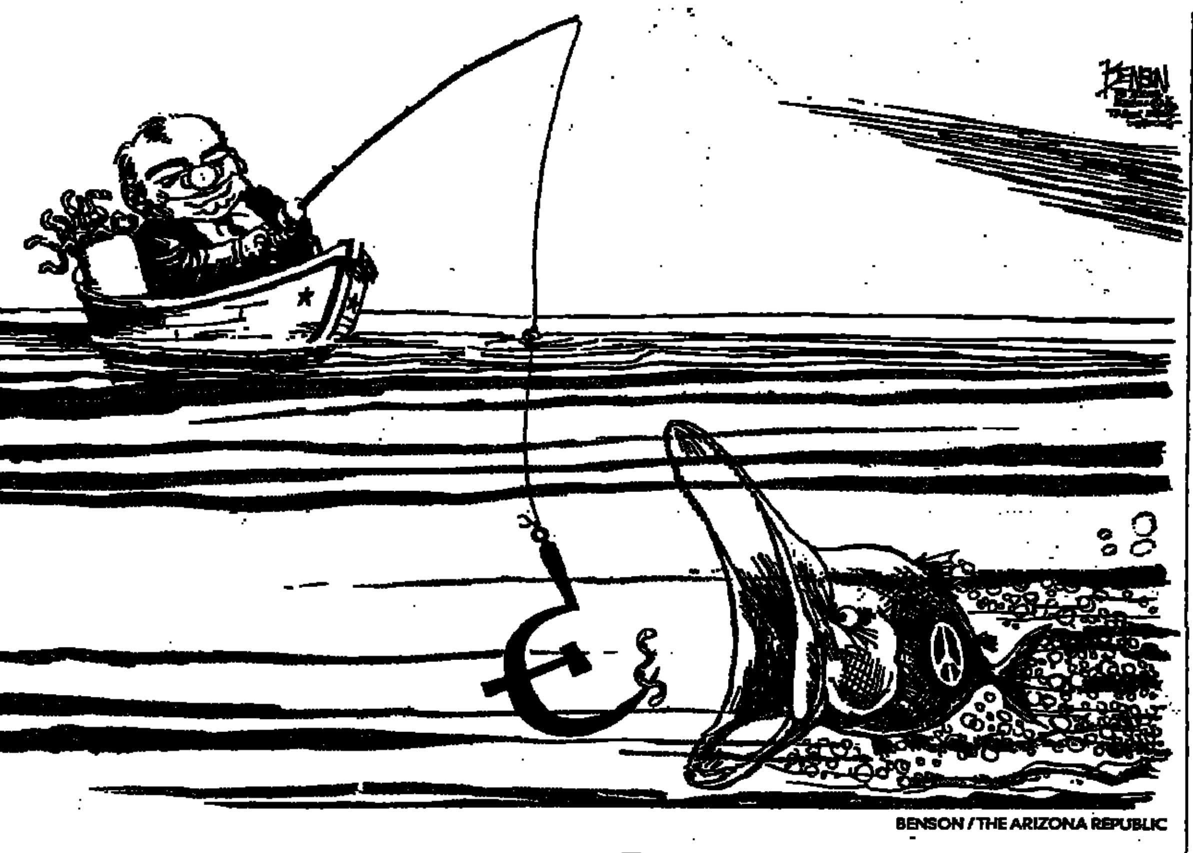
Von Gottfried Mehner

In Dänemark mehren sich die Zeichen dafür, daß das Land sich am 27. Februar – dem Tag der EG-Volksabstimmung – mit einem Ja aus dem gleißenden Rampenlicht verabschieden wird: Nach der jüngsten Gallup-Untersuchung liegt das Lager der Paket-Befürworter inzwischen mit 54 Prozent der Befragten klar vorn. Das Häuflein der Neinsager ist auf 26 Prozent abgeschmolzen, während ein Fünftel der Dänen sich noch mit einer Parteinahme schwertut. Damit scheint die europäische Welt langsam wieder in Ordnung zu kommen.

Für die übrigen Europäer aber wird es wohl eines der unentschlüsselbaren Geheimnisse dänischer Politik gehören, warum Ministerpräsident Poul Schlüter den Weg einer Volksabstimmung und nicht den in repräsentativen Demokratien üblichen Ausweg von Neuwahlen einschlägt. Denn seine Argumentation, allein in der EG-Reformfrage repräsentiere das Folketing in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht den Willen des Volkes, ist recht gewagt. Vermutlich repräsentiert das Folketing nämlich auch nicht in NATO-Fragen die Mehrheit des Volkes, die allem Anschein nach das Bündnis bejaht. Will Schlüter die Volksabstimmungen zum Standardinstrument der dänischen Politik machen? Warum nutzt er nicht die Gunst der Stunde?

Enttäuschend für den Beobachter und auch ein wenig beunruhigend ist zudem, daß die Pro-Seite für die Haltung fast ausschließlich eher vernunftmäßige Gesichtspunkte des Kommerz ins Feld führt. Emotional scheint der Durchschnittsdäne sich dagegen nach wie vor irgendwo in den Revuekulissen der zwanziger Jahre wohlzufühlen.

Wie der Zufall es will, wurde soeben die erste Herztransplantation an einer Dänin vorgenommen. Das geschah nicht in Kopenhagen, sondern in Hannover. Es hätte auch London oder Paris sein können. Die Dänen sollten auch dies als Omen gegen einen verquasten nordischen Selbstisolationismus nehmen und Europa wirklich als Herzensangelegenheit auffassen. Das „Nein zu Europa – Ja zur Welt" der EG-Gegner ist außer einer Flucht aus der Logik auch eine Flucht aus der Verantwortung.



BENSON / THE ARIZONA REPUBLIC

Der Mörder im Schleppnetz

Von Manfred Schell

Die neuen Sicherheitsgesetze werden leidenschaftlich debattiert, und das ist angesichts ihrer Bedeutung auch gut so. Gleichwohl stellt sich die Frage: Wie viele Bürger können diese Diskussion, so wie sie jetzt geführt wird, überhaupt verstehen? Wer sich in den Verästelungen der Strafprozeßordnung und in der Geheimdienstarbeit nicht auskennt, der wird schnell kapitulieren müssen. Genau diese Kompliziertheit der Materie ist es, die es den Befürwortern der Sicherheitsgesetze so schwermacht, mit Detailinformationen Überzeugungsarbeit zu leisten.

Außerdem steht die Koalition nicht geschlossen hinter ihrem Paket. Wie so oft, wenn es um sicherheitspolitische Fragen geht, treten auch diesmal die FDP-Abgeordneten Hirsch und Baum als Opposition in der Koalition auf. Die Tatsache, daß das FDP-Präsidium schon vor längerem zugestimmt hat, tritt dabei in den Hintergrund. Ist dieses Vorgehen Kalkül? Oder Ausdruck mangelnder Führungskraft der FDP-Spitze?

Überdies zeigen Schlagworte wie „Schleppnetzfahndung" Wirkung. Psychologisch raffiniert soll damit dem Bürger suggeriert werden, er werde einst, hilflos wie ein Fisch, im Computernetz zappeln.

Im Kern geht es dabei um die Neufassung des Paragraphen 163 d der Strafprozeßordnung, der den Bereich computergestützter Fahndungsmaßnahmen regelt. Die Union hat am Wochenende den Kompromiß angeboten, den auf 100 a STPO aufbauenden Katalog der Straftaten, bei denen großflächige Verkehrskontrollen mit Datenaufzeichnungen vorgenommen werden können, weiter einzugrenzen. Jetzt soll Paragraph 111 Grundlage für solche Operationen sein. Damit wäre sichergestellt, daß sie nur in Fällen der Schwerstkriminalität eingeleitet werden.

Seit der Entführung und Ermordung von Hanns-Martin Schleyer hat es solche Fahndungen ohnehin nur zweimal gegeben. Schon diese Zahl widerlegt jene, die Justiz und Polizei blindwütiges Vorgehen unterstellen. In beiden Fällen handelte es sich um terroristische Gewalttaten. Unter anderem versuchte man auf diesem Wege die Bombenleger in US-Kasernen und Wohnsiedlungen zu enttarnen. Die Polizei kennt den Aufwand solcher Operationen und bietet sie nicht öfter auf als unbedingt nötig – man kauft ja auch keine Textilfabrik, um ein Paar Socken zu bekommen.

Das neue Gesetz bestimmt außerdem, daß die bei solchen Aktionen anfallenden Daten binnen drei Tagen gelöscht werden müssen, wenn sie nicht von einem Richter bestätigt werden. Längstens jedoch können die Daten sechs Monate im Computer bleiben.

Hochrangige Polizeibeamte haben den Wert solcher Fahndungsmaßnahmen an Beispielen erläutert. Der Berliner Landeskriminaldirektor Kittlaus berichtete, wie ein Kindesentführer sich mehrfach von einer öffentlichen Telefonzelle aus meldete, die durch Fangschaltung ermittelt wurde. Eine Kontrolle von etwa hundert Personen im Umfeld der Telefonzelle mit Aufzeichnung der Personendaten habe schließlich zu dem Täter geführt, nachdem dessen aufgezeichnete Stimme über den Rundfunk ausgestrahlt worden sei.

Oder: Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Boge, hat von einer normalen Verkehrskontrolle berichtet, bei der aufgezeichnet worden ist, welche Fahrzeuge in einem gewissen Zeitraum erfaßt worden seien. Ein paar Tage später wurde ein Mord in der Gegend bekannt. Der bearbeitende Kriminalbeamte erinnerte sich an die Verkehrskontrolle. Er hatte einen Mann im Visier, der aber behauptete, er sei zur Tatzeit nicht in dem Gebiet gewesen. Die zufällige Aufzeichnung der Verkehrspolizei widerlegte ihn. Der Mann wurde überführt.

Jeder Bürger kann in eine Fahndung der Polizei hineingeraten. Aber: Welcher unbescholtene Bürger hätte kein Verständnis dafür, daß seine Daten für überschaubare Zeit gespeichert werden, wenn es um die Aufklärung schwerster Verbrechen geht?

Die Bereitschaft dazu wird um so größer sein, je zweifelsfreier der Gesetzgeber Mißbrauchsmöglichkeiten ausschließt. Die Koalition hat dies offensichtlich erkannt und Einschränkungen der jetzigen Praxis der Sicherheitsbehörden vorgesehen: Ein automatisierter Datenverbund zwischen Polizei und Nachrichtendiensten wird nicht mehr zugelassen. Ausnahmen sind nur beim Verfassungsschutz im Bereich der Spionageabwehr und der Terrorismusbekämpfung möglich. Die Informationsbestände von Polizei und Verfassungsschutz sind getrennt. Auch ist eine automatisierte Nutzung des Verkehrszentralregisters dem Verfassungsschutz, dem Abschirmdienst und dem Bundesnachrichtendienst nicht gestattet. Die Nachrichtendienste dürfen nicht sammeln, was ihnen nützlich erscheint, sondern sie sind an den „Erforderlichkeitsgrundsatz" gebunden. Es gibt ein Verbot unkontrollierter Datenströme. Es werden zwischen den Sicherheitsbehörden keine Daten mehr übermittelt, die „vermutlich" nützlich sein könnten.



Kann er sich durchsetzen? Bangemann FOTO: KUCHARZ

Es gibt in der Koalitionsvorlage ein Sammlungsverbot für „Jugendsünden". Das Verhalten von unter 16jährigen ist für Nachrichtendienste tabu, das Verhalten von unter 18jährigen unterliegt dem Gebot der kurzfristigen Löschung. Es wird auch, wenn es nach dem Gesetzgeber geht, keinen „kleinen Dienstweg" mehr geben. Die Pflicht, alle Auskunftsersuchen der Nachrichtendienste in einem gesonderten Verzeichnis zu dokumentieren, schneidet Informations-Wildwuchs ab. Außerdem wird es ein Gebot zum Nachbericht geben: Wenn die Sicherheitsbehörden falsche Auskünfte erteilt haben, sind sie erstmals verpflichtet, diese zu berichtigen. MAD und BND werden erstmals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Diese Argumente sind in der Diskussion nicht ausreichend zur Geltung gekommen, obwohl es auch Aufgabe der Datenschutzbeauftragten wäre, nicht nur Besorgnisse zu formulieren, sondern auch positive Auswirkungen mitzuteilen. Der Kanzler hat erklärt, es bleibe, was die Verabschiedung der Sicherheitsgesetze betreffe, beim vorgesehenen Zeitplan. Dann sind die Länder am Zuge.

Zum Beispiel Hessen. Sein Verfassungsschutzgesetz stammt aus dem Jahr 1951 und steht in krassem Widerspruch zu den heutigen Datenschutz-Forderungen der hessischen Regierung.

IM GESPRÄCH Helmut Liedermann

Das Los des einzelnen

Von Carl Gustaf Ströhm



Leitet das Helsinki-Nachfolgetreffen in Wien: Liedermann FOTO: DIE WELT

Im kommenden Herbst wird er der Dirigent eines neuen „Wiener Kongresses" sein: Botschafter Helmut Liedermann hat am Ballhausplatz mit den Vorbereitungen für das Wiener Nachfolgetreffen der KSZE begonnen, dessen Exekutivsekretär er wird. Die Dauer der Konferenz kann sich länger als zwei Jahre hinziehen.

Liedermann ist ein alter Hase im europäischen Konferenz-Karussell seit Helsinki, wo er von 1972 bis 1975 die österreichische Delegation leitete – ebenso wie beim Belgrader Nachfolgetreffen drei Jahre später. Der gebürtige Wiener, Jahrgang 1926, gilt als genauer Kenner der osteuropäischen und kommunistischen Staaten. Über die österreichische Botschaft in Warschau, wo er in den dramatischen fünfziger Jahren als junger Diplomat Dienst tat, führte ihn der Weg nach Berlin, wo er von 1965 bis 1972 als Chef der österreichischen Delegation im freien Teil der deutschen Hauptstadt und als Generalkonsul amtierte. Auf die Helsinki-Konferenz folgte als neuer Posten Belgrad: Jugoslawien in den letzten Lebensjahren und kurz nach dem Tode Titos. Gleichzeitig war Liedermann auch als Botschafter in Tirana akkreditiert. Auf die Erfahrung mit den unruhigen Kommunisten des Balkans folgte Moskau, wo Liedermann 1981 bis 1985 als Botschafter den Übergang von Breschnew bis Gorbatschow miterlebte.

Es erscheint auf den ersten Blick ungewöhnlich, daß ein Mann von konservativen Ansichten wie er seine Karriere unter sozialistischen Bundeskanzlern und Außenministern machte. Aber Liedermanns Vorgesetzte wußten die Sachkenntnisse und das nüchterne Urteil dieses Diplomaten zu schätzen, der seine Aufgaben gerade auf den Beobachtungsposten im Osten nicht als Routine begriff, sondern sich in die Probleme seiner Gastgeberländer mit Fleiß, Intuition und politischem Gespür hineinzudenken vermochte. Hier hat dieser Botschafter Österreichs etwas von der Tradition der großen Wiener Diplomatie fortgesetzt.

Liedermann hat während der KSZE-Verhandlungen die „N-N-Gruppe" – die lockere Arbeitsgemeinschaft der „Neutralen und Nicht-Paktgebundenen" – aus der Taufe gehoben und bei dieser Gelegenheit das keineswegs unproblematische Verhältnis zwischen Österreich und Jugoslawien entkrampft. Er betrachtet es als einen besonderen Erfolg, daß es den Österreichern gelungen ist, die Frage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in die Helsinki-Schlußakte aufzunehmen zu lassen, so daß humanitäre Interventionen nicht mehr als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" eines Staates abgetan werden können.

Als Vertreter Österreichs plädierte er für die Wahrung des „Gleichgewichts zwischen den militärischen und den humanitären Dimensionen der europäischen Sicherheit".

Auch für das Wiener Nachfolgetreffen postuliert er, daß man Leerformeln und Phrasen vermeiden solle. Das gelte, so Liedermann, auch für den Begriff des Gewaltverzichts, an den „konkrete Konsequenzen" zu knüpfen seien, damit er nicht bloß eine akademische Floskel bleibe. Den KSZE-Prozeß sieht Liedermann als dynamischen Vorgang, bei dem wortreiche Beteuerungen keinesfalls die Taten ersetzen könnten. Der „Erleichterung menschlicher Kontakte" über Grenzen hinweg und der „Verbesserung des Loses von Einzelmenschen" mißt er besondere Bedeutung bei.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Zu Nicaragua heißt es in der Düsseldorfer Zeitung:

Nicht nur der Kölner Staatsrechtsprofessor und (Noch-)Genosse Kriele wird sich ungläubig die Augen reiben. Hatte nicht „Ben Wisch" noch am Vorabend seiner Fahrt nach Nicaragua, also vor kaum zwei Wochen, mit der harschen Kritik Krieles an der Sandinisten-Gläubigkeit der SPD konfrontiert, alles vom Tische gewischt und den angeblich „von außen aufgezwungenen Krieg" als Rechtfertigung für mögliche Menschenrechtsverletzungen nachgeschoben? „Ben Wisch" hat offenbar dazugelernt, und man sollte es niemandem vorwerfen, daß er klüger ist, wenn er „aus dem Rathaus" kommt.

THE OBSERVER

Zum Schicksal sowjetischer Dissidenten nach der Freilassung von Anatoli Schtscharanski schreibt die britische Sonntagszeitung:

Es gibt keinen Grund, warum eine sowjetische Führung, die wie Gorbatschow darauf besteht, Sacharow als Gefangenen zu halten, nicht zugleich unser Partner bei der Rüstungskontrolle sein kann. Was zählt, ist ein Abkommen, das beide Seiten zufriedenstellt. Aber es ist gefährlich, Sacharow zu vergessen, oder seine Freunde wie Juri Orlow, den Schtscharanski im Gefängnis zurücklassen mußte, oder die sowjetischen Juden und die Ausreisewilligen aus der DDR. Die Entspannung der 70er Jahre fiel auch deshalb in Stücke, weil der Westen zu oft versucht hat, sie als eine Rose ohne Dornen zu präsentieren.

NEUE RUHR ZEITUNG

Zu den Sozialkosten bemerkt das Essener Blatt:

Norbert Blüm wird daran erinnert, daß er noch andere, wichtigere Sorgen hat als die Reform des Streikparagraphen 116. Nach den Ortskrankenkassen, die mit wenigen Ausnahmen ihre Beiträge erhöht haben, melden sich jetzt auch die Ersatzkassen zu Wort. Sie werden im Laufe des Jahres ihre Beiträge anheben. Wahrscheinlich müssen wir noch lange Zeit mit der Faustregel leben, die lautet: Das Geld, auf das die Finanzminister mit der einen Hand verzichten, kassieren die sozialen Institutionen mit der anderen Hand wieder ein.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt meint zu Honecker und Gorbatschow:

Der mächtigste Mann der DDR hat immer einmal wieder westdeutschen Gesprächspartnern zu verstehen gegeben, daß er für eine Normalisierungspolitik nicht „unbegrenzten Spielraum" verfügbar habe. In der Tat hatte Honecker im Frühherbst 1984 einen bereits vorbereiteten Bonn-Besuch unter dem Druck Moskaus absagen müssen. Nachdem der forsche Fünfziger Gorbatschow die Macht im Kreml übernommen hat, könnte vieles für den SED-Chef einfacher, weil berechenbarer werden. Allerdings muß Honecker, der im August 74 Jahre alt wird, wohl auch mit einiger Sorge registriert haben, wie der Kremlchef ebenso systematisch wie rücksichtslos die „alte Garde" in den Führungspositionen von Partei und Staat ablöst.

Willy Brandt auf dem Wege zum Ameisenbären

Nicaragua: Die bittere Lektion der Sozialdemokraten / Von Werner Thomas

„Die Entwicklung geht nicht in eine demokratische Richtung." Hans-Jürgen Wischnewski, Präsidiumsmitglied und Mittelamerika-Stratege der SPD, traf diese Feststellung zu Nicaragua.

Eine dramatische Kehrtwendung, für die es in der bewegten Geschichte der deutschen Sozialdemokraten nicht viele Beispiele gibt. Sie war das Ergebnis einer bitteren Lektion: Eine große freiheitliche Partei hat sich sechseinhalb Jahre von einer kleinen Marxisten-Gruppe manipulieren und vor den Karren einer totalitären Revolution spannen lassen.

Man träumte von einem neuen Entwicklungsmodell in der Dritten Welt, einem Weg zwischen Ost und West – wie Ende der sechziger Jahre, als linksnationale Generale in Peru die Macht übernahmen (und das Land ins Chaos steuerten).

Von Anfang an sind die Sandinisten nicht in Richtung Demokratie marschiert. Das wurde bereits im September 1979 offenbar, zwei Monate nach dem Sturz der Somoza-Diktatur. Bei einer Lageanalyse, „Zweiundsiebzig-Stunden-Teffen" genannt, konstatierte die sandinistische Führungsspitze, die Versuche der „Imperialisten", eine „bürgerliche Demokratie" zu errichten, seien gescheitert. Dennoch verteidigten die Comandantes ihre taktische „Allianz der Vernunft" mit nichtmarxistischen Kräften. Wegen des internationalen Ansehens dürften die revolutionären Veränderungen „nicht zu radikal" sein. Die Versammlung erteilte aber Instruktionen für den Aufbau einer leninistischen Partei. Verteidigungsminister Humberto Ortega, der Bruder des heutigen Präsidenten, erklärte ein Jahr (August 1981) später: „Der Marxismus-Leninismus ist unsere Doktrin."

Zu den Wahlen im Dezember 1984, über deren Sieger es nie einen Zweifel gab, sagte Comandante Bayardo Arce, der wichtigste Gesprächspartner der SPD-Emissäre, im Mai 1984: „Eine lästige Sache", die sich jedoch zu einem „Instrument der Revolution" und „zum Aufbau des Sozialismus" umfunktionieren lasse. Dieses Ereignis sei auch für „den Konsum der westlichen Führer" gedacht, „die mit der Revolution sympathisieren".

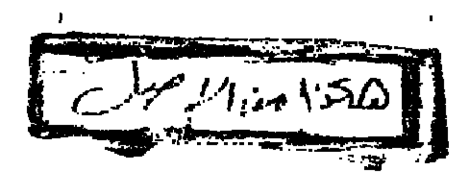
Willy Brandt applaudierte prompt: „Ein Schritt vorwärts". Er hatte von vornherein „keine Wahlen wie in der Schweiz" erwartet. Der SPD-Vorsitzende wollte eher ein „Ameisenbär" sein, als die Sandinisten „totalitäre Marxisten-Leninisten" nennen.

In Nicaragua entstanden eine „sandinistische Volksarmee" und entsprechende Formationen und „Bewegungen"; ein Blockwart-System („Komitees zur Verteidigung des Sandinismus"); ein Staatssicherheitsdienst unter Comandante Lenin Cerna; politische Sondergerichte, die das Delikt „ideologische Abweichung" mit jahrelangen Gefängnisstrafen ahnden. Die besten Freunde der Sandinisten, die neben einem pluralistischen System auch Blockfreiheit geschworen hatten: Kuba, die Sowjetunion – in dieser Reihenfolge –, Bulgarien, andere kommunistische Länder, Iran, Libyen. Die stärkste Armee Mittelamerikas (120 000 Soldaten) ist mit Ostblockwaffen ausgerüstet und wird von 3000 kubanischen Militärs „beraten". Daß die Sandinisten nach wie vor den Revolutionsexport betreiben (aktuellstes Beispiel: Kolumbien), rief nun auch die Kritik Wischnewskis hervor.

Erst Martin Kriele, dem dafür (immer noch?) ein Ausschlußverfahren droht, und dann Hans-Ulrich Klose brachten die innerparteiliche Gewissensprüfung der SPD in Bewegung. Die SPD hat lange die Warnungen kompetenter Stimmen ignoriert und innerhalb der Sozialistischen Internationale die Lobby der Comandantes angeführt. Zwei prominente lateinamerikanische Sozialdemokraten, Costa Ricas Präsident Luis Alberto Monge und der venezolanische Expräsident Carlos Andres Perez, äußerten seit Jahren Bedenken. Die SPD hätte auch von dem mexikanischen Dichter Octavio Paz und dem peruanischen Schriftsteller Mario Vargas Llosa Orientierungshilfe erhalten können. Beide beurteilten die Situation auf dem explosiven Halbkontinent so:

Die Zeit rechter Militärdiktaturen gehe rasch zu Ende. Demokratische und marxistische Kräfte versuchten, das Vakuum zu füllen. Die westlichen Politiker und Parteien müßten bei diesem Kampf um die Macht die fragilen demokratischen Fundamente stärken.

Vargas Llosa klagte gegenüber der WELT, sein deutscher Kollege Günter Grass, ein Freund der Sandinisten, verteidige zu Hause die Demokratie und fern der Heimat eine Diktatur. Er meinte Nicaragua. Der Peruaner nannte diese doppelte Moral „Rassismus des späten zwanzigsten Jahrhunderts" und betonte: „Auch arme Länder verdienen die Demokratie."



„Der Max wünscht hier noch spartanischere Zustände“

Des Kaisers letzter Kanzler, Prinz Max von Baden, hatte 1920 das Internat Schloß Salem gegründet, um hier am Bodensee eine Elite zu erziehen. Seinem Enkel, Markgraf Max von Baden, ist nun zu lasch geworden, was sich auf seinem Grund und Boden an Erziehung tut. Er hat den Pachtvertrag gekündigt, um als Hausherr wieder Herr im Haus zu werden.

Von HANS KRUMP

Eine so schlechte Stimmung wie in diesem Jahr haben wir im Fasching noch nie gehabt. Nichts war los, keiner lachte.“ So wie dem Neuntklässler Roman ist wohl den meisten der 500 Schüler im renommierten Internat Schloß Salem die Kündigung des Miet- und Pachtvertrages durch den Schirmherrn Max Markgraf von Baden aufs Gemüt geschlagen.

Die 240 Lernenden der Klassen acht bis elf, die im Markgräflich-Badischen Schloß Salem am Bodensee untergebracht sind, sollen die frühere Zisterzienser-Abtei Ende 1986 verlassen. Grund sind Differenzen zwischen dem Markgrafen, einem Enkel des Schulgründers und letzten kaiserlichen Reichskanzlers Prinz Max von Baden, und der Schulleitung über die Führung des Internats sowie eine Reihe von „Vorfällen“ in den vergangenen Jahren.

Die beanstandeten „Vorfälle“, seit Wochen bei Schülern und Lehrern Anlaß zu nebelhaften Vermutungen, sind nun vom Vorstand des Trägervereins und vom badischen Haus präzisiert worden. Dr. Wilfried Kuhn, Leiter der Markgräflich-Badischen Hauptverwaltung, nennt unter anderem: übermäßige Lehrerfluktuation; zu hoher Schülerabgang; „sehr schlimme Trinkerei“; weiteres Zurückdrängen von Formen wie dem Schulanzug.

Was den Markgrafen besonders ärgerte

Vom Vorstand des Trägervereins werden weitere Vorkommnisse aufgezählt, die den im Schloß residierenden Zähringer in den vergangenen Jahren geärgert haben sollen:

- General a. D. Bastian von den Grünen wurde ohne Zustimmung des Markgrafen eingeladen, vor Schülern zu sprechen;
- eine Lehrerin, die ein uneheliches Kind erwartete, wurde gegen den Willen des Schloßherrn weiterbeschäftigt;
- Raucherecken mit herumliegenden Zigarettenkippen;
- beim Besuch des Landesbischofs wurde trotz ausdrücklicher Anweisung, einen bestimmten Schulbereich sauberzuhalten, ein Streichholz gefunden.

„Es geht nicht so sehr um die Vorfälle für sich genommen, vielmehr macht uns deren Häufung in den vergangenen Jahren Sorge“, sagt Kuhn, der dies der Schulleitung („verfehlter Führungsstil“) anlastet. „Es geschehen einfach zu viele Dinge im Hause des Markgrafen, die mit ihm als Eigentümer des Anwesens und Chef des Hauses Baden identifiziert werden, die nicht zu akzeptieren sind.“

Vereinsvorstand und Schulleitung weisen die Vorwürfe der markgräflichen Verwaltung zurück. Die Fluktuation etwa bei den Mentoren, die wie die Lernenden im Schloß wohnen, wird als „üblich bei Internaten“ gewertet, der „bedauerliche Alkoholgenuß“ halte sich bei Jugendlichen dieser problematischen Altersstufe „im Rahmen“, weitere „Vorfälle“ in der Liste des Markgrafen („im Laufe vieler Jahre geschehen und wiederholt vorgebracht“) hätten zu „unverhältnismäßigen“ Reaktionen geführt.

Dr. Bernhard Bueb, seit zwölf Jahren Leiter der 1920 gegründeten Schule Schloß Salem, in deren Schüler-Listen Prominente wie Golo Mann, Elisabeth Noelle-Neumann oder der britische Prinzgemahl Philip auftauchen, ist der Meinung: „Bei der Schule sind keine Fehlentwicklungen zu sehen. Ganz im Gegenteil: In den vergangenen Jahren sind die Leistungen angestiegen, die Schule ist voll belegt und finanziell gesund. Nach dem großen Bruch Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre, als Werte plötzlich nicht mehr galten und Traditionen hinterfragt wurden, habe ich ungeheuer daran gearbeitet, wieder ein bestimmtes Maß an Formen einzuführen. Für mich ist aber klar, daß diese wie auch die innere Haltung junger Menschen nach den Hahnschen Prinzipien nicht durch äußeren Zwang erreicht werden können.“

Zwei Auffassungen von Erziehung

Diese „innere Haltung“ nach den Erziehungsgrundsätzen von Kurt Hahn, dem Mitgründer des Salemer Internats, sind ein weiterer Streitpunkt zwischen den beiden verfeindeten Parteien im Schloß: Nach Meinung des badischen Hauses können die Hahnschen Prinzipien wie Selbständigkeit, Zivilcourage, Dienst am Nächsten, Verantwortung oder Ehrlichkeit bei einer „mangelhaften Erziehung“ insgesamt letztlich nicht erreicht werden. Internatsleiter Bueb dagegen verweist auf den Ausbau der Schülermitverwaltung, der Dienste für die Mitmenschen (Feuerwehr, THW) oder des Projektunterrichts „ganz im Sinne von Kurt Hahn“.

Im Grunde stehen sich in Salem wohl zwei verschiedene Auffassungen von Erziehung gegenüber, die in den Personen des Markgrafen und Buebs aufeinanderprallen: hier Max Markgraf von Baden (52), Repräsentant eines früher regierenden Fürstenhauses, aktiver Reserveoffizier (Oberst a. D.) mit klaren Vorstellungen von Ordnung, Disziplin und Formen – dort der Schulleiter (47), ein Schüler des „Reformpädagogen“ Hartmut von Hentig, dem Zwang zuwider ist, für den von Zeit zu Zeit neue Wege beschritten werden müssen, um Erziehungsziele zu erreichen.

Der neunköpfige Vorstand des Internatsträgers „Schule Schloß Salem“, dem der Markgraf als Schirmherr der Schule angehört, steht mehrheitlich hinter Bueb und seinen pädagogischen Grundsätzen, der Markgraf indes hat in einem Brief an die Mitarbeiter der Schule eine neue Schulleitung und einen neuen Vorstand gefordert. Dieser nicht auflösbare Gegensatz hat sich inzwischen auf die juristische Ebene verlagert: Das badische Haus ist nämlich der Meinung, daß der 1973 geschlossene, bis 1999 gültige Miet- und Pachtvertrag ungültig ist. Es geht um eine Wertanpassungsklausel für den Unterhalt der Schule, die, so Kuhn, fehlerhaft abgefaßt und daher bei der Landeszentralbank „genehmigungspflichtig, aber nicht genehmigungsfähig“ sei.

Der Vorstand mit Sprecher Levin von Wulffen ist dagegen der Meinung, daß eine derartige „Teilunwirksamkeit“ nicht den gesamten Mietvertrag aufhebt. Die juristische Ebene des Streits, die durch ein internes Schiedsgerichtsverfahren entschieden werden soll, wird indes nur als Trick der markgräflichen Seite betrachtet, den nicht genehmen Vorstand und die Schulleitung aus den Angeln zu heben. Die Chancen des Zähringers in dem Verfahren werden allgemein als gering eingeschätzt. Die Schule werde aber in jedem Fall weiterbestehen; notfalls müßten neue Räume im Bodenseeraum beschafft werden. Wulffen verweist auf die dem Verein gehörenden umliegenden Schlösser Hohenfels und Spetzgart, wo die Unterstufe und die beiden oberen Klassen untergebracht sind.

Was macht der Markgraf, wenn er unterliegt? „Dann hat er Leute im Haus, die er nicht drinhaben will“, sagt sein Generalbevollmächtigter. „Wir hätten dann die merkwürdige Situation, daß der Schloßeigentümer in seinem eigenen Haus nur eine von neun Stimmen hat.“

Diese „Ohnmacht“ des Markgrafen gegenüber dem Internatsvorstand ist für viele der Hintergrund der ganzen Affäre. Denn der Vater von Max, Markgraf Berthold, war bis zu seinem Tode 1963 „geborener“ Vorstandsvorsitzender und bestimmte de facto die Geschicke der Schule. Er setzte aber eine Satzungsänderung durch, nach der der künftige Chef des Hauses Baden nur noch einfaches Vorstandsmitglied und nicht mehr „primus inter pares“ sein sollte.

Nur ein Versuch der Disziplinierung?

Ob Max Markgraf von Baden, Schirmherr auch von Heimatvereinen, Güterverwalter und Weinbauer, wirklich das Ende der Privatschule in Salem will, von der aus sein Großvater einst eine neue Elite für das im Ersten Weltkrieg geschlagene Reich bauen wollte, bleibt beim Internatsträger umstritten. Manche sehen die Kündigung nur als „Versuch der Disziplinierung“ an. So denken auch einige Schüler, die sich teils belustigt, teils besorgt zeigen. „Der Markgraf kommt nicht richtig zur Geltung, er will sagen: Ich bin auch noch da“, meint einer der Schüler. Viele fühlen sich nicht richtig informiert über den Konflikt.

„Der Max wünscht hier noch spartanischere Zustände, mit mehr Strafen, Disziplin und Uniformen“, glauben viele. Über die Schule gibt es bei den Internatsschülern, die von ihrem Äußeren mit Jeans oder Popperfrisuren den Eindruck eines üblichen Gymnasiums erwecken, verschiedene Ansichten. „Für mich ist es eine ganz normale Schule“, sagt eine Zehntklässlerin, die findet, daß Bueb „immer den richtigen Mittelweg sucht“. Einer aus der neunten Klasse dagegen will es hier strenger haben: „Vor ein paar Wochen noch lag auf den Wegen jede Menge Papier herum, jetzt nach dem Streit ist es auf einmal sauber, da guckt die Schulleitung danach.“

Daß man wirklich am 31. Dezember aus dem 1697 bis 1707 erbauten mächtigen Klostergebäude ausziehen muß, glaubt indes kaum einer.




Autoritäten jenseits des politischen Kampfes: Tunesiens Präsident Habib Bourguiba (82) und Marokkos König Hassan II. (56)

FOTOS: AP/STUDIO X

Die Unersetzlichen aus dem Maghreb

An zwei Männern hängt die Stabilität des Maghreb: an dem tunesischen Präsidenten Bourguiba und dem marokkanischen König Hassan. Was nach diesen gemäßigten, pro-westlich orientierten Staatsmännern kommen wird, ist ungewiß. Ein Besuch in Tunis und Marrakesch.

Von BERNT CONRAD

Wer weiß, ob er überhaupt noch lebt. Ich zweifele manchmal daran“, verrät ein Kaufmann in der von orientalischen Wohlgerüchen und lautstarkem Handeln erfüllten Medina, der Altstadt von Tunis. Gemeint ist Habib Bourguiba, der „Oberste Kämpfer“, wie der tunesische Präsident auf Lebenszeit sich am liebsten nennen läßt.

Mitten im brodelnden Stadtverkehr steht sein Denkmal: ein jugendlicher, kräftiger Reiter mit hocherhobenem Haupt. In allen Amtsstuben, in den Hotel-Lobbies und in den Schaufenstern der Geschäfte hängen strahlende Porträts des Mannes, der seit dreißig Jahren die Geschicke des nordafrikanischen Landes mit fester, aber für arabische Verhältnisse erstaunlich moderater Hand lenkt. Die Bilder sind ebenso unrealistisch wie die Jugend-Aufnahmen, die jeden Abend im Fernsehen von markigen Sprüchen Bourguibas begleitet werden.

Jeder in Tunis weiß von den Krankheiten, die der bald Dreiundachtzigjährige in den vergangenen Jahren durchgemacht hat. Viele bezweifeln, daß er überhaupt noch politisch handlungsfähig ist. In der Öffentlichkeit sieht man ihn nie. Darum werden auch die Fotos, die täglich in den Zeitungen von vielfältigen Aktivitäten des Präsidenten berichten, höchst skeptisch beurteilt.

Tatsächlich aber hält der greise Nationalheld, der etliche Jahre seines Lebens in französischen Gefängnissen hat zubringen müssen, zumindest einige Stunden am Tag noch immer das Ruder des in letzter Zeit zunehmend unruhig gewordenen Staatsschiffes in seinen zittrigen Händen. Er leitet unter seinem eigenen, aus besseren Jahren stammenden überlebensgroßen Porträt die wöchentlichen Kabinettssitzungen und entscheidet alle wichtigen Fragen, nachdem sie ihm mundgerecht präsentiert worden sind.

Als wir ihm in der goldverzierten Pracht seines Palastes in Karthago bei der Begrüßung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gegenüberstehen, erblicken wir einen gebrechlichen alten Herrn, der sich in geradezu rührender Weise hinter seinem Schreibtisch um eine straffe Haltung bemüht. Nach einigen freundlichen Worten über die Bundesrepublik Deutschland gibt ihm der Protokollchef ein Zeichen, und der Präsident läßt sich schwerfällig in den Sessel gleiten.

Den linken Arm mit steif gespreizten Fingern unbeweglich auf der Schreibtischplatte plaziert, den Kopf starr nach vorn gerichtet, plaudert er etwas mühsam im Stil eines wohlmeinenden Serenissimus, schweift gelegentlich ab, schneidet aber auch aktuelle politische Themen an. Nach 15 Minuten werden die Besucher hinauskomplimentiert. Bourguiba hat während der ganzen Zeit seinen Platz hinter dem Schreibtisch nicht verlassen.

In einer Reihe mit Hannibal und Jugurtha

Beim Hinausgehen durchqueren wir den kostbar geschmückten Kabinettssaal. Über den Türen ragen fünf Büsten auf: Sie zeigen Hannibal, den heiligen Augustinus, den punischen Freiheitskämpfer Jugurtha, den großen islamischen Historiker Ibn Khaldun – und Bourguiba. So sieht er selbst seine geschichtliche Rolle.

Sicher ist, daß Tunesien nach den blutigen Unruhen von 1978, dem vom libyschen Diktator Khadhafi inszenierten Aufstand in Gafsa 1980, der Brotrevolte vom Januar 1984 und den ernsten Spannungen mit den Gewerkschaften in der zweiten Jahreshälfte 1985 ohne die beherrschende Figur des Gründers der Republik längst in den Strudel des Umsturzes geraten wäre. Solange der alte Herr lebt, kann Tunesien als stabiler Faktor und Freund des Westens einkalkuliert werden. Danach kommt Ungewißheit. Sie liegt in der Medina und in den Regierungsgebäuden, in den Cafés und Geschäften von Tunis schon heute allenthalben spürbar in der Luft.

Eineinhalbtausend Kilometer entfernt, in der marokkanischen Hauptstadt Rabat und im orientalisch verzauberten Marrakesch, ist von der untergründigen Erwartung eines Wechsels nichts zu spüren. Hier hat der 56jährige König Hassan II. die Zügel fest im Griff. Gewiß ist die Lage auch am westlichen Rand des Maghreb nicht einfach: Analphabetentum, Armut, soziale Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit und die kontinuierliche Bevölkerungsexplosion sorgen täglich für neue Probleme. Die Wirtschaft ist in einer schlechten Verfassung.

Darum spricht kaum jemand gut über die Regierung des redlich bemühten, aber unbeliebten Ministerpräsidenten Karim Lamrani. Der König hingegen steht jenseits aller Kritik. Seine Person bildet das einigende Band zwischen Klassen und Parteien. Als beispielsweise 1981 bei Unruhen in Casablanca Büros und Läden verwüstet wurden, blieben die Bilder des Monarchen unangetastet.

Der einstige Playboy auf dem marokkanischen Thron, dem die Sorgen seines Volkes fremd waren, hat sich in eine nationale Symbolfigur verwandelt. Dazu hat der Konflikt mit dem benachbarten Algerien um den Besitz der früher spanischen West-Sahara ganz wesentlich beigetragen. Denn im Kampf gegen die von Algier finanzierte Polisario-Bewegung stehen alle Parteien – von den Kommunisten bis zu den Rechtskonservativen – geschlossen hinter Hassan. Und er bedient sich dieses Instruments mit virtuoser Geschicklichkeit. Kürzlich hat der König sogar den heimischen KP-Chef nach Peking geschickt, um die Chinesen vom marokkanischen Standpunkt in der West-Sahara-Frage zu überzeugen.

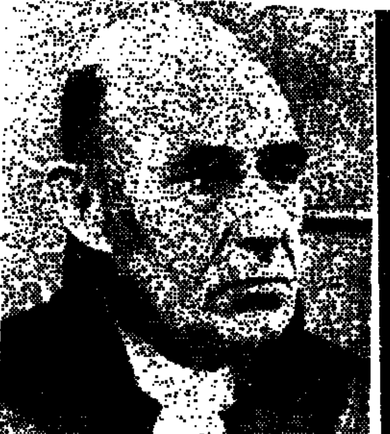
Die Untertanen erleben ihren Monarchen und geistlichen Führer regelmäßig bei feierlichen Gelegenheiten als Reiter im wallenden weißen Burnus. Den Bundesaußenminister jedoch empfängt er im Palast von Marrakesch im eleganten blaugrauen Anzug, mit blaugestreiftem Hemd und zweifarbigen Schuhen im Chicagoer Stil der zwanziger Jahre. Vor sich auf dem flachen Tisch kandierte Früchte, Pralinen vom Pariser Meisterkonditor Lenotre und Backwaren mit Mandeln und Nüssen, parliert der zierliche Araber mit beeindruckender Gewandtheit.

Nicht nur Repräsentant, sondern politischer Profi

Stolz führt Hassan Genscher – an farbenprächtig kostümierten Berberwachen vorbei – durch die mit maurischen Mosaiken geschmückten Innenhöfe und Säle des Palastes, ohne auf die gewaltigen Tore hinzuweisen, die jeden einzelnen Teil der Anlage gegen unbefugte Eindringlinge abriegeln können. Daß dies notwendig werden könnte, hat der König bei den blutigen Putschversuchen der Streitkräfte 1971 und 1972 festgestellt.

Heute aber ist davon keine Rede. Ein Springbrunnen plätschert munter in der Mitte der Halle, in die Hassan seinen Gast zum Gespräch führt. Und hier, unter einer hohen, mit Mosaiken verzierten Kuppel, erweist sich der König zur Verblüffung seines Partners als ein durch und durch professioneller, sachlich beschlagener Politiker. Zupackend formulierend, ohne Umschweife zum Kern kommend, weiß Hassan über manche Themen besser Bescheid als die zuständigen Ressortminister, mit denen der Bundesaußenminister zuvor konferiert hat.

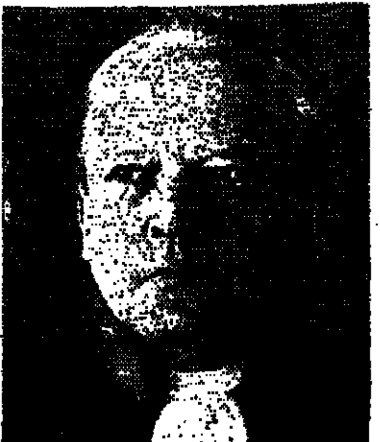
Kein Wunder, daß der Monarch – nach der Verfassung über der Legislative, der Exekutive und der Justiz stehend – auch als persönliche Autorität allseits akzeptiert ist. Daß seine beiden Söhne, Kronprinz Sidi Mohammed (22) und Moulay Rachid (15) später einmal diese Rolle übernehmen könnten, glaubt kaum jemand. Auf längere Sicht herrscht auch hier Ungewißheit.



Hans Justus Rinck
FOTO: DIE WELT



Wolfgang Zeidler
FOTO: SVEN SIMON



Helmut Simon
FOTO: SVEN SIMON

Bundesverfassungsgericht vor dem größten Revirement seiner Geschichte

Sieben von 16 Richtern scheiden aus / Roman Herzog Nachfolger von Präsident Zeidler

Von HENNING FRANK

Die Verfahrensflut, die das Bundesverfassungsgericht Anfang der achtziger Jahre zu überrollen drohte, ist gebannt. Wie Gerichtspräsident Wolfgang Zeidler am Wochenende bei einem Pressegespräch mitteilte, ist die Zahl der Neueingänge im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen. Nachdem 1983 das Karlsruher Zwillingsgericht mit fast 4000 neuen Verfahren kurz vor einem Kollaps stand, wurden 1985 „nur" noch 3141 (1984: 3484) registriert.

Bei einer Mitte vergangenen Jahres vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Umfrage genießt von allen staatlichen Institutionen nur der Bundespräsident ein höheres Ansehen als Karlsruhe. Und da auch die Erfolgsaussichten der Verfassungsbeschwerden nicht geringer geworden sind – sie liegen seit vielen Jahren bei 1,2 Prozent –, ist der weitere Rückgang 1985 für Professor Zeidler vor allem auf die Diskussion über die Einführung einer Unterliegensgebühr zurückzuführen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts sieht in der seit 1. Januar 1986 bestehenden Möglichkeit, bei einer erfolglosen Verfassungsbeschwerde dem Antrag eine Gebühr aufzuerlegen, ein Mittel Karlsruhes, sich gegen unsinnige Verfahren zu wehren.

Aktenberg wächst noch

Wieweit Karlsruhe noch immer von einer Normalisierung seiner Arbeit entfernt ist, zeigen die nach wie vor extrem hohen Rückstände. Der Aktenberg, der sich seit vielen Jahren vor den beiden Senaten auftürmt, konnte auch im vergangenen Jahr nicht abgebaut werden. Im Gegenteil: Die Zahl der unerledigten Fälle hat sich 1985 mit 1777 Verfahren sogar leicht erhöht (1984: 1661).

Und da sich das Bundesverfassungsgericht in diesem Jahr noch mehr als bisher mit den Streitigkeiten politischer Instanzen beschäftigen muß, ist 1986 kaum mit einer Entlastung der 16 Richter zu rechnen. Ihre Belastung wird in den nächsten Monaten wahrscheinlich sogar noch zunehmen, weil sieben von ihnen in den nächsten anderthalb Jahren ausscheiden. Auch wenn dieses größte Revirement der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts in Etappen geschieht, so beginnt es sich schon jetzt auf die Arbeit der beiden Senate auszuwirken.

Hans Justus Rinck scheidet als erster des Septetts am 1. Oktober aus. Wenn das nach wie vor umstrittene Vorschlagsrecht für den Nachfolger des dienstältesten Mitglieds des Bundesverfassungsgerichts der in seiner fast 18jährigen Amtszeit nie auf sich aufmerksam gemacht hat, wirklich der SPD zustehen sollte, dann wird der freiwerdende Platz im zweiten Senat von einer Frau eingenommen. Für die sozialdemokratische „Findungskommission" ist es freilich gar nicht so einfach, dafür eine geeignete Kandidatin dem Wahlmännerausschuß des Deutschen Bundestages zu präsentieren. Abgesehen davon, daß sie als Richter an einem der fünf obersten Bundesgerichte tätig sein muß, darf sie auch nicht SPD-Mitglied sein. Denn Hans Justus Rinck ist einer der vier „neutralen" Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts, von denen zwei im ersten Senat (Professor Konrad Hesse und Franz Niedermaier) und zwei im zweiten Senat (Professor Helmut Steinberger und Hans Justus Rinck) sitzen.

Die größte Aussicht von der SPD vorgeschlagen zu werden, hätte wohl Ingeborg Wolff vom Bundessozialgericht in Kassel. Doch sie soll inzwischen aus familiären Gründen nicht „zur Verfügung" stehen. Wer von den übrigen drei Bundesrichterinnen, die angeblich in die engere Wahl gezogen worden sind, das Rennen macht, ist völlig offen. Ingeborg Franke vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin verfügt allerdings im Gegensatz zu Christine Krohn und Karin Graßhof vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe über die besseren Voraussetzungen. Sie sitzt im „Beamtenrechtssenat".

Während die Wahl des Nachfolgers von Hans Justus Rinck aller Voraussicht nach noch vor dem Ende seiner Amtszeit erfolgen wird, kann Professor Konrad Hesse nicht damit rechnen, daß er rechtzeitig abgelöst wird. Der bekannte Freiburger Staatsrechtler wird wohl noch einige Monate länger an seinem Schreibtisch im Glasbau im Karlsruher Schloßbezirk ausharren müssen. Da seine Amtszeit wenige Tage nach der Bundestagswahl am 31. Januar 1987 endet, wird über seinen Nachfolger vom Bundesrat mit ziemlicher Sicherheit erst später entschieden werden. Man wird davon ausgehen müssen, daß er zusammen mit den fünf anderen neuen Richtern ausgewählt wird, die Anfang November 1987 für Helmut Simon und Dietrich Katzenstein in den ersten und für Gerichtspräsident Wolfgang Zeidler, den Mannheimer Völkerrechtler Helmut Steinberger und Engelbert Niebler in den zweiten Senat „nachrückt".

Sieht man einmal von dem Vorsitzenden des Presserechtssenates des Bundesgerichtshofes, Erich Steffen (SPD), ab, der das „Enfant terrible" des Bundesverfassungsgerichts Helmut Simon „beerben" soll, so ist bisher nur eine Entscheidung so gut wie sicher: Nach dem ersten sozialdemokratischen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Wolfgang Zeidler, wird wieder ein Christdemokrat an der Spitze des Karlsruher Zwillingsgerichts stehen, der bisherige Vizepräsident und Vorsitzende des ersten Senats, Professor Roman Herzog, der sich ebensowenig von seiner Partei vereinnahmen läßt, wie der „Etatist" Wolfgang Zeidler von der SPD.

Franzen im Gespräch

Wer nach dem Weggefährten Helmut Schmidts den Vorsitz im zweiten Senat und damit zugleich die Vizepräsidentschaft des Bundesverfassungsgerichts übernimmt, ist dagegen noch völlig offen. Zu der erhofften Idealbesetzung mit dem Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Professor Otto Rudolf Kissel, dürfte es nicht kommen. Der Sozialdemokrat und Synodalpräsident der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau ist seiner Partei mit 47 Jahren zu alt. Er würde nämlich nach Roman Herzog nur knapp zwei Jahre als Präsident des Bundesverfassungsgerichts amtieren können.

Immer häufiger wird dagegen der Name eines Richters des sogenannten Atomrechtssenats des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin genannt, der auch als Nachfolger des Präsidenten des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts, Dieter Bischoff, gehandelt wird: Der 48jährige Eberhardt Franzen, den der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Horst Sendler am liebsten zu seinem Nachfolger machen würde, ist nicht nur ein herausragender Richter, er besitzt auch als ehemaliger Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion das volle Vertrauen seiner Partei.

Kohl: SPD ist völlig aus dem Tritt geraten

MICHAEL JACH, Wolfenbüttel

Um bei der bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen ein rotgrünes Regierungsbündnis in Hannover auszuschließen, „braucht die CDU jede Stimme". Mit dem Aufruf an seine Partei zu demgemäßen Einsatz griff der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl am Wochenende erstmals in den einsetzenden niedersächsischen Wahlkampf ein. Auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes Braunschweig in Wolfenbüttel bestätigte Kohl damit die bereits von Ministerpräsident Ernst Albrecht vorgezeichnete Linie, daß die Union im Lande „stärker als SPD und Grüne zusammen" bleiben müsse. Eine Koalition mit der dazu bereiten FDP schloß zwar auch Kohl nicht aus, doch mag er sich offensichtlich ebensowenig wie Albrecht darauf verlassen, da die Freidemokraten in Hannover sich selbst zusehends Sorgen um die Fünf-Prozent-Hürde machen.

Mit Blick auf Sozialdemokraten und Grüne in Niedersachsen, die allenfalls gemeinsam eine Regierungsmehrheit aufbringen dürften, verwies der CDU-Bundesvorsitzende Knapp auf hessische Erfahrungen. Ihm sei es kaum vorstellbar, wie angesichts entsprechender Aussichten für Hannover und einer insgesamt „völlig aus dem Tritt geratenen" SPD, „Arbeitnehmer, die teils seit Generationen von der Industrieproduktion leben, in diesem Jahr in Niedersachsen sozialdemokratisch wählen können".

Breiteren Raum als die „Ausflüge" des Kanzlers in die Landespolitik nahm seine, wie er es nannte, „Rechenschaft" über die bundespolitischen Rahmenbedingungen ein – im Bonner Stimmungstief der Jahresmitte 1985 noch ein Sorgenthema der für den Wahlkampf rüstenden Landes-CDU. In Wolfenbüttel wartete Helmut Kohl mit einer zumal wirtschaftspolitisch von Erfolgsbewußtsein getragenen Bilanz seiner drei ersten Regierungsjahre auf. Denn auch diese stünden – mit der Bundestagswahl im Januar 1987 bereits in Sichtweite – in Niedersachsen am 15. Juni schon mit zur Abstimmung des Wählers: „Jede Stimme für Ernst Albrecht ist eine Stimme für mich."

Den Parteifreunden in der Veranstaltungshalle, wie auch den „für unsere Streikfreiheit" demonstrierenden, über Lautsprecher erreichten DGB-Mitgliedern draußen auf der Straße führte Kohl vor Augen, wie seine Regierung binnen dreier Jahre den wirtschaftspolitisch „aus dem Kurs gelaufenen Tanker gedreht" habe – mit dem international beachteten Erfolg, daß die Bundesrepublik Deutschland inzwischen die „im Vergleich der Industrieländer ausgewogenste" und damit langfristig tragfähigste Aufwärtsentwicklung aufweise. Gleichwohl bleibe die noch unbewältigte Arbeitslosigkeit „die innenpolitische Heimsuchung Nummer eins".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Nach dem Skandal gibt es nun auch Sachkonflikte in der Koalition

Hochschulgesetz und Bettenplanung bei CDU und FDP umstritten / Diepgen: Nicht entmutigt

H.-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

In der Berliner Senatskoalition bringen anhaltende FDP-interne Debatten über einen möglichen Rücktritt von Umweltsenator Horst Vetter (FDP) – er erhielt von dem verdächtigen Bauträger Kurt Franke mindestens 10 000 Mark Spendengeld – auch die CDU in Zugzwang. In Bonner Unionskreisen werden für den Fall neuer Personalbesetzungen die Namen von Justiz- und Bundessenator Rupert Scholz sowie von Ex-Bundesverfassungsgerichtspräsident Ernst Benda genannt, sofern auch der Regierende Bürgermeister Diepgen in Rücktrittsüberlegungen einbezogen werden sollte. Der angesehene Jurist Scholz besitzt das besondere Vertrauen des Bundeskanzlers.

Diepgen hat in der „Berliner Morgenpost" (Sonntagsausgabe) erklärt, daß ihn die Probleme weder „entmutigt noch gelähmt" haben. Diepgen: „Den wirtschaftlichen Aufschwung lassen wir uns nicht kaputtmachen weder durch einige Straftäter noch durch eine ständig schimpfende, diffamierende und ohne jedes Augenmaß polemisierende Opposition."

„Moral-Kodex" der CDU

Die Liberalen sind nicht bereit, für den auch von FDP- und CDU-Politikern für unausweichlich empfundenen „Befreiungsschlag" lediglich Senator Vetter zu opfern. Über die Umstände seiner Annahme einer 10 000-Mark-Spende durch den der Bestechung beschuldigten Bauträger Kurt Franke dürfte es morgen abend auf einer FDP-Landesausschußsitzung zu Auseinandersetzungen kommen.

Das höchste Gremium der Liberalen zwischen den Parteitagen debattiert über Vetter und ein Strategiepapier, das vier FDP-Politiker an diesem Wochenende fertigstellten: Finanzsenator Günter Rexrodt, der frühere Landesvorsitzende Wolfgang Lüder (linker Flügel), Parlamentsdirektor Bernd Löhning sowie der Abgeordnete Jürgen Biederbick.

Diese Unterlage mit ihren weitreichenden Forderungen nach einer radikalen Berliner Verwaltungsreform und Änderung der Spendenpraxis soll am Dienstag abend verabschiedet werden. Wäre Vetter im Laufe der nächsten Zeit nicht mehr im Amt zu halten, soll er entweder innerhalb der FDP ersetzt oder das Umweltressort im Zuge eines größeren Senatsrevirements der Union überlassen werden, falls die CDU dafür beispielsweise das Kulturressort oder abermals die Justiz für die Liberalen freigibt.

Auch die Union legte am Wochenende durch Senator Wilhelm Kewenig letzte Hand an ein Strategiepapier, aus dem ein „Moralkodex für die politische Alltagspraxis" der Berliner CDU hervorgehen soll. Außerdem enthält es Überlegungen, wie die Vergabe von Subventionen im Baubereich, die Handhabung der Baugenehmigungen, das äußerst weit ausgelegte Ausnahmegenehmigungsrecht und andere Berliner Besonderheiten endlich durchsichtig gemacht werden können.

Der notwendige, aber mit viel Zeitverlust verbundene Versuch von CDU und FDP, verlorenes politisches Vertrauen in Berlin selbst und außerhalb wiederzugewinnen, wird durch ein neues Phänomen erschwert: Zum ersten Mal im knapp drei Jahre alten CDU/FDP-Bündnis zeigen sich Sachkonflikte von Gewicht:

- Der zuständige Fachausschuß auf FDP-Landesebene lehnte jetzt kategorisch die Pläne von Gesundheitssenator Ulf Fink (CDU) ab, ein komplettes Universitätsklinikum stillzulegen, an anderer Stelle in der Stadt für mehr als eine halbe Milliarde Mark neu zu bauen und dabei rund 2000 Betten der besonders teuren Akutversorgung zu sparen. Die FDP-Spitze gab Fink bereits zu verstehen, daß sie in keinem Falle ohne detaillierte Alternativplanungen seinem Vorhaben zustimmen werde. Die Überlegungen des CDU-Senators werden keinesfalls lupenrein zum Zuge kommen.
- Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig wiederum sieht sich ebenfalls erfolgreichen FDP-Widerständen gegenüber, seinen Referentenentwurf für ein neues Berliner Hochschulgesetz vom Senat billigen zu lassen. Der linke FDP-Flügel lehnt entschieden jede Verschärfung der Bestimmungen zugunsten der Professoren und eine Neuberechnung der Stimmenschlüssel für bestimmte Hochschulgremien ab.

Kompromiß in Sicht

Wahrscheinlich einigen sich CDU und FDP noch bis zur Osterpause in fünf Wochen jeweils auf Kompromisse – jedoch stets zu Lasten der beiden CDU-Senatoren und ihrer ursprünglichen Vorstellungen.

In der jüngsten Ausgabe der CDU-Zeitschrift „Berliner Rundschau" spiegelt sich das Unbehagen vor allem an der Parteibasis über die Lage: „Viele Mitglieder und Freunde der CDU sind verstört. Das, was sie da plötzlich von allen Seiten hören mußten, entsprach nicht dem Bild, das sie bis dahin von der CDU besaßen. Hatten sie sich so getäuscht?"

Fischer, der Müll und die Fundis

WILM HERLYN, Hagen

„Warum soll ich meine erste große Niederlage auch noch live erleben?" fragte am Vorabend der Bundesversammlung der Grünen Hessens Umweltminister Joschka Fischer seine Getreuen. Und so ließ er sich am Wochenende in der Hagener Stadthalle gar nicht erst blicken, wo ihm die Öko-Sozialisten und Fundamentalisten seiner Partei eine empfindliche Schlappe zufügten. Er entschuldigte sich mit den Tod seiner Schwiegermutter, er müsse seine Kinder hüten.

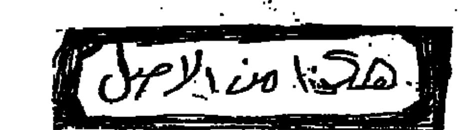
Stolperstein für Fischer ist die Entgiftung – denn entgegen der Beschlußlage der Grünen in Sachen Mülltourismus läßt Fischer einen Teil des in Hessen anfallenden Giftmülls auf die „DDR"-Kippe Schönberg gegenüber Lübeck und nach Frankreich bringen. Fischer sieht sich in einem Interessenskonflikt: Er habe „das Erbe einer zwanzigjährigen politischen Untätigkeit geerbt", sagte er – auf der anderen Seite „kann ich den Beschluß des Bundeshauptausschusses der Grünen nur begrüßen. Auch ich will den Stopp für den Mülltourismus. Nur fehlt diesem Beschluß ein zweiter Teil, der mir sagt, was ich statt dessen machen soll".

Auch seine Anwesenheit in Hagen hätte nicht verhindern können, daß die Fundamentalisten ihren breitgefächerten Forderungskatalog nach Entsorgung und Entgiftung mit großer Mehrheit durchbringen konnten. Aber die Grünen sagen auch in dieser Resolution nicht, was sie in der Praxis mit dem anfallenden Müll machen wollen bzw. passieren soll.

In dem Beschluß offenbarte sich damit wieder einmal die Zerrissenheit der Grünen. Ihre Bundesvorsitzende Jutta Ditfurth wandte sich mit mahnenden Worten an die etwa 800 Delegierten, sich nicht in verschiedenen Gruppen aufreiben zu lassen. Sie sagte: „Diese Bundesversammlung ist die Fortsetzung der Bundesversammlung in Offenbach vom Dezember – wir sitzen an diesem Wochenende unsere Leidenschaft für praktische Anti-Wackersdorf-Politik ab." Damals war die Mehrzahl der Delegierten zur Wiederaufbereitungsanlage ins bayerische Wackersdorf gefahren und hatten so die Unterbrechung des Parteitages erzwungen. Jutta Ditfurth sagte weiter: „Wir haben ein knappes Jahr vor uns, bevor wir im Januar 1987 mit mehr Abgeordneten in den Bundestag einziehen als 1983. Auseinandersetzungen werden uns nicht daran hindern, wenn sie fruchtbar sind, wenn wir an nachvollziehbaren inhaltlichen Positionen auseinandersetzen, was wir wollen." Zerrissen würden aber die Grünen, „wenn Teile von uns meinen, ohne die anderen auskommen zu können und blankweg auffordern, sie ziehen zu lassen. Das Durchziehen einer Strömung gegen die anderen wäre ebenso unser politischer Tod wie eine diffuse positionslose Breite."

Dabei fuhr sie auch scharfe Angriffe gegen die SPD. Sie sei „kleptoman", denn je weiter sich die Sozialdemokraten nach rechts entwickelten, desto mehr mühten sie sich ab, „von uns Begriffe zu klauen" – wie etwa den Begriff der Ökologie. Und das Mitglied des Bundesvorstandes Rainer Trampert übte nicht nur Kritik an DGB-Chef Ernst Breit und dessen „Harmoniestreben", sondern er wandte sich insbesondere gegen die „Anstandskampagne" des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Er rief den Delegierten zu: „Wir müssen aufpassen, daß wir nicht einsacken in den klebrigen Sumpf von Anstand und sozialen Frieden."

Die Mehrheit der Öko-Sozialisten lehnten erneut eine Annäherung an die SPD ab und bestanden auf ihrer Fundamental-Opposition. Dagegen erklärte am Rande des Parteitages das Bundesvorstandsmitglied Lukas Beckmann, wenn die Bundesbürger am Tage der Bundestagswahl 1987 einer rot-grünen Koalition die Mehrheit gebe, die Zeit also reif sei für eine Änderung der Gesellschaftsstruktur, könne er sich auch vorstellen, auf gewissen Gebieten mit der SPD zusammenzuarbeiten.



Die Frauen sollen ihre Rolle in der Gesellschaft selbst bestimmen dürfen

Von RITA SÜSSMUTH

Mehr Frauen in die Politik, lautet seit langem die politische Forderung. Wozu? Es geht darum, Vorstellungen und Belange der Frauen in die Politik einzubringen und das Recht auf aktive politische Beteiligung wahrzunehmen.

Noch bilden Frauen eine Minderheit in der Politik. Was wird von ihnen erwartet? Nach meinen Erfahrungen gibt es unterschiedliche Erwartungen an Männer und Frauen. Zunächst einmal sind jene Fähigkeiten und Einstellungen gefordert, die in anderen Berufsfeldern genauso ausschlaggebend sind. Es kommt auf Sachverstand, Lernfähigkeit, auf soziale Kompetenzen, Führungs- und Teamfähigkeit an. Es genügt nicht, hart zu arbeiten: Das jeweilige Problem wie auch die oftmals mühsam erkämpfte Problemlösung müssen durchgesetzt und vermittelt werden. Ich erfahre, wie sehr ich auf Menschen angewiesen bin, mit denen ich vertrauensvoll zusammenarbeite, die mich unterstützen, die Ideen, Kritik, Engagement, aber auch Humor einbringen. Nicht hoch genug einzuschätzen sind Einfühlsamkeit, Selbstvertrauen, Glaube an die Menschen und an die Sache, an die leitende politische Idee, an das politische Gespür. Ist das nicht gegeben, verwandelt der politische Alltag den Menschen zu einem alsbald verletzten, resignierenden oder harten, ja selbst zynischen Wesen. Dazu gehört auch, mit verkürzten und dadurch verfälschenden Wiedergaben einiger meiner Äußerungen in der Öffentlichkeit fertig zu werden.

Die „Nur-Hausfrau" nicht geringschätzen

Als Beispiel nenne ich meinen Beitrag zur Gesamtschule auf dem GEW-Kongreß in Hannover. Dort räumte ich auf eine Frage nach der Möglichkeit der Gesamtschule in bezug auf die unbefriedigende Situation von Hauptschülern ein, daß auch ein guter und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestatteter Gesamtschulversuch – wie zum Beispiel die Friedensschule Münster – der Förderung dieser Benachteiligten dienen könne.

Diese Äußerung machte mich, der ich einem differenzierten Schulsystem ohne staatliches Monopol den Vorzug vor Gesamtschulen gebe, – vor allem vor solchen, die wie in Nordrhein-Westfalen durch Etikettenaustausch aus dem Boden gestampft werden – nicht zur Befürworterin dieses Systems als Regelschule. Meine Sympathie gilt vielmehr dem Ausbau der Privatschulen, die leider noch in viel zu geringer Zahl vorhanden sind.

Wer sich als Frau auf die Politik einläßt, darf nicht von der Vorstellung ausgehen, daß man auf sie gewartet habe, sondern sie muß sich hier – wie in jeder anderen Position – erst als sachkompetent und durchsetzungsfähig erweisen. Aber wer sich eingelassen hat, sollte sich auch wirksam einzubringen versuchen. Das erfolgt in der Regel nicht über spektakuläre politische „Würfe", sondern über beharrliche Verfolgung des gesteckten Ziels. Entscheidend ist hinzuzulernen, sich nicht beirren zu lassen, auch nicht durch scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten.

Nachdem ich vier Monate im Amt bin, möchte ich einige Themen ansprechen, die mir besonders am Herzen liegen. So setzte ich mich für vernachlässigte Lebensbereiche, die Familie, die Benachteiligten in der jüngeren und älteren Generation und ganz besonders für die Frauen ein. Unsere Gesellschaft kann sich sozial und kulturell nicht zum Positiven entwickeln, wenn sie die Benachteiligung der Frauen in Familie, Beruf und Öffentlichkeit nicht beseitigt. Werden Mädchen von der Ausbildung ausgeschlossen, im Beruf nur bedingt oder gar nicht zugelassen, hat das weitreichende Auswirkungen auf die Beziehung zwischen Männern und Frauen auch im privaten Bereich. Frauen und Männer verfügen oder entwickeln in ihrem Alltag umfassende Fähigkeiten für Familie und Beruf. Nehmen wir endlich Abstand davon, den Menschen bestimmte Rollen vorzuschreiben. Sie haben ein Recht, sich persönlich zu entscheiden, sofern es die Lebensumstände überhaupt zulassen.

Ich wende mich gegen die häufig geringschätzig gebrauchte Bezeichnung „Nur-Hausfrau" und setze mich mit Nachdruck dafür ein, daß die Arbeit der Frauen in der Familie anerkannt wird – wegen der großen Bedeutung der Familie für unsere Gesellschaft und wegen der hohen Leistungen, die Frauen hier abverlangt und von ihnen erbracht werden. Gerade deshalb durfte es nicht immer weiter nur bei der verbalen Anerkennung bleiben, sondern diese mußten sich im praktischen Handeln niederschlagen.

Alle Gesetze und Maßnahmen, die von dieser Bundesregierung in Angriff genommen und schon in Kraft getreten sind, kommen dieser Forderung nach: Das Erziehungsgeld erkennt – im Gegensatz zum bisherigen Mutterschaftsurlaubsgeld, das nur im Erwerbsleben stehende Frauen erhielten – die Arbeit der Frau, die sich ausschließlich oder für eine Reihe von Jahren für die Familienarbeit entschieden hat, als gleichwertig an. Die Anrechnung von Erziehungsjahren im Rentenrecht erhöht die Altersversorgung oder begründet erstmalig einen eigenen Rentenanspruch. Die steuerlichen Erleichterungen, vor allem aber das zusätzliche Familienpaket, sollen die finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen beseitigen.


Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth FOTO: DPA

Es erscheint mir müßig, in einer Zeit, in der 40,5 Prozent aller Erwerbstätigen weiblichen Geschlechts sind, über das Recht von Frauen, ob sie zu Hause oder im Berufsleben tätig sein wollen, zu debattieren, auch wenn das einer Minderheit immer noch ein Problem ist. Worum es mir geht, ist die Benachteiligung von Frauen, in welcher Lebenssituation sie sich auch befinden, zu beseitigen. Ich wehre mich gegen die Diskriminierung der erwerbstätigen Frau als „schlechte Mutter". Ich lehne das Gerede von den Doppelverdienern ab, das die wahre Absicht verschleiern soll: Frauen soll deshalb, weil sie verheiratet sind, das Recht auf gleichen Zugang zur Arbeitswelt abgesprochen werden. Mir sind aus den Recherchen zu Forschungsarbeiten nicht wenig Fälle bekannt, in denen Frauen mit dem Argument „sie seien ja schon versorgt", bei der Bewerbung abgeschmettert wurden.

Kann überhaupt jemandem ein Urteil darüber zustehen, wie Frauen in der Familie zu leben haben? Muß es nicht vielmehr erklärtes Ziel einer demokratischen und mit eindeutigen Grundrechten ausgestatteten Gesellschaft sein, Menschen bei der von ihnen gewünschten und gemäßen Verwirklichung ihrer Lebensformen zu helfen? Sei es nun, daß sie sich entscheiden, alle Kraft und Hingabe einzusetzen, um Mann und Kinder zu versorgen oder daß sie dies mit dem von ihnen bisher ausgeübten Beruf verbinden wollen?

„Frauenfragen dürfen nicht isoliert von Männerfragen angegangen werden. Ursachen und Wirkungen der Benachteiligung von Frauen verweisen gleichsam zwangsläufig auf die gesellschaftliche Stellung des Mannes und die Beziehung zwischen den Geschlechtern. Ungleichheiten zwischen Mann und Frau äußern sich durchgängig in fast allen Lebensbereichen. Benachteiligungen im Beruf treten nicht isoliert auf. Sie sind in gleicher Weise in Familie und Öffentlichkeit, vor allem auch in der Politik aufweisbar."

Aus dieser Feststellung im Vorwort zu meinem Sammelband mit Reden und Aufsätzen der letzten Jahre leite ich die Konsequenz ab, daß Frauen nicht deshalb, weil sie Kinder bekommen oder die Möglichkeit dazu besteht, benachteiligt werden dürfen. Ein aktuelles Beispiel für diese Form der Benachteiligung sind die Äußerungen des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Braunschweig zur Einstellung von weiblichen Richtern und Rechtspflegern. Es geht mir nicht darum, an welcher Stelle Frauen in der Gesellschaft tätig sind, sondern daß sie dort, wo sie stehen und ihre Pflicht tun, keine Art von Nachteilen gegenüber Männern haben sollen.

Ein großer Schritt vorwärts würde allerdings dann getan sein, wenn mehr Männer, Ehepartner, Väter, den Bereich der Familie und des Hauses für ebenso wichtig ansehen wie den des Erwerbslebens. Wenn sie im größeren Umfang erkennen würden welche wesentlichen Erfahrungen sie sich selbst vorenthalten. Wenn aus der Mutter-Kind-Familie die Eltern-Familie würde, wäre für mich ein wesentliches Ziel erreicht.

Es ist mir wichtig, ein politisches Klima vorgefunden zu haben, das es – nach einer langen Zeit der Verdrängung – zuläßt und fördert, elementare Tatbestände wie Leben und Tod, Geburt und Sterben, ansprechen und diskutieren zu können. Ein Klima, daß es mir ermöglicht, vom sicheren Festland, der von mir richtig und wichtig gehaltenen christlichen und demokratischen Grundposition aus, Schritt für Schritt Neuland zu gewinnen: Neuland für die Änderungen der Bedingungen, unter denen Menschen zwischen dem unantastbaren Lebensbeginn – der über das immer schon vorhandene Wissen der Theologie hinaus inzwischen naturwissenschaftlich-medizinische Erkenntnis geworden ist – und dem Erlöschen irdischer Existenz, das niemals in die Verfügbarkeit der Menschen gestellt werden darf, leben.

Ich spreche vom Leben in der Familie, der Familie mit Kindern, der Familie, die sich nicht auf die Eltern-Kind-Generation beschränkt, sondern das Zusammenleben mit der älteren Generation fördert; von den jungen Paaren, die sich, wie wir aus zahlreichen Umfragen wissen, Kinder wünschen. Ich spreche von der gegenseitigen Hilfe der Familien untereinander, von den Lebensbedingungen die ältere alleinstehende Mitbürger, ledige und alleinlebende Mütter und deren Kinder im Vergleich zu den kinderlosen vorfinden.

Bundesregierung schuf die Rahmenbedingungen

Die Zukunft all dieser wird davon abhängen, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kraft aufbringt, der Lebensform Familie in allen denkbaren Ausprägungen in der Gesellschaft zur erforderlichen Anerkennung zu verhelfen.

Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Wahlfreiheit, Anerkennung der Familientätigkeit, Verantwortlichkeit der Partner füreinander, der Generationen untereinander sind für mich die Ziele, für die zu kämpfen es sich lohnt, von denen ich mir wünsche, daß sie eines Tages gelebte Realität werden.

Diese Bundesregierung hat Rahmenbedingungen geschaffen und wird diese noch verbessern, die eine Umsetzung möglich machen. Es blieb nicht, wie in früheren Regierungen, bei Sonntagsreden. Die Umsetzung hängt nun maßgeblich davon ab, ob mit diesem Kurs auch ein Bewußtseinswandel einhergeht.

Optimistisch stimmt da die Welle von zustimmenden und ermunternden Zuschriften und Telefonanrufen von Bürgern, die mich täglich erreichen. Optimistisch stimmen mich die Ermunterung meiner politischen Freunde und die eigene Sicherheit gegen mancherlei Widerstände auf dem richtigen Weg zu sein.

„Geduldige Arbeit für die Versöhnung"

DW. Stuttgart

Politiker der Bundesrepublik Deutschland haben am Wochenende die Bemühungen des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, um die Versöhnung gewürdigt. Anlaß war die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an Nachmann im Stuttgarter Neuen Schloß. Die Vorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung, die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, dankte Nachmann für den „Geist geduldiger Versöhnungsbereitschaft", mit dem er sein Amt ausübe. „In diesem Geist, mit diesem Mut haben Sie es in den Jahren seit ihrer Rückkehr nach Deutschland verstanden, als Mittler zwischen Juden und Deutschen zu wirken", sagte Frau Hamm-Brücher. Sie forderte alle Deutschen auf, die „beschämenden antisemitischen Äußerungen der letzten Wochen und Monate" nicht zu bagatellisieren.

Nachmann nannte es in seiner Dankesrede als Pflicht, das politische Klima genau zu beobachten: „Wir betrachten es als unsere Aufgabe, im Interesse der gesamten Bevölkerung auf die kleinsten Vorkommnisse mit antidemokratischen Zügen hinzuweisen und die politisch Verantwortlichen zur Reaktion aufzufordern." Durch die bitteren Erfahrungen seien die Juden sensibel geworden, was leider von manchem Kritiker nicht immer so gesehen werde.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker dankte Nachmann in einem Brief für die Annahme der Ehrung und hob dessen beispielhaften Einsatz beim Ausgleich zwischen Juden und Deutschen hervor. „Die segensreichen Wirkungen Ihres Beispiels und Ihrer Arbeit für alle Deutschen sind kaum zu berechnen."

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte in einem Glückwunsch, Nachmann habe die Versöhnung gefördert und durch sein Beispiel ganz wesentlich etwa auch zu Freundschaften durch persönliche Begegnungen beigetragen.

Weitere Medaillen der Theodor-Heuss-Gesellschaft erhielten das Schüler-Lehrer-Projekt „Juden besuchen Jever" und der Vorsitzende der „Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion", Erwin Essl.

Paris bremst Libyens Vordringen in Tschad

Luftüberlegenheit demonstriert / Waffen für Habre

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

„Im Taschad wird die libysche Armee dieselbe Rolle spielen wie die syrische im Libanon", erklärte der libysche Revolutionsführer Khadhafi im vergangenem Dezember bei einem Besuch in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos (früher Obervolta). Zu diesem Zeitpunkt rollten schon die ersten libyschen Waffentransporte in den Norden des Tschad.

Khadhafis Truppenpräsenz in diesem Teil des Landes wird nach Informationen des tschadischen Präsidenten Hissen Habre auf rund 7000 Mann, 60 Kampfflugzeuge der Typen MiG, Mirage und Marchetti, sowie Hubschrauber vom Typ MI-8 und MI-24 und 300 Panzerfahrzeuge geschätzt. Hissen Habre alarmierte Paris und bat vor allem um Panzerabwehrraketen vom Typ Milan. Von den libyschen Einheiten dürften einige Tausend in Uniformen der pro-libyschen Rebellenbewegung Gunt operieren.

Khadhafi war damals zu gleicher Zeit in das ehemalige Obervolta gereist, da die meisten Staatsoberhäupter des frankophonen Afrika sich in Paris *zum 12. französisch-afrikanischen* Gipfel versammelt hatten. Seine Worte bedeuteten einen Bruch des französisch-libyschen Abkommens vom September 1984, wonach beide Seiten ihre *militärische* Präsenz im Tschad beenden sollten und in dessen Folge die Franzosen auch tatsächlich in das benachbarte Zentralafrika abzogen.

Wechselhafter Erfolg

Präsident Mitterrand antwortete prompt: „Die Respektierung des Abkommens ist die Voraussetzung für einen Frieden im Tschad. Frankreich ist engagiert. Der Vertrag muß respektiert werden, sonst ist das Risiko *nicht mehr kalkulierbar*". Kurz *darauf nahm Paris die Aufklärungsflüge* über den 16. Breitengrad hinaus wieder auf, der als eine rote Linie zwischen den pro-libyschen Rebellen und der Armee von Hissen Habre gilt.

Die Spekulationen über eine Operation Manta II (Manta hieß der militärische Einsatz im Tschad, der in Frankreich heftig umstritten war und pro Tag etwa 330 000 Mark kostete) lebten wieder auf. Sie bekamen neue Nahrung durch die Kämpfe der letzten Tage, die mit wechselhaftem Erfolg für beide Seiten an mehreren Orten zugleich und zwar sowohl auf dem 16. Breitengrad als auch südlich davon ausgetragen wurden.

Mit dem Luftangriff auf den Wüstenflugplatz Wadi Dum 900 Kilometer nordöstlich von der tschadischen Hauptstadt N'Djamena hat Frankreich nun seine Entschlossenheit bekräftigt, ein Vordringen Khadhafis nicht zu dulden. Die Operation erfolgte einen Tag vor der Eröffnung des Gipfels französischsprachiger Länder in Versailles, an dem auch zahlreiche Staats- und Regierungschefs aus Afrika teilnehmen.

Suche nach Schutzmächten

Mit der heimlichen Zustimmung und stillen Genugtuung dieser Staatsmänner darf Paris rechnen, zumal die revolutionären und missionarischen Umtriebe Khadhafis nicht wenige der *ehemaligen französischen* Kolonien direkt oder indirekt betreffen.

Der Angriff auf den von Libyern kontrollierten Flugplatz bedeutet auch, daß Frankreich die stillschweigende Annexion des Nordtschad durch Libyen vorläufig nicht hinzunehmen gewillt ist. Der von Libyen besetzte *Aosu-Streifen längst* der libyschen Grenze, in dem reiche Uranvorkommen vermutet werden, wird in den offiziellen Landkarten Libyens seit neun Jahren als Teil des libyschen Staatsterritoriums ausgegeben.

Ein Eingreifen von französischen Bodentruppen ist vorerst jedoch noch unwahrscheinlich. Frankreich liefert jetzt massiv Panzerabwehrwaffen und Flugabwehrsysteme.

Der Angriff hat außer der innenpolitischen Demonstration der Stärke kurz vor den Wwahlen und der Demonstration von Luftüberlegenheit freilich noch andere Gründe. Tschad *bekommt seit 1985 auch amerikanische* Militärhilfe in Höhe von rund fünf Millionen Dollar jährlich. Beim Nachbarn Kamerun konnten Israel und Kanada ihren Einfluß erheblich ausweiten. Paris ist die kaum kaschierte Suche einiger afrikanischer Staaten nach anderen Schutzmächten, was auch immer gleich Handels- und Wirtschaftspartner bedeutet, nicht entgangen. Das verleitet dazu, deutlichere Zeichen zu setzen.

Malaysia als Partner willkommen

PETER ISELI, Kuala Lumpur

Bundespräsident Richard *von* Weizsäcker hält sich gegenwärtig in Malaysia auf, „einem erfolgreichen Schwellenland, einem Land mit großen Möglichkeiten, aber auch mit großen Herausforderungen", wie er gestern abend bei einem Pressegespräch betonte. Der Bundespräsident sieht die Möglichkeiten neuer und *ausgedehnter Formen* der Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malaysia, wobei insbesondere die Privatwirtschaft eine Rolle spiele.

Dieser Wunsch sei auch von der malaysischen Regierung ausgedrückt worden. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit,Jürgen Warnke, sagte, man werde der Privatwirtschaft vorschlagen, bald eine Delegation nach Kuala Lumpur zu entsenden.

Auf dem öffentlichen Sektor bestehe die Möglichkeit, die Berufsausbildung auf der Ebene der Techniker zu fördern. Außerdem soll in Kürze ein neuer Delegierter der deutschen Handelskammer nach Kuala Lumpur kommen

Dem Bundespräsidenten waren die Strapazen der über zehntägigen Reise nach Birma, Bangladesch und jetzt Malaysia weniger anzusehen als einigen begleitenden Pressevertretern. Und anstrengend war das Programm tatsächlich: Empfang beim König von Malaysia und Höflichkeitsbesuch bei Ministerpräsident Mahathir Mohamad, Besuch in dem von der Bundesrepublik durch Experten und Finanzhilfe unterstützten „Institut für Waldforschung" (Frim) und diverse andere Besichtigungen.

Rund 60 deutsche Firmen sind zur Zeit in Malaysia tätig. Malaysia ist nach dem Handelsvolumen (im letzten Jahr rund fünf Milliarden Mark) der größte Handelspartner der Bundesrepublik im südostasiatischen Staat.

Von allen EG-Ländern ist die Bundesrepublik andererseits der größte Abnehmer malaysischer Produkte. Maschinen, Automobile, elektronische Produkte und andere Fertigwaren machen zusammen fast neunzig Prozent der deutschen Exporte nach Malaysia aus. Andererseits stellen elektronische Teile, Holz, Gummi und Lebensmittel über siebzig Prozent der malaysischen Exporte in die Bundesrepublik.

Bundespräsident von Weizsäcker betonte nach seinen Gesprächen mit der malaysischen Regierung, daß Malaysia zur Zeit mehr Fertigwaren in die Bundesrepublik exportiere als Rohstoffe. Kuala Lumpur habe sich der Herausforderung der schlechten Weltmarktsituation für wichtige Rohstoffe wie Gummi, Zinn und Erdöl gestellt und mit einigem Erfolg versucht, seine Wirtschaft zu diversifizieren.

Für deutsche Firmen machten heute nicht nur die niedrigeren Löhne eine Investition attraktiv, sondern auch die vergleichsweise sehr hohe Qualität der Produkte, die sich in vielen Bereichen „nicht von der Qualitätsarbeit in der Bundesrepublik unterscheide".

Die deutschen Investitionen haben sich zwischen 1980 und 1984 nach den Worten von Bundesminister Warnke verdoppelt und betragen zur Zeit rund 150 Millionen Mark. Bis 1974 *gewährte die Bundesrepublik* öffentliche Kapitalhilfe von insgesamt 67 Millionen Mark.

Seither gilt Malaysia als Schwellenland. Mit einem jährlichen *Pro-Kopf-*Einkommen von heute rund 5000 Mark qualifiziert sich das 15-Millionen-Land nicht mehr für eine deutsche Finanzhilfe. Nichtsdestowe*niger laufen zur Zeit 14 Projekte* im Rahmen der technischen Zusammenarbeit.

„Wir befinden uns erst im Frühling unserer Beziehungen", sagte der Bundespräsident . Lange sei man sich mit einer neutralen Distanz begegnet, aber jetzt „haben wir uns entdeckt". Dies gelte auch für die Zu*sammenarbeit zwischen* der EG und Asean.

Unter deutschem EG-Vorsitz einigte sich eine gemeinsame Konferenz im Jahre 1980 auf ein Zusammenarbeitsabkommen, das zwar nicht alle Handelsprobleme lösen kann, aber eine bedeutende Grundlage für wirtschaftliche Kooperation und den politischen *Dialog* bildet.

Kirche nimmt aktiv am Kampf gegen Marcos teil

Ziel ist Beseitigung des Regimes / Repressalien befürchtet

JOCHEN HEHN, Manila

Während der Morgenmesse in der Pateroskirche, einem kleinen Gotteshaus in Manilas Stadtbezirk Makati, hielt der Priester nach der Wandlung für einen Moment inne und sprach dann zu den versammelten Gläubigen: „Alle die bei der Wahl betrogen, alle die zum Wahlbetrug beigetragen haben, sind von der Kommunion ausgeschlossen."

Innerer Wandel

Die so unverblümt gesagten Worte verfehlten ihre Wirkung nicht. Die Gläubigen gingen ohne Ausnahme nach vorne zum Altar, um das Sakrament der heiligen Kommunion zu empfangen. Es wird ein Geheimnis bleiben, wie viele es nur darum taten, um nicht dem Verdacht der Komplizenschaft ausgesetzt zu sein.

Doch ist dieser Vorfall symptomatisch dafür, welcher Wandel in den letzten Monaten in der katholischen Kirche *der* Philippinen vor sich gegangen ist. Kardinäle, Bischöfe, Priester und Nonnen beschränken sich nicht mehr auf rein seelsorgerische Aufgaben, sondern haben eine aktive *politische Rolle übernommen. Ziel ist* die Beseitigung des Unrechtsregimes von Staatspräsident Marcos.

„Wenn wir davon ausgehen, daß es bei uns einen allgemeinen Verfall moralischer *Wertvorstellungen* gibt, dann *muß man daraus folgern, daß* dieser Verfall *nur durch uns* selbst, durch den inneren Wandel des Volkes gestoppt werden kann", hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche und Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, schon vor dem von Betrug, Terror und Mord geprägten Wahlkampf gesagt.

Daß diese Erklärung keine leere Formel war, zeigt der Aufruf der katholischen Bischofskonferenz an die Gläubigen, „dem Bösen aktiven Widerstand mit friedlichen Mitteln" zu leisten. Eine Regierung, heißt es weiter, die ihr Mandat durch Betrug und Gewalt errungen habe, besitze keine moralische Basis und dürfe nicht mit der Loyalität des Volkes rechnen.

Die drastische Stellungnahme der Bischöfe kommt einer Exkommunizierung Marcos' gleich. Marcos sieht sich einer Welle von Massendemonstrationen ausgesetzt, die von Priestern und Nonnen angeführt werden.

Die Entscheidung der Bischöfe, einen maßgeblichen Teil der Wider*standsarbeit* gegen Marcos und seinen Regierungsapparat zu übernehmen, bringt die katholische Kirche ins Visier der Regierung. Repressalien werden kaum ausbleiben.

Kardinal Sin, in der Vergangenheit schon mehrfach von Regierungsstellen als „Khomeini der Philippinen" bezeichnet, dürfte ebenso in der Schußlinie stehen wie etwa Radio Veritas, jener katholische Sender, der gegen die Übermacht und wissentlichen Fehlinformationen eine der wenigen verläßlichen Quellen war, und *jene Jesuiten, die* den Kern der Nationalen Bewegung für Freie Wahlen (Namfrel) bildeten und zahllose Fälle von Wahlmanipulationen im Lande verhindern oder aufdecken konnten.

Dennoch blieb der katholischen Kirche kaum eine andere Wahl, als aktiv gegen Marcos Position zu beziehen. Denn sie selbst steht in einigen Landesteilen in der Defensive. Gemeint ist die Stellung der Priester in Gebieten, in denen die kommunistische Ideologie wegen der dort herrschenden unvorstellbaren Armut auf fruchtbaren Boden fällt.

Der Wettstreit zwischen Priestern und Kommunisten um die Seelen der darbenden Filipinos endet nicht selten *damit*, daß die Priester sich den Verbänden der Neuen Volksarmee anschließen, weil sie nur dort eine realistische Chance sehen, die Situation der Bevölkerung zu ändern.

Fließende Grenzen

Ähnlich wie in manchen lateinamerikanischen Staaten verschwimmen in diesen Hinterhöfen der Menschheit die Grenzen zwischen Marxismus und Christentum. Für die gebeutelten Kreaturen auf der Zuckerinsel Negros zum Beispiel ist Religion nur dann relevant, wenn sie Befreiung bringt, und *zwar* in dieser Welt. Diese Philosophie scheinen sich auch viele philippinische Katholiken bei ihrem Widerstand gegen Marcos zum Motto gemacht zu haben. Unterstützt werden *sie dabei* von den *Bischöfen, in* deren Aufruf sich der Satz findet: „Wir werden den Wechsel, den wir anstreben, nicht herbeiführen, indem wir in Apathie verharren. Dann würden wir mitschuldig werden am Niedergang unseres *Volkes*."

Wieder Jude in Libanon ermordet

AP, Beirut

Die Leiche des kürzlich in Beirut entführten libanesischen Juden Ibrahim Benesti ist gestern in dem von Moslems bewohnten West-Teil der libanesischen Hauptstadt gefunden worden. Eine Gruppe moslemischer Extremisten *hatte Stunden vor dem* Fund der Leiche bekanntgegeben, sie habe an einem von drei libanesischen Juden, die sie in ihrer Gewalt habe, die „Todesstrafe vollstreckt", weil er ein Spion gewesen sei. Ibrahim Benesti ist der dritte libanesische Jude, den die „Organisation der Unterdrückten dieser Erde" nach eigenen Angaben aus Rache für Aktionen der Israelis in Südlibanon getötet haben will.

Neue Form der Industriespionage

AFP, New York

Versuche der Sowjetunion, die Kontrolle über drei amerikanische Banken in Nord-Kalifornien zu übernehmen und bei einer weiteren US-Bank eine Beteiligung zu erwerben, sind in den 70er Jahren vom FBI vereitelt *worden. Moskau wollte sich* damit Einblick in die Finanzgeschäfte bestimmter US-Unternehmen verschaffen, die auf Spitzentechnologien spezialisiert sind. Das Vorhaben, das nicht gegen amerikanische Gesetze verstieß, scheiterte, nachdem Moskau eine erste Teilsumme von 1,8 Millionen Dollar gezahlt hatte. Der US-Geheimdienst hatte die Affäre aufgedeckt. Ihm waren die hohen Banküberweisungen aufgefallen.

Kriegsverbrecher unter Anklage

AFP, Belgrad

Der Gesundheitszustand des kürzlich von den USA an Jugoslawien ausgelieferten 86jährigen Nazi-Kriegsverbrechers Andrija Artukovic ist nach Einschätzung jugoslawischer Ärzte in Anbetracht seines hohen Alters „ziemlich zufriedenstellend". Dies berichtete gestern die kroatische Zeitung „Vjesnik". Artukovic, der sich gegenwärtig im Krankenhaus des Gefängnisses von Zagreb befindet, war am *Donnerstag*, einen Tag nach seiner Ankunft in Jugoslawien, offiziell unter Anklage gestellt worden.

Er soll für den Tod von mehr als 700 000 Menschen während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich sein.

NATO-Manöver irritiert Moskau

„Anchor Express" in Norwegen / Kritik an der „strategischen Überlegenheit" der Allianz

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„Der provokative Charakter der NATO-Übung ‚Anchor-Express '86', die jetzt im Norden Norwegens begonnen hat, ist offensichtlich", so der Tass-Kommentar zu dieser soeben begonnenen NATO-Übung, die den Unwillen Moskaus hervorruft. Denn sicher sei es kein Zufall, daß diese Übungen direkt an den Grenzen der *UdSSR stattfinden und zwar zu* Land, Luft und See.

„Die NATO-Strategen haben sich sehr bemüht, für diese Übungen eine ‚gute' Atmosphäre zu schaffen, eine Atmosphäre, wie sie sie verstehen, nämlich antisowjetische Hysterie", wirft der Kommentator den verantwortlichen NATO-Befehlshabern, General Bernard Rogers und General-Sekretär Lord Carrington vor. Einen Monat lang würden nun mehr als 20 000 Soldaten aus acht NATO-Ländern zeigen, wie gut sie gerüstet seien, um „antisowjetische Angriffe abzuwehren".

Allerdings würden diese NATO-Strategen immer noch nicht begreifen, daß der Hauptteil der Bevölke*rungen im Norden nur eines* will, nämlich, daß ihre Länder frei von Kernwaffen, von ausländischen Truppen und von ausländischen Militärbasen werden. Denn Norwegen, *Dänemark, Schweden und Finnland* würden selbst Sicherheit und Frieden im Norden Europas garantieren, „und zwar nicht mit Waffengewalt", heißt es in dem Kommentar.

Moskau läßt sich keine Gelegenheit entgehen, um Verbalangriffe gegen die NATO zu führen und ihr „strategische Überlegenheitvorzuwerfen". So erklärte jetzt Generaloberst Nikolaj Tscherwow vom Generalstab der Streitkräfte der UdSSR *im sowjetischen Fernsehen: „Die* Streitkräfte der NATO-Länder sind zahlenmäßig um fast 500 000 Mann stärker." – Die Einwohnerzahl der NATO-Länder sei um 50 Prozent höher als die der Länder des Warschauer Vertrages. Bei den Reservekontingenten habe die NATO ein erhebliches Übergewicht. Zudem seien die Produktionskapazitäten der NATO viel größer als die des Warschauer Paktes.

Außerdem besitze die NATO mehr taktische Nuklearwaffen und kolossale konventionelle Streitkräfte, wobei sie bei einer ganzen Reihe von Waffen und Mitteln dem Warschauer Vertrag bedeutend überlegen sei. – Denn in Europa stünden 94 gefechtsbereite Divisionen der NATO – Frankreich und Spanien miteinbezogen – und 78 des Warschauer Paktes. Doch würden sich die NATO-Politiker darüber ausschweigen" und *immmer nur die Frage nach den* Panzern „breittreten".

Die Führungen der USA und der NATO bezögen allerdings nur die Panzer mit ein, die dem Vereinte-NATO-Kommando zur Verfügung stünden, und die sie auf 16 000 bis 18 000 bezifferten, „obwohl es doch in Wirklichkeit mehr als 20 000" seien. So seien in Europa rund 2500 amerikanische Panzer für Verbände mit Doppelbasierung konzentriert. „In *der Gesamtzahl der Panzer steht* also die NATO dem Warschauer Vertrag nicht nach", so Generaloberst Tscherwow.

Außerdem stellte er fest, daß die NATO nicht nur bei den Panzerabwehrmitteln den Warschauer Pakt übertreffe, sie besäße auch annähernd gleiche Mengen an Artillerie. „Allerdings", räumte der Chef im Generalstab ein, „sei die NATO an Flugzeugen der taktischen Luftstreitkräfte dem Warschauer Pakt unterlegen."

Die „Prawda" wirft ebenfalls in einem Artikel der NATO vor, „sie arbeite derzeit an einem Programm zur Modernisierung der Kernwaffenarsenale". NATO-General Rogers hätte *vorgeschlagen, nach 1988 mit der* Stationierung neuer Kurzstrecken-Raketen zu beginnen. Damit würde aber „Europa zum Kriegsschauplatz und die Westeuropäer zur atomaren Geisel *Washingtons", prophezeit* das Parteiorgan.

Buthelezi tritt für Versöhnung ein

In Südafrika wird er von Weiß und Schwarz geachtet / Heute trifft er in Bonn ein

M. GERMANI, Johannesburg

Der Chefminister von Kwazulu, Buthelezi, der heute zu einem fünftägigen Besuch in Bonn erwartet wird,wird von politischen Beobachtern als ein Mann des Ausgleichs in der *schwierigen politischen* Szene Südafrikas angesehen. Für viele ist er der ideale Vertreter einer Aussöhnung zwischen weißer Apartheidpolitik und der radikalen Front des kom*munistischen ANC und der ihm* verwandten United Democratic Front.

Buthelezi selbst hat oft genug gewarnt, daß die Schwarzen in Südafrika zwischen dem gewalttätigen ANC und *friedlichen* Verhandlungen wählen.

Gegen die Radikalen

Mit der Inkhata-Bewegung, der nach eigenen Angaben eine Million eingeschriebene Mitglieder angehören, sieht sich Buthelezi als nationaler Führer, der die verschiedenen schwarzen Völker des Landes zu einer Einheit verschmelzen kann, gemeinsam mit den im Parlament vertretenen weißen, farbigen und indischen Minderheiten.

Inkhata wurde 1928 als Zulu-National-Kongreß von Zulukönig Solomon Dinuzulu gegründet, sechzehn Jahre nach der Gründung des damals noch nationalen ANC. Auch der heute marxistisch geleitete ANC versteht sich als einigende Bewegung im Vielvölkerstaat Südafrika. Buthelezi, der 1973 die Inkhata-Bewegung wieder ins Leben rief, war von 1948 bis 1950 Mitglied der ANC-Jugendliga und Mitarbeiter des damaligen Präsidenten und Friedensnobelpreisträgers Albert Luthuli. Damals begann sich die Organisation zu radikalisieren.

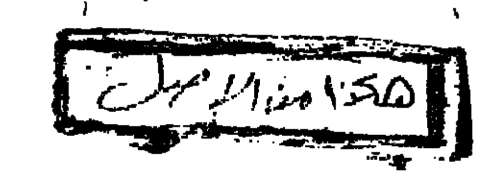
Heute steht Buthelezi im offenen Gegensatz zu allen radikalen und mit dem ANC liierten Bewegungen. Er der *wichtigste* schwarze Führer Südafrikas, von dessen Mitarbeit das Schicksal des von Präsident Botha angekündigten Verfassungsrates abhängt. Die Aussage des südafrikanischen Außenministers, ein künftiger schwarzer Präsident sei wahrscheinlich, die deshalb von Botha getadelt wurde, hat die Aussichten für ein Zustandekommen des Verfassungsrates verringert.

Buthelezis Weigerung, im Rahmen der getrennten Entwicklung die Unabhängigkeit für Kwazulu und seine über sechs Millionen Einwohner aus der Hand der weißen Regierung in Pretoria zu akzeptieren, hat ihm deren Respekt als ernstzunehmenden Verhandlungspartner eingetragen. Als Organisation lehnt Inkhata sowohl die Errichtung unabhängiger Heimatländer und die Apartheidgesetzte des Landes ab, *spricht* sich jedoch auch gegen den bewaffneten Kampf als letzten Ausweg aus. Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika als politisches Druckmittel werden *von Buthelezi verurteilt*.

Kritik an Botha

Gleichzeitig kritisiert er jedoch Präsident Bothas Mangel an Verhandlungsbereitschaft und wirft ihm vor, die Mehrheit der Bevölkerung vor jeder Entscheidungsmöglichkeit über das Schicksal des Landes auszu*schließen. Inkhata* werde jede verfassungsmäßige Entwicklung auf rassistischer Basis ablehnen.

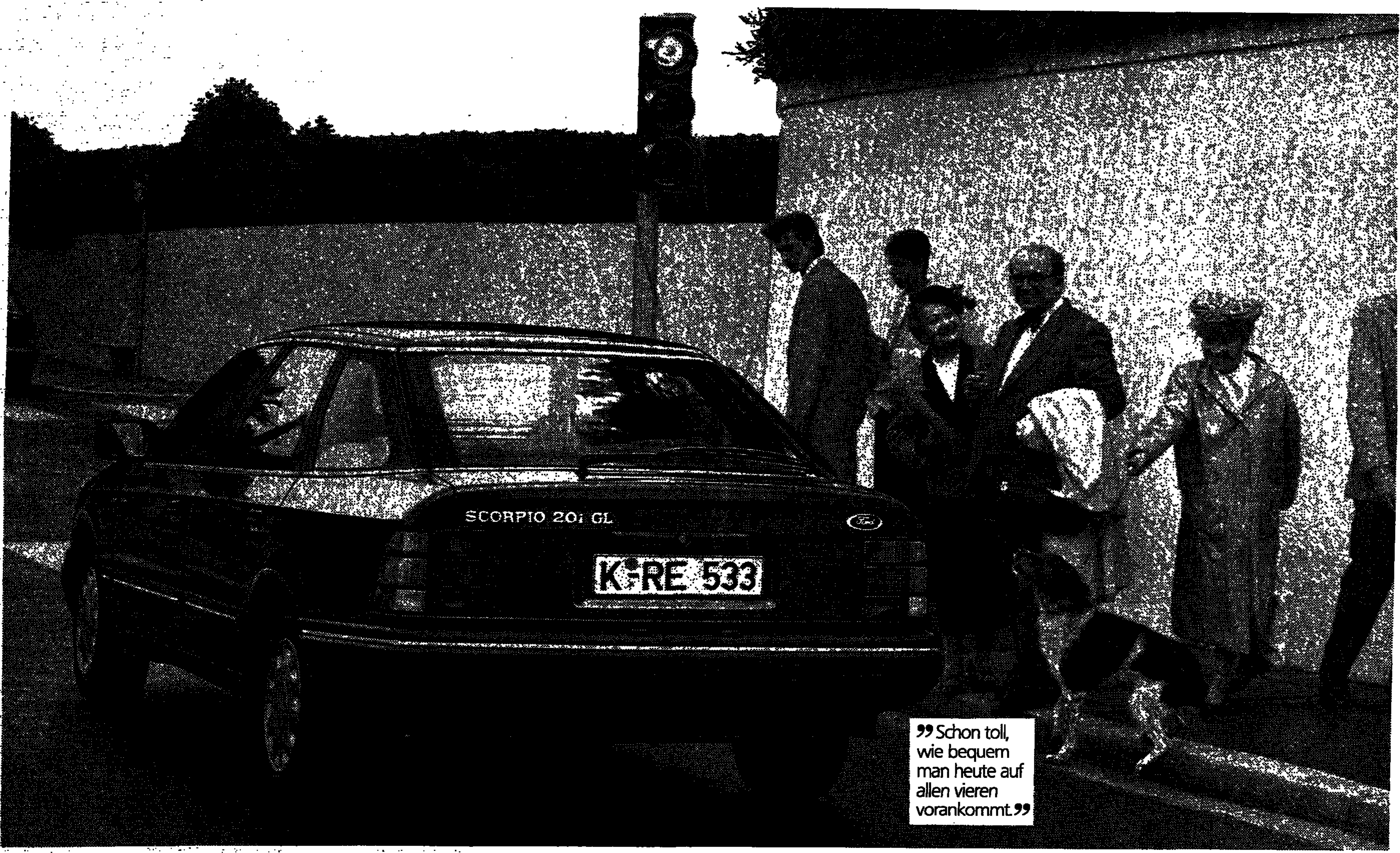
Vor einer Vetretung britischer konservativer Parlamentarier verlangte Buthelezi in der vergangenen Woche die Abschaffung des gegenwärtigen Drei-Kammern-Parlaments, sollte der geplante Verfassungsrat erfolgreich sein. Eine föderative Lösung sei ein möglicher Kompromiß, um die nationale Aussöhnung zu erreichen.



Ford macht hochwertige Technologie erschwinglich.

»Bei mir, dem Ford Scorpio 2.0 i, kosten 5 Gänge, ABS, verstellbares Lenkrad und geteilt umklappbare Rücksitzlehne nichts extra. Wie wär's mit einer Extratour?

Serienmäßig: Das integrierte Anti-Blockier-System. Der Scorpio bleibt auch bei einer Vollbremsung lenkfähig.



Nehmen Sie sich Zeit, mich mal ganz kennenzulernen. Und fahren Sie mich in Ruhe probe. Bei Ihrem Ford-Händler.«

Auto des Jahres 1986
Scorpio

Scorpio Ford

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grüne Heuchelei

„Glup soll Spenden ‚abgezweigt' haben": WELT vom 8. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

nur aufgrund von Bankbelegen, deren Kopien ihm anonym zugestellt seien, hat der Landtagsabgeordnete der Grünen, Fruck, den niedersächsischen Landwirtschaftsminister Gerhard Glup beschuldigt, Spendengelder für sich privat verwendet zu haben.

Das also sind Stil und Sprache derer, die einmal mit dem Anspruch angetreten waren, das politische Geschäft mit mehr Anstand und Menschlichkeit betreiben zu wollen. Die ganze Verlogenheit und Heuchelei der Grünen offenbart sich jedoch mit besonderer Deutlichkeit, wenn sie einerseits dem Datenschutz höchste Priorität einräumen und – wenn es um Verbrechensbekämpfung und den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung geht – ständig von einem Schnüffel- und Überwachungsstaat reden und andererseits einer ihrer Landtagsabgeordneten sich nicht scheut, die Bankkonten eines unbescholtenen Bürgers von anonymen Helfershelfern überwachen zu lassen.

Mir stellt sich zwangsläufig die Frage, ob sich nicht der Datenschutzbeauftragte oder die Staatsanwaltschaft mit den kriminellen und verfassungswidrigen Machenschaften dieses Herrn und seiner anonymen Zuträger befassen müßten. Nach meiner Auffassung muß auch das Bankgeheimnis analog des Briefgeheimnisses sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 GG) unverletzlich sein.

Mit freundlichen Grüßen
Paul Voelker,
Hildesheim

Wegbereiter mit Weitblick

„Statthalter des Kaisers auf Samoa"; Geistige WELT vom 1. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

W. G. gebührt Dank, daß er an diesen Mann erinnerte. Solf war nicht nur des Kaisers Gouverneur und Minister, sondern auch einer der wichtigsten Vertreter der auswärtigen Kulturpolitik während der Weimarer Republik: Während seiner Amtszeit als deutscher Botschafter in Japan kam es zur Gründung eines doppelten Kulturinstituts in Berlin (1926) und in Tokio (1927). Hierbei arbeitete er in Japan mit dem Grafen Goto zusammen.

In Berlin stellte parallel dazu sein Freund, der Physikochemiker der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Fritz Haber, das Japaninstitut auf die Beine. Albert Einsteins Japanreise (1922), von Solf begeistert unterstützt, durchbrach dort den Wissenschaftsboykott, den Frankreich gegen Deutschland anlegen wollte, indem es aus allen internationalen Wissenschaftsorganisationen herausgehalten werden sollte. Solfs Erfolg: Japanische Mediziner, Naturwissenschaftler und Industrielle stifteten Gelder für die deutsche Wissenschaft, damit während der Inflation Grundlagenforschung betrieben werden konnte, und dies, obwohl Japan und Deutschland im Ersten Weltkrieg Kriegsgegner waren! Denken wir auch daran, daß Solf und seine Familie eine Zelle des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten bildeten.

Wenn heute wieder zwei Deutsch-Japanische Institute in Berlin und Tokio entstehen, wird ein Weg beschritten, den in der ersten demokratischen Epoche unseres Landes weitblickende Persönlichkeiten wie Solf und Haber angelegt haben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Eberhard Friese,
Sprockhövel 2

Wort des Tages

„Wenn ein intelligenter Mensch die falsche Sache vertritt, ist das noch schlimmer, als wenn ein Dummkopf für die richtige eintritt."

Georges Clemenceau, französischer Politiker (1841–1929)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Geschichtsbilder

„Auf gleicher Ebene"; WELT vom 5. Februar

Hochverehrter Herr Kremp,

mit Freude und großer Genugtuung habe ich Ihren Artikel gelesen.

Welche geradezu landesfeindlichen Blüten der neue „deutsche Realismus" hier bei uns treibt, zeigt eine einstimmige Resolution des SPD-Landesausschusses Schleswig-Holstein, in dem u. a. zu lesen ist: „Die Geschichte hat uns dabei gelehrt, daß die Deutschen in ihrem Streben nach nationalstaatlicher Einheit gegenüber ihren Nachbarn im Osten wie im Westen bis hin zu Hitlers völkervernichtendem Zweiten Weltkrieg den Nachweis schuldig geblieben sind, daß sie diesen Weg mit friedlichen Mitteln und auf demokratische Weise gehen können."

Hier wird völlig außer acht gelassen, daß das Kaiserreich trotz unvollendeter parlamentarischer Demokratie ein Rechtsstaat war und daß Weimar sehr wohl friedliche Revision von Versailles mit Versöhnungspolitik zu verbinden wußte. Ebenso gab es eben keine marxistisch-deterministische Notwendigkeit, daß Weimar zu Hitler führen mußte.

Unsere Geschichte wird von Jahr zu Jahr pejorativer dargestellt, Bismarck, Stresemann – ja auch Adenauer und die Politiker unserer Tage, die sich um die Einheit unseres Landes bemühen, werden mit Hitler in einen Topf geworfen.

Hochachtungsvoll
Wieland Niekisch,
Berlin 33

Groll auf Grolle

„Man muß über den geschichtlichen Themenkanon neu nachdenken"; WELT vom 10. Februar

Sehr geehrte Herren,

die Gleichsetzung von Nationalsozialismus mit Faschismus ist seit der Weimarer Republik kommunistischer Sprachgebrauch. Ein bekannter Slogan der KPD lautet: „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" Wenn später andere aus Unkenntnis des Ursprungs, aus Bequemlichkeit oder vorsätzlich die kommunistische Sprachregelung, die auch in der DDR gilt, übernommen haben, so ändert dies im Grunde nichts.

Bezugsgröße des Faschismus war der altrömische Staat, daher auch das Liktorenbündel als sein Symbol. Hingegen war Bezugsgröße des Nationalsozialismus die „Gemeinschaft der Menschen deutschen oder artverwandten Blutes", die Rasse, mit entsprechenden Folgerungen. Sein Symbol war das vermeintlich arische Hakenkreuz (swastika). Wer, wie Herr Senator Grolle, diesen grundlegenden Unterschied ignoriert, kann weder als Historiker noch als ernstzunehmender Teilnehmer einer Diskussion über den Geschichtsunterricht angesehen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Albert Riester,
Stuttgart 1

*

In dem Bestreben, die zumindest mißverständliche neuformulierte Lehrplan-Überschrift „Deutscher Faschismus" (für Deutschland 1933–1945) zu rechtfertigen, verweist Professor Dr. Grolle auf das bekannte Werk von Ernst Nolte. Dies belegt, daß Professor Grolle seit längerem in Noltes Buch nicht nachgelesen haben kann. Denn dann hätte ihm auffallen müssen, daß Nolte, natürlich, die Bezeichnung „Der Nationalsozialismus" für jenen umfangreichen Abschnitt seines Buches verwendet, in dem er Deutschland 1933–1945 samt Vorgeschichte abhandelt.

Daß die in Rede stehende Begriffsbestimmung von Faschismus nicht etwa auf Thomas Mann zurückgeht, sondern ihren Ursprung in der Kommunistischen Internationale (Moskau 1935) hat, ist sehr wohl bei Nolte nachzulesen, bevor dieser sich dann hilfsweise u. a. auch auf Thomas Mann bezieht. Der Begriff „deutscher Faschismus" (so Lehrplan) findet sich bei Nolte nicht.

Diese Änderung des Lehrplans geschah ohne jede sachliche Notwendigkeit; sie bringt keinen Erkenntnisgewinn, birgt aber in sich eine starke Tendenz zu Fehldeutungen. Sie steht in keinem Zusammenhang mit dem proklamierten Zweck der Lehrplanrevision. Sie wirkt verharmlosend, denn Rassenideologie und die unmenschliche Verfolgung und Ermordung der Juden gehören allein zum Nationalsozialismus. Die kommunistische Interpretation der Hitlerbewegung und -herrschaft mit Hilfe des Faschismus-Begriffs als Teil „des" einen – sich angeblich in der Bundesrepublik fortsetzenden – „Kapitalismus" und seine Klassenherrschaft, auf die Frau Dr. Laurien in ihrem Artikel hinwies, findet sich beispielsweise in dem DDR-Lehrbuch Geschichte 9 (13. Auflage 1981) S. 134–190.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. phil. Gerhard Schoebe,
Hamburg 61

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Heidelberger Politikwissenschaftler Professor **Dr. Rupert Breitling** wird am 19. Februar 65 Jahre alt. Vor zwei Jahren war der Wissenschaftler aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten. Heute setzt er unter anderem als Gastprofessor Forschung und Lehre fort. Nach einer Banklehre hatte Rupert Breitling in Heidelberg, in Frankfurt und auf amerikanischen Universitäten studiert. Zunächst widmete er sich Sprachstudien, später dem breiten Bereich der Gesellschaftswissenschaften. Er machte sein Übersetzer- und Dolmetscherexamen. 1954 promovierte er in Heidelberg zum Dr. phil. Er hatte die Fächer Nationalökonomie, Soziologie, Psychologie und Pädagogik belegt. Politikwissenschaft war damals noch kein Promotionsfach. Rupert Breitling wurde einmal durch **Max Weber** und dann durch dessen Bruder **Alfred Weber** geprägt, an dessen Kolloquien er noch teilnahm. Bei **Dolf Sternberger** arbeitete er in dessen Forschungsgruppe über Parlamentarismus mit. Seine Dissertation über „Die Verbände in der Bundesrepublik" gilt heute als eine Art „Klassiker" der erst später etablierten Politikwissenschaft. International bekannt wurde er unter anderem durch seine Arbeiten zur „Rolle des Geldes in der Politik", Beispiele Parteienfinanzierung. 1962 bis 1966 war Breitling Leiter des Collegium Academicum der Universität Heidelberg.

*

Oberst a. D. Wilhelm Stephan, früherer Musikinspizient der Bundeswehr, wird am 19. Februar in Bonn Gratulanten zu seinem 80. Geburtstag empfangen. Stephan war Oberleiter der ersten fünf NATO-Musikfeste auf deutschem Boden und erster deutscher Gastdirigent, der in London und Washington nach dem Zweiten Weltkrieg in Uniform aufgetreten ist. Während seiner Amtszeit spielten die Musikkorps der Bundeswehr in Konzerten, von denen er viele persönlich leitete, 1,25 Millionen Mark ein. Dieses Geld wurde für karikative Zwecke gestiftet. Wilhelm Stephan war auch als Dirigent der Sender Hamburg und Hannover und als Gastdirigent der Sender RIAS Berlin, München, Wien, Turin und Hillversum bekannt. Seine besondere Liebe galt einmal der sinfonischen Bläsermusik und zum anderen dem historischen modernen Armeemarsch.

*

Der Politiker **Dr. Herwart Miessner**, Ehrenvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, wird am 19. Februar in Bonn 75 Jahre alt. Miessner ist in Bromberg geboren. Der Jurist absolvierte außerdem eine Banklehre. 1938 trat er in die Dienste der Reichsfinanzverwaltung ein. Nach dem Kriege arbeitete er als Dezernent der Obersten Finanzverwaltung Hannover. Ursprünglich gehörte er der Deutschen Reichspartei an und kam über die Liste der DRP/Nationale Rechte 1949 in den Bundestag. Er überwarf sich mit rechtsextremen Kräften in der DRP und schloß sich 1950 der FDP an. Sie setzte ihn viermal hintereinander auf ihre niedersächsische Landesliste. Von 1955 bis 1957 war er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bau- und Wohnrecht sowie 1965 bis 1969 Vorsitzender des Postausschusses. Im Haushaltsausschuß vertrat Miessner als stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes wie als Vorstandsmitglied des Bundes der Deutschen Steuerbeamten engagiert Beamteninteressen. Die Kilometerpauschale für Fahrten von der Wohnung zum Arbeitsplatz geht mit auf seine Initiative zurück.

AUSZEICHNUNGEN

Die Stiftung Bahnhof Rolandseck vergab erneut vier Literatur-Stipendien. Der Stiftungsvorstand entschied sich für die Schriftsteller **Oskar Pastior** (Berlin), **Guntram Vesper** (Göttingen) und **Bernhard Nellessen** (Mainz). Mit dem Literatur-Förderpreis des Landes Rheinland-Pfalz werden Autoren zu mehrwöchigen Aufenthalten in den Künstlerbahnhof eingeladen. Durch Leseveranstaltungen präsentieren sie sich dann einem breiten Publikum. Zu dem besonderen Bemühen der Stiftung gehört es, vor allem jungen Leuten zeitgenössische Literatur nahezubringen. Die Stipendiaten besuchen deshalb auch Schulklassen, gehen in den Deutschunterricht, lesen und diskutieren mit Schülern.

*

Eine Arbeitsgruppe der Urologischen Universitätsklinik in Eppendorf hat den mit 10 000 Mark dotierten Wilhelm-Warner-Preis 1985 für Krebsbekämpfung erhalten. Der Arbeitsgruppe gehören Privatdozent **Dr. Rüdiger Arndt**, Professor **Dr. Hartwig Huland**, **Dr. Edith Huland**, **Dr. Michael Steffens** und Privatdozent **Thomas Löning** (Pathologisches Institut) an. Der Preis, der jedes Jahr für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten auf onkologischem Gebiet vergeben wird, ist einer Stiftung des Hamburger Gastronomen **Wilhelm Warner**, (1892–1960), zu verdanken.

ERNENNUNG

Professor **Dr. Norbert Conrads**, seit 1981 an der Uni Stuttgart tätig, übernahm im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg den „Projektbereich schlesische Geschichte", der beim Historischen Institut der Universität Stuttgart eingerichtet worden ist. In diesem neuen Projektbereich sollen sich die Mitarbeiter mit Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der schlesischen Landeskunde befassen. Das Bundesinnenministerium in Bonn wird für zunächst drei Jahre einen jährlichen Förderungsbetrag in Höhe von 70 000 Mark bereitstellen. Professor Conrads (Jahrgang 1936) ist in Breslau geboren. Er habilitierte sich an der Universität Saarbrücken. Durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte Schlesiens wurde er bald bekannt.

VERANSTALTUNG

Die deutsche Botschafterin in Belgrad, **Dr. Gisela Rheker**, wird an der Jahreshauptversammlung teilnehmen, zu der die Südosteuropa-Gesellschaft am 22. Februar in das Münchner Rathaus einlädt. Neben einem Vortrag von Frau Rheker über aktuelle Fragen der deutsch-jugoslawischen Beziehungen sollen verdiente Südosteuropa-Experten ausgezeichnet werden. Die Gesellschaft wird zwei neue korrespondierende Mitglieder aufnehmen, Professor **Alex Buda**, Präsident der Akademie der Wissenschaften in Albanien, und Professor **Dr. Georg Hoffmann**, der am berühmten Wilson-Center, einem der größten amerikanischen Forschungszentren für Südosteuropa in Washington, tätig ist.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

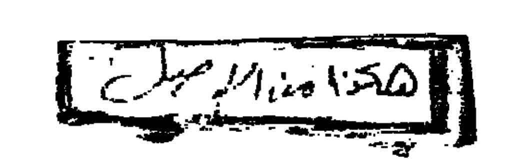
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Vom „Provisorium" zum vollwertigen Hörfunk-Programm: Bilanz nach einem Jahr „Radio Bremen 3"

Mit L-Musik Erinnerungen an die Jugend wecken

Fünfundzwanzig Minuten am Tag verwandelt das Radio sich in ein ganz und gar türkisches Äther-Wunder, und danach, insgesamt drei Stunden und zwanzig Minuten lang, dringt's erst jugoslawisch, dann italienisch, hernach griechisch und schließlich noch spanisch aus dem Lautsprecher. Sonntags verwandelt das Radio sich, eine gediegene halbe Stunde lang, in eine öffentliche Mekkerecke à la Hyde Park Corner.

Und diejenigen, die weder den stählernen Lärm von Rockgitarren noch die schweren Kadenzen von Bartók oder Bruckner schätzen, finden hier eine Oase an melodiefreudigem Wohllaut, gemischt mit Information und leichtem Feuilleton.

Das vielseitige wie wandlungsfähige Baby heißt Radio Bremen 3, und es ist gerade erst ein Jahr alt geworden. Die Erwägung, sich im Haus an der Heinrich-Hertz-Straße ein steh- und gehfähiges Drittprogramm heranzuziehen, entsprang, so Pressechef Jochen Mangelsen gegenüber der WELT, zuvörderst der Erkenntnis, daß von einer „vernünftigen Charakterisierung und Strukturierung etwa im musikalischen Bereich" kaum die Rede sein konnte. Eine große Hörerschar pendelte auf der Suche nach angemessenen Klängen auf der Senderskala heimatlos hin und her: Seit der voraufgegangenen Reform des NDR-2-Programms, so die Bremer Programmdirektorin Hörfunk, Karola Sommerey, „waren immer mehr junge Hörer zum NDR abgewandert. Die sind dann, wie wir aus Infratest-Untersuchungen erfahren konnten, erst wieder nach der Verjüngungskur der Hansawelle Bremen, also RB 1, zurückgekommen".

Verjüngung, das bedeutete vor allem mehr Rock- und Popmusik. Und wer sich – generationenunabhängig – mehr zu literarisch-klassischen Klängen hingezogen fühlte, konnte nun seit Anfang '85 statt NDR III das jetzt von sechs bis 24 Uhr sendende Zweite in Bremen und Umgebung hören – Äther-Schach, sozusagen.

Mischung aus Information und leichtem Feuilleton

Aber bis zum 23. Dezember vergangenen Jahres war der jüngste Sproß noch immer eine Art Provisorium für Versuchszwecke: Aus Bremen kam der „Kaffeepott", vom WDR in Köln der „Musikpavillon", und bis mittags ging es weiter mit „Übernahmen und Durchschaltungen" (Mangelsen). Bis 18.00 Uhr liefen Eigenproduktionen wie das „Bremer Dreierlei" über den Sender, ein munterer Gemischtwarenladen an Musik, Veranstaltungstips und Glückwünschen, auf das dann, wie heute, der Gastarbeiter-Block folgte, der, wie der Sprecher hinweist, sonst in ähnlicher Art nur noch im SFB erschallt. Danach war Schluß; jetzt gibt es statt des Lochs den ARD-„Nachtexpreß", der zu später Stunde sanftere Töne liefert als der „ARD-Nacht-Rock" in RB 1.

Und binnen weniger Monate gedieh die Hörerbeteiligung beträchtlich: von Jahresbeginn bis September '85 von „Null auf 60 000" – Quittung für eine ausgefeilte Programmplanung, die, möglicherweise sogar noch in diesem Jahr, eine weitere Kosmetik erfährt: wenn die Ausländerbeiträge auf eine vierte Frequenz gelegt werden.

„Melodiös und viel Information", heißt die RB-3-Devise, viel Operette und Schlager gehören dorthin – „alles", so Frau Sommerey, „außer Rock, Pop und Jazz, also mehr Volks- und Blasmusik – das melodiöse Moment", das hier mit dem Kürzel „L-Musik" charakterisiert wird, „primär für Menschen, die sich gern an ihre eigene Jugend erinnern, aber ohne minderwertige Schnulzen – sondern mit allem, was in der Hansawelle nicht ankam."

Hier geht es freilich auch nicht um ein „stromlinienförmiges Angebot" (Sommerey), sondern schon auch um wohltemperierte Kulturvermittlung, wie in den fünf Minuten nach halb fünf mit „Alltag – Ansichten und Einsichten", einer Art Ruhepol im Ablauf mit Beiträgen von Autoren höheren literarischen Anspruchs. Die Heimatabteilung liefert andere „Wortelemente".

Die Hörerbeteiligung stieg von Null auf 60 000

Der große Trumpf ist jene bürgernahe halbe Sonntagsstunde zwischen halb sechs und sechs, wenn im „Offenen Radio" Einzelpersonen wie Gruppen ihr eigenes Programm machen können. Das Motto: „Nimm's auf, schick's ein, wir senden es" – mit geringem Maß an bestimmten Auflagen, über die einzuhalten juristisch gewacht wird: Politisches, Kopflastiges ist unerwünscht. Das „Offene Radio", zunächst auf zwei Jahre als Experiment angesetzt, habe „Modellcharakter" (Mangelsen) und sich längst bewährt: „Das Interesse bei den Hörern ist spektakulär."

So kann dieses frischgebackene Vollprogramm seit so kurzer Lebenszeit auf eine Hörbeteiligung von runden vierzehn Prozent stolz sein: „Das ist sehr viel", expliziert Karola Sommerey, „wenn man bedenkt, daß die Kulturprogramme der ARD mit drei bis fünf Prozent zufrieden sein müssen ..." ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Ein Fenster aus Bruchstücken

Es ist ja immer so eine Sache mit den Vorankündigungen. Da hatte Sabine Sauer vorab der WELT für ihre neue Sendereihe **Showfenster** (ZDF) das Gegenteil von Blabla- und Ruckizucki-Fragen angekündigt und eine Münchner Regionalsendung als Beleg für ihre journalistischen Fähigkeiten angegeben, und was gab es? Einen Julio Iglesias, der unwidersprochen vom „Publikum als Ankerplatz seines Lebens" parlieren durfte. Einen Peter Maffay, der sich erst noch die Frage auf eine Sowohl-als-auch-Antwort zurechtlegen konnte. Und die ungemein kritische Frage an Jane Fonda, ob das Älterwerden ihre Karriere beeinflusse.

Neun weitere Beiträge höchst unterschiedlicher Provenienz machten aus dem Blick durchs „Showfenster" ein Tutti-Frutti, dem zu folgen durch unmusikalische Ausblendungen, Hauruck-Überleitungen und abrupte Szenenwechsel höchstens Insidern möglich war.

Bei Maffay wurde die kommende Tour erwähnt, bei Suzanne Vega wurden unverdientermaßen die Konzerttermine unterschlagen. Show-Randthemen erhielten zuviel Bedeutung, und am Ende war's ein Blick durch eine geklitterte Scheibe mit schlecht passenden Bruchstücken geworden. Zappelnd und hektisch, wie sich Klein-Fritzchen die Branche vorstellt.

Hoffentlich stolpern die Mainzer nicht wieder über die eigene Begeisterung, wenn sie das nächste Mal Show-Fensterln gehen.

MICHAEL HENKELS

Männer in Samt und Seide

Wer das komödiantische Männerpaar Mary & Gordy von früheren Fernsehauftritten her kennt oder es gar schon einmal live erlebt hat, wird den Kopf geschüttelt haben. Wie konnten sich die beiden nur auf etwas so Schwachsinniges wie die Filmshow **Frau'n, Frau'n, Frau'n** (ARD) einlassen?

Mary & Gordy (Georg Preusse und Rainer Kohler) sind exzellente Verkleidungskünstler, als Schauspieler in Alltagskleidern jedoch nur Mittelmaß. Und so begann die einstündige Show: Zwei arbeitslose Mimen bieten einen Kleinkunst-Service an. Bereits der erste Kunde, der die Agentur „Happiness" in Anspruch nimmt, sorgte mit peinlichen Witzen für Minuspunkte und gelindes Entsetzen. Es war der Beerdigungsunternehmer Hein (!), von Benno Hoffmann als schaurig-lächerlicher Friedhofsunhold dargestellt. Kunde Nummer zwei, ein gewisser Graf de la Motte, trieb klamottig die Rahmenhandlung für das tapfer spielende und singende Verkleidungspärchen unter jedes erträgliche Niveau.

Ach, hätte doch Regisseur Heinz Liesendahl auf den ganzen Personen- und Schauplatzaufwand (schwarzgekleidete Geburtstagsgäste im Bestattungsinstitut, zögerlich mittanzende Herrengesellschaft auf Schloß Felsenstein) verzichtet und dem Travestie-Juwel Mary & Gordy die gesamte Sendezeit gewährt. Dann hätte man nach den sechzig Minuten gesagt: „Schade, daß die Show schon zu Ende ist." GÜNTER RUDORF

ARD



SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau
10.03 Die Schwarzwaldklinik
10.50 Die Knoff-hoff-show
11.35 Die mit den hellen Köpfen
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Nach dem Überleben leben lernen
Film von Per Schnell und Erika Fehse
16.30 Mona
17.20 Pan Tau
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Liebling – Kreuzberg
Sechsteilige Fernsehserie
Mit Manfred Krug, Michael Kausch, Corinna Genest u. a.
Buch: Jurek Becker
Regie: Heinz Schirk
1. Teil: Der neue Mann
20.59 Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner der ARD-Fernsehlotterie 1986
21.00 Arme Welt – Reiche Welt
Heimat – Beobachtungen in Afrika und Europa
Von Hans-Josef Dreckmann und Joshua Mutabazi
Seit Generationen sind sie ihrer Heimat treu geblieben, Bewohner eines kleinen Fischerdorfs an der Küste des Indischen Ozeans in Kenia und eines Dorfes an der Nordseeküste im Nordosten Frieslands.
21.45 Treffpunkt Kino
Mit Werner Baecker
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Liebe und Haß
Spielfilm aus Sri Lanka
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Biotechnologie
7. Folge: Raum zum Leben, Raum zum Schaffen – Bioreaktoren
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Maultrommel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Die Hochstaplerfamilie
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Mann ohne Gedächtnis
Schweizerisch-deutscher Spielfilm (1984)
von Kurt Gloor
Mit Michael König, Lisi Mangold, Hannelore Elsner u. a.
20.58 Tierporträt
Die Sattelrobben
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Vermögensbildung – Vom Arbeitnehmer zum Teilhaber / Franz Keller – Der Weinrebell vom Kaiserstuhl / Tip: Sommerurlaub – richtig buchen, Geld sparen
21.45 heute-journal
22.05 denkmal
Ein kulturelles Fragespiel
Von und mit Helmut Greulich und Monika Moos
23.05 Die stillen Stars
Nobelpreisträger privat gesehen von Frank Elstner
23.35 Das verrückte Orchester
Nonsens nach Noten
Das verräterische Foto. Teil 1
Mit Julian Joy-Chagrin als Konzertdirigent
0.00 heute

SAT 1

15.00 Kimba, der weiße Löwe
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
18.00 Westlich von Santa Fé
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Schätz' mal
19.45 Am Brunnen vor dem Tore
Deutscher Spielfilm (1952)
21.30 APF blick
22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Mietwagen – Stunde der Discounter
22.45 JuxBox Extra
23.00 Matt Houston
23.55 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Lhotschani! Ich bin ein Ndebele
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Na, sowas!
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Montagskino
Verflucht, verdammt und Halleluja
Italienischer Spielfilm (1972)
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Fünfter Mann im Streichquartett
21.50 RTL-Spiel
21.55 Bonnfetti
23.27 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (11)
Die Drift
20.45 Hilferufe
Wege aus der Krise
21.45 Medizin-Magazin
22.15 Kampf ums Überleben
NRWs bedrängter Mittelstand
22.45 Die Augen der Vögel
Französischer Fernsehfilm
Mit Roland Amstutz u. a.
Regie: Gabriel Auer
0.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Fußballschule (5)
19.00 Praktische Tips
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
21.00 Markt der Ideen
Heute: Biobauern und Verbraucher
22.00 Verratene Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Carole Mathews u. a.
Regie: Edward L. Cahn
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty (15)
18.55 Pimpa (15)
19.05 Drei – D Spezial
Wen ich immer schon mal fragen wollte
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Musiktherapie
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Rückblende
22.30 200. NDR-Jazzkonzert (1)
United Jazz + Rock Ensemble

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
Hose, Hemd und 21 Dollar
20.15 Going Bananas
Widersprüche um eine gelbe Frucht
21.00 Klimbim
21.45 Der Vetter aus Peine
Geschichte eines Wunderofens und seines Erfinders
22.30 Jazz am Montagabend
Oscar Peterson in Berlin (1)
Mit Niels Henning Pederson (b) und Martin Drews (dr)
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Computer-Gehirn
Expertensysteme – Front der künstlichen Intelligenz
Bericht von Paul Hermanns
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Magnum
Tödliche Tiefe
23.35 Rundschau

„DDR" läßt weiter Ausländer ohne Visum durchreisen

dpa, Berlin

Die „DDR" praktiziert nach wie vor nicht die von der Nachrichtenagentur ADN angekündigte Änderung der Bestimmungen für die Durchreise von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Vom 1. bis zum 14. Februar konnten wieder einige hundert Ausländer ohne gültiges Einreisevisum von der „DDR" mit dem Zug über Herleshausen oder Helmstedt einreisen.

Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) erklärte dazu, das gegenwärtige Verhalten der „DDR" sei „geeignet, das innerdeutsche Verhältnis nachhaltig zu belasten und ist mit dem Ziel gutnachbarlicher Beziehungen nicht zu vereinbaren".

ADN hatte angekündigt, daß die „DDR" Ausländern eine Durchreise in die Bundesrepublik nur noch bei Vorliegen eines Sichtvermerks gewähren werde. West-Berlin sei von dieser Regelung ausgenommen. Die Bundesregierung hatte zuvor die „DDR" wiederholt gebeten, die nach internationalem Recht gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Zustrom über die „DDR" illegal einreisender Ausländer zu drosseln. Zuständige Stellen in Bonn und Berlin waren nach der ADN-Ankündigung „nicht unbegründeter Hoffnung", daß die „DDR" die Stadt in die Regelung einschließt. Weiterhin stellten jedoch täglich etwa 100 Ausländer Asylanträge in West-Berlin.

Seit Monatsbeginn wird täglich die Zahl der Antragsteller in Berlin nach Bonn weitergegeben. Aus den Pässen der insgesamt 1000 Asylbewerber seit Monatsbeginn ergebe sich deutlich, daß sie ungehindert von den „DDR"-Behörden von Schönefeld aus nach West-Berlin einreisen könnten. Bei einigen Ausländern verzichte die „DDR" aus nicht erklärbaren Gründen auf den Tagesstempel.

Nach offiziellen Angaben reisten 1985 von den insgesamt 74 000 Asylbewerbern in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin 38 000 über den „DDR"-Flughafen Schönefeld. Von diesen stellten etwa 23 000 Asylanträge in West-Berlin, die anderen 15 000 Anträge in anderen Bundesländern.

Vollständig hält die „DDR" seit Mitte des vergangenen Jahres ihre Ankündigung ein, Tamilen aus Sri Lanka ohne gültige Sichtvermerke im Paß nicht mehr über Schönefeld nach West-Berlin einreisen zu lassen.

Union irritiert über Vorbehalte in der FDP gegen Sicherheitsgesetze

Strauß spricht von Unzuverlässigkeit / Dregger will Position der Freien Demokraten ausloten

DW. Bonn

Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Alfred Dregger, will heute in einem Gespräch mit FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnik die Haltung der Freien Demokraten zu der für kommenden Freitag geplanten Verabschiedung der Paß- und Personalausweisgesetze zusammen mit dem Paragraphen 163d der Strafprozessordnung ausloten. Der „Klärungsbedarf" ergibt sich aus dem Vorschlag des FDP-Sicherheitsexperten Gerhart Baum, den Beschluß über den neuen Personalausweis vom Beschluß über den umstrittenen Paragraphen 163d abzukoppeln. Dregger kündigte in der „WELT am Sonntag" an, er werde die Dinge mit Mischnick „in aller Ruhe behandeln".

„Sehr schwierige Materie"

Die jüngste Erklärung Baums, aber auch die Bangemanns (der FDP-Chef stellte sich hinter Baum), stieß auf heftige Kritik des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Der bayerische Ministerpräsident warf der FDP vor, Koalitionsvereinbarungen zu unterlaufen. „Was sich hier abspielt, ist das Gegenteil von dem, was zwischen Bundeskanzler Kohl, FDP-Chef Bangemann und mir vereinbart worden ist", sagte Strauß der „WELT am Sonntag". Mit dieser Wendung der Dinge, gemeint war der Vorstoß Baums, würden diejenigen wieder Auftrieb bekommen, „die von der Unzuverlässigkeit der FDP reden", erklärte der CSU-Chef.

Baum hatte dafür plädiert, daß sich CDU/CSU und Freie Demokraten Zeit nehmen sollten, unabhängig von der Verabschiedung des neuen Paß- und Personalausweisgesetzes „die sehr schwierige Materie" der künftig zulässigen Kontroll- und Datenspeicherbefugnisse der Polizei im Paragraphen 163d sorgfältig zu behandeln. Es geht dabei um die geplante Vorschrift, daß künftig bei bestimmten Polizeikontrollen anfallende Daten über Personen und die Umstände ihres Antreffens in einer Datei gespeichert und verarbeitet werden dürfen. Eine richterliche Bestätigung ist erst im nachhinein vorgesehen.

FDP-Chef Bangemann hatte sich in einem Interview der „Osnabrücker Zeitung" hinter die Absicht seiner Parteikollegen Hirsch und Baum zur Verbesserung des Entwurfs gestellt und erklärt, die Freien Demokraten könnten dem Gesetz über die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Polizei in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Nach Angaben der „Bild am Sonntag" fühlte sich Bangemann mit dieser Äußerung „falsch interpretiert", meinte aber weiterhin, „eine Verschiebung dieses Punktes ist für mich möglich". Strauß erklärte der Zeitung: „Die CSU wird keine Gesetzesänderung unterstützen, die es der Polizei erschwert, Verbrecher aufzuspüren und festzunehmen. Wir sind gegen jede substantielle Änderung."

Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die gemeinsame Verabschiedung Paß- und Personalausweisgesetz und 163d meldete der Datenschutzbeauftragte Baumann an.

SPD für Paketlösung

Der Gesetzgeber wäre gut beraten, die sogenannte Schleppnetzfahndung zunächst abzukoppeln, sagte Baumann in einem Interview des Deutschlandfunks. Insbesondere müsse nachgewiesen werden, warum eine Speicherung von Daten in einem Ausmaß, das über gegenwärtiges Recht und gegenwärtige Praxis hinausgehe, notwendig sei.

Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Axel Wernitz (SPD), plädierte dafür, die Sicherheitsgesetze als Paket zu verabschieden. Allerdings müßten die „Widersprüche und Fehler" der Vorlagen erst ausgeräumt werden, meinte Wernitz im Kölner „Express". Dazu zählten die verfassungsmäßige Trennung von Polizeidaten und Geheimdienstunterlagen im Alltag und klar definierte Ausnahmen im Kampf gegen Spionage, Verbrechen und Terrorismus.

Koblenz prüft Anzeige gegen Kohl

dpa, Koblenz

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft wird voraussichtlich in dieser Woche entscheiden, ob sie gegen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ein Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Aussagen des Kanzlers vor dem Mainzer Parteispenden-Untersuchungsausschuß einleiten wird. Hintergrund ist eine Strafanzeige des Bundestagsabgeordneten der Grünen, Otto Schily, gegen Kohl wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage vor dem Flick-Untersuchungsausschuß in Bonn und vor dem Mainzer Parteienausschuß. Auch die Bonner Staatsanwaltschaft prüft zur Zeit, ob aufgrund der Anzeige Schilys ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl eröffnet wird.

Gegenangriff im Golfkrieg

AFP, Teheran

Eine Woche nach der iranischen Großoffensive „Morgenröte 8", bei der die iranischen Streitkräfte erstmals auf dem Westufer des Schatt el Arab Fuß fassen und die verlassene irakische Hafenstadt Fao erobern konnten, gingen die iranischen Truppen am Wochenende bedeutend langsamer vor. Der Irak setzte seine Truppen unterdessen weniger zum Schutz anderer, durch die Offensive ursprünglich bedrohter Städte wie Basra, sondern vielmehr zum Wiedergewinn des vom Feind eroberten Gebietes ein. Die irakische Luftwaffe versenkte am Wochenende 29 iranische Schiffe im Golf. Die Kämpfe der letzten Tage haben weit über 10 000 Tote gefordert.

Jelena Bonner weiter in den USA

DW. Moskau

Jelena Bonner (62), Frau des sowjetischen Bürgerrechtlers und Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, darf länger als bisher erlaubt im Westen bleiben. Nach Informationen der „Bild-Zeitung" aus Moskau haben die sowjetischen Behörden ihr Visum um drei Monate verlängert. Frau Bonner hatte sich Mitte Januar in den USA einer sechsfachen Bypass-Operation am offenen Herzen unterzogen. Sacharow, der die Stadt Gorki nicht verlassen darf, war im vergangenen Jahr in einen Hungerstreik getreten, bis die Behörden der UdSSR seiner Frau ein Visum zur Ausreise in den Westen erteilten. Frau Bonner lebt zur Zeit bei ihrem Schwiegersohn in Boston.

DAG lotet Spielraum der Sozialausschüsse aus

Moderate Töne des Vorstandsmitglieds Issen / WELT-Gespräch

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) will über den Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien „Präzisierungen" im Gesetzentwurf zur Neuregelung des Neutralitätsparagraphen 116 erreichen, „die den ursprünglichen Intentionen des Gesetzgebers bei Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes 1969 Rechnung tragen". Im Gespräch mit der WELT räumte der stellvertretende DAG-Bundesvorsitzende Roland Issen ein, daß durch die Rechtsprechung einiger „Sozialgerichte auf unterster Ebene" hier Zweifel entstanden seien. „Der Gesetzgeber hat 1969, und dann in der Konkretisierung des Willens des Gesetzgebers durch die Anordnung zum Paragraphen 116 durch die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit, ja erreichen wollen, daß nicht in jedem Falle an mittelbar Betroffene Arbeitslosengeld bezahlt wird." Er habe aber auch gewollt, „daß umgekehrt nicht eine Entwicklung eintreten darf, die die Verhandlungsposition der Arbeitgeber stärkt – durch ihre Möglichkeiten, das Instrument der kalten Aussperrung mehr oder weniger nach Belieben zu handhaben – und damit die Kräfteverhältnisse zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verschiebt."

Mit dieser Position geht der DAG-Vorstand unter Leitung des Vorsitzenden Hermann Brandt heute abend in Bonn in eine Unterredung mit der Führung der CDU-Sozialausschüsse. An der Unterredung nimmt auch der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, teil. Damit wird der Kontakt zwischen Blüm und den Gewerkschaften wiederaufgenommen, der seit dem Treffen der CDA-Spitze mit dem DGB-Bundesvorstand vor einem Monat in Königswinter unterbrochen schien.

„Wir sind Realpolitiker"

Nach wie vor sehe die DAG keinen Handlungsbedarf, halte die geplante Änderung des 116 für unnötig, sagte Issen, der im DAG-Vorstand bei diesem Thema die Federführung hat und der als aussichtsreichster Kandidat für den DAG-Chefsessel bei der Neuwahl des Vorstands im nächsten Jahr gilt. „Natürlich werden die Gewerkschaften bemüht sein, eine Regelung zu verhindern. Aber wir in der DAG sind Realpolitiker und werden, wenn die Regierung ihr Vorhaben denn zu Ende bringen will, bemüht sein, zumindestens eine Schadensbegrenzung zu erreichen." Er halte es für verfrüht, konkret zu sagen, wo die DAG Veränderungen des Regierungsentwurfs fordern wolle, solange man nicht wisse, wieviel politischen Handlungsspielraum sich die Sozialausschüsse in dieser Frage selber noch zutrauten.

Gedanken zur Schiedsstelle

Issen: „Wir wollen ausloten, wie groß der Handlungsspielraum der CDA tatsächlich ist. Es hat ja wiederholt Bekundungen von Mitgliedern der CDA, auch prominenten Mitgliedern, gegeben, daß man den von der Regierung vorgelegten Entwurf noch verändern könne. Wir werden versuchen, dieses in dem Gespräch am Montag zu klären."

Die Hauptkritik seiner Gewerkschaft richte sich „zunächst einmal dagegen, daß das erklärte Ziel, mehr Rechtsklarheit zu schaffen, durch den Regierungsentwurf mit Sicherheit nicht erreicht wird. Wir sind der Auffassung, daß die von der Bundesregierung vorgelegten Formulierungen zu neuer Rechtsunsicherheit führen werden und mit Gewißheit die Gerichte auch zukünftig beschäftigen werden", wenn man nicht zu den von ihm geforderten „Präzisierungen" des ursprünglichen Gesetzgeber-Willens von 1969 gelange.

Zum Vorschlag, die Verantwortung für strittige Fragen, wann die Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar streikbetroffene Arbeitnehmer zahlen muß und wann nicht, einer Schiedsstelle zu übertragen, sagte Issen: „Das ist ein Vorschlag, über den man sicherlich noch einmal nachdenken sollte. Er müßte gewiß weiter präzisiert werden, bevor man da zu einer endgültigen Bewertung kommen kann. Es wäre ja vorstellbar, daß diese Schiedsstelle direkt bei der Bundesanstalt für Arbeit und dort im Rahmen der Selbstverwaltungsgremien angesiedelt wird. Es sind auch andere Modelle denkbar. Wenn überhaupt, dann wäre allerdings eine Regelung innerhalb der Bundesanstalt für Arbeit für uns am ehesten diskussionsfähig. Entscheidend wird dabei immer sein, ob man durch eine solche Schiedsstelle tatsächlich die von der Regierung gewünschte größere Rechtsklarheit und Rechtssicherheit erreichen kann."

Prozeß um deutsches Blatt in Warschau

KNA/AP, Warschau

Die Teilnahme der deutschen Botschaft an dem heute in Warschau beginnenden Prozeß um die Gründung einer deutschsprachigen Zeitung hat der Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer (CDU) in einem Fernschreiben an Bundesaußenminister Genscher vorgeschlagen. Das Erscheinen des Blattes mit dem Titel „Unsere Muttersprache" war vom polnischen Zentralamt für die Kontrolle von Veröffentlichungen und öffentlichen Veranstaltungen abgelehnt worden. Dagegen hatte Edward Vogelsang aus Greifenhagen bei Stettin Klage eingereicht, die jetzt zur Verhandlung ansteht. Sauer geht davon aus, daß Repressalien gegen den Kläger durch die polnischen Behörden nicht auszuschließen seien und die Teilnahme der deutschen Botschaft eine gewisse Schutzwirkung ausüben werde. Vogelsang hat bereits vor zwölf Jahren für sich und seine Familie einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik gestellt.

Außerdem ist heute und morgen in Abwesenheit der Verurteilten vor dem Obersten Gerichtshof in Warschau der Berufungsprozeß gegen drei prominente ehemalige Führer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" angekündigt: Bogdan Lis, Wladislaw Frasyniuk und Adam Michnik. Sie waren im Juni 1985 von einem Danziger Gericht wegen „Führung einer illegalen Organisation" zu Haftstrafen von je zweieinhalb, dreieinhalb und drei Jahren ohne Bewährung verurteilt worden. Die Entscheidung der Berufungsinstanz wird allgemein als Test für den künftigen Kurs der polnischen Regierung gewertet. Es wird darauf verwiesen, daß die polnische Justiz seit vergangenem Winter mit Dissidenten milder verfährt als in der Vergangenheit.

Eine Aufhebung des Urteils gegen die drei Bürgerrechtler würde der polnischen Regierung nach Ansicht von Beobachtern die Gelegenheit verschaffen, ihr Ansehen national und international aufzubessern. Partei- und Staatschef Jaruzelski nutzt derzeit intensiv die Möglichkeit zu Interviews in der westlichen Presse, um sein Image aufzupolieren und zugleich die Lage des hochverschuldeten Polen zur Sprache zu bringen. Warschau bemüht sich um eine Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds und um neue Kredite.

Sacharow: So wurde ich gequält

DW. London

Der sowjetische Wissenschaftler und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow hat in Briefen, die vor kurzem bei seiner in den Vereinigten Staaten lebenden Stieftochter, Tatjana Jankelewitsch, eingingen, über die bei seiner Zwangsernährung in sowjetischen Krankenhäusern erlittenen Qualen berichtet. Die britische Wochenzeitschrift „Observer", die schwedische Tageszeitung „Dagens Nyheter" sowie der „Spiegel" veröffentlichten die aus der Sowjetunion in die USA geschmuggelten Briefe.

Sacharow erzählt minutiös genau und eindringlich, wie er nach seinem Hungerstreik, mit dem er ein Ausreisevisum für seine Frau Jelena Bonner erzwingen wollte, im Mai 1984 zwangsernährt wurde.

Ohnmacht

Sacharow: „Sie versuchten mich intravenös zu ernähren, Krankenpfleger warfen mich auf das Bett, banden mir Hände und Füße fest und drückten meine Schultern hinunter, während eine Nadel in die Vene eingeführt wurde. Beim ersten Mal setzte sich einer der Angestellten auf meine Beine, während mir der andere die Nahrung spritzte. Ich wurde ohnmächtig und urinierte ins Bett", schrieb der Physiker am 15. Oktober 1984 an den Präsidenten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Anatolij Alexandrow.

„Als ich wieder zu mir kam, waren die Silhouetten der Angestellten merkwürdig verformt, später erfuhr ich, daß dieses optische Phänomen symptomatisch für einen Hirnschlag ist", so der 65jährige. Dieser Krampf oder Schlaganfall sei kein Zufall gewesen. Der Hirnschlag war nach Auffassung des Bürgerrechtlers die direkte Folge der auf „Anordnung des KGB" erfolgten medizinischen Behandlung.

Anschließend sei dann eine neue Methode der Zwangsernährung angewendet worden. Durch die Nase habe man ihm einen Schlauch eingeführt, berichtete Sacharow. Dieses Verfahren sei aber nach einigen Tagen wieder eingestellt worden. „Vermutlich weil an den Nasenpassagen und der Speiseröhre wunde Stellen auftraten." Vom 25. bis zum 27. Mai sei dann die „barbarischste und demütigendste" Methode angewendet worden, so der Friedensnobelpreisträger. „Ich wurde wieder auf dem Bett angebunden und sie setzten mir eine Klammer auf die Nase. Jedesmal, wenn ich den Mund aufmachte um zu atmen, wurde mir ein Löffel Nahrung in den Mund geführt. Manchmal sperrten sie mir den Kiefer mit einem Zahnheber auf."

Die Behandlung sei so unerträglich geworden, daß Sacharow schließlich nach gut zwei Wochen darum bat, man möge die Klammer fortnehmen, er würde freiwillig Nahrung zu sich nehmen.

Andere Methoden

Später hatten die Ärzte Sacharow gedroht, er würde die Parkinson'sche Krankheit bekommen, wenn er wieder einen Hungerstreik beginne. Chefarzt Obuchow habe erklärt: „Wir werden Sie nicht sterben lassen und Sie mit der Klammer ernähren. Wir haben auch noch eine andere Methode in petto."

Ein anderer Arzt fügte hinzu, „Sie können sich dann noch nicht einmal die Hosen allein anziehen!", schrieb Sacharow. Zu diesem Zeitpunkt lebte er schon seit vier Monaten getrennt von seiner Frau. Schließlich entschloß er sich den Hungerstreik zu beenden. „Ich konnte nicht mehr weitermachen. Jetzt quält mich die Idee, daß ich damals vielleicht eine Chance verspielt habe, ihr Leben zu retten. Ihr Tod wäre auch meiner", schrieb der in der Verbannung in Gorki lebende Nobelpreisträger über seine Frau.

NH bestätigt Spendenzahlung

rtr, Köln

Erstmals hat der gewerkschaftseigene Baukonzern Neue Heimat Spendenzahlungen an politische Parteien bestätigt. Der Geschäftsführer der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, Dietrich Goldmann, teilte in der regionalen Fernsehsendung „Hier und Heute" des WDR mit, sein Unternehmen habe in den 70er Jahren Spenden geleistet. Noch am Freitag hatte SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement in Bonn Berichte über Spendenzahlungen der Neuen Heimat an seine Partei dementiert.

Die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen hatte nach Goldmanns Angaben in den 70er Jahren rund 360 000 Mark an Spenden an die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung gegeben und rund 42 000 Mark an die politischen Parteien in Nordrhein-Westfalen, darunter auch an die CDU. Die Geschäftsführung der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen sei 1985 durch die Prüfbehörden aufgefordert worden, zu Spendenzahlungen Stellung zu nehmen. Dies habe das Unternehmen im Oktober 1985 unter anderem gegenüber der Oberfinanzdirektion Köln getan, erklärte der Geschäftsführer.

„Unruhe Bürgerpflicht"

Hupka: Sich mit der Teilung Deutschlands nicht abfinden

DW. Bonn

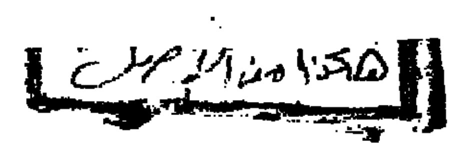
Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, hat davor gewarnt, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden. Auf einer Festveranstaltung zum 35jährigen Bestehen der Schlesischen Jugend sagte Hupka in Königswinter, die in Freiheit lebenden Deutschen dürften an der Teilung Deutschlands nicht mitschuldig werden. Angesichts des Unrechts, das den Deutschen bis heute widerfahren sei, gelte nicht Ruhe, sondern Unruhe als die erste Bürgerpflicht.

Nach Überzeugung Hupkas trägt Moskau die Schuld an der andauernden deutschen Teilung. „Die Sowjetunion verweigert seit vier Jahrzehnten dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht." Für die Vertriebenen bekannte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete zur Verständigung und zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarn. Durch das Unrecht, das andere Völker einst in deutschem Namen erlitten, hätten die Deutschen heute keineswegs das Recht auf Selbstbestimmung verwirkt, betonte Hupka. Der bereits in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" ausgesprochene Verzicht auf Gewalt dürfe aber nicht gleichgesetzt werden mit der Anerkennung fremder Gewalt.

Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien bedauerte, daß „die Kommunisten, die heute über Teile Deutschlands die Herrschaft ausüben" Nationalismus pflegten, „um die unterdrückten Völker im Hochgefühl nationalistischer Überheblichkeit besser domestizieren zu können".

Für Niedersachsen erneuerte Kultusminister Oschatz die Patenschaft, die das Bundesland 1950 über die Schlesier übernommen hatte. Niedersachsen habe 750 000 vertriebene Schlesier aufgenommen, erinnerte Oschatz. „Zu dieser Patenschaft bekennen wir uns."

Oschatz begrüßte die Übereinstimmung der Schlesischen Jugend mit Ministerpräsident Albrecht, daß die Lösung von Problemen zwischen den Völkern unter europäischem Aspekt und auf friedlichem Weg erfolgen müsse. Die unter Konrad Adenauer erreichte Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich solle ein Beispiel für die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen sein.



Tendenz zur Flexibilität

hdt. – Daß das derzeit geltende Ladenschlußgesetz keine heilige Kuh ist, macht die nicht abreißende Diskussion dieses leidigen Themas deutlich. Sogar für den Einzelhandel selbst ist es längst kein Tabu mehr, auch wenn es die meisten ihrer Verbandsvertreter nicht wahrhaben wollen. Offensichtlich nimmt nämlich auch im Handel der Widerstand gegen flexiblere Ladenschlußzeiten allmählich ab.

Das geht beispielsweise aus den Ergebnissen einer Umfrage hervor, die die Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld beim heimischen Einzelhandel durchführte. Zwar erhebt diese Umfrage nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein, aber sie läßt zumindest Tendenzen erkennen. Nur noch 56 Prozent aller Befragten sprachen sich dabei gegen eine Änderung des derzeit geltenden Ladenschlußgesetzes aus. Das „Nur noch" muß im Zusammenhang mit einer ähnlichen Umfrage vor Jahresfrist gesehen werden, bei der sich 70 Prozent der Befragten in die Ablehnungsfront einreihten. Acht Prozent enthielten sich diesmal der Meinung, 36 Prozent, also ein gutes Drittel, befürworteten jedoch eine Flexibilisierung. Allerdings waren nur zehn Prozent für eine völlige Freigabe und weitere fünf Prozent für generell längere Öffnungszeiten an allen Werktagen.

Die große Mehrheit plädierte für längere Öffnung an einem Werktag unter Wegfall des langen Samstags, also für ein Modell, das in den benachbarten Niederlanden seit langem praktiziert wird. Vielleicht wäre das auch für die Bundesrepublik ein tragbarer Kompromiß.

Überfällig

dos. – Im Grunde war das, was Telefunken-Chef Manfred Schmidt jetzt zur Neustrukturierung der Deutschen AG für Unterhaltungselektronik (DAGFU) zu sagen wußte, längst erwartet worden. Die zentrale Steuerung der vier zum französischen Staatskonzern Thomson gehörenden Firmen Telefunken, Nordmende, Dual und Saba war überfällig. In einem Markt, der von Zusammenschlüssen und Kooperationen auf Teilgebieten geprägt ist, lassen sich selbständig operierende kleine Einheiten nur unter aufrecht erhalten. Zu dieser Erkenntnis hat sich die Konzernzentrale in Paris nun endlich durchgerungen. Die hohen Verluste, die die deutschen Töchter 1985 einfuhren, dürften letztlich den Ausschlag gegeben haben. Schmidt übte bemerkenswerte Zurückhaltung, als er zum Ergebnis der DAGFU befragt wurde; dies läßt Rückschlüsse zur Qualität der Ertragsrechnung 1985 zu. Thomson wird erneut antreten müssen, um Löcher zu stopfen, auch 1986 noch. Die Lösung des Problems allerdings ist auf der Produktionsseite zu suchen. Dort aber will Thomson – noch – nicht ansetzen.

KONJUNKTUR / Bangemann: Genereller Rückstand Europas nicht festzustellen

Wachstums-Chancen in Deutschland erscheinen besser als in den USA

Mk. Bonn

Die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung sind nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in der Bundesrepublik nicht nur fast so gut wie in Japan und vielleicht sogar etwas günstiger als in den USA, sie sind zur Zeit deutlich besser als anderswo in Europa. Es gebe erfreuliche Anzeichen dafür, daß Europa in der Lage ist, mit den neuen wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen fertig werden zu können.

Wirtschaftsminister Bangemann wandte sich am Wochenende vor dem französischen Industrieverband in Paris gegen die Auffassung, Europa müsse das japanische oder amerikanische Modell kopieren. Dabei werde die japanische Wirtschaftspolitik als Prototyp einer nach vorne gerichteten Strategie dargestellt, bei der Staat und Unternehmen Hand in Hand die Strukturanpassung, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und die Erschließung neuer Märkte vorantreiben. Die USA gelten als Idealbild einer Wirtschaft, die zum einen den Unternehmen optimale Bedingungen für Pionierleistungen bietet, zum anderen durch eine großdimensionierte staatlich betriebene Militärforschung Spitzenleistungen erst ermöglichen. Bangemann wandte ein:

- Ein genereller Rückstand Europas sei nicht festzustellen, ihn gebe es allenfalls auf einigen Feldern wie der Mikro- und Unterhaltungselektronik.
- Einzelne Länder könnten zwar durch den Aufbau massiver Exportkapazitäten bei einzelnen Produkten ihren Industrien auf dem Weltmarkt durchaus Vorteile verschaffen. Bangemann verwies jedoch auf den zügigen Aufbau einer zukunftsorientierten Petrochemie in Japan, dem rasch ein Abbau der Überkapazitäten mit staatlicher Unterstützung folgte. Überdies provozierten Störungen des freien Handels durch gezielte Verdrängungsstrategien den Importschutz in anderen Ländern.
- Von den Rüstungsprogrammen in den USA seien zweifellos für die Datenverarbeitung wesentliche Impulse ausgegangen. Für bestimmte Hochtechnologiebereiche wie Elektronik, Optik, Laser und neue Werkstoffe könnten auch künftig wettbewerbsverzerrende Wirkungen nicht ausgeschlossen werden. Bei all den dürfte jedoch nicht die hohe Belastung vergessen werden, die die Finanzierung großer Projekte für eine Volkswirtschaft bedeutet.
- Im Bereich der Mikroelektronik weise die europäische Wirtschaft zwar gewisse Schwächen auf. Aber der Aufholprozeß habe längst begonnen. Er vollziehe sich weitgehend in der industriellen Entwicklung und Anwendung. Ferner berge die Überbetonung der Spitzentechnik die Gefahr der Fehlleitung von Ressourcen in sich. Hohe Gewinne brächten neue Technologien nur dem, der tatsächlich die Nase vorn hat. Eine Volkswirtschaft könne von Spitzentechnik allein nicht leben.
- Auf die Frage, ob die Unternehmen auf allen Märkten, so auch im pazifischen Raum, präsent sein müssen, antwortete Bangemann mit einem eingeschränkten Ja.

Zur Stärkung der Wettbewerbschancen der Unternehmen in Europa komme es auf eine Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte an, zum Beispiel durch den Abbau von staatlichen Hemmnissen und durch die Unterstützung einer größeren Mobilität. Entscheidend sei auch die Eindämmung und mittelfristige Zurückführung der Steuer- und Abgabenbelastung. Überdies müsse der Leistungswettbewerb intensiviert werden. Dazu zähle auch die weitere Öffnung der Märkte.

In diesem Zusammenhang setzte sich Bangemann noch einmal für die Schaffung des europäischen Binnenmarktes ein. Dies bedeute nicht bürokratischer Perfektionismus bei der Harmonisierung von technischen Regelungen und Rechtsvorschriften, sondern mehr Mut zum dynamischen Wettbewerb. Positiv urteilte Bangemann über das Europäische Währungssystem. So wie der Ecu konstruiert ist, sieht der Minister darin kein Risiko für die Stabilität in Europa. Es sei daher an der Zeit, daß die Bundesbank ihre Genehmigungspraxis zugunsten des Ecu ändert.

US-AKTIENMÄRKTE

Kaufwut der Anleger bringt immer neue Rekorde hervor

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit dem flauen Gefühl im Magen, das jeder verspürt, der in schwindelnder Höhe wandelt, blickt die Wall Street auf das spektakuläre Schauspiel an den US-Aktienmärkten. Obwohl die Antriebskräfte kaum noch zu erfassen sind, purzeln weiter die Rekorde. In der vergangenen Woche hat der Dow-Jones-Industrie-Index gleich drei aufgestellt; am Freitag schoß er noch einmal um 19,38 auf 1664,45 Punkte. Damit hat er an den fünf Börsentagen netto 51 und in den letzten fünf Wochen mehr als 150 Punkte zugelegt.

Ein solcher Spurt wäre noch im Sommer als utopisch bezeichnet worden. Er beschränkt sich zudem nicht nur auf die hochkarätigen „Blue Chips", sondern vollzieht sich auf breiter Front. Neue Hochs erreichten sowohl der umfassende Nyse-Index als auch der Standard & Poor's 500, die im Wochenverlauf um 2,94 (Freitag: 1,24) auf 126,65 und um 5,20 (2,36) auf 219,76 Punkte anzogen. Der Nasdaq-Index, der die über den Schalter gehandelten Werte erfaßt, registrierte sogar elfmal hintereinander einen neuen Rekord.

Mit Eigengewicht oder Herdentrieb ist der steile Aufwärtstrend nicht zu erklären. Vielmehr sprechen die enormen Umsätze – Freitag: 155,6 Mill. Papiere an der New York Stock Exchange – für eine regelrechte Kaufwut seitens der institutionellen Anleger. Anders läßt sich auch nicht begründen, warum am Freitag von den 30 „Dow"-Werten 28 höher schlossen. Die Antwort kann nur in der hohen Liquidität zum Beispiel der Geldmarktfonds liegen. Sie verfügen derzeit über 210 Mrd. Dollar, die zu investieren sind.

Hinzu kommen andere Faktoren, die ein Umkippen des Kaufklimas verhindern:

1. Die gesunkenen Ölpreise drückten die US-Herstellerpreise im Januar um 0,7 Prozent; in Jahresfrist erhöhte sich der Index nur um 1,4 Prozent, was vorerst den wechselkursbedingten Preisauftrieb neutralisiert.
2. Amerikas Industrieproduktion nahm um 0,3 und übers Jahr um 2,5 Prozent zu. Geschrumpft sind im Dezember die Lagerbestände, was mehr Wachstum bedeutet.
3. Der US-Handelsbevollmächtigte Yeutter forderte eine Dollarabwertung um weitere zehn bis 15 Prozent, um die Exporte zu fördern und die Importe zu drosseln. Gelobt wird Tokios freiwillige Beschränkung der Autolieferungen im sechsten Jahr.

Aber es ist auch die US-Notenbank, die freundliche Signale aussendet. So hat das Offen-Markt-Komitee Mitte Dezember, wie das Protokoll zeigt, die Geldschleusen leicht geöffnet. Wegen der nun ölbedingten Schuldenkrise wird dieser Beschluß kaum revidiert worden sein. Volcker teilt dem Kongreß die Geldziele am Mittwoch mit. Erstmals seit August 1979 sanken am Freitag 30jährige Treasury Bonds auf 8,94 (Vorjahr: 11,34) Prozent.

Unfug beim Umweltschutz

Von JOACHIM GEHLHOFF

Denkwürdiges verkündigte der zu Zeiten der sozialliberalen Bonner Koalition im Innenministerium wirkende Staatssekretär a. D. Günther Hartkopf zum Auftakt der „Envitec"-Umweltschutzmesse in Düsseldorf, die heute unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten ihre Pforten öffnet. Die Gelegenheit, daß diese industrielle Fachmesse möglicherweise wiederum ein sehr großes „Info-Center Umwelt" (zwei Messehallen) für die Belehrung interessierter Bundesbürger von Kindesbeinen an bietet, will der Vorruheständler, nun Matador solcher „bürgernahen" Initiativen wie der gemeinnützigen und mit Steuergeld geförderten „Deutschen Umwelt-Aktion" (DUA), auf seine Weise nutzen.

Schon jedem Hauptschüler (und Tausende sollen kommen) werde die DUA auf der Messe unter dem Motto „Tu was" das umweltbewußte „Denken" beispielsweise mit folgender Devise einimpfen: Die Getränke-Blechdose gehöre nicht etwa (leer) in den gesonderten Abfallbehälter, sondern zugunsten der Mehrweg-Pfandflasche überhaupt gar nicht erst gekauft! Das sei der nützliche Beitrag umweltbewußter Bürger zur Eindämmung einer Müll-Lawine, die allmählich alle bundesdeutschen Müll-Deponien zu ersticken drohe.

Für Kundige ist das ein Paradefall der Desinformation gutwilliger Bürger. Mit dem zweifellos vorhandenen Mülldeponieproblem haben die Einweg-Getränkepackungen praktisch nichts zu tun. Denn an allen auf die Deponie wandernden Abfallmengen sind sie nur mit etwa 0,5 Prozent beteiligt. Und diese Quote ist durch wachsendes Rohstoff-Recycling auch noch rückläufig. Wer da unter dem Umweltschutz-Banner noch Attacken gegen „Einweg" reitet, treibt Unfug mit einer guten Sache.

Der einstige Staatssekretär und seine inzwischen zahlreiche Gefolgschaft sind da zu Gefangenen ihrer eigenen Ideologie geworden. Entlarvendes hat dazu hat Hartkopf neuerdings stolz verkündet: Zumal Beamte (und er voran) hätten in der Vergangenheit als Gegengewicht zur Umweltschutzblockade „großer und finanzkräftiger Wirtschaftsorganisationen" die einschlägigen Bürgerinitiativen auf die Beine gebracht und zu einem „Kampfverband" formiert, an dem die Politik nicht mehr vorbeigehen könne.

So heiliger Einfalt dieses Bekenners verdanken wir also nun auch beim Umweltschutz das staatsrechtliche Problem, was ein dem Gemeinwohl verpflichteter Beamter tun muß und zu unterlassen hat. Beim Umweltschutz, der alle angeht und von allen ernstgenommen wird, sollte ohnehin das Aufbauen emotional getränkter Kampfpositionen mit Laienspielscharen unterbleiben. Die Sache ist zu ernst, um ohne Sachverstand auszukommen.

Was blinder Eifer auf diesem Feld anrichten kann, beklagte zur Düsseldorfer Messe auch der Bundesverband der Deutschen Rohstoffwirtschaft. Das umweltschonende Altstoff-Sammeln mit Selektion des Wiederverwertbaren schon vor der Haushalt-Mülltonne bringt im edlen Wettlauf von kommerziellen, kommunalen, karitativen und sonstigen Institutionen nun auch schon Probleme für die Rohstoff-Recycling-Wirtschaft.

An Altpapier beispielsweise wird inzwischen mehr gesammelt, als die Papierfabriken verwerten können. Einige 100 000 Überschuß-Tonnen pro Jahr werden nach dem Sammeln doch nur verbrannt. Beim Alt-Buntglas ist in etlichen Regionen der Überfluß gleichfalls schon da. Fazit: Was teuer getrennt gesammelt wird, wandert gemeinsam in die Müllverbrennung und auf die Deponie.

Auch solchen Unfug kann eine nüchtern agierende Umweltschutzpolitik verhindern. Dies um so leichter, wenn sie im weiten Spannungsfeld vermeidbarer und unvermeidbarer Umweltbelastungen einer Industriegesellschaft den Bürgern grundsätzlich und unverdrossen die jeweiligen Kosten/Nutzen-Bilanz mit allen Konsequenzen (auch für Lohn und Arbeitsplatz) vor Augen führt.

Es bleibt abzuwarten, ob die aufwendige Informationsschau auf der Düsseldorfer Umweltschutzmesse dazu den erwünschten Beitrag leistet. Der publizistische Auftakt, den ihre (Behörden-)Sprecher vor der Presse boten, war dafür nicht vielversprechend. Die abwegige Idee, daß erfolgreiche Umweltschutzpolitik vorrangig „gegen die Industrie" durchgesetzt werden müsse, steckt da leider nicht nur dem früheren Staatssekretär aus Bonn noch im Kopf.

AUF EIN WORT



„Die Japaner leisten unbestritten ganz Hervorragendes bei der Umsetzung von Forschungsresultaten in die Praxis. Gerade hier liegt unser großes Defizit: Die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Marktträgern funktioniert nicht. Bis bei uns Überlegungen stattgefunden haben, was marktgerecht sein könnte, ist es nur allzu häufig schon zu spät."

Prof. Dr. Hans Quesser, Direktor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung, Stuttgart. FOTO: DPA

Ecu setzte sich stärker durch

dpa/VWD, Bonn

Die Kunstwährung der EG, die Europäische Währungseinheit (ECU), hat sich in den letzten Jahren auf den internationalen Finanzmärkten etabliert, heißt es in der jüngsten Ausgabe der „Berichte und Informationen" der EG-Kommission. Zwischen 1982 und 1985 (ohne Dezember) sei der Anteil der ECU-Anleihen am internationalen Markt von 1,1 auf 4,3 Prozent hochgeschnellt. Der ECU-Anteil an den auf EG-Währungen lautenden Anleihen sei von 8,1 auf 24,5 Prozent gestiegen.

BDI

Die gesamte Weltwirtschaft profitiert vom Ölpreisverfall

Mk. Bonn

Die sinkenden Ölpreise wirken sich nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) nicht nur positiv auf die deutschen Exporte, sondern auch auf das Wachstum der Weltwirtschaft insgesamt aus. Allerdings sei eine Quantifizierung der wirtschaftlichen Auswirkungen sinkender Ölpreise heute nicht möglich. Grundsätzlich lasse sich jedoch feststellen, daß aus deutscher Sicht die Vorteile größer seien.

Große finanzielle Probleme könnten für die hochverschuldeten Ölexportländer wie Mexiko und Nigeria erwartet werden. Für Großbritannien und Norwegen dürfte sich die Zahlungsbilanz verschlechtern. Anhaltende Erlöseinbußen bei allen ölexportierenden Ländern könnten zu sinkenden Aufträgen an die deutsche Exportwirtschaft führen. Steigen würden dagegen die Chancen der deutschen Industrie bei den ölimportierenden Entwicklungsländern als auch bei Industriestaaten, deren Ölrechnungen sinken.

Aus der Befürchtung, sinkende Ölpreise führten zum Verzicht auf Investitionen, die der Ölsubstitution, der Energieeinsparung und der Erschließung neuer Energiequellen dienen, dürfe nicht der Schluß gezogen werden, der Ölverbrauch müsse durch eine Ölimportsteuer künstlich verteuert werden. Derartige staatliche Eingriffe hält der BDI für verfehlt. Vielmehr würden aufgrund der sinkenden Ölpreise die Investitionen steigen, die zu einer Einsparung von Energie führen. So hätten in den sechziger Jahren die niedrigen Energiepreise zu einer Modernisierung der Industrie beigetragen, was die Energieeinsparung beflügelt hat.

WERKZEUGMASCHINEN

Japan größter Exporteur vor der Bundesrepublik

dpa/VWD, Nürnberg

Japan hat im letzten Jahr offenbar die Bundesrepublik als größter Exporteur von Werkzeugmaschinen abgelöst. Wie der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken, Frankfurt, mitteilte, produzierten die deutschen Hersteller 1985 Werkzeugmaschinen für rund 13 Mrd. DM; der Export lag bei etwa acht Mrd. DM. Japan stellte Werkzeugmaschinen im Wert von 18 Mrd. DM her; die genauen Exportzahlen liegen noch nicht vor.

Im Jahr 1984 hatten die deutschen Hersteller Werkzeugmaschinen im Wert von 9,407 Mrd. DM produziert. Der Export lag bei 6,048 Mrd. DM. Die japanische Konkurrenz produzierte im selben Zeitraum für 12,7 Mrd. DM, exportierte jedoch lediglich für 4,981 Mrd. DM.

Der geschäftsführende Gesellschafter der Trumpf GmbH + Co, Ditzingen/Stuttgart, Berthold Leibinger, bezeichnete das Vordringen Japans an die erste Stelle auf dem Weltmarkt – auf Platz drei stehen die USA mit einem Produktionsvolumen von sieben Mrd. DM – als alarmierend. In einem Vortrag an der Universität Erlangen/Nürnberg sagte Leibinger den deutschen Werkzeugmaschinenbauern für 1986 ein Umsatzwachstum von zehn Prozent voraus.

Seit 1976 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie um etwa neun Prozent verringert. Gleichzeitig erhöhte sich der Pro-Kopf-Umsatz von 75 000 auf 140 000 DM. Leibinger führte dies auf Innovationen und die Verwendung immer effektiverer Schneidstoffe hin. Um weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse die Produktion weitgehend automatisiert werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Insolvenzen auf Rekordhöhe

Wiesbaden (dpa/VWD) – Einen neuen Rekord weist die Bundesrepublik mit nahezu 19 000 Pleiten für das vergangene Jahr aus. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, wurden 1985 bei den Gerichten 18 876 Konkurs- und Vergleichsverfahren angemeldet. Die Zahl der Insolvenzen lag damit um 12,6 Prozent höher als im vergangenen Jahr (16 760). Insgesamt mußten 13 625 (1984: 12 018) Unternehmen im Bundesgebiet vor Gericht ihre Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eingestehen. Mehr als die Hälfte der zusammengebrochenen Firmen firmierte in der Rechtsform der GmbH. Besonders betroffene Wirtschaftsbereiche waren wiederum der Bau mit 3 228 Zusammenbrüchen (plus 16,7 Prozent) und der Dienstleistungsbereich mit 3 835 Fällen (plus 21,8 Prozent).

Verschärfung erwogen

Bonn (VWD) – Die Bundesregierung prüft derzeit, ob unter anderem mit Blick auf die Verschmutzung von Nord- und Ostsee zumindest für große Kläranlagen bundeseinheitlich die „weitergehende Phosphor- und Stickstoffbeseitigung" für die Gemeinden festgeschrieben werden soll. Dies könnte nach Auskunft des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage im Zuge der Fortschreibung der 1. Abwasser-Verwaltungsverordnung geschehen. Einer obligatorischen Einführung von chemischen Reinigungsstufen steht die Bundesregierung indessen skeptisch gegenüber.

Höhere Ölförderung

London (dpa/VWD) – Die britische Ölförderung in der Nordsee ist im Januar gegenüber dem Vormonat um elf Prozent auf 2,76 Mill. Barrel pro Tag gestiegen. Dieser Zuwachs wurde erzielt, obwohl die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) angesichts des dramatischen Preisverfalls für Rohöl von Großbritannien eine Drosselung der Produktion verlangt hatte. Die Regierung in London wies dies zurück. Auch die Fördergesellschaften haben keine Initiative zur Einschränkung der Produktion ergriffen.

Längere Zahlungsfristen

New York (dpa/VWD) – Die größten Gläubigerbanken Venezuelas haben nach Informationen aus US-Bankkreisen ein vierjähriges Schuldenmoratorium für die 1985 und 1986 fälligen Tilgungszahlungen vorgeschlagen. Die Empfehlung wurde vom Steuerungsausschuß des aus 450 internationalen Banken bestehenden Konsortiums unter Leitung der Chase Manhattan Bank gemacht, heißt es. Venezuela hat im Ausland Schulden im Wert von insgesamt 35 Mrd. Dollar (rund 84 Mrd. DM). Die Vereinbarung über das neue Moratorium sieht vor, daß die 1985 und 1986 fälligen Tilgungen vier bzw. fünf Jahre später geleistet werden.

Kaffeekonsum gestiegen

Hamburg (dpa/VWD) – Nach einem Rückgang um fünf Prozent im Jahre 1984 hat der Kaffeeverbrauch in der Bundesrepublik im letzten Jahr wieder um etwa vier Prozent zugenommen. Dies geht aus einem Bericht der Kaffeehandelsgesellschaft Bernhard Rothfos, Hamburg, hervor. Der Anteil des gemahlenen Kaffees ging nach den vorläufigen Daten des Berichts von 65 auf 64 Prozent zurück. Der Marktanteil der Packer (Jacobs, Hag/Onko, Melitta, Dallmayer etc.) schrumpfte um 0,9 auf 33,6 Prozent, während die Versender und Filialisten (Tchibo, Aldi, Eduscho etc.) ihren Anteil entsprechend auf 66,4 Prozent steigern konnten.

Londoner Kassapreise

	14.2.86	7.2.86
Kupfer(£/t)	986,5	994,5
Blei(£/t)	257,5	258,5
Zink(£/t)	422,5	440,5
Zinn(£/t)	-	-
Gold($/Unze)	331,5	336,5
Silber(p/Unze)	408,05	418,5
Kakao[1](£/t)	1633,5	1674,5
Kaffee[2](£/t)	2260	2502,5
Zucker(£/t)	146,5	141,5
Kautschuk(p/kg)	62,75	61
Wolle(p/kg)	428	428
Baumwolle[3](cts/lb)	55,15	54,8

[1])Abladung Mai; [2])Abladung März; [3])A-Index-Preis Liverpool

HOESCH

Modernste Anlage für Fleinbleche

hy. **Dortmund**

Der Dortmunder Stahlkonzern Hoesch hat mit der offiziellen Einweihung der Conti-Glühe zur Bearbeitung von Feinblechen den größten Teil seines Investitions- und Rationalisierungsprogramms abgeschlossen. Die mit einem Aufwand von 310 Mill. DM errichtete Anlage ist die modernste und größte der Welt. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm meinte bei der Einweihung, der Stahlkonzern habe in der schwierigsten Zeit bewiesen, daß Krise nicht nur eine Bedrohung sei, sondern auch eine Herausforderung, die man bewältigen könne. Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen nannte die Anlage ein Symbol dafür, daß die Ruhr als Industriestandorte wieder Zukunft habe, und Hoesch-Chef Carsten Rohwedder ergänzte: „Beim Stahl sind wir jetzt das Nonplusultra". Damit werde auch ein Kontrapunkt zu der rasanten technischen Entwicklung im Süden der Bundesrepublik gesetzt.

Die Dortmunder Conti-Glühe mit einer Monatsleistung von 67 000 Tonnen dient dazu, Feinbleche am laufenden Band so zu härten und zu glätten, daß die industriellen Kunden sie ohne Zusatzarbeiten oder Ausschuß verwenden können. Gebaut wurde sie in 27 Monaten von der Mannesmann-Demag-Sack. Das Know-how stammt von Nippon Kokan. Hoesch ist einer der großen Lieferanten für die Autoindustrie – allein Mercedes nimmt 20 Prozent der benötigten Bleche aus Dortmund ab, aber auch VW ist Großabnehmer ebenso wie Miele und Siemens.

IM BLICKPUNKT / Konzernchef Hans Gerling hat den Tiefpunkt nach der Herstatt-Pleite endgültig überwunden

Ein König, der keinen ebenbürtigen Partner duldet

Als die Pressestelle des Gerling-Konzerns am 30. Januar 1986 in einem einzigen langen, verschlungenen und auslegungsfähigen Satz den Rückkauf der Mehrheit am Kölner Versicherungskonzern bekanntgab, gehörte sie de jure bereits einen Monat lang dem Chef des größten deutschen Versicherungskonzerns in Familienbesitz. Was am Deal zwischen dem Aussteiger Friedrich Karl Flick (59) und Hans Gerling (70) überraschte, war nicht die Tatsache selbst, sondern die Schnelligkeit, mit der der Handel über die Bühne gegangen war. Seit sich Flick endgültig aus allen industriellen Betätigungen zurückgezogen hatte, waren kaum zwei Monate vergangen.

Jetzt ist Gerling wieder Herr im eigenen Haus. Zusammen mit seinem 49-Prozent-Anteil an 140 Mill. DM Grundkapital der Holding Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (GKB) verfügt er jetzt über 89 Prozent. Die übrigen elf Prozent werden über die Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie (VHDI) immer noch von einem Dutzend mittelständischer Unternehmen gehalten. Da es sich bei ihnen überwiegend um befreundete Industrielle handelt, die ihm auch in schlechten Zeiten, als der Versicherungs-Konzern im Zuge der Herstatt-Pleite vom Niedergang bedroht war, zur Seite gestanden hatten, kann Gerling mit dieser Minderheitsbeteiligung leben. Schließlich ist auch sie an das Vorkaufsrecht des Kölner Versicherungs-Königs gebunden.

Der Kaufpreis bleibt einstweilen ebenso im Dunkeln wie dessen Finanzierung. Freilich: Schätzungen in der Größenordnung 380 bis 400 Mill. DM dürften nicht weit von der Wirklichkeit entfernt sein. Und schon Flicks steuerliche Interessen dürften dahin gehen, den Verkaufspreis über eine Reihe von Jahren zu „strecken". Ein Kreditbedarf besteht bei Gerling ebensowenig wie die Notwendigkeit, sich von Beteiligungen zu trennen.

Gerüchte um den Verkauf von 54 Prozent der Münchener Frankona-Rückversicherungs-AG haben nur deren Kurse in die Höhe getrieben. Vom Ergebnis her steht die Frankona so gut da, jedenfalls besser als die Branche und Gerlings Namensträgerin, Globale Rück, daß ein Verkauf keinen Sinn macht.

Trotz einiger schlechter Jahre im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung, namentlich im US-Haftpflichtgeschäft, der Kredit- und Rückversicherung, hat Gerling seine Mittel für den „Tag X" gut gepolstert, auch mit zurückgeflossenen Herstatt-Abwicklungsgewinnen. Es würde auch dem Selbstverständnis Gerlings entschieden zuwiderlaufen, einen Versicherungs-Partner ins Geschäft zu nehmen. Und einen Versicherungsfremden schon gar nicht.

Aber das braucht er auch gar nicht. Schließlich besteht das Gerling-Imperium, 1904 von seinem Vater als „Büro für Versicherungswesen" gegründet, heute aus elf Aktiengesellschaften, deren Prämieneinnahmen sich im Sach-/HUK-, Rechtsschutz-, Lebens- und Rückversicherungsgeschäft 1985 auf etwa 5,6 Mrd. DM addieren dürften. Gemeinsam mit der im Konzernbereich weitverzweigten Organisation im Ausland, mit mehreren Erst- und Rückversicherungen dürfte sich weltweit ein Gesamtprämienaufkommen von 6,5 bis 6,8 Mrd. DM entwickelt haben. *Dabei ist die Gruppe Hans* Gerling (privat), also der Besitz außerhalb des Gerling-Konzerns, noch nicht berücksichtigt.

Hans Gerling
FOTO: JUPP DARCHINGER

Hans Gerling, der im Gegensatz zu Friedrich Karl Flick nicht nur geerbt, sondern auch neu geschaffen hat und im Industriegeschäft mit Innovationen in Produkt, Vertrieb und Prämienpolitik manches Mal zum Ärger der Konkurrenten den Wettbewerb angeheizt hat, wandte sich in den letzten Jahren zielstrebig dem Privatkunden zu.

Im Geschäftsleben lag ihm nichts an echten Partnern. Sein beherrschendes Wesen duldete keinen Ebenbürtigen. Das mußten auch seine Brüder spüren. Sowohl Robert (1969) als auch Walter Gerling (1965) wurden aus den Schaltstellen der Konzernführung hinausgedrängt und finanziell abgefunden. Hans Gerling hatte als einziges Familienmitglied die Kontrolle über den damals schon weitverzweigten Konzern.

Ganz zurückgezogen hat sich Gerling eigentlich nie aus der Konzernverantwortung. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender war er in den Spartengesellschaften allgegenwärtig, und 1978, wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank, trat er – nicht zuletzt auf Drängen seiner leitenden Mitarbeiter – wieder an die Spitze des Konzern-Managements als Vorstandsvorsitzender der GKB. Das hat den Eindruck entstehen lassen, ohne Gerling laufe nichts, könne nichts laufen.

Das war kurz nachdem sich Gerling, der sich schon 1976 dem Teilerwerb durch die schweizerische Zürich-Versicherung widersetzt hatte, auch vehement gegen den Kauf des Zürich-Anteils durch Flick gestemmt hatte. Seine Anfechtungsklage wurde jedoch abgewiesen. Es blieb damals bei der Flick-Mehrheit in der Industriellen-Holding (VHDI).

So stark er dem Geschäft verbunden blieb, sein *Dienstvertrag wurde später sogar mit Zustimmung Flicks* um drei Jahre bis Mitte 1987 verlängert, so hält er sich in der Öffentlichkeit zurück. Kaum jemand bekommt ihn zu Gesicht. Gerling ist reserviert bis menschenscheu. Dies verstärkte sich noch, als ihm der Bankier Iwan D. Herstatt und seine Mitarbeiter 1974 mit Devisen-Spekulationsverlusten in Milliardenhöhe seine wohl größte persönliche Enttäuschung bereitet hatten. Einsicht in eigenes Fehlverhalten, schließlich war er Mehrheitsaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der Herstatt Bank, war seine Stärke ganz und gar nicht. Übrigens hat er nie, weder juristisch noch moralisch, eine Mitschuld an der Bankpleite noch eine Mitverantwortung bekannt oder zu erkennen gegeben.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit zahlte er grollend und zaudernd. Das Zaudern freilich hat sich ausgezahlt. Die überwältigende Zustimmung zum Herstatt-Vergleich bewahrte ihn vor unübersehbaren Prozeßrisiken. Mit 210 Mill. DM aus dem Verkauf der Hälfte seines Imperiums mußte er Tausende von Gläubigern befriedigen. Die Abwicklung der Bank läuft heute noch. Vor einem Gericht erschien er nie.

Ein Hauch elitären Gehabes hielt die Zahl echter Freunde klein. Der promovierte Nationalökonom wäre gern Architekt geworden. Zwar kann man über die Ästhetik der kalten und sterilen Monumentalbauten rund um den Kölner Gereonshof streiten, an unternehmerischer Macht jedenfalls hat der 70jährige nach Jahren drohenden Abbruchs wieder angebaut. *Atemberaubend das Filigran* von einander überlagernden Beteiligungen im Konzern, von dem Experten behaupten, er sei bei der knappen Kapitalausstattung und dem Führungsstil Gerlings nicht oder nicht so zu regieren.

Langfristig hat sich das geduldige Warten Hans Gerlings als erfolgreich erwiesen. Wer noch vor Jahren damit gerechnet hat, Gerling würde auf dem Weg zur Alleinmacht aufgeben, hat sich gründlich getäuscht. Wenn niemand anders, so hat er selbst an seine Rückkehr zur Konzernspitze geglaubt. Er hätte auch noch länger gewartet, wenn ihm nicht jetzt der Zufall zu Hilfe gekommen wäre.

Und die Zeit nach ihm? Sohn Rolf Gerling (31) ist neben drei Schwestern nicht der Alleinerbe. Wie sein Vater war er schon früh in leitenden Funktionen und wird sorgfältig auf seine Nachfolge vorbereitet. Er wird auch nicht öffentlich „vorgeführt". Der Jung-Manager lic. oec. Rolf Gerling lebt im schweizerischen Zollikon, ist Vorstandsmitglied der seinem Vater privat gehörenden Versicherungsunternehmen und der Gerling Globale Rückversicherungs-Gruppe in Zug/Schweiz und sitzt im Aufsichtsrat der eben erst von seinem Vater zurückerworbenen Gerling-Konzern Holding (GKB).

HARALD POSN.

MEXIKO / Ölpreisverfall wirkt sich dramatisch aus

Keine US-Hilfen vorgesehen

sbt./cd. **Washington/Frankfurt**

Die am Samstag von der staatlichen mexikanischen Ölgesellschaft Pemex bekanntgegebene Senkung des Ölpreises auf nur 15 Dollar ist nach Einschätzung in Bankkreisen Ausdruck der dramatischen Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation des vom Ölpreisverfall besonders hart getroffenen mittelamerikanischen Großschuldners. Mexiko versuche nun, mit einer Niedrigpreispolitik mit aller Gewalt den Ölabsatz und damit die Exporteinnahmen zu steigern, heißt es. Die prekäre Lage des Landes war bereits vor einer Woche Thema besorgter Diskussionen der Notenbankchefs beim Baseler Treffen in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), nachdem die mexikanische Regierung einen Kreditbedarf von 8,7 Mrd. Dollar angemeldet hatte.

Ein zwiespältiges und überwiegend enttäuschendes Echo fanden in Bankkreisen Äußerungen aus dem amerikanischen Schatzamt, wonach Washington nicht daran denkt, ein Hilfspaket für Mexiko im Eiltempo zu schnüren, und daß die Lage als nicht so kritisch empfunden wird wie im Herbst 1982, als dem Land einschließlich Krediten anderer Länder und multilateraler Institutionen zehn Mrd. Dollar zur Verfügung gestellt wurden. Wie es heißt, hat Mexiko, dessen Währungsreserven auf fünf Mrd. Dollar veranschlagt werden, auch noch nicht um Hilfe nachgesucht. Es bestehe kein Grund über spezielle Maßnahmen nachzudenken. Überdies will die Administration sicherstellen, daß Mexiko erst einmal eigene Anstrengungen zu Bewältigungen der neuen Situation unternimmt. Vor zusätzlichen Finanzspritzen müsse vor allem die Kapitalflucht gestoppt werden.

Nach Angaben des US-Finanzministeriums sind die Möglichkeiten einer Unterstützung heute beschränkter als 1982, weil einmal Amerikas Ölbedarf gesunken ist und zum anderen das Haushaltsausgleichgesetz eine Aufstockung der Auslandshilfe verbietet. Als Ausweg werden jedoch befristete Überbrückungsdarlehen genannt. Von Mexiko wird erwartet, daß es die Staatsindustrie auf festere Beine stellt, den Haushalt saniert, die Hemmnisse für die Agrarerzeugung und ausländische Investitionen beseitigt und mehr exportiert. 1985 verringerte sich Mexikos Ausfuhrüberschuß um 36 Prozent auf 7,8 Mrd. Dollar. Die Importe stiegen um 19 Prozent auf 14 Mrd. Dollar, die Exporte sanken um neun Prozent auf 21,8 Mrd. Dollar.

Die Äußerungen aus dem US-Schatzamt werden in deutschen Bankkreisen als Teil einer Strategie Washingtons gewertet, die drängenden mexikanischen Probleme im Rahmen des Baker-Plans unter Einschaltung der multinationalen Institutionen und vor allem der internationalen privaten Banken zu lösen. Dabei hätten die US-Banken unter Führung der ohnehin schon gebeutelten Bank of America die größten Belastungen zu tragen.

RENTENMARKT / Tendenz hat sich deutlich gebessert

Anfragen aus dem Ausland

Am Rentenmarkt hat sich die Tendenz im Verlauf der Woche deutlich gebessert. Größere Nachfrage lag für die öffentlichen Anleihen, speziell vom Ausland her, vor. Hier haben möglicherweise Währungsüberlegungen eine Rolle gespielt. Die Renditen konnten allerdings nicht wesentlich zurückgenommen werden, im Durchschnitt etwa um 0,05 Prozentpunkte. Auch für die nächste Woche wird mit einem weiteren Rückgang des Zinsniveaus gerechnet. Die von der Deutschen Bank aufgelegte 6,25-Prozent-Optionsanleihe über 710 Mill. DM (Laufzeit zehn Jahre, 120 Prozent Ausgabekurs) war bereits am ersten Tag stark überzeichnet. (Py.)

Emissionen	14.2. 86	7.2. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,73	5,78	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,13	6,18	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,79	5,85	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,16	6,25	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öffl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,90	5,92	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,50	5,51	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,58	6,63	6,73	7,14	7,39
Inländische Emittenten insgesamt	5,89	5,91	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,67	6,68	6,82	7,20	8,08

NAMEN

Dr. Martin Egger, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, ist am 13. Februar mit 56 Jahren gestorben.

Dr. **Friedrich Watermann**, langjähriger Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, scheidet nach 34jähriger Tätigkeit aus dem aktiven Berufsleben aus.

Senator E. h. Prof. Dr. **Kurt Herberts**, der Pionier auf dem Gebiet der modernen Lack-Fertigungstechnik, begeht heute seinen 85. Geburtstag.

Dr. **Siegward Henning** ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der HML-Bank Hallbaum, Maier & Co. AG – Landkreditbank –, Hannover, bestellt worden.

Dieter Reihlen, früher Hauptabteilungsleiter im Finanzressort der Ford Werke AG, Köln, hat die Leitung des Bereichs Finanzen, Einkauf und Materialwirtschaft der ABS Pumpen AG, Lohmar, übernommen. Mit der Leitung des Gesamtvertriebs wurde **Werner Klimmek** beauftragt. Vertriebsleiter Dr. **Wolf Brecht** ist künftig für Marketing verantwortlich.

Bernd Eberding, früherer Geschäftsführer und zugleich stellvertretender Direktor der Kreissparkasse Hannover wurde als Vorstandsvorsitzender zur Sparkasse der Stadt Wilhelmshaven berufen. Als sein Nachfolger übernimmt **Friedel Hesse** die Geschäftsführung der Gesellschaft.

Ludwig von Bogdandy (56), Vorstandsmitglied der Klöckner-Werke AG, Duisburg, und Professor an der Technischen Universität Berlin, wurde zum Leiter des Bereichs Hütte und Technologie der österreichischen Voest ernannt.

O. E. Förster, von 1962 bis 1980 Geschäftsführer der Cassella-Tochter Curta & Co. GmbH, Frankfurt, aus der die heutige Jade Cosmetic GmbH hervorging, vollendet am 18. Februar sein 70. Lebensjahr.

Nino: Das Ergebnis verschlechtert sich

dos, **Nordhorn**

Mit einem im Vergleich zum Vorjahr (7,5 Mill. DM) niedrigerem Ergebnis rechnet die Nino AG, Nordhorn, im Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.). Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, wirken sich die differenziertere Artikelstruktur, die Dollarschwäche sowie die Abschwächung an den Rohstoffmärkten für Wolle und Baumwolle belastend auf die Ertragslage aus. Ob dies Konsequenzen für die Dividende (1984/85: 6 DM) haben wird, läßt der Vorstand offen.

Seit dem Herbst 1985 sei die Nachfrage wieder kräftig gestiegen. Der Umsatz lag im Dezember mit 377 Mill. DM auf dem Niveau von 1984/85. Die Exportquote liege bei unverändert 50 Prozent. In den ersten neun Monaten sei der Auftragseingang um 14 Prozent gestiegen. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich um vier Prozent auf 3974.

Schmalbach zahlt wieder 7,50 DM

dos, **Braunschweig**

Bei der Schmalbach-Lubeca AG, Braunschweig, führender Hersteller von Verpackungsmitteln, hat die Trennung von den Produktionsbereichen Papier und Pappe und das stärkere Engagement im Kunststoffbereich 1985 zu erheblichen Umschichtungen in der Umsatzstruktur geführt. Vor allem deshalb, so der Vorstand in einem ersten Überblick zum Geschäftsverlauf, sei der Umsatz nur um 0,5 Prozent auf 1,55 Mrd. DM gestiegen. Die Neuordnung werde sich aber 1986 positiv auswirken.

Zufrieden ist das Unternehmen mit der Ertragsentwicklung. Das Jahresergebnis (1984: 32,5 Mill. DM) habe leicht verbessert werden können, so daß die Vorjahresdividende von 7,50 DM wieder ausgeschüttet und die Rücklagen gestärkt würden. Kräftig gestiegen (um acht Prozent auf 50 Mill. DM) sind die Investitionen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Gandersheim: Hans Günter Brodtmann, Kreiensen; **Bad Iburg:** R. T. B. Runderneuerungs-KG, Bad Rothenfelde; **Berlin-Charlottenburg:** Maitre Gastronomie GmbH; **Essen:** Kiekenbeck GmbH i. L.; **Flensburg:** Christian Jensen & Co. KG; Hagen: Josef Wietfeld, Zahnarzt, Schwerte-Holzen; **Hamburg:** Lebensmittel Otto Burmester GmbH; Hermann Soost oHG; **Nürnberg:** GEBA Straßenbau GmbH; Nachl. d. Karl Schenk; **Osnabrück:** Twiehaus-Bau GmbH; **Schwäbisch Hall:** Münz & Co. Zimmerei u. Bautenschutz GmbH, Bretzfeld-Geddelsbach; **Siegburg:** Edmeier Sanitär – GmbH, Niederkassel-Mondorf; **Villingen-Schwenningen:** Hannelore Schuh, Königsfeld; Briegel Wohnbau GmbH & Co. KG, Villingen; Adalbert Briegel GmbH & Co. KG, Villingen; Briegel Beteiligungsges. mbH, Villingen; **Wuppertal:** D. (auch Dieter) Koch Vertriebsbüro GmbH (auch Vertriebs GmbH), Haan/Rhld.; Reinhard Koch.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Reutlingen: Manfred Göhner, Kaufmann; **Siegburg:** Robert Steimel sen., Lohmar.

BAYERNWERK / Hohe Investitionen in Umweltschutz

Strompreise bleiben stabil

DANKWARD SEITZ, München

Die Kunden der Bayerwerk AG, München, brauchen auch für 1986 keine Erhöhung der Strompreise zu befürchten. Und wenn die bayerischen Kernkraftwerke weiterhin so gut laufen, kann insgesamt bis zum Ende der 80er Jahre nach Ansicht des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Jochen Holzer mit einem „besonders stabilen" Preisniveau gerechnet werden. Nachdem in anderen Bundesländern bereits Erhöhungen angekündigt worden sind, könnte Bayern schon bald der billigste Stromanbieter in der Bundesrepublik werden.

Im vergangenen Jahr erbrachte das Kernkraftwerk Isar 1 (910 MW) nach Angaben von Holzer eine um beinahe 1 Mrd. kWh höhere Stromerzeugung als 1984 und das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld (1300 MW) mit 10,26 Mrd. kWh seine bislang höchste Leistung. Dabei seien die unterstellten 6500 Ausnutzungsstunden im praktischen Betrieb um 1000 bis 1500 Stunden übertroffen worden. Den daraus resultierenden Kostenvorteil für das Bayernwerk, bezogen auf seinen Anteil an der Kernenergie-Stromerzeugung in Bayern, bezifferte Holzer auf knapp 1 Mrd. DM, der den Verbrauchern durch seit dem Frühjahr 1983 stabile Strompreise zugute gekommen sei.

Die allgemein gute Konjunkturentwicklung und die Kältewelle Anfang 1985 führten nach Angaben von Holzer wiederum zu einem überdurchschnittlichen Zuwachs des Stromverbrauchs in Bayern von rund 4,3 (bundesweit: etwa 3,4) Prozent. Im Konzernbereich des Bayernwerkes führte dies zu einem Absatzzuwachs von 10 Prozent auf rund 38 Mrd. kWh. Über die Ertragsentwicklung wollte sich Holzer noch nicht äußern, deutete aber an, daß die Dividende wohl auf 10 (9) Prozent angehoben wird.

Der hervorragende Betriebsverlauf der Kernkraftwerke wird es dem Bayernwerk auch ermöglichen, die hohen Investitionsaufwendungen in den nächsten Jahren ohne Mühe zu verkraften. Rund 4,5 Mrd. DM sollen von 1986 bis 1990 im Erzeugungs- und Verteilungsbereich investiert werden. Allein rund 1 Mrd. DM wird der Konzern davon für Umweltschutzmaßnahmen einsetzen. Die Fertigstellung des Kernkraftwerks Isar 2 erfordert noch etwa 1,2 Mrd. DM, bis es 1988 in Betrieb gehen kann.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / Thomson ordnet die deutschen Interessen neu

Verlustphase nicht vor 1987 beendet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Deutsche AG für Unterhaltungselektronik (Dagfu), Holding der zur französischen Thomson-Gruppe gehörenden Firmen Dual, Nordmende, Saba und Telefunken, erhält eine neue Organisationsstruktur. Vorgesehen ist nach den Worten von Manfred Schmidt, Vorsitzender der Telefunken-Geschäftsführung, eine zentrales Management, das Mitte dieses Jahres in Hannover seinen Sitz nehmen wird. Parallel dazu wird der Export der Dagfu in Hannover angesiedelt. Davon ausgeklammert bleiben die eigenständigen Vertriebsregionen Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland.

Im Rahmen der Neuordnung werden bei der Dagfu drei Generalbevollmächtigte installiert. Neben Schmidt (Zentrales Marketing) sind dies Dieter Kunkel (Export) und George Golan, der in der Thomson-Zentrale in Paris für den Industriebereich (Produktion) verantwortlich zeichnet. Schmidt weist darauf hin, daß nicht daran gedacht ist, an den jetzigen Produktionsstandorten der vier Firmen etwas zu ändern, wenngleich diese Aussage nicht für alle Zeiten gelten könne.

Marken-Image bleibt

Die Zentralisierung des Managements sei vor allem unter dem Gesichtspunkt der „Verbund-Strategie" beschlossen worden, bedeute aber nicht etwa eine Gleichschaltung der Produktmarken. Vielmehr gehe es darum, das zweifellos vorhandene Rationalisierungspotential zu nutzen. Schmidt nannte unter anderem die Bereiche Logistik und Ersatzteillieferung. Dort gebe es beträchtlichen Koordinierungsbedarf, ebenso wie bei verschiedenen innerbetrieblichen Funktionen.

Das Markenimage der vier Firmen dagegen werde, so Schmidt, „nicht angekratzt". In dieser Beziehung würden Telefunken, Nordmende, Saba und Dual auch künftig völlig selbständig operieren und die Identität der Marken definieren. Von Hannover aus werde kein Einfluß auf das Marketing genommen. Dafür sei das vor Ort bleibende Management weiterhin verantwortlich.

Schmidt geht davon aus, daß die Erfolge der Umstrukturierung bereits 1987 sichtbar werden. Zahlen zum Verlauf des Geschäftsjahres 1985 wollte der Telefunken-Chef zwar nicht nennen. Es sei aber kein Geheimnis, daß die Dagfu deutlich schlechter abschloß als 1984 und insgesamt kräftig rote Zahlen schrieb.

Telefunken selbst allerdings konnte sich diesem Trend, begünstigt durch wirksam gewordene Einmal-Ergebnisse, entziehen. Dies dürfte auch für den Umsatz gelten. Nach Schmidts Worten sei gegenüber dem Vorjahr (1,06 Mrd. DM) ein leichtes Plus erzielt worden. Ohne Antwort blieben Fragen zur Entwicklung der Dagfu insgesamt. Für 1984 hatten die deutschen Thomson-Töchter mit rund 7800 Beschäftigten einen Umsatz von 2,86 Mrd. DM und einen Verlust von 3,28 Mill. DM ausgewiesen.

Im laufenden Jahr werde die Dagfu noch einmal deutliche Verluste hinnehmen müssen. Damit jedoch, so Schmidt, werde dann die Verlustphase abgeschlossen. Für 1987 sei mit einem zumindest ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen. Als völlig unzureichend bezeichneten Schmidt und Vertriebschef Wilhelm Kahle das derzeitige Preisniveau in der Branche. Doch ob die als notwendig erachtete Preiserhöhung von drei bis fünf Prozent sich in diesem Jahr realisieren lasse, sei angesichts der bisherigen Erfahrungen eher zu bezweifeln.

Mit Spannung wartet Telefunken auf den 14. April, wenn der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe über das vom Bundeskartellamt untersagte Telefunken-Partnersystem entscheidet. Nachdem das Berliner Kammergericht sich im November 1984 den Argumenten des Kartellamtes angeschlossen hatte, war das Unternehmen beim BGH vorstellig geworden. Schmidt äußerte sich zwar zuversichtlich, daß der BGH das praktizierte Vertriebssystem als rechtens erklärt, zumal wichtige Grundsatzveröffentlichungen in diese Richtung wiesen und das Hamburger Landgericht eine ähnliche Klage zugunsten Telefunkens entschieden habe.

Neue Verträge

Dennoch sei das Unternehmen darauf vorbereitet, daß der BGH die Untersagungsverfügung aufrecht erhält. Schmidt: „Entweder wir gewinen, oder wir verlieren mit einem ‚Aber'." Der BGH könnte darauf verweisen, daß das Telefunken-spezifische System nicht Agentur-typisch sei.

Für diesen Fall will Telefunken die anstößigen Meßkriterien sammeln und etwaige Mängel abstellen. Das Problem bestehe darin, daß erfahrungsgemäß die schriftliche Urteilsbegründung des BGH erst vier Monate nach der Urteilsentscheidung zugestellt werde. Deshalb seien jetzt schon den 6700 „Telefunken-Partnern" neue Verträge zugeschickt worden, die die Umwandlung des bisherigen Agentursystems in ein Vermittlungssystem beinhalten.

Ähnlich wie Reisebüros würden die Händler nur noch als Vermittler zwischen dem Kunden und Telefunken auftreten und dafür eine Provision erhalten. Eine wichtige Funktion habe dabei das bereits weitgehend installierte Btx-System, mit dem solche Geschäfte auf direktem Wege abgewickelt werden können.

MH BAUSPARKASSE / Im Neugeschäft kräftiges Plus

Weiter „hochgesteckte Ziele"

sz. München

Keine Geschäftsausweitung um jeden Preis, vielmehr „Qualität vor Quantität" bei dennoch durchaus „hochgesteckten Zielen". An dieser Prämisse wird die MH Bausparkasse AG, München, nach den Worten von Vorstandsmitglied Gerhard Hörter auch in ihrem Geschäftsjahr 1986 festhalten. Recht respektabel nimmt sich in diesem Zusammenhang aus, was er unter einem „Konsolidierungskurs auf hohem Niveau" versteht: Bei allgemein günstigen Voraussetzungen für die Branche will die MH 1986 ein Neugeschäft von brutto 1,3 (netto 1,2) Mrd. DM einfahren – ein Plus von 15 (20) Prozent. Mieter sollen dabei die Zielgruppe sein.

Ein Expansionstempo, das die MH Bausparkasse auch in ihrem nun sechsten Geschäftsjahr 1985 unvermindert einhalten konnte. Denn während die Branche ihr Netto-Neugeschäft nur um schätzungsweise 6,1 Prozent auf etwa 79,4 Mrd. DM ausweiten konnte, kam der „Branchenneuling" bei 31 200 (25 700) eingelösten Verträgen mit einer Bausparsumme von fast 1,01 Mrd. DM auf eine Zuwachsrate von 13,0 Prozent. Brutto entspricht dies nach Angbaen von Hörter 34 060 Verträgen (plus 17,7 Prozent) mit einer Summe von knapp 1,13 Mrd. DM (plus 10,8 Prozent). Insgesamt verwaltete die MH Ende 1985 etwa 104 200 Bausparverträge (plus 38,2 Prozent) mit 3,52 Mrd. DM (Plus 36,3 Prozent) Bausparsumme.

Den Erfolg seines Instituts führt Hörter zum einen auf die etwa 5000 hauptberuflichen Außendienst-Mitarbeiter der MH-Aktionäre zurück – allesamt Versicherungsgesellschaften. Größter Gesellschafter ist die Magdeburger Versicherungsgruppe mit 50,1 Prozent Anteil am Grundkapital von 10 Mill. DM. Einen anderen Grund sieht er in den relativ kurzen Zuteilungsfristen für normale Bausparverträge, weil der Anteil der Schnellsparer lediglich etwa vier (Branche: 15) Prozent betrage.

Zugeteilt wurden 1985 von der MH 3395 (2177) Verträge über 121,8 (89,2) Mill. DM. „Äußerst positiv" entwikkelte sich, so Hörter, auch der Geldeingang mit plus 36,5 Prozent auf 190,8 Mill. DM. Die Bauspareinlagen nahmen sogar um 45,7 Prozent auf 403,5 Mill. DM zu. Die Bilanzsumme des Instituts erreichte 460 Mill. DM (plus 54,4 Prozent).

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Hans-Hermann Stück: Buchführungstraining, Heyne Verlag, München 1985, 303 S., 9,80 Mark.

Jeder Unternehmer sollte die wichtigsten Buchführungsbegriffe kennen, um nicht von seinem Buchhalter oder Steuerberater abhängig zu sein. Darüber hinaus bedeutet Buchführung aber auch, daß man einen Überblick über die geschäftliche Entwicklung erhält, über die eigene Finanzlage stets informiert ist und künftige Investitionen im voraus kritisch analysieren kann. Mit diesem Buch soll auch der Laie alle notwendigen Buchführungskenntnisse und Zusammenhänge begreifen und zum Schluß in der Lage sein, eine einfache Bilanz selbst zu erstellen.

Arthur D. Little International (Hrsg.): Management der Geschäfte von morgen, Gabler Verlag, Wiesbaden 1986, 164 S., 58 Mark.

Das Spannungsfeld zwischen Management und Technologie prägt mehr und mehr die Zukunft der Unternehmen. Der Prozeß der Erneuerung unternehmerischen Denkens, die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die Anhebung der Innovationsfähigkeit und die Verbesserung des operativen Managements sind einige von vielen Aktionsparameter zur Weiterentwicklung und Bewahrung der führenden Rolle eines Unternehmens im internationalen Wettbewerb. Bei der Umsetzung dieser Schwerpunkte in die alltägliche Praxis soll dieses Buch helfen und gleichzeitig aufzeigen, wie in allen Bereichen des Unternehmens die Weichen auf Zukunft zu stellen sind.

Eichhorn u. a. (Hrsg.): Verwaltungslexikon, Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 1079 S., 89 Mark.

Das Verwaltungslexikon hat sich die Aufgabe gestellt, interdisziplinär über die öffentliche Verwaltung sachkundig zu informieren und eine Brücke zwischen der Verwaltungspraxis und den Verwaltungswissenschaften zu schlagen. In Anbetracht der weitreichenden und veränderlichen Materie werden 6500 Stichwörter vorgestellt, die das Gesamtverständnis der öffentlichen Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland fördern sollen.

Günter Ropohl: Arbeit im Wandel, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1985, 175 S., 68 Mark.

Sowohl die Menge als auch die Art der erforderlichen Arbeit unterliegen einem beschleunigten Wandel. „Arbeitslosigkeit" und „Mikroelektronik" sind populäre Schlagworte, unter denen die Debatte über die Krise der Arbeitsgesellschaft geführt wird. Im ersten Teil des Buches werden die philosophischen, rechtlichen und arbeitswissenschaftlichen Fragen der menschlichen Arbeit erörtert. Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit den arbeitsökonomischen Grundlagen der gegenwärtigen Beschäftigungspolitik und stellt wirtschaftspolitische Strategien gegen die Arbeitslosigkeit zur Diskussion. Der dritte Teil widmet sich den qualitativen Veränderungen in der Arbeitswelt und ihren Auswirkungen auf die Lebenswelt.

Axel Springer Verlag AG, Marketing Anzeigen: Personenverkehr, Berlin 1985, 97 S., 75 Mark.

Die Entwicklung in den einzelnen Sparten des Personenverkehrs verlief unterschiedlich. Der Luftverkehrsmarkt erlebte 1985 ein Rekordjahr. Bahn und Bus haben in einzelnen Sparten Marktanteile verloren. Die Seetouristik profitierte vom guten Verlauf im Kreuzfahrtbereich, nd auch die 1150 deutschen Autovermietungsfirmen berichten von Umsatzsteigerungen. Die vorliegende Schrift analysiert sowohl für den Gesamtmarkt als auch die verschiedenen Teilmärkte Angebot, Nachfrage und Werbeaufwendungen. Ein Exkurs über den Güterverkehr rundet die detaillierte Information ab.

Wochenschlußkurse

New York

	14.2.	7.2.
Adv. Micro Dev.	30,875	29,75
Aetna Life	59	56,875
Alcan Aluminium	31,25	32
Alcoa	44,875	44,5
Allied Signal	49,625	48,5
AMR Corp.	51,5	50
Amax	12,75	12,75
Am. Cyanamid	62,75	62,375
Am. Express	62,125	59,375
Am. Motors	2,75	2,875
Am. Tel. & Telegr.	21,75	21,125
Amoco Corp.	57,625	55,25
Asarco	20,25	20,5
Atlantic Richfield	52,75	52,125
Avon Products	29,375	28,125
Bally	17,875	19
Bk. of America	13,625	12,375
Bethlehem Steel	19,5	18,25
Black & Decker	22,75	21,75
Boeing	49,75	48
Brunswick	53,125	55,375
Burroughs	69,75	69,75
Caterpillar	49,5	47,875
CBS	118,375	114,125
Celanese	184	172
Chase Manhattan	78,75	72,5
Chrysler	52,5	48,75
Citicorp	51,375	47,75
Clorox	48,5	45,5
Coca-Cola	86	85,75
Colgate	34,75	33
Commodore	7,125	6
Commonw. Edison	33	31,5
Comm. Satellite	39,375	37,625
Control Data	22,75	19,75
CPC Int.	56,25	52,75
Curtiss Wright	47,375	47,25
Deere	32,375	31
Delta Airlines	44,625	44,875
Digital Equipm.	157,125	159,625
Dow Chemical	45,5	43,875
Du Pont	72	66,5
Eastern Gas-Fuel	23,625	22,625
Eastman Kodak	52,5	50,625
Exxon	51,75	50,125
Firestone	25	23,75
Fluor	15,5	15,125
Ford	70,25	64,25
Foster Wheeler	13,125	12,75
Fruehauf	27,375	26,5
GAF Corp.	62	55,75
General Dynamics	74,625	71,875
General Electric	74,75	74,25
General Instr.	20,75	20,875
General Motors	79,875	74,875
Gen. T. & E.	50	49,125
Global Nat. Res.	3,25	3,25
Goodrich	39,375	36
Goodyear Tire	34,125	33,125
Grace	53	51
Halliburton	22,5	24,125
Heinz	31,75	31,75
Hewlett Packard	43,125	42,125
Homestake	25,875	24,5
Honeywell	79,375	77,625
IBM	156,5	155,875
Int. Tel. & Tel.	41,875	39,5
Int. Harvester	8,875	9,125
Int. Paper	55,75	53,375
Int. North. Inc.	48,875	41,75
Jim Walter	46	44,75
Litton Industries	79,625	76,375
Lockheed Corp.	50,75	47,25
Loew's Corp.	67,25	62,5
Lone Star	32	32,625
Louisiana Land	24,75	28,25
LTV Corp.	6,75	6
Mc Dermott	14,875	14,875
Mc Donnel Doug.	78,25	76,25
Merck & Co.	144	142,5
Merrill Lynch	39,25	38,75
Mesa Petroleum	2,875	2,375
MGM (Film)	24,875	24,75
Minnesota M.	96,75	94,375
Mobil Oil	28,125	28,375
Monsanto	53,5	49,875
Morgan J.P.	66,5	62,875
Nat. Semiconductor	14,625	14,625
NCR	46,375	45
Newmont	47,5	47,875
PanAm World	8,625	9,125
Pantry Pride	11	9,5
Pfizer	51,5	50
Phibro	49,625	48,875
Philip Morris	99,125	96,625
Philips Petroleum	9,5	10
Pittston	13,125	12,625
Polaroid	64,625	52
Prime Computer	26,875	26
Procter & Gamble	68,375	65,5
RCA	61,875	61,75
Reynolds Ind.	36,25	33,875
Rockwell Int.	38	37
Rorer Group.	33,875	33,5
Schlumberger	38,25	31,75
Sears, Roebuck	42	40,25
Singer	40	48,875
Sperry Corp.	51,375	49,875
Stand. Oil Calif.	35,75	35,125
Storage Techn.	3,5	3,625
Tandy	39,25	39,875
Teledyne	331,25	329
Telex Corp.	65,875	63,25
Tesoro	8,625	8
Texaco	28,75	26,375
Texas Instrum.	174,25	122,625
Tosco	3,125	3
Trans World Corp.	40	38,125
Transamerica	36,75	36,75
Travellers	53,5	49,75
UAL	56,75	55,25
Unocal Corp.	17,75	15,625
Union Carbide	86,75	85
Union Oil of Calif	22,25	22,625
US Gypsum	54,5	56
US Steel	22,625	22
United Technologies	53	51,625
Walt Disney	129,375	118,875
Warner Comm.	39	37,75
Westinghouse El.	47	45,75
Weyerhaeuser	34,625	34,625
Whittaker	20,25	20,25
Woolworth	70,5	65,25
Xerox	67	65,625
Zenith Radio	20,375	18,25
Dow Jones Index	1664,45	1613,47
Stand. & Poors	219,76	214,56

Toronto

	14.2.	7.2.
Abitibi-Price	23	20,5
Alcan Alu.	43,5	44,125
Bk. of Montreal	28,625	30,5
Bk. of Nova Scotia	12,5	12,75
Bell Cda Enterprises	37,875	36,875
Bluesky Oil	2,15	2,45
Bow Valley Ind.	10,625	11,75
Brenda Mines	8	-
Brunswick M & Sm.	13,125	13
Cdn. Imperial Bk.	19,125	20,75
Cdn. Pacific Ltd.	16,5	18
Cominco	10,75	11,625
Cosaka Res.	1,65	1,78
Denison Mines	10,25	10,5
Dome Petroleum	2,23	2,53
Dofasco	27,25	26
Falconbridge Ltd.	21	22,625
Great Lakes Forest	20,75	19,5
Gulf Canada	15,25	20,125
Gulfstream Res.	0,72	0,76
Hiram Walker Res.	27,25	28,5
Hudson Bay Mng. Sp.	7,25	7,625
Husky Oil	8,375	8,75
Imperial Oil -A-	42,25	42,875
Inco	19,25	20,625
Inter City Gas Ltd.	15,5	15,125
Interprov. Pipeline	38,5	37,625
Kerr Addison	17,5	17,5
Lac Minerals	36,875	36
Massey Ferguson	2,76	2,85
Moore Corp.	30	29,125
Noranda Mines	15,125	16
Norcen Energy Res.	13,375	14
Northgate Expl.	4,3	4,4
Northern Telecom.	39	38
Nova An Alberta 'A'	6,25	6,75
Nu West Group	0,36	0,38
Oakwood Petrol	6,125	6,25
Placer Development	23	24,5
Provigo Inc.	17,25	16,875
Ranger Oil	4,15	4,3
Revenue Properties	1,9	1,95
Rio Algom	24,125	24,25
Royal Bk. of Can.	28,75	29,75
Seagram	73,125	67,375
Shell Canada	20	21,375
Sherritt Gordon	6,75	7,5
Stelco -A-	25,125	24,75
TransCdn. PipeLines	18	18,75
Westcoast Transm.	14,75	14,625
Index: TSE 300	2761,30	2798,80

Tokio

	15.2.	8.2.
Alps.	1850	1970
Bank of Tokyo	725	699
Banyu Pharma	726	768
Bridgestone Tire	543	525
Canon	1020	1070
Daikin Kogyo	637	625
Daiwa House	910	869
Daiwa Sec.	846	800
Eisai	1400	1410
Fuji Bank	1560	1540
Fuji Photo	1880	1950
Fuji Radio	2520	2610
Hitachi	745	775
Honda	1090	1170
Ikegai Iron	395	388
Isetan	768	675
Ito Yokado	5700	5080
Japan Air	12900	12870
Japan Met.	358	355
Japan Syn. Rubber	435	446
Kajima	511	487
Kansai Elec.P.	2050	2050
Kao Soap	1090	1070
Kawasaki H	158	159
Kawasaki S	137	137
Kirin Brewery	823	825
Komatsu	465	486
Kubota Iron	342	343
Kyocera	4500	4800
Makita El.	940	938
Marui	1780	1670
Matsushita El. Ind.	1260	1360
Matsushita El. Wks.	875	884
Mitsubishi CP	595	599
Mitsubishi El.	339	344
Mitsubishi Estate	1130	1090
Mitsubishi Heavy I.	370	361
Mitsui Co. Ltd	417	407
Mitsukoshi	670	620
Mitsumi El	1080	1050
Nichicon	-	-
Nihon Cement	369	340
Nikko Sec.	745	680
Nippon El.	1210	1290
Nippon Kokan	129	130
Nippon Oil	871	866
Nippon St.	157	160
Nippon Yusen	303	294
Nissan Motor	550	570
Nomura Sec.	1180	1100
Olympus	991	1050
Penta-Ocean	388	381
Pioneer	1920	1940
Renown	755	740
Ricoh	978	1050
Sankyo	1140	1180
Seiyu Stores	1110	1050
Sekisui Pref.	855	824
Sharp	872	920
Shiseido	1450	1390
Sony	3570	3670
Sumitomo Bank	746	-
Taisei Corp.	350	324
Taisho Marine	567	514
Takeda Chem.	1000	990
Teijin	470	470
Tokyo Elec.	1210	1310
Tokyo Gas	385	300
Tokio Marine	904	860
Tokyo El. Power	2670	2920
Toray Ind.	490	492
Toshiba Elec.	369	385
Toto	956	924
Toyo Kogyo	381	385
Toyota Motor	1230	1250
Yamaichi	743	681
Yamanouchi	3050	3200
Yamaha	686	662
Yamazaki	951	915
Index	1063,70	1055,50

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Übernahme vollzogen

Hamburg (AP) – Nachdem das Kartellamt die Übernahme der HDW-Hamburg Werft und Maschinenbau GmbH durch die Hamburger Blohm + Voss AG zugestimmt hatte, wurde am Freitag der Übernahmevertrag unterzeichnet. Damit wurde HDW-Hamburg, ehemals zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern und zum Land Schleswig-Holstein gehörig, eine hundertprozentige Tochter von Blohm + Voss unter dem neuen Namen „Ross Industrie GmbH". Das Stammkapital des Unternehmens beträgt 30 Mill. DM.

Weiter in Haft

München (VWD) – Der ehemalige Geschäftsführer und Initiator der Ölexplorationsgesellschaften Mega Petrol, Ernst Willner, muß nach einem Beschluß des Landgerichts München I weiter in Haft bleiben. Willners Anwälte wollen gegen diese Entscheidung Beschwerde beim Oberlandesgericht München einlegen. Gleichzeitig kündigten sie an, gegen die Einstellung der Ermittlungen gegen Angehörige der Bayerischen Landesbank und gegen den Kommanditisten Karl Schleicher Beschwerde einzulegen. Nötigenfalls werde ein Klageerzwingungsverfahren betrieben.

Börseneinführung

München (dpa/VWD) – Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG, München, führt heute den Schweizer Pharmawert Hoffmann-La Roche in den ungeregelten Freiverkehr an der Bayerischen Börse in München ein. Es handelt sich um 1/10-Genußscheine.

Renk stärkt Standort

Hannover (dos) – Die zum Gutehoffnungshütte-Konzern gehörende Zahnräderfabrik Renk AG, Augsburg, will den Standort Hannover langfristig sichern. Bei der Grundsteinlegung für ein neues Werk erklärte Vorstandssprecher Franz-Josef Nienheysen, die Investitionen von mindestens 24 Mill. DM seien gut angelegt. Der Umsatz in Hannover sei von ursprünglich 20 Mill. DM auf inzwischen 35 Mill. DM erhöht worden (Gesamtumsatz: 280 Mill. DM). Renk beabsichtige, die Belegschaft von derzeit 250 Mitarbeitern in nächster Zeit aufzustocken.

Wieder am Markt

Hamburg (VWD) – Die Ende 1984 in Konkurs gegangene Maschinenfabrik Bauermeister ist nach der 100prozentigen Übernahme durch die Probat-Werke, Emmerich, und einer Neuinvestition in Norderstedt bei Hamburg wieder zuversichtlich. Der Geschäftsführer der neu gegründeten Gebr. Bauermeister & Co. Verfahrenstechnik GmbH & Co., Paul Gering, rechnet für 1986 mit einem den Vorjahren entsprechenden Umsatz zwischen 25 und 30 Mill. DM. Bauermeister stellt vor allem Kakao- und Ölsaaten-Verarbeitungsmaschinen her. In Norderstedt erwirtschaften 145 Beschäftigte ein positives Betriebsergebnis. Investiert wurden hier 2 Mill. DM.

Getrennte Wege

Kopenhagen (dpa/VWD) – Der führende dänische Spirituosenhersteller, A/S De Danske Spritfabrikker (DDSF), Kopenhagen, hat sich rückwirkend zum Jahreswechsel von der A/S Danisco, Kopenhagen, getrennt. Das Unternehmen teilte mit, es werde seine Waren künftig selbst exportieren. Seit 1934 hatte dies die Danisco erledigt. Die gemeinsame Tochtergesellschaft Danisco De Danske Spritfabrikker Berlin GmbH wird voll von der DDSF übernommen. DDSF setzte 1984 umgerechnet 620 Mill. DM mit Spirituosen um. Danisco hatte einen Umsatz (DDSF-Export plus eigenes Chemiegeschäft) von 590 Mill. DM.

ERGEBNISSE

Hamburg – München	0:0
Nürnberg – Bremen	2:2 (0:1)
Düsseldorf – Leverkusen	2:1 (1:1)
Bochum – K'lautern	3:2 (2:2)
Köln – Gladbach	ausgefallen
Mannheim – Dortmund	ausgefallen
Uerdingen – Frankfurt	ausgefallen
Hannover – Schalke	ausgefallen
Saarbrücken – Stuttgart	ausgefallen

DIE SPIELE

Nürnberg – Bremen 2:2 (0:1)

Nürnberg: Heider – Reuter – Giske, Grahammer (46. Hans-Jürgen Brunner) – Thomas Brunner, Philipkowski, Güttler (68. Klaus), Wagner – Geyer, Andersen, Eckstein. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop, Okudera – Hermann (76. Sidka), Wolter, Otten (83. Ruländer), Meier – Neubarth, Burgsmüller. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen) Tore: 0:1 Wolter (45.), 0:2 Wolter (59.), 1:2 Geyer (76.), 2:2 Eckstein (82.). – **Zuschauer:** 31 000. – **Gelbe Karte:** Eckstein (3). – **Bes. Vorkommnis:** Rote Karte für Pezzey (70.)

Hamburg – München 0:0

Hamburg: Stein – Plessers – Lux, Jakobs, Homp – Rolff, Schröder, Magath, Kroth (73. Balzis) – von Heesen, Gründel. – **München:** Aumann – Augenthaler – Eder, Pflügler – Nachtweih, Matthäus (52. Mathy), Lerby, Willmer – Wohlfarth, Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** Fehlanzeige. – **Zuschauer:** 45 000. – **Gelbe Karten:** Jakobs (4) – Lerby (7), Hoeneß (3)

Bochum – K'lautern 3:2 (2:2)

Bochum: Kleff – Kempe – Woelk, Kree – Kühn, Tenhagen, Oswald (46. Leifeld) Lamek, Wegmann (84. Knappheide) – Fischer, Kuntz. – **Kaiserslautern:** Ehrmann – Geye – Wolf, Dusek – Schupp, Wuttke, Melzer, Brehme, Spielberger – Allofs, Trunk (11. Eilenfeldt). – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 0:1 Allofs (19.), 1:1 Fischer (30.), 2:1 Kühn (38.), 2:2 Wuttke (42.), 3:2 Kuntz (78., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Oswald (3) – Trunk (4/2), Brehme (4/2), Allofs (2), Spielberger.

Düsseldorf – Leverkusen 2:1 (1:1)

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Bunte (79. Del'Haye), Kuczinski – Bockenfeld, Zewe, Weikl, Grabotin, Dusend – Thiele (86. Thomas), Demandt. – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Zechel, Geisdorf – Schreier, Götz (66. Hantzidis), Patzke, Hinterberger (84. Drews), Hielscher – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Dusend (35.), 1:1 Waas (41.), 2:1 Demandt (80.). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** – Hinterberger, Hörster (7). – **Bes. Vorkommnis:** Weikl schoß Foulelfmeter neben das Tor (83.).

VORSCHAU

Dienstag, 18. Februar (20.00 Uhr)

Bochum – Köln (Nachholspiel)

Samstag, 22. Februar (15.30 Uhr)

Bremen – Düsseldorf	(4:1)
M'gladbach – Köln	(4:2)
Stuttgart – Hamburg	(0:2)
Schalke – Saarbrücken	(2:3)
K'lautern – Frankfurt	(1:1)
Dortmund – Bochum	(1:6)
Leverkusen – Mannheim	(0:1)
Hannover – Uerdingen	(3:3)

Die Nachholspiele

Insgesamt 16 ausgefallene Spiele gab es in dieser Saison, acht müssen noch ausgetragen werden. Für den 25. und 26. Februar sind die Begegnungen angesetzt, die am Samstag (23. Spieltag) abgesagt werden mußten. Am 4. März soll das Spiel Bochum – Mannheim (vom 20. Spieltag) nachgeholt werden. Noch keinen Termin gibt es für die Begegnung Kaiserslautern – Mannheim, das am 22. Spieltag nicht stattfinden konnte.

2. Liga

DW. Bonn

Der FC Homburg, der beim 1:1 (0:1) seine Tabellenführung in der zweiten Liga verteidigte, blieb im 14. Spiel hintereinander ohne Niederlage.

DIE ERGEBNISSE

Solingen – Homburg	1:1	(1:0)
Hertha BSC – Bielefeld	1:1	(0:1)
Wattenscheid – Karlsruhe	1:1	(0:0)
Aschaffenburg – Kassel	1:0	(1:0)
Darmstadt – Bayreuth	3:0	(1:0)
Aachen – Oberhausen	5:1	(1:1)
Freiburg – Köln	ausgefallen	
Duisburg – BW Berlin	ausgefallen	
Stuttgart – Braunschweig	ausgefallen	
Osnabrück – TeBe Berlin	ausgefallen	

DIE TABELLE

1. Homburg	24	14	5	5	58:27	33:15
2. Bielefeld	25	13	6	6	43:27	32:18
3. Köln	23	13	4	6	43:31	30:16
4. Aachen	24	10	9	5	38:22	29:19
5. Stuttgart	24	11	7	6	45:36	29:19
6. Karlsruhe	25	11	7	7	42:32	29:21
7. BW Berlin	24	9	9	6	46:31	27:21
8. Darmstadt	24	10	7	7	43:32	27:21
9. Kassel	24	12	3	9	38:34	27:21
10. Wattenscheid	25	11	6	8	39:41	28:22
11. Braunschweig	24	8	8	8	45:40	24:24
12. Aschaffenb.	25	10	3	12	38:43	23:27
13. Solingen	25	8	7	10	34:47	23:27
14. Oberhausen	25	7	8	10	36:42	22:28
15. Osnabrück	23	6	9	8	30:35	21:25
16. Hertha BSC	25	4	12	9	32:44	20:30
17. Bayreuth	24	7	4	13	26:50	18:30
18. Freiburg	23	5	6	12	29:43	16:30
19. TB Berlin	24	5	6	13	34:51	16:32
20. Duisburg	24	3	4	17	19:48	10:38

DIE VORSCHAU

Samstag, 22. Februar (14.30 Uhr): Bayreuth – Duisburg, Kassel – Freiburg. – **Samstag**, (15.30 Uhr): Wattenscheid – Aachen, Köln – Hertha BSC, BW Berlin – Osnabrück, Karlsruhe – Darmstadt, Braunschweig – Oberhausen, **Sonntag**, (14.30 Uhr): Homburg – Stuttgart, TB Berlin – Aschaffenburg, **Sonntag**, (15.30 Uhr): Bielefeld – Solingen.

FUSSBALL / Nur vier Spiele – Wird Rudi Völler operiert? – Kritik an Schiedsrichter Ahlenfelder

Hoeneß: Plädoyer für Bruder Dieter

ULFERT SCHRÖDER, München

Bayern München wollte in Hamburg gewinnen. Nur ein Sieg, so glaubten Mannschaft und Führungsspitze, könne ihre Hoffnung auf den Titel weiter nähren. Doch nun reicht ihnen dazu auch das 0:0. „Hätten wir gewonnen", sagt Manager Uli Hoeneß, „wäre ich jetzt schon sicher gewesen, daß wir den Titel verteidigen." Die WELT sprach mit Hoeneß.

WELT: Geben Sie jetzt etwa den Kampf um die Spitze auf?

Hoeneß: Nein. Jetzt ist die Entscheidung auf den 22. April vertagt. Da spielt die Bundesliga ihre vorletzte Runde und wir treten in Bremen an. Ich wette, daß die Bremer um diese Zeit nicht mehr mit vier Punkten Vorsprung vorne liegen.

WELT: Ob die Bayern dann immer noch zweite sind, könnte mit demselben Recht bezweifelt werden. Gab Ihnen das Spiel in Hamburg Anlaß, so zuversichtlich zu sein?

Hoeneß: Ja. Ganz gewiß. Wir haben meisterlich gespielt. In der letzten Phase des Spiels hatten wir drei glasklare Chancen. Natürlich gebe ich zu: Wer in diesem Spiel das erste Tor geschossen hätte, wäre sicher auch als Sieger vom Platz gegangen.

WELT: Wie sahen Sie den Vergleich der Spielmacher, das Duell Magath gegen Lerby?

Hoeneß: Magath hat sehr gut gespielt. Lerby hatte zum Schluß konditionelle Schwächen. Er litt in den letzten beiden Wochen an einer schweren Darminfektion, hatte vier Kilo abgenommen. Aber einen gültigen Vergleich zwischen zwei solch außergewöhnlichen Spielern kann man sowieso nur auf einwandfreiem Boden anstellen. Und den hatten wir in Hamburg nicht.

WELT: Ihr alter Kollege Willi Schulz geht in seiner Bewertung des Spiels sehr hart mit Lothar Matthäus um, Schulz sagt, Mathäus habe „ein blamables Stück" geliefert. Ist das richtig?

Hoeneß: Es ist eine blanke Frechheit, wenn solche Leute solche Kommentare abgeben. Matthäus erlitt einen Faserriß im Bauch. Und seine Leistung rechtfertigte die unglaublichen Bemerkungen von Schulz nicht im geringsten. Außer der Verletzung gab es für Lattek keinen Grund, Matthäus auszuwechseln.

WELT: Ihr Bruder Dieter, meint Willi Schulz an gleicher Stelle, werde in der Nationalelf – falls Beckenbauer ihn einlade – nicht akzeptiert. Und die Diskussion um seine Kandidatur um einen Platz im Mexiko-Aufgebot sei nach dem Spiel in Hamburg ohnehin beendet. Glauben Sie selber noch an ein spätes Comeback des Dieter Hoeneß?

Hoeneß: Was Schulz über meinen Bruder sagt, liegt auf derselben Ebene wie seine Bemerkungen über Matthäus: unglaublich, frech, Skandal. Ich möchte Schulz fragen, wie oft er Dieter in dieser Saison gesehen hat.

WELT: Was sagen Sie persönlich zu Dieters Leistung?

Hoeneß: Auf einem Boden wie dem in Hamburg ist das schwer oder gar nicht zu beurteilen. Und das möchte ich Willi Schulz auch mitteilen: In Mexiko ist nicht mit hartgefrorenem Rasen zu rechnen.

WELT: Würden Sie, wären Sie Teamchef, Dieter Hoeneß mitnehmen nach Mexiko?

Hoeneß: Wenn Rudi Völler nicht rechtzeitig gesund wird, wenn also kurz vor Mexiko kein Parade-Sturm vorhanden ist, kann ich Franz Bekkenbauer nur raten, den Dieter mitzunehmen.

WELT: Wie würden Sie diesen Rat begründen?

Hoeneß: Dieter ist ungemein kopfballstark und torgefährlich. Außerdem ist er ein fairer Kollege, korrekt, charakterlich einwandfrei. Er kann heute das entscheidende Tor geschossen haben und setzt sich übermorgen ohne Murren auf die Bank.

WELT: Halten Sie diese Gründe für ausreichend, gibt es andere?

Hoeneß: Es gibt noch einen sehr wichtigen: Wenn Rummenigge in der deutschen Mannschaft Mittelstürmer spielt, werden wir in Mexiko kein Spiel gewinnen. Ich meine, Kalle muß auf die Flügel gezwungen werden. Und das kann Klaus Allofs nicht, das kann nur eine starke Persönlichkeit. Rudi Völler oder mein Bruder besitzen diese persönliche Ausstrahlung auf dem Spielfeld.

WELT: Um was ging es in dem erregten Disput, den Ihr Bruder auf dem Weg in die Kabine mit Schiedsrichter Pauly führte?

Hoeneß: Dieter hatte während des Spiels nach einem Foul protestiert. Pauly hatte da zu ihm gesagt: Wenn du dich nicht benimmst, fliegst du vom Platz. Mein Bruder hat ihn dann auf dem Weg in die Kabine gefragt, seit wann sie beide per Du seien.

WELT: Sie haben ihrem Publikum eine Verstärkung versprochen. Der britische Stürmer-Star Hughes soll mit dem FC Barcelona einen Vorvertrag besitzen und zu einem Preis von 17 Millionen Mark dorthin transferiert werden. Aber ist Hughes nicht trotzdem die Mühe einer Nachfrage wert?

Hoeneß: Gewiß. Und diese Mühe haben wir uns auch gemacht. Wir haben mit ihm verhandelt. Ergebnislos. Ich denke, Hughes geht nach Barcelona.



Die Frage: Foul oder Schwalbe?

Das Foto (oben links) ist kein Beweis, aber es nährt Zweifel am Platzverweis, den Schiedsrichter Ahlenfelder gegen Bruno Pezzey aussprach (rechts). Die Szene, die zur zweiten Gelben Karte führte: Pezzey hat Bodenkontakt mit beiden Füßen, Eckstein ist schon imFlug. Und er fliegt so gewandt durch die Luft, daß man annehmen könnte, er wolle sich bei seinem simulierten Sturz nicht allzu wehe tun. Ein Foul oder eine der sogenannten Schwalben, die sich gerade auf dem harten Boden im Winter häufen. Er macht es auch den Schiedsrichtern noch schwerer, die richtige Entscheidung zu treffen und Täuschungsmanöver zu erkennen. Auch das Spiel Bochum – Kaiserslautern wurde auf rutschigem Boden durch einen umstrittenen Elfmeter entschieden. Noch ein Argument für eine Winterpause?

FOTOS: GES/SIMON

Nur sechs Klubs mit 23 Spielen

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	23	16	4	3	63:32	36:10	40:9	21:1	23:23	15:9
2. München	23	14	4	5	50:24	32:14	36:9	20:2	14:15	12:12
3. M'gladbach	22	12	7	3	50:31	31:13	31:13	19:5	19:18	12:8
4. Leverkusen	23	10	7	6	46:33	27:19	30:14	19:5	16:19	8:14
5. Hamburg	23	11	4	8	35:23	26:20	22:6	16:6	13:17	10:14
6. Stuttgart	22	9	5	8	40:34	23:21	24:10	13:9	16:24	10:12
7. Uerdingen	22	9	5	8	33:49	23:21	18:18	14:6	15:31	9:15
8. Mannheim	20	8	5	7	30:25	21:19	23:10	16:6	7:15	5:13
9. Bochum	21	10	1	10	41:35	21:21	28:15	15:5	13:20	6:16
10. Frankfurt	22	5	10	7	24:33	20:24	15:10	15:9	9:23	5:15
11. Schalke	22	7	5	10	34:35	19:25	22:11	14:8	12:24	5:17
12. Dortmund	22	7	5	10	35:45	19:25	27:17	15:9	8:28	4:16
13. Nürnberg	23	7	5	11	34:36	19:27	21:20	11:13	13:16	8:14
14. Köln	21	5	8	8	31:38	18:24	20:14	12:8	11:24	6:16
15. K'lautern	22	6	6	10	28:33	18:26	17:9	14:8	11:24	4:18
16. Düsseldorf	23	6	4	13	32:50	16:30	22:17	14:10	10:33	2:20
17. Saarbrücken	22	4	7	11	28:43	15:29	19:14	13:7	9:29	2:22
18. Hannover	22	5	4	13	34:69	14:30	16:21	9:11	18:48	5:19

Beckenbauer strich einen Lehrgang

U. S. Bremen

Der Fall Rudi Völler nimmt immer rätselhaftere Formen an. Willi Lemke, Manager von Völlers Klub Werder Bremen, sagt: „Heute werden wir ein Gespräch mit ihm führen, und ich denke, danach sehen wir klarer. Wir haben ihn absichtlich die ganze vergangene Woche lang in Ruhe gelassen. Wir wollen Rudi nicht unter Druck setzen. Er fühlt sich ohnehin bedrückt genug."

National-Mittelstürmer Rudi Völler hatte sich zuletzt bei den Frankfurter Fachleuten Gebel und Ehrich aufgehalten. Danach hatte er etwas von einer „womöglich notwendigen Operation" verlauten lassen. Eine Entscheidung ist allerdings noch nicht gefallen. Gestern sollte ein Fachmann darüber zu Rate gezogen werden. Rudi Völler befand sich aber weder zuhause in Bremen noch bei der Mutter in Hanau oder der Schwiegermutter in Frankfurt.

Bei den Fitmachern Gebel und Ehrich hatte er sich am Freitag vergangener Woche verabschiedet, immer noch Schmerzen in der Leiste und ziemlich niedergeschlagen. Rudi Völler: „Die Schmerzen im Adduktorenbereich verschwinden einfach nicht. Ich weiß im Moment nicht, wie es weiter gehen soll."

*

Das Winterwetter spielt dem Fußball weitere Streiche. Die fünf Spielabsagen vom Wochenende schraubten die Absagen seit Gründung der Bundesliga 1963 auf insgesamt 316. Derweil gehen Spielleiter Hermann Schmaul die Termine für die Nachholspiele aus: „Nur die Europapokal-Spieltage stehen als Ausweichtermine noch zur Verfügung."

Die Absagen zwangen jetzt auch die Nationalmannschaft zu Abstrichen an der Vorbereitung für die Weltmeisterschaft in Mexiko. Teamchef Franz Beckenbauer verzichtete bereits zum zweiten Mal auf einen Lehrgang und strich den geplanten Treff in München (23. bis 25. Februar). Damit soll der 25./26. Februar frei werden für Nachholspiele. Franz Beckenbauer: „Wir wollen einen Beitrag leisten., damit die Bundesliga ihr Programm durchziehen und die Saison wie geplant frühzeitig beenden kann."

Bremer schimpfen: „Ahlenfelder ist untragbar"

BERND WEBER, Nürnberg

Der 21. Platzverweis in dieser Saison, den Schiedsrichter Wolf-Dieter Ahlenfelder beim 2:2 zwischen dem 1. FC Nürnberg und Werder Bremen gegen Bruno Pezzey (Bremen) aussprach, sorgt für Wirbel. Ahlenfelder selbst versuchte, die rote Karte, die er in der 70. Minute zückte, mit Humor zu versehen. „Zweimal Gelb", so sprach er ZDF-Reporter Rolf Töpperwien ins Mikrophon, „gibt es nicht. Beim zweiten Mal geht der Hosenknopf auf und heraus kommt Rot."

Tatsächlich hatte Pezzey bereits in der 3. Minute den Nürnberger Roland Grahammer mit einem Rempler von den Beinen geholt. Grahammer verletzte sich dabei so schwer, daß er in der Halbzeit ausgewechselt werden mußte. Der Bremer Libero meint zu diesem Foul: „Daß ich dafür verwarnt worden bin, geht absolut in Ordnung." In der 58. Minute fällt der Nürnberger Norbert Wagner über das Bein von Pezzey. Der Österreicher zur WELT: „Ich habe ihn überhaupt nicht berührt." Ahlenfelder aber baute sich in theatralisch drohender Geste vor dem Libero auf, sagte aber kein einziges Wort.

Auf der Tribüne wurden von einigen Zuschauern hohe Wetten auf einen Platzverweis Pezzeys abgeschlossen. Und alle die darauf gesetzt hatten, bekamen zwölf Minuten später recht: Der Werder-Abwehrchef versucht den Stürmer Dieter Eckstein zu stoppen. Der Nürnberger fällt, Ahlenfelder zieht sofort die rote Karte. Begründung: Pezzey habe den Fuß ausgestreckt und seinen Gegenspieler absichtlich zum Stolpern gebracht. Der Bremer indes schwört: „Im Moment des angeblichen Fouls hatte ich mit beiden Beinen volle Bodenberührung, also konnte ich gar nicht hakeln."

So fragwürdig Fernseh-Zeitlupenaufnahmen als Beweismaterial auch sein mögen, in diesem Fall scheinen sie dem angeblichen Sünder recht zu geben. Und dieser Ansicht sind offenbar auch die Nürnberger, deren Junioren-Nationalspieler Stefan Reuter im ZDF-Sportstudio eindeutig Stellung bezog: „Der Platzverweis war nicht gerechtfertigt."

Die Kommentare auf Bremer Seite fielen noch weit massiver aus. Trainer Otto Rehhagel schimpfte: „Im Süden haben wir immer nur Pech. In München hat man uns den Rudi Völler abgeräumt, hier Pezzey." Werder-Vizepräsident Klaus-Dieter Fischer kündigte gestern gegenüber der WELT an: „Ich will unseren Vorstand noch heute dazu bewegen, beim DFB vorstellig zu werden, um Ahlenfelder aus dem Verkehr ziehen zu lassen. Dieser Schiedsrichter ist, und ich weiß, daß viele Vereine genauso denken, seit langer Zeit untragbar."

Dazu muß man wissen, daß Ahlenfelder mit Werder seine ganz speziellen Probleme hatte. Nach seinem ersten Bundesligaeinsatz (bei Hertha BSC Berlin) gingen die Bremer auf die Barrikaden, weil sie sich um zwei Elfmeter betrogen fühlten, die der Oberhausener nicht für sie gab. Vor ein paar Jahren gab es im Bremer Weserstadion Aufregung, als Ahlenfelder die erste Halbzeit eines Spiels gegen Hannover 96 bereits nach 30 Minuten abpfiff und den Irrtum erst nach Einspruch seiner Linienrichter korrigierte. Damals erhoben Spieler beider Mannschaften den Vorwurf, Ahlenfelder habe „eine Fahne" gehabt. In dieser Saison hatten die Bremer mit ihm beim 0:3 in Kaiserslautern zu tun. Fischer: „Da hat er unserem Thomas Wolter die gelbe Karte gezeigt, weil der nach einem Foul-Spiel des Gegners angeblich eine Verletzung simuliert hatte." Wolter jedoch mußte mit dickgeschwollenem Knöchel vorzeitig vom Platz und 14 Tage lang pausieren ...

Der Mann, der Becker besiegte: Unterwegs mit einem Paar Schuhe

DETLEF KONZACK, Boca West

„Ich schaff' es nicht!" – „Was ist denn bloß looos?" „Mensch, habe ich Chancen!" Boris Becker schimpfte wie ein Rohrspatz: „Ich bin so schlecht." Immer wieder schaute er fragend seinen Schläger an, blickte hilflos zu seinem Trainer Günther Bosch, der nach einer Verwarnung nicht einmal mehr mit seiner Zeichensprache antworten durfte. Die Sensation beim 4,5-Millionen-Mark-Turnier in Boca West war perfekt: Boris Becker verlor in einem wichtigen Turnier wieder einmal gegen einen weitgehend unbekannten Spieler der Tennisszene. Diesmal war es der Tschechoslowake Milan Srejber. Der mit 2,05 größte aller Profis erreichte nach einer glänzenden Leistung und einem 7:6 (7:4 im Tie-Break), 6:3 das Achtelfinale gegen David Pate (USA).

Obwohl er keineswegs schlecht spielte, war es von Anfang an ein Match, in dem nichts für Becker aber alles für den Gegner lief. Gleich seinen ersten Aufschlag mußte der Wimbledon-Sieger abgeben. Kurz darauf gab es die Verwarnung für Bosch wegen unerlaubten Coachens (Becker: „Ich habe nur auf die Anzeigetafel geschaut"). Dann krasse Fehlentscheidungen eines mindestens 70 Jahre alten Linienrichters und die Überraschung darüber, wie locker und abgeklärt der unbekannte Gegner da aufspielte.

Zwar holte sich Becker den verlorenen Aufschlag mit einem Break zum 3:3 wieder zurück, spielte dann auch gute Volleys, taxierte Srejber immer wieder, konnte ihm aber trotz zweier Satzbälle bei 6:5 den Aufschlag nicht mehr abnehmen. 5247 Zuschauer waren verblüfft, wie ruhig dieser Milan Srejber, dessen Name selbst der Schiedsrichter in mindestens drei verschiedenen Versionen aussprach, da auftrumpfte.

Der an Nummer 76 der Weltrangliste placierte CSSR-Spieler, der in der letzten Woche in Toronto gegen Stefan Edberg im Finale stand, hatte nach dem erfolgreichen Tie-Break den Respekt vor Becker verloren.

„Obwohl mich mein Trainer Günther Bosch gewarnt hatte, hätte ich mir den Srejber nie so stark vorgestellt. Ich wußte von ihm nur, daß er in Toronto im Finale stand, aber sich hier erst für das Hauptfeld qualifizieren mußte. Bosch hat mir von seinem starken Aufschlag erzählt. Jetzt weiß ich: Das ist der schnellste Aufschläger, gegen den ich je gespielt habe. Und Ballgefühl hat er auch noch." Während Bosch nur noch von einer „großen Enttäuschung" sprach („Ein Lendl hätte die kritischen Situationen besser gemeistert"), feierte Srejber einen stillen Triumph.

Anders als Diego Perez, der nach seinem Kitzbüheler Sieg letztes Jahr über Becker von Landsleuten auf den Schultern getragen wurde, oder Michiel Schapers, der nach dem Fünf-Satz-Erfolg über Boris in Melbourne einen Indianertanz aufgeführt hatte, blieb der gelernte Elektroingenieur, der erst vor zweieinhalb Jahren als Hobby-Tennisspieler begann („weil ich ein bißchen Reisen wollte"), auf dem Teppich. Srejber: „Ich hatte ja nichts zu verlieren. Becker ist die Nummer fünf, ich die Nummer 76 in der Rangliste. Die Verhältnisse waren ja eigentlich klar. Aber mein guter Aufschlag war der beste Weg zu gewinnen."

Kaum vorstellbar: Nach den US-Open letzten Jahres in New York, als er bereits in der zweiten Runde der Qualifikation ausschied, ist dies erst Srejbers zweites Turnier auf einem Hartplatz. „Ich glaube, der liegt mir besser als die Sandplätze", meinte er nach seinem größten Sieg. Früher spielte Srejber mal Basketball. „Aber das Spiel gefällt mir nicht mehr. Tennis finde ich besser."

Milan Srejber hat in dem gesamten Turnier bisher noch keinen einzigen Aufschlag abgegeben. Aber das ist nicht seine einzige Stärke. „Ich mache viel Gymnastik, um flexibel zu bleiben, und trainiere täglich fünf Stunden", erklärte er seine für die Größe exzellente Beinarbeit, an der Boris Becker ja noch zu arbeiten hat. Srejber, der sich mangels Geld noch keinen Trainer leisten kann, wurde vor zwei Jahren mal Meister der Tschechei („Das ist ja nur die Hälfte unseres Landes"), ist derzeit zehnter der CSSR-Rangliste und würde „gerne einmal den Ivan Lendl kennenlernen". Seinen berühmten Landsmann kennt er nämlich nur vom Hörensagen: „Aber hier in Boca West werde ich ihn mir mal anschauen."

Als Milan Srejber letzte Woche nach Boca West kam, hatte er noch genau ein Paar Tennisschuhe (Größe 48). Und die waren von den Hartplätzen schon halb zerfetzt. Eine deutsche Firma half aus, gab ihm eine zweite Tennishose und ein paar T-Shirts. So etwas ist er nicht gewohnt. Deshalb machte es ihm auch nichts aus, mit dem vorletzten Modell seiner Kufsteiner Tennis-Schlägerfirma zu spielen. Genau 11 459 Dollar hat er in zweieinhalb Jahren verdient. Für einen Tennis-Profi nicht einmal ein Butterbrot. Hotels kannte er nur von außen: „Wir schliefen oft mit sechs oder gar acht Personen auf einem kleinen Zimmer in einer billigen Pension."

Schon wenige Stunden nach seinem Triumph wurde Srejber vom CSSR-Verband für die Daviscup-Begegnung gegen Indien Anfang März in Kalkutta berufen.

NACHRICHTEN

Held Trainer in Island

Reykjavik (sid/dpa) – Der frühere deutsche Nationalspieler Siegfried Held ist von Islands Fußball-Verband zum Nationaltrainer berufen worden. Der 43jährige, der bis 1983 den Bundesligaklub Schalke 04 trainiert hatte, soll die Isländer zunächst bis zur Europameisterschaft 1988 in Deutschland betreuen.

Danner in der Formel 1

Nürnberg (sid/dpa) – Der Münchner Formel-3000-Europameister Christian Danner (27) soll die Formel-1-Saison 1986 im italienischen Osella-Ford-Team bestreiten. Dies wurde am Samstag zum Meldeschlußtermin des internationalen Motorsport-Verbandes in Mailand bekannt.

Mass brach Schulterblatt

Daytona (sid) – Der Bad Dürkheimer Rennfahrer Jochen Mass erlitt bei einem Unfall im „Race of Champions" im amerikanischen Daytona einen Bruch des rechten Schulterblattes und einen Innenbandriß im linken Knie. An vierter Stelle liegend war Mass mit seinem Chevrolet Camaro bei Tempo 250 aus einer Kurve getragen worden und gegen die Boxenmauer geprallt.

Kankkunen gewann Rallye

Karlstad (sid) – Juha Kankkunen und sein Beifahrer Juha Piironen (beide Finnland) gewannen auf einem Peugeot 205 Turbo die Schweden-Rallye, den zweiten Lauf zur Weltmeisterschaft. Platz zwei belegten ihre Landsleute Markku Alen und Ilkka Kivimäki auf Lancia Delta S4.

Fußball-Junioren verloren

Doha/Katar (dpa) – In ihrem ersten Spiel beim internationalen Fußball-Turnier für Spieler unter 18 Jahren in Katar unterlag die deutsche Auswahl der Mannschaft von Ägypten mit 0:1.

Drei Schwimm-Erfolge

Borlänge (dpa) – Beim schwedischen Schwimm-Festival auf einer 25-Meter-Bahn in Borlänge gab es drei Siege für Teilnehmer des Deutschen Schwimmverbandes. Der Wuppertaler Bernd Hofmeister gewann über 50 Meter Freistil in 22,96 Sekunden, Karin Seick aus Winsen setzte sich über 100 Meter Freistil in 56,21 Sekunden durch, und die 4 x 100-Meter-Lagenstaffel der Damen gewann in 4:18,11 Minuten.

McGuigan behält Titel

Dublin (dpa) – Barry McGuigan, irischer Box-Weltmeister im Federgewicht (Version WBA), verteidigte in Dublin seinen Titel mit einem Abbruch-Sieg in der 14. Runde gegen Danilo Cabrera (Dominikanische Republik) erfolgreich.

Calmat bekämpft Doping

Paris (sid) – Frankreichs Sportminister Alain Calmat hat in Paris eine ständige Doping-Kommission ins Leben gerufen, die in diesem Jahr mit rund 700 000 Mark vom Staat finanziert wird und ein eigenes Untersuchungslabor einrichten soll.

Siege im Frauen-Handball

Düsseldorf (sid) – Zwei Klubs der Handball-Bundesliga der Frauen haben nach den Hinspielen im Europapokal beste Aussichten, das Halbfinale zu erreichen. Pokalfinalist VfL Engelskirchen schlug Italiens Tabellenführer Cassano Magnano mit 31:21, der TV Lützellinden gewann im IHF-Pokal beim CSSR-Vertreter Druzstevnik Topolniki mit 24:23.

Fechttrainer bat um Asyl

Berlin (sid) – Der rumänische Fechttrainer Stefan Hauk hat sich am Freitag beim Sieben-Nationen-Turnier im Damen-Florett in Berlin von seiner Mannschaft abgesetzt und um Asyl gebeten. Dies teilte ein Polizeisprecher mit.

Piontek zu Real Madrid?

Kopenhagen (dpa) – Sepp Piontek, Dänemarks deutscher Fußball-Nationaltrainer, hat nach Angaben einer dänischen Zeitung bestätigt, mit dem spanischen Erstligaklub Real Madrid in Kontakt zu stehen. Piontek hatte erst kürzlich seinen Vertrag mit dem dänischen Verband bis 1988 verlängert.

Langer holt auf

Honolulu (GAB) – Beim Golfturnier von Honolulu (Hawaii) arbeitete sich Bernhard Langer (Anhausen) trotz seiner Schulterverletzung mit 67+74+67=208 Schlägen bei Par 72 auf den 14. Rang vor. Es führt Tom Watson mit 68+69+66=203 vor seinem amerikanischen Kollegen Paul Azinger 70+65+69=204.

Mexiko unterlag „DDR"

San Jose (sid) – Die Fußball-Auswahl der „DDR" besiegte in San Jose (Kalifornien) die Mannschaft des WM-Ausrichters Mexiko mit 2:1. Der Leipziger Zötzsche und der Berliner Sträßer erzielten die Treffer für die „DDR".

Wochenende des Wintersports: WM-Test in Oberstdorf mit Kritik, Schnellauf in Inzell als Olympia-Werbung

● Biathlon scheint immer mehr eine deutsche Disziplin mit Beteiligung der UdSSR zu werden. Auch bei den Junioren. Bei der WM in Falun lagen nur Athleten aus der „DDR" vor der Bundesrepublik.

● Oberstdorf probte die Weltmeisterschaften im Nordischen Skisport von 1987. Das Ergebnis: Nur 20 000 Zuschauer sahen die Wettkämpfe, Langläufer kritisierten die für viele zu schweren Strecken.

● Der sportliche Test von Oberstdorf fiel für die deutschen Athleten mager aus. Über 50 km gab Behle auf, in der Staffel stürzte er. Die Weltmeister in der Nordischen Kombination waren nicht am Start.

● Hein Vermeer (24) sorgte für ein Fest in Orange. 6000 Holländer umjubelten ihren Landsmann in Inzell als Weltmeister der Eisschnelläufer. Er verteidigte seinen Titel vor zwei Sowjetrussen.

● Die Titelkämpfe von Inzell waren beste Werbung für die Region Berchtesgaden, die sich für die Olympischen Winterspiele 1992 bewirbt. IOC-Mitglieder waren begeistert von der Organisation.

Junioren in der Erfolgsspur von Peter Angerer

sid/dpa, Falun

Der deutsche Biathlon-Nachwuchs läuft in der Spur von Olympiasieger Peter Angerer. Die 4 x 7,5-km-Staffel bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Falun (Schweden) endete für die Mannschaft des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) mit Alois Reiter (Siegsdorf), Helmut Tengg (Mittenwald), Jörg Hausberger (Ruhpolding) und Andreas Winkler (Neuastenberg) mit dem Gewinn der Silbermedaille. In der Gesamtzeit von 1:37,29 Stunden war nur die „DDR" (1:36,05) schneller. Nach der Bronzemedaille von Helmut Tengg über 10 km war es der zweite Erfolg für den DSV.

Im Sprint verhinderten nur die „DDR"-Athleten Birg Anders und Frank Laug den Titelgewinn von Helmut Tengg, der einen Fehlschuß verzeichnen mußte. „Mit unseren beiden Medaillen sind wir natürlich sehr zufrieden. Das ist mehr, als wir erwartet haben", kommentierte Biathlon-Referent Peter Bayer die Bilanz von Falun.

Knapp an den Medaillen vorbeigelaufen sind indes die Nordischen Kombinierer des DSV bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Lake Placid. Thomas Donaubauer (Rastbüchl) verpaßte im 10-km-Langlauf als Gesamtvierter um rund 30 Sekunden den Titel, der an Andrej Dundukow (Sowjetunion) ging. Die Silbermedaille gewann der Österreicher Günter Csar.

Befriedigend schnitten auch die deutschen Springer zum Auftakt der Skiflug-Woche in Vikersund (Norwegen) ab. Am besten zurecht kam der Schonacher Rolf Schilli, der mit seinen besten Flügen von 136 und 131 Metern sowie der Note 310,5 auf Rang 17 nur knapp Weltcup-Punkte verfehlte. Die drei übrigen Springer landeten auf den Plätzen 26, 27 und 29 fast gleichauf, wobei die 132 und 129 Meter von Peter Rohwein (Isny) mit 303,0 Punkten unwesentlich besser benotet wurden als die jeweils 133 Meter weiten Sprünge von Lorenz Wegscheider (Hammer/301,0) und Thomas Ihle (Oberstdorf/300,0).

Es siegte mit 360 Punkten (149 und 176 m) der Österreicher Andreas Felder.

Anstiege und Abfahrten steil wie Kirchendächer

WERNER JUNGE, Oberstdorf

Wenn es nach den Funktionären des Internationalen Skiverbandes (FIS) gegangen wäre, sollten die Langlaufstrecken der nordischen Skiweltmeisterschaften von 1987 in Oberstdorf die Loipen der Zukunft sein. Bei der WM-Generalprobe am Wochenende im sonnenüberfluteten Oberallgäu wurden die FIS-Oberen bei den Weltcuprennen der Damen über 20 Kilometer, der Herren über 50 Kilometer und in den Staffelwettbewerben eines Besseren belehrt. Von den Mannschaften hagelte es wegen der viel zu schwer angelegten Spuren Proteste. „Oberstdorf sollte eine Pilotfunktion erfüllen", sagte FIS-Vorstandsmitglied Ludwig Schröder („DDR"), „deshalb sind wir zum Beispiel bei den Höhenunterschieden bis zu 15 Prozent über die zulässigen Werte gegangen." Im Klartext bedeutete dies, daß die Weltelite der Langläufer beim 50-Kilometer-Rennen eine Gesamtsteigung von 1650 Metern überwinden mußte. 1500 Meter sind nach dem augenblicklich gültigen Reglement erlaubt.

Schwedens Skikönig Gunde Svan, der überlegene Sieger des 50-Kilometer-Rennens, meinte: „Die Strecke ist sehr schwer. Die Anstiege sind viel zu steil und die Abfahrten zu gefährlich." Er selbst wurde dann auch am Sonntag vormittag beim Staffelrennen ein Opfer der schweren Strecke. Er stürzte in einer Abfahrt und hatte sofort wertvolle Sekunden verloren, ehe er wieder den Rhythmus fand. Trotzdem gewann Schweden vor Norwegen den Staffelwettbewerb über 4 x 10 Kilomoter. Auch der deutsche Meister Jochen Behle (Willingen) äußerte sich kritisch zur Streckenführung: „Ein rhythmisches Laufen ist nicht möglich. Anstieg und Abfahrt sind einfach zu steil angelegt." Auch er wurde in einer der steilen Abfahrten aus der Kurve getragen und fand sich vier Meter tiefer neben der Strecke im Schnee wieder. Die Schweizerin Evi Kratzer, Fünfte im 20-Kilometer-Rennen der Damen, meinte: „Mit solchen Strecken macht man den Langlauf kaputt."

Der Rennleiter der Langlaufwettbewerbe, der Sportwart des Deutschen Skiverbandes (DSV), Professor Dr. Dietrich Martin, spielte aber alle voreilige Kritik herunter. „Wir haben die Strecken im Sommer mit den Experten der FIS ausgesucht. Da sieht das Gelände halt anders aus als wenn Schnee darauf liegt." Das Ergebnis der verschärften Strecken sah dann so aus: Es gab Anstiege, die so steil wie ein Kirchendach waren, und es folgten Abfahrten mit „Hausbergkante" wie beim Hahnenkammrennen in Kitzbühel.

Der technische Delegierte der FIS für die nordischen Skiweltmeisterschaften, der frühere Weltklasseläufer Odd Martinsen, reagierte auf den Protest der Trainer und Läufer dann auch prompt: „Die Strecken werden in ihrer Führung nicht geändert, wohl aber an drei Stellen im Anstieg im Sinne eines besseren Laufflusses entschärft", erklärte der Norweger, der vor allem auch von seinen Landsleuten herbe Kritik einstecken mußte. Daß die Strecken in Oberstdorf so schwer angelegt wurden, mag auch aus dem Wunsch der FIS hervorgegangen sein, entsprechende Maßstäbe für den immer noch umstrittenen Schlittschuhschritt zu setzen. Auf den überaus steilen Anstiegen war nämlich der von der Weltelite selbst bei Steigungen praktizierte Schlittschuhschritt nicht mehr möglich.

Auch die Nordisch-Kombinierten des DSV, das Gold-Trio mit Hermann Weinbuch, Hubert Schwarz und Thomas Müller, war wegen einer rätselhaften Virusinfektion nicht am Start, waren von der Streckenführung nicht begeistert. Lauftrainer Hartmut Döpp sagte zu diesem Thema: „Durch die steilen Anstiege kommen die Läufer völlig aus dem Rhythmus, und das Hinaufsteigen im Grätenschritt ist wenig ästhetisch." Der Schlußtag der WM-Generalprobe, der nach Aussagen des Organisationskomitees an drei Tagen von 20 000 Zuschauern verfolgt wurde, brachte im Langlaufbereich für den Deutschen Skiverband einen Lichtblick. Die Staffel mit Stefan Dotzler, Jochen Behle, Markus Lang und Robert Anzenberger lief ein beherztes Rennen und belegte einen ausgezeichneten achten Platz. „Streicht man die zweiten Staffeln der anderen Nationen, sind wir Fünfte geworden", lobte Langlauftrainer Lars-Erik Eriksen (Norwegen) seine DSV-Schützlinge.



Extrem steiler Berglauf oder doch noch Langlauf? Mühsame Kletterei auf der Oberstdorfer WM-Strecke von 1987. FOTO: RAUCHENSTEINER

Berchtesgadens Pluspunkte

Schwedens Königin Silvia, die für den Kandidaten Falun ihre Gunst und ihren Charme einsetzt, hat bereits 40 IOC-Mitglieder empfangen. Zweimal schon war IOC-Präsident Samaranch im französischen Albertville. Vizepräsident Beitz hat die kurzen Wege von Sofia abgefahren. Cortina verweist auf die Olympischen Spiele von 1956, und in Lillehammer lebt der Nordische Skisport besonders intensiv.

Das ist alles beachtlich, aber doch nichts gegen Berchtesgaden. Vier IOC-Mitglieder sind im Hubschrauber über das Berchtesgadener Land geflogen. Günther Heinze war darunter, der Mann aus der „DDR". Er formulierte vorsichtig, daß Berchtesgaden zur Olympiabewerbung „nicht chancenlos" sei.

Auch das ist beachtlich, aber nichts gegen die Inzeller Art, olympische Neigungen zu erläutern: locker, heiter, sportintensiv und rekordträchtig auf Traumeis. Die Eisschnellauf-WM im Stadion am Zwingsee sammelte, acht Monate vor Vergabe der olympischen Winterspiele für 1992, Pluspunkt für Pluspunkt. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, aus Bonn angereist, brauchte nur den Heimvorteil auszuspielen, um ein paar Garantien zu geben: „Diese Region ist motiviert; sie begeistert sich für die Idee der Olympischen Spiele. Die Eisschnellauf-WM sollte die rechte Einstimmung sein. Es wäre kindisch zu leugnen, daß wir gerne Gastgeber der Olympischen Winterspiele sein würden. Der Freistaat Bayern und die Bundesregierung unterstützen die Bewerbung voll und ganz."

Mit der Eisschnellauf-WM in Inzell, der nun die Bob-WM in Königssee und die Militär-WM im Biathlon in Ruhpolding folgen, schließt sich der Veranstaltungskreis, der glanzvoll begonnen hat. (sid)

Holländisches Volksfest tief in Oberbayern . . .

sid/dpa, Inzell

Der Holländer Hein Vergeer gewann zum zweiten Mal nach 1985 die Eisschnellauf-Weltmeisterschaft im Großen Vierkampf. In Inzell siegte der 24 Jahre alte Titelverteidiger mit 161,937 Punkten vor dem Sowjetrussen Oleg Boschjew (162,078) und dessen Landsmann Viktor Schascherin (162,727). Im 10 000-m-Rennen gelang es Boschjew nicht, den Punktevorsprung von Vergeer aufzuholen.

Anfeuerungsrufe und Jubelgesänge schallten schon durch das mit 8000 Zuschauern voll besetzte Inzeller Eisstadion, als Vergeer mit der Weltklassezeit von 6:54,91 Minuten Oleg Boschjew (6:58,77 Minuten) über 5000 m bezwungen und seine persönliche Bestleistung gleich um elf Sekunden gesteigert hatte. „Sieger dieses Superrennens mit niederländischem Landesrekord, Weltmeisterschafts-Rekord und Inzeller Bahnrekord ist Hein Vergeer," rief der Stadionsprecher den Fans zu, die mit Schals, Mützen und Gewändern in der holländischen Nationalfarbe Orange ausgerüstet waren.

Und der dreimalige holländische Olympiasieger Ard Schenk war genauso begeistert wie seine 6000 Landsleute: „So ein 5000-m-Rennen hat es bei einer Weltmeisterschaft noch nie gegeben: Sechs Läufer unter sieben Minuten und die ersten 16 unter 7:05 Minuten. Unglaublich." Ard Schenk darf sich dieses Urteil erlauben: Er lief in Inzell 1969 und 1972 zwei große Weltrekorde über 5000 m: 7:12,0 und 7:09,8 Minuten.

Inzells Bürgermeister Ludwig Schwabl, jahrzehntelang der Initiator des deutschen Eisschnellaufs, fand die treffenden Worte: „Herzlichen Dank an alle Holländer, die zu uns gekommen sind. Ohne sie wäre diese Weltmeisterschaft nur eine kleine Familienfeier im stillen Kreis geworden." So wurde es ein rauschendes Volksfest, das in Inzells Gaststätten bis in die frühen Morgenstunden dauerte.

Inzell ist tatsächlich wieder in den Mittelpunkt der Eisschnellaufwelt gerückt. Die neue Bahn des für rund 15 Millionen Mark renovierten Eisstadions mit ihrer modernen Wasserenthärtungsanlage läßt noch schnellere Zeiten zu als das alte 400-m-Oval, auf dem in 20 Jahren immerhin 80 Weltrekorde registriert worden sind.

Erhard Keller, der deutsche Olympiasieger im 500-m-Sprint (1968 und 1972): „Die neue Bahn von Inzell ist einfach hervorragend. Bei idealen Wetterbedingungen wird man hier genauso schnell laufen können wie auf der Bahn von Medeo bei Alma Ata. Wir werden das erleben. 36,5 Sekunden über 500 m sind künftig auch in Inzell möglich."

Erhard Keller stand aber auch mit anderen Äußerungen wieder im Mittelpunkt. Beim Fachsport-Kongress in Berchtesgaden, einer Organisation von rund 5000 mittelständischen Sportartikelhändlern in Deutschland, ging Keller noch einmal auf das Problem Doping im Eisschnellauf ein: Keller: „Mit dem Anabolikum ist es wie mit Kopfschmerztabletten, und niemand kann etwas dagegen haben, wenn die muskelbildenden Präparate dosiert genommen werden. Auch eine Kopfschmerztablette, einmal am Tag genommen, hat ihre Vorteile." Anabolika-Mißbrauch verglich Keller mit der Einnahme von 60 Kopfschmerztabletten: „Daß dann Leberschäden entstehen, liegt dann bei beiden Medikamenten auf der Hand."

Für Verbands-Präsident Gerd Zimmermann macht gerade die Haltung zum Doping Keller unglaubwürdig. „Einerseits hält er uns mangelnde Erfolge und schlechte Arbeit vor, andererseits fordert er uns zum Doping auf. Das passt nicht zusammen," meinte der Inzeller Stadiondirektor. Daß es dennoch zu einer Zusammenarbeit der Verbandsführung mit ihrem scharfen Kritiker kommt, ist nicht völlig auszuschließen. „Vielleicht sagt das Präsidium eines Tages: Erhard, wenn du so schlau bist, dann komm' doch und mach' mit," meint Zimmermann.

Weil die deutschen Läufer Hansjörg Baltes (München) und Georg Hewrda (Grefrath) mit der Medaillenvergabe bei der Vierkampf-Weltmeisterschaft in Inzell erwartungsgemäß nichts zu tun hatten, nahm Keller das nämlich zum Anlaß, um zu mahnen: „Wenn die deutschen Läufer wieder auf das Siegertreppchen wollen, muß vor allem der starre Apparat des Verbandes flexibler werden."

SKI ALPIN / Deutsche Meisterschaft als Markus-Wasmeier-Spiele

Drei Siege nennt er „Erholungsphase"

dpa, Todtnau

Weltmeister Markus Wasmeier war der Superstar der deutschen alpinen Skimeisterschaften in Todtnau im Schwarzwald. Mit drei Einzeltiteln in Abfahrt, Super-Riesenslalom und Riesenslalom schaffte der 22 Jahre alte Schlierseer eine Leistung, die seit 1934 noch kein Teilnehmer an nationalen Titelkämpfen vollbracht hat. Lediglich Hannelore Basler aus Ulm (1958) und Olympiasiegerin Heidi Biebl aus Oberstaufen (1961) gelang bei den Damen diese Titelsammlung. Als „Meisterschaften ohne Überraschungen" stuften die Bundestrainer Klaus Mayr (Herren) und Willi Lesch (Damen) übereinstimmend die Titelkämpfe ein, die an den vier Meisterschaftstagen von rund 8000 Zuschauern verfolgt wurden. Die weltcuperfahrene Nationalmannschaft dominierte erwartungsgemäß bei den Titelkämpfen.

In der Abfahrt Wasmeier vor Herbert Renoth (Berchtesgaden) und Titelverteidiger Sepp Wildgruber (Oberaudorf), im Super-Riesenslalom Wasmeier vor Renoth und Peter Dürr (Germering), im Riesentorlauf Wasmeier vor Titelverteidiger Hans Stuffer (Samerberg) und Michael Eder (Bischofswiesen) und im Slalom Florian Beck (Gunzelsried) vor Armin Bittner (Krün) und Gundolf Thoma (Hinterzarten) verdeutlichten die Kräfteverteilung in der Nationalmannschaft, denn auch auf den nachfolgenden Rängen plazierten sich Angehörige des Nationalkaders.

Lob von allen Seiten bekam Markus Wasmeier zu hören. Seinen fünften Platz zum Abschluß im Slalom nahm dagegen niemand ernst. „Markus ist zur Zeit in Topform und stellt absolute Weltklasse dar", lobte DSV-Sportdirektor Helmut Weinbuch, Herrentrainer Klaus Mayr: „Wasmeier hat die Meisterschaften in einem unglaublichen Maße dominiert." Der Stabsunteroffizier strotzt derzeit auch vor Selbstbewußtsein: „Die Meisterschaften waren für mich gegenüber dem sonstigen Weltcupstreß eine Erholungsphase. Ich stehe jetzt so sicher auf dem Ski, daß mir alles gelingt. Für den Abschluß im Weltcup bin ich bestens motiviert."

Für die Industrie ist Markus Wasmeier dennoch kein Star. Mit Ausnahme der üblichen Ausrüsterfirmen für Ski, Schuhe und Bindungen sowie eines Kreditkartenunternehmens hat den Riesenslalom-Weltmeister noch keine Firma als Werbeträger entdeckt. „Soll ich zu denen gehen und betteln?" fragt er.

Vier Weltcup-Läuferinnen bestimmten die Meisterschaftsszene bei den Damen. In der Abfahrt Regina Mösenlechner (Inzell) vor Marina Kiel (München) und Heidi Wiesler (Staufen), im Super-Riesenslalom Kiel vor Michaela Gerg (Lenggries) und Traudl Hächer (Schleching), im Slalom Gerg vor Angela Drexl (Bayerischzell) und Helga Lazak (Eschenlohe) und im Riesentorlauf Hächer vor Gerg und Katrin Stotz (Wildbad) bestimmten das Bild. Keine Titelverteidigerin war erneut erfolgreich.

TISCHTENNIS / Fünf Medaillen bei den internationalen deutschen Meisterschaften in Karlsruhe

Aber Bundestrainer sagt: „Bin nicht zufrieden"

sid/dpa, Karlsruhe

Die Bilanz war erfreulich, doch die Verantwortlichen blieben zurückhaltend. Insgesamt fünf Medaillen gewann der Deutsche Tischtennis-Bundes (DTTB) bei den internationalen deutschen Meisterschaften in Karlsruhe, zum Abschluß des Turnieres stand die 17jährige Olga Nemes aus Saarbrücken noch einmal in zwei Endspielen. Das Finale des Dameneinzels verlor sie in 46 Minuten mit 16:21, 16:21 und 17:21 gegen Vize-Europameisterin Fliura Bulatowa aus der UdSSR (Das Ergebnis des Damendoppels, das Olga Nemes mit der 16jährigen Katja Nolten aus Kaiserberg bestritt, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest).

Am Freitag hatte das Damenteam mit Olga Nemes, Katja Nolten und der Stuttgarterin Judith Stumper schon den Mannschaftswettbewerb mit 3:1 gegen Europameister UdSSR gewonnen, für die beiden Herren-Teams des DTTB hatte es zwei weitere Bronzemedaillen gegeben.

Erfolge also, wie sie der Verband zuletzt 1970 bei internationalen deutschen Meisterschaften registrieren konnte. Und dennoch – viele Fragen bleiben offen, vor allen Dingen in Hinblick auf die Europameisterschaften vom 5. bis 13. April in Prag. DTTB-Präsident Hans Wilhelm Gäb (49) fand einiges Positive, denn „erstmals seit langem ist uns der Beweis gelungen, daß wir auch noch gewinnen können". Das Fazit, das er schon vor dem Abschluß der Veranstaltung zog, zeigte jedoch nur die Zufriedenheit des Realisten: „Die Erfolge von Karlsruhe sind nur ein weiterer kleiner Schritt aus dem Tal. Es werden noch viele Löcher folgen."

Auch Chef-Bundestrainer Charles Roesch (64) fand keinen Grund zu ausgelassener Freude. „Ich bin noch nicht zufrieden", meinte der Franzose, den der DTTB vor drei Jahren als Retter engagiert hatte. Erst wenn die jungen Talente wie Steffen Fetzner, Jörg Roßkopf oder eine Katja Nolten den Durchbruch geschafft hätten, erklärte Roesch, werde er sich zurückziehen. Sein Fazit: „Wir kamen nach Karlsruhe, um eine junge Damen- und eine junge Herren-Mannschaft zu testen." Den Mannschaftstest hätten die jungen Spieler zwar mit Selbsbewußtsein und erfrischendem Angriffsspiel bestanden, doch in den Einzel- und Doppelkonkurrenzen lagen sie daneben. Man sei zwar auf dem richtigen Wege, aber das ist dem Profi Roesch noch zuwenig. Er will Medaillen.

Doch Gäb und er wissen, daß die bei der Prager EM ohne Olga Nemes nicht zu holen sind. Mit der 17jährigen, die in Karlsruhe so gut spielte, daß man ihr sogar den Europameister-Titel zutraut, steht und fällt das Team. Doch ob die gebürtige Rumänin in die CSSR reist, ist weiter ungewiß. In der Frankfurter DTTB-Zentrale liegt knapp sieben Wochen vor EM-Beginn immer noch keine Sicherheitserklärung der CSSR-Behörden für die ungehinderte Ein- und Ausreise von Olga Nemes vor. Und ihr Vormund Rudi Stumper sagt unmißverständlich: „Ohne das Ding lasse ich Olga nicht nach Prag!"

Ein anderes Problem, das vor allen Dingen Charles Roesch plagt, heißt Georg Böhm. Der siebenfache Deutsche Meister litt zwar in Karlsruhe unter einer Grippe und wurde mit Antibiotika behandelt, doch was der 23jährige und sein ungarischer EM-Partner Janos Takacs bei der Doppel-Niederlage im Achtelfinale gegen die Vizeweltmeister Milan Orlowski und Jindrich Pansky aus der CSSR boten, war für Roesch „eine Unverschämtheit". Er und die jungen Spieler sahen zu, wie Böhm und sein Partner im ersten Satz nur feixten und gar mit 2:17 zurücklagen. Roesch: „Eine Zumutung für uns alle, die wir den Leistungssport an unsere Fahnen geheftet haben."

Die deutschen Meister Ralf Wosik und Cornel Borsos aus Düsseldorf schieden dagegen erst im Viertelfinale mit 19:21 und 14:21 gegen die späteren Sieger Ulf Carlsson und Jörgen Persson aus Schweden aus.

Große Show um das „Projekt 2,40 m“

Trost für einen Weltbesten? 2,36 Meter hatte der Kölner Hochspringer Carlo Thränhardt in der Schöneberger Sporthalle zu Berlin übersprungen – so hoch war in diesem Jahr noch niemand gekommen – doch aus dem Flug über 2,40 m wurde nichts. Er hatte danach die Nachrichten im Radio gehört und auch die im Fernsehen. Dann hatte er festgestellt: „Sprünge zwischen 2,30 m und 2,40 m werden von den Medien wie Dreck behandelt.“

Aber hatte nicht er eine Woche lang davon gesprochen, in Berlin als dritter Hochspringer der Welt nach den beiden Sowjetrussen Powarnizin (2,40 m) und Paklin (2,41 m) über 2,40 m zu springen? War es ihm etwa unangenehm, als der Veranstalter damit Zuschauer umwarb? „Sicher, ich wollte 2,40 m springen“, sagt Thränhardt. Und: „Aber was dann passierte, war zuviel an Show.“

Sicher, aber er bot selbst eine eigene Zirkusnummer: Erst 2,30 m, dann 2,36 m, einfach mal so, ohne großen Einsatz – und danach die Weltbestleistung von 2,40 m als Herausforderung. Und einen Meter daneben läuft obendrein ein ähnliches Spiel ab, betrieben von dem polnischen Stabhochspringer Marian Kolasa. Nach 5,75 m verlangt er gleich 5,94 m – so hoch ist in der Halle noch niemand gesprungen. 5,93 m hatte der Amerikaner Billy Olson in der letzten Woche geschafft.

Kolasa reißt die angepeilte Bestmarke ebenso wie Thränhardt. Dabei hat er extraharte Stäbe benutzt, solche, wie sie sonst nur der sowjetische Sechs-Meter-Springer Sergej Bubka verwendet.

Und er greift diese Stäbe sehr hoch, zwischen 5,05 m und 5,10 m – so hoch, wie es sonst auch nur Bubka tut. Aber er sagt, er habe trotzdem keinerlei Vorbilder.

Höhenflüge: „Ich stelle mich auf Sprünge zwischen 5,90 m und sechs Meter ein, in den nächsten Tagen in der Halle. Im Sommer dann auf zehn Zentimeter mehr als sechs Meter.“ Um das zu erreichen, um sich fortwährend auf solch hohem Standard zu bewegen, wolle er Wettkämpfe künftig erst bei 5,80 m beginnen. „Drunter nimmt doch sowieso niemand mehr Notiz von dir.“

Eben: Als beim Hochsprung die Latte auf 2,40 m liegt, rotten sich die Fotografen vor ihr zusammen. Die Anzeigetafel mit der Zahl „2,40 m“ muß ins rechte Bild gerückt werden, auf daß mit der Ausleuchtung der Szene begonnen werden kann.

Carlo Thränhardt bemerkt beiläufig, daß er eigentlich über diese Höhe springen wolle, doch nun sehe er vor lauter Fotografen die Latte nicht mehr. Und mit dem Anlauf klappe es auch nicht, weil er nun in einem weiten Bogen um die Fotografen herumrennen müsse.

Ob sie nicht doch einen anderen Standpunkt einnehmen könnten?

Thränhardt bittet, bettelt. Seine Nerven sind ohnehin überreizt, denn zwei Stunden zuvor ist bei Brigitte Holzapfel zum dritten Mal die Achillessehne abgerissen. Ende der Karriere. Thränhardt: „Ich hab' die ganze Zeit das Knirschen im Ohr.“ Er geht er auf die Fotografen los, schimpft – die Konzentration ist hin. Das Projekt „2,40 m“ ist es auch.

Zwei Stunden später sagt Thränhardt: „Kann sich denn wirklich keiner vorstellen, wie es ist, wenn man sich auf einen Weltrekord vorbereitet? Daß man schon drei Tage zuvor mit den Nerven fix und fertig ist und nur noch an der Decke hängt?“

KLAUS BLUME

LEICHTATHLETIK / Stabhochsprung-Skandal

Bubka tobt in den USA: „Kein Sport, nur Zirkus“

sid/dpa, New York

Der Ansturm auf die Hallen-Weltbestleistungen im Hoch- und Stabhochsprung hat sich nicht ausgezahlt. Dennoch blieb das Wochenende nicht ohne Leichtathletik-Bestleistung. Der Amerikaner Jim Heiring legte im New Yorker Madison Square Garden die selten gelaufene Geher-Meile in 5:41,26 Minuten zurück. Das war zu einem Zeitpunkt, als das groß angekündigte Stabhochsprung-Duell zwischen Billy Olson (USA) und Sergej Bubka (UdSSR) skandalös endete.

In der Statistik steht nach sechseinhalb Stunden Wettkampf nun ein Sieg von Olson mit 5,79 m. Zweiter wurde Dave Volz (USA), der die gleiche Höhe übersprang, vor dem französischen Olympiasieger Pierre Quinon (5,72). Bubka erscheint nicht in den Ergebnis-Listen. Bei der Anfangshöhe von 5,72 m schied der Sechs-Meter-Springer aus, und das, obwohl er, wie Olson und Volz (über 5,61) auch, einen vierten Versuch zugestanden bekommen hatte.

Wegen dieser Zusatzversuche drohte erst Bubka mit einem Boykott, dann, als auch der Sowjetrusse zu einem vierten Sprung anlaufen durfte, wollten die beiden Amerikaner den Wettbewerb vorzeitig beenden. Insgesamt mußte der Wettbewerb für 55 Minuten unterbrochen werden, die mit hitzigen Diskussionen gefüllt waren.

„Hier ging es nur darum, Geld zu machen. Das ist keine Sportveranstaltung gewesen, sondern Zirkus“, beklagte sich Bubka, der hinzufügte, im „kapitalistischen System der Amerikaner“ könne man wohl anderes auch nicht erwarten. Dennoch will der Weltrekordler zu den weiteren Wettkämpfen mit Olson in Chikago, Los Angeles, San Diego und noch einmal in New York antreten.

Bei den „DDR“-Hallenmeisterschaften in Senftenberg sorgte der 21jährige Leipziger Steffen Bringmann, der mit 6,94 Sekunden über 60 m die europäische Hallen-Bestleistung von Christian Haas (Fürth) um eine Hundertstelsekunde verbesserte, für die beste Leistung. Die Jenaer Weitsprung-Weltrekordlerin Heike Drechsler überbot viermal die Sieben-Meter-Marke. Ihr weitester Sprung: 7,17 m.

VOLLEYBALL / Zweite Plätze im Europacup

SV Lohhofs größter Erfolg auf internationalem Parkett

dpa/sid, Ankara

Die sowjetische Mannschaft von Uralotschka Swerdlowsk war beim Europapokal der Pokalsieger der Damen im Finale zu stark für den SV Lohhof. Die sowjetischen Spielerinnen bezwangen den deutschen Vizemeister klar mit 3:0 (15:6, 15:3, 15:6). Der dritte Platz ging an die ungarischen Vertreterinnen von Ujpest Dosza Budapest durch ein 3:0 über Donau Rousse aus Bulgarien.

„Es ist keine Schande gegen die stärkste Vereinsmannschaft der Welt zu verlieren,“ meinte Lohhofs Trainer Andrej Niemczyk, der seinen Spielerinnen vorher gesagt hatte: „Spielt locker auf, ihr habt nichts zu verlieren.“ Dennoch verkrampften einige Spielerinnen in der knapp eine Stunde dauernden Begegnung. Nur die Nationalspielerinnen Terry Place-Brandel und Beate Bühler konnten einigermaßen mit den sowjetischen Spielerinnen, die bereits das Turnier in Bremen gewonnen hatten, mithalten.

Für die Lohhoferinnen ist dieser zweite Platz der größte Erfolg nach sechs Jahren Europapokal-Teilnahme. Der dreimalige deutsche Meister und Pokalsieger hatte zuerst Budapest nach hartem Kampf mit 3:2 und dann die Bulgarinnen klar mit 3:0 ausgeschaltet.

Zuletzt hatte die deutsche Mannschaft vor wiederum 6000 Zuschauern die Sympathien auf ihrer Seite. Vor drei Jahren waren die Lohhoferinnen in der Türkei noch mit gellenden Pfeifkonzerten bedacht worden. Daß es diesmal besser war, führten sie auf den Beistand des ehemaligen Fußball-Bundestrainers Jupp Derwall zurück. Derwall hatte die Volleyball-Damen in Istanbul auf dem Flughafen abgeholt und ihnen geholfen wo er konnte.

Im letzten und entscheidenden Spiel um den CEV-Pokal – dem UEFA-Wettbewerb im Fußball zu vergleichen – unterlagen die Damen von der SG/JDZ Feuerbach in Reggio Emilia (Italien) dem italienischen Team von Pallavolo Nelsen mit 1:3 (9:15, 15:12, 15:17, 4:15). Junioren-Bundestrainer Matthias Eichinger: „Wir haben einfach zu nervös begonnen und waren in den entscheidenden Situationen zu schwach.“

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

SKI ALPIN

Deutsche Meisterschaften in Todtnau, Riesenslalom, Damen: 1. Hächer (Schleching) 1:50,10 (50,83+59,27), 2. Gerg (Lenggries) 1:52,52 (52,17+60,35), 3. Stotz (Wildbad) 1:52,63 (52,50+60,13) . . . 9. Beck-Epple (Seeg) 1:53,82. – Herren: 1. Wasmeier (Schliersee) 2:33,81 (1:19,03+1:14,78), 2. Stuffer (Samerberg) 2:34,79 (1:20,05+1:14,74), 3. Eder (Bischofswiesen) 2:35,52 (1:20,27 + 1:15,25) . . . 6. Hirt (Neustadt) 2:39,29.

SKIFLIEGEN

Skiflug-Woche in Vikersund (Norwegen), 160-Meter-Schanze: 1. Felder (Österreich) 360,0 Punkte (149+176 m), 2. Nykänen (Finnland) 357,0 (152+178), 3. Fijas (Polen) 354,0 (140+159), 4. Vettori (Österreich) 346,0 (144+170), 5. Berg (Norwegen) 345,0 (147+170). – Stand im Weltcup: 1. Nykänen 135 Punkte, 2. Vettori 122, 3. Ulaga (Jugoslawien) 113.

SKI NORDISCH

Nordische Kombination (kein Weltcup) in Oberstdorf, Endstand: 1. Lewandi (UdSSR) 429,91 Punkte, 2. Bögseth 423,07, 3. Geir Andersen (beide Norwegen) 422,09, . . . 8. Wucher 408,42, 9. Kramer (beide Deutschland) 406,75. – **Nordische Junioren-Weltmeisterschaften** in Lake Placid: Nordische Kombination: 1. Dundukow (UdSSR) 414,96 Punkte, 2. Csar (Österreich) 412,52, 3. Repka (CSSR) 407,32, 4. Donaubauer (Deutschland) 405,10.– **WM-Test in Oberstdorf, 20 km Damen** (klassischer Stil): 1. Dahlmo 1:01:13,1 Stunden, 2. Pettersen (beide Norwegen) 1:01:26,5, 3. Smetanina (UdSSR) 1:01:33,8, . . . 39. Kohlrusch (Deutschland) 1:08:03,39. – **4 x 10 km Staffel, Herren:** 1. Schweden I 1:53,32,1 Std. (Östlund, Mogren, Svan, Eriksson), 2. Norwegen I 1:54,06,2, 3. UdSSR II 1:54,19,6, . . . 8. Deutschland 1:58,39,8 (Dotzler, Behle, Lang, Anzenberger).

FUSSBALL

England, Pokal, fünfte Runde: Luton – Arsenal (2:2), Peterborough – Brighton and Hove Albion 2:2, Southampton – Millwall 0:0, York – Liverpool 1:1. – **Internationales Turnier „U 18“** in Katar: Deutschland – Ägypthen 0:1 (0:0), Brasilien – Algerien 7:0 (4:0).

VOLLEYBALL

CEV-Pokal der Damen/Endrunde: Istanbul – Feuerbach 0:3, Reggio Emilia – Belgrad 3:0, Reggio Emilia – Istanbul 3:1, Belgrad – Feuerbach 0:3. – **Europapokal der Pokalsieger, Damen:** Lohhof – Rousse (Bulgarien) 3:0, Budapest – Swerdlowsk 1:3. – **Bundesliga, Herren:** Celle – Leverkusen 2:3. – **Damen:** Stuttgart – Oythe 3:0, Augsburg – Rüsselsheim 3:0, Berlin – Vilsbiburg 3:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen: Zwischenrunde, 5. Spieltag: München – Osterfeld 85:86 n. V., Barmen – Düsseldorf 72:79. – Abstiegsrunde, 5. Spieltag: Heidenheim – Köln 58,83, Leverkusen – Porz/Hennef 68,71.

HOCKEY

Bundesliga Damen. Gruppe Süd, letzter Spieltag: Duisburg – BW Köln 9:7 (7:3), Leverkusen – Düsseldorf 11:8 (3:4), Hanau – Bad Kreuznach 10:9 (2:6), Frankfurt – Frankenthal 8:5 (3:3). – Gruppe Nord: Klipper Hamburg – Berlin 9:7 (5:3), Club an der Alster Hamburg – Brandenb. Berlin 3:14 (1:7), Braunschweig – DHC Hannover 11:6 (7:5), UHC Hamburg – HC Hannover 8:6 (4:4). – **Bundesliga Männer:** Gruppe Süd: Frankenthal – 9:5, Limburg – Mülheim 9:8, Mannheim – Heidelberg 8:7, München – Dürkheim 11:10.

EISHOCKEY

Play-Off-Runde, Viertelfinal: Düsseldorf – *Mannheim* 6:4, Köln – Schwenningen 8:0, Rosenheim – Kaufbeuren 10:5, Iserlohn – Landshut 4:2. – **Aufstiegsrunde zur Bundesliga,** 1. Spieltag: Kassel – Rießersee 0:7, Augsburg – Freiburg 10:2, Tölz – Duisburg 5:4, Berlin – Bayreuth 4:5.

LEICHTATHLETIK

Hallen-Siebenkampf der Männer in Dortmund, Endstand: 1. Wentz 6164 Punkte (Deutsche Hallen-Bestleistung/ 60 m: 7,04 Sekunden – Weit: 7,45 m – Kugel: 17,67 m – Hoch: 2,03 m – 60 m Hürden: 7,90 Sek. – Stabhoch: 4,80 m – 1000 m: 2:41,67 Min.), 2. Kratschmer (beide Mainz) 6134 (6,98 – 7,45 – 17,13 – 1,91 – 7,95 – 4,70 – 2:40,07), 3. Schulze (Paderborn) 5898.

GEWICHTHEBEN

Bundesliga, 3. Wettkampftag, Gruppe Nord: Langen I – Soest 781,5:835,8, Duisburg – Berlin 493,7:684,7, Wolfsburg – Kassel 947,1:491,5. – Gruppe Süd: Roding – Altrip 644,1:673,0, Mutterstadt I – Donaueschingen 785,9:653,5, Kindsbach – Neuaubing 663,5:700,1.

BOXEN

Gruppe Nord: Mühlheim – Ahlen 11:13, Flensburg – Leverkusen 13:13. – **Gruppe Süd:** Eichstätt – Frankfurt 14:13, Landshut – Leonberg 13:13.

TENNIS

Grand Prix-Turnier in Boca Raton (1,8 Millionen Dollar), dritten Runde: Herreneinzel: Gunnarsson (Schweden) – Schapers (Niederlande) 6:2, 6:3, Noah (Frankreich) – Wilkison (USA) 6:2, 6:4, Davis (USA) – Smid (CSSR) 6:1, 6:1, Shrjber (CSSR) – Becker (Deutschland) 7:6 (7:4), 6:3, Edberg (Schweden) – Keretic (Deutschland) 6:1, 6:1, Connors (USA) – Dickson (USA) 4:6, 6:3, 6:2, Nystroem (Schweden) – Krickstein (USA) 6:2, 6:1, Wilander (Schweden) – Leach (USA) 6:1, 6:2, Gomez (Ekuador) – Visser (Südafrika) 6:3, 6:3, Arraya (Peru) – Lundgren (Schweden) 6:3, 7:6, Robertson (Südafrika) – Steyn (Südafrika) 6:3, 7:6, Forget (Frankreich) – Edwards (Südafrika) 6:4, 7:6, Tulasne (Frankreich) – Gilbert (USA) 7:5, 6:2, Arias (USA) – Layendecker (USA) 6:3, 6:4. – **Dameneinzel:** Jordan (USA) – Kim (USA) 6:2, 6:0, Rinaldi (USA) – Bunge (Deutschland) 6:4, 6:4, Ivan (USA) – Gadusek (USA) 4:6, 6:4, 7:6 (7:5), Sukova (CSSR) – Maleeva (Bulgarien) 6:4, 7:5, Lindqvist (Schweden) – Medrado (Brasilien) 6:4, 6:0, Maleeva (Bulgarien) – Reggi (Italien) 7:5, 6:1, Garrison (USA) – Mundel (Südafrika) 6:4, 6:3, Graf (Deutschland) – Gomer (Großbritannien) 6:0, 4:6, 6:4, Lloyd-Evert (USA) – Suire (Frankreich) 7:5, 6:1, Moulton (USA) – Barg (USA) 6:1, 6:1, Potter (USA) – Horvath (USA) 6:2, 4:6, 6:4, Bassett (Kanada) – Benjamin (USA) 6:2, 6:4, Phelps (USA) – Durie (Großbritannien) 6:4, 6:2, Balestrat (Australien) – Sabatini (Argentinien) 7:5, 6:4, Gompert (USA) – Burgin (USA) 2:6, 7:6, 6:3, Goles (Jugoslawien) – Fairbank (Südafrika) 6:2, 6:2.

TISCHTENNIS

Internationale Deutsche Tischtennis-Meisterschaften in Karlsruhe, Mannschaftswettbewerbe, Endspiele, Damen: Deutschland – UdSSR 3:1. Nolten – Bulatowa 19:21, 15:21, Nemes – Kowtun 21:10, 21:19, Nemes/Stümper – *Prussene/Jaworowskaja* 21:16, 21:10, Nemes – Bulatowa 21:15, 21:19. – **Damen Einzel, Achtelfinale:** Nemes (Deutschland) – Guergueltscheva (Bulgarien) 21:14, 21:13, 22:20. – **Herren:** Polen – Schweden 3:1. – Grubba – Waldner 21:16, 21:12, Kucharski – Persson 16:21, 23:21, 11:21, Grubba/Kucharski – Waldner/Lindh 21:18, 17:21, 21:16, Grubba – Persson 22:18, 21:12. – **Gemischtes Doppel, Endspiel:** Kalinic/Guergueltscheva (Jugoslawien/Bulgarien) – Grubba/Vriesekoop (Polen/Niederlande) 21:14, 21:8. – **Herren-Doppel, zweite Runde:** Wosik/Borsos (Deutschland) – Yokoyama/Hagiwara (Japan) 21:17, 16:21, 21:11, Boute/Angenent (Niederlande) – Krumtlinger/Auwärter (Deutschland) 21:19, 11:21, 21:16, Orlowski/Pansky (CSSR) – Fischer/Roßkopf (Deutschland) 21:8, 21:16, Böhm/Takacs (Deutschland/Ungarn) 21:11, 14:21, 21:15, Boggan/O'Neill (USA) – Sonntag/Böhm (Deutschland) 21:14, 21:13, Harczi/Stadnitschenko (Ungarn/UdSSR) – Rebel/Lieck (Deutschland) 21:17, 15:21, 21:18. – **Achtelfinale:** Wosik/Borsos (Deutschland) – Grubba/Kucharski (Polen) 18:21, 21:13, 21:17, Orlowski/Panski (CSSR) – Böhm/Takacs (Deutschland/Ungarn) 21:9, 21:14. **Damen-Doppel, Achtelfinale:** Nemes/Nolten (Deutschland) – Shibutani/Tanaka (Japan) 21:17, 21:23, 22:20. – **Herren-Einzel, Halbfinale:** Waldner – Grubba 19:21, 21:14, 18:21, 21:18, 21:17, Kalinic – Boggan 22:20, 13:21, 17:21, 22:20, 21:8. – **Damen-Einzel, Halbfinale:** *Nemes – Hrachova* 18:21, 21:14, 11:21, 21:15, 21:10, Bulatowa – Vriesekoop 18:21, 21:12, 21:17, 21:14. – **Herren-Doppel, Halbinfale:** Carlsson/Persson – Lupulescu/Primorac 21:15, 21:19, Lindh/Waldner – Surbek/Kalinic 21:18, 21:16. – **Damen-Doppel, Halbfinale:** Nemes/Nolten – Prussene/Jaworowskaja 21:17, 12:21, 21:17, *Hoshino/Kitsukawa* – Vriesekoop/Hrachova 16:21, 21:19, 25:23.

GALOPP

Rennen in Essen: 1. R.: 1. Friedenspracht (P. Schiergen), 2. Pfiff, 3. Silverqueen. Toto: Sieg: 44, Pl. 16, 22, 30, ZW: 204, DW: 3940. – 2.R.: 1. Atout Noir (G. Catrini), 2. Fernandina, 3. Massaro, Toto: Sieg: 172, Pl. 21, 12, 16 ZW: 404, ZW: 2108. – 3.R.: 1. Mr. Sonnengold (Frl. Chr. Dirksmöller), 2. Agrarminister, 3. Najarit, Toto: Sieg: 56, Pl. 20, 34, 15, ZW: 792, DW: 3328. – 4.R.: 1. Lightning-Spark (E. Schindler), 2. Kranich, 3. Oswell, Toto: Sieg: 36, Pl. 14, 22, 16, ZW: 272, DW: 812. – 5.R.: 1. Caricavo (A. Tylicki), 2. Nahema, 3. Welfenschatz, Toto: Sieg: 36, Pl. 18, 22, 74, ZW: 184, DW: 3772. – 6.R.: 1. Espirito (P. Remmert), 2. Afriola, 3. Learco, Toto: Sieg: 68, Pl. 15, 14, 12, ZW: 248, DW: 676.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 14, 17, 28, 33, 44, 48, Zusatzzahl: 43. – **Spiel 77:** 4 3 4 0 8 0 7. – **Toto, Elferwette:** 0, 0, 1, 2, 1, 1, 2, 0, 2, 1, 1. (Ohne Gewähr).

Plötzlich und unerwartet verstarb am 9. Februar 1986 der Werksdirektor unseres Werkes Bottrop

Herr Dr. rer. nat.

Kurt Lohbeck

im Alter von 59 Jahren.

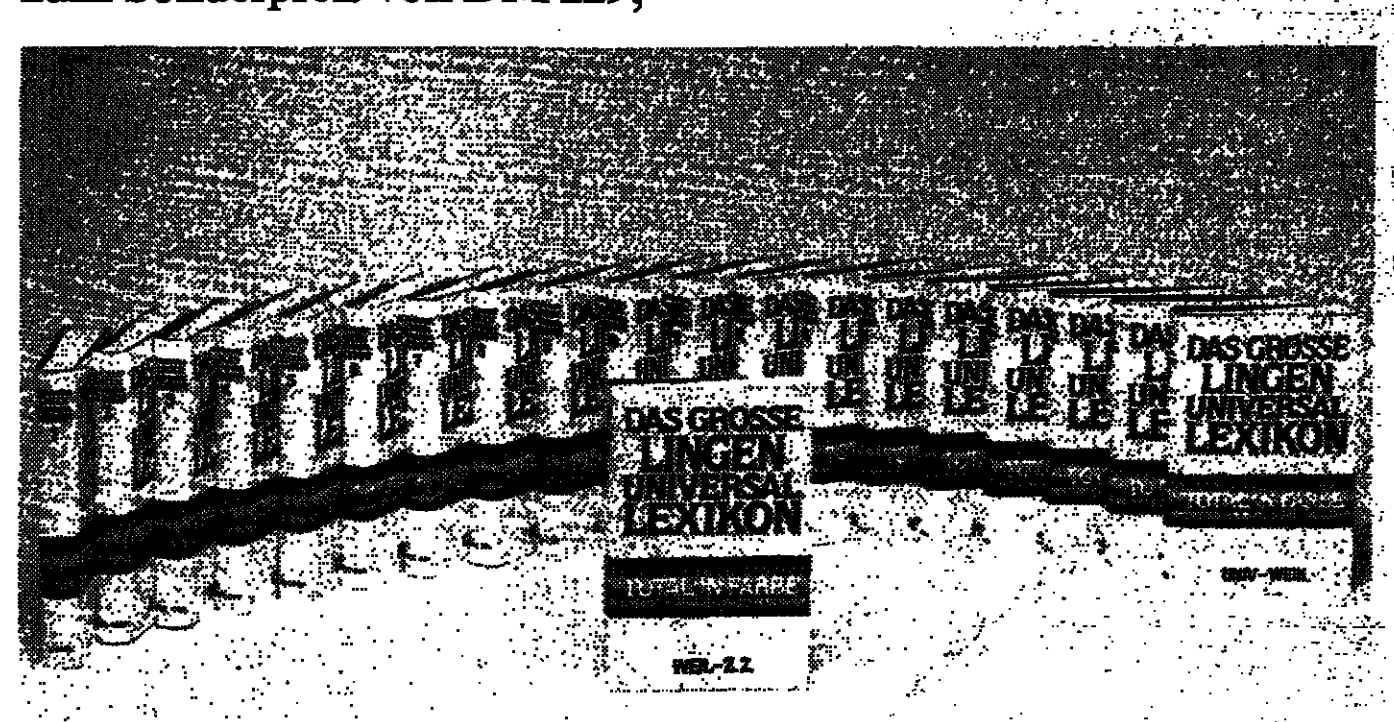
Der Verstorbene trat im Jahre 1956 in das Werk Bottrop ein, das damals die Ruhröl GmbH und später die Veba-Chemie AG betrieb. Mit der Zusammenfassung der Chemieaktivitäten des Veba-Konzerns in unserem Unternehmen am 1. 1. 1979 wurde Herr Dr. Lohbeck Produktionsleiter und Sprecher der Werksleitung Bottrop. In den Jahren seiner Tätigkeit hat er sich um die Weiterentwicklung der technischen Verfahren und den Ausbau der Betriebsanlagen verdient gemacht.

Seine großen fachlichen Qualitäten, sein steter Einsatz für das Werk und dessen Mitarbeiter sowie seine liebenswürdige Wesensart bleiben uns in guter Erinnerung.

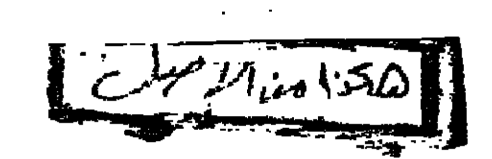
In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Hüls Aktiengesellschaft

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 18. 2. 1986, um 12.30 Uhr auf dem Ostfriedhof in Bottrop, Lütkestraße 23.







Pankraz, die Metapher und die Yale-Mafia

Man spricht über die „Yale-Mafia". Jetzt hat ihr sogar die „New York Times" in ihrem Wochenend-Magazin einen längeren Artikel gewidmet, in dem – bei allem Respekt und bei allem intellektuellen Amüsement – doch deutlich die Besorgnis mitschwingt, die „Mafiosi" in der Literaturabteilung der traditionsreichen Neu-England-Universität könnten deren Ruf auf Dauer schädigen und die Arbeit am Leib der Literatur über kurz oder lang lahmlegen.

Die Sorge ist berechtigt. Denn die besagten Mafiosi, Schüler des verstorbenen Literaturprofessors Paul de Man und des französischen Gastphilosophen Jacques Derrida, sind auf nichts anderes aus als auf „Deconstruction", sie verwalten ein Abbruch-Unternehmen, in dem die Literatur allenfalls noch als ausschlachtbarer Schrott vorkommt. Sie nennen sich Linguisten, aber während bei den Linguisten üblicherweise „nur" der subjektive Faktor und die historische Dimension literarischer Werke auf der Strecke bleiben, lassen die Dekonstrukteure der Yale-Mafia nicht einmal mehr zusammenhängende, in sich sinnvolle Texte übrig.

Texte sind für Derrida oder den Paul-de-Man-Adlatus J. H. Miller lediglich sprachliche Schemen, die durch den angeblich freien Tanz der Tropen entstehen, wobei mit Tropen jene Figuren der klassischen Rhetorik gemeint sind, in denen ein Wort durch das andere vertauscht wird, also Metaphern, Euphemismen, Metonymien, Periphrasen. Während die klassische Rhetorik die Tropen einsetzte, um sinnvolle Zusammenhänge zu verdeutlichen und zu bekräftigen, geht es der Yale-Mafia konträr dazu um die „Ent-Bindung" von Sinn. Wer also eine Metapher verwendet oder eine Metonymie, wer zum Beispiel anstelle von Flußrinne Bett sagt oder anstelle von Ruhm Lorbeer, der stiftet nach Derrida & Co. nicht Sinn, sondern Unsinn, der opfert – freiwillig oder unfreiwillig – dem Gott des Weines und der blinden Ekstase.

Pankraz räumt gern ein, daß die dekonstruktive Methode großen Spaß machen kann, daß sich viel Witz und Ironie in sie investieren lassen. Auch gefällt ihm, daß die Yale-Mafia den Dichtern Entlastung verschafft gegenüber jenen selbstsicheren Interpreten und Hermeneutikern, die ihre Meinung nur allzu gern als verbindliches Richtmaß für jede Art von Schreiben aufrichten und so die Literatur in eine Klippschule verwandeln möchten. Niemand hat genauer als Paul de Man gezeigt, daß es im Grunde gar keine normative Ästhetik gibt, daß Ästhetik der Literatur zerfällt in Hermeneutik einesteils, Poetik andererseits, und daß beide nichts miteinander zu tun haben.

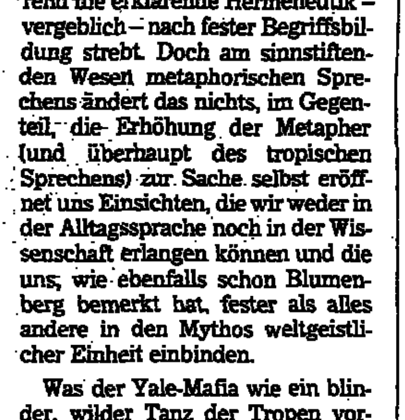
Dennoch brauchen wir natürlich die Hermeneutik, die liebende und gelegentlich auch kritische Interpretation von Poesie (und Kunst), um diese unserer tagtäglichen Lebenswelt anzuverwandeln und sie für uns fruchtbar zu machen. Es verhält sich mit der Sprache der Poesie *cum grano salis* wie mit der Sprache der Mathematik: Sie erzeugt ein Reich der Notwendigkeit, dessen kristalline Endgültigkeit etwas Unmenschliches und Großartig-Fremdes hat und das der hermeneutischen Verdeutlichung bedarf, um Nähe und Vertrautheit zu erzeugen. Und eben deshalb bleiben die Tropen und besonders die Metaphern – gegen alle dekonstruktivistischen Umdeutungsversuche der Yale-Mafia – sehr wohl Instrumente der Verdeutlichung und der Sinnstiftung.

Hans Blumenberg hat schon vor einigen Jahren in seinem großartigen Buch über die „Lesbarkeit der Welt" auf die zentrale Funktion der Metapher im Erkenntnisprozeß aufmerksam gemacht. Metaphern sind für ihn sowohl Vorreiter als auch Korrektive wissenschaftlicher Begriffsbildung. Sie besetzen üblicherweise mit einer merkwürdigen Mischung aus „notwendigem Wagnis und unverantwortlicher Suggestion" potentielle Begriffsfelder; sobald aber der Begriff oder die mathematische Formel nachgerückt sind und das Interesse und auch das Verständnis für den konkreten Weltblick verdunkeln, indem sie ihn zur marginalen Außenseite eines immer gleichen Grundvorgangs herabstufen, bindet sie die Metapher in den Reichtum gelebter Erfahrung zurück.

Die Metapher ist also nicht, wie die Yale-Mafia suggeriert, der prinzipielle Feind stabiler Begriffsbildung, sondern ihr dialektischer Widerpart. Gegenüber der Wissenschaft vertritt sie den Standpunkt der konkreten Lebenswelt. Sie erklärt die Begriffe und Formeln, indem sie sie zwar einerseits verunklart, „aufweicht", andererseits jedoch für das allgemeine Verständnis erst rettet und bewahrt, weil aus der Esoterik und Langeweile der Fachsprache herauslöst. Ohne metaphorisches Sprechen ist kein guter, von Fachjargon befreiter Stil möglich, ja, die – mäßig und bedachtsam gebrauchte – Metapher ist geradezu Voraussetzung für einen guten Stil. (Dies ins Stammbuch all derer, für die guter Stil immer nur „armer", total versachlichter Stil ist.)

In der Literatur„wissenschaft" verhält es sich insofern etwas anders, als hier die Metapher, als erstrangiges Mittel der Poesie, selber Gegenstand der Erklärung ist, während die erklärende Hermeneutik – vergeblich – nach fester Begrifflichkeit strebt. Doch am sinnstiftenden Wesen metaphorischen Sprechens ändert das nichts, im Gegenteil; die Erhöhung der Metapher (und überhaupt des tropischen Sprechens) zur Sache selbst eröffnet uns Einsichten, die wir weder in der Alltagssprache noch in der Wissenschaft erlangen können und die uns, wie ebenfalls schon Blumenberg bemerkt hat, fester als alles andere in den Mythos weltgeistlicher Einheit einbinden.

Was der Yale-Mafia wie ein blinder, wilder Tanz der Tropen vorkommt, wird in dieser Beleuchtung gerade zum Inbegriff absoluter Ordnung, zur Totalität im sprachlich Offenen und Unausgemachten. Nur haben wir dafür tatsächlich keine Begriffe mehr und müssen uns deshalb gänzlich der erhellenden Kraft der Metapher anvertrauen.



Raf Vallone wird 70

Mimte rauhe Burschen mit Herz

Es ist still geworden um Raffaele („Raf") Vallone. Zum letzten Mal sah man ihn 1981 auf der Leinwand, als er in „Une saison de la paix à Paris" neben Maria Schneider einen betagten SS-General mimte. Seine große Zeit fällt in die fünfziger Jahre. Damals drehte er pro Jahr oft gleich mehrere Filme, und viele davon wurden Welterfolge.

Raf Vallone machte Filmgeschichte, obwohl er nie Schauspielunterricht genoß und von Haus aus eigentlich Journalist, nämlich Sportreporter und später Theaterkritiker, war. De Santis entdeckte ihn 1949, als er einen möglichst virilen Gegenspieler zu Silvana Mangano in dem Film „Bitterer Reis" suchte. Die Rolle machte Vallone so populär, daß ihn Cannes 1954 zum beliebtesten männlichen Darsteller kürte. Film folgte auf Film, darunter solche Meisterwerke wie „Weg der Hoffnung", „Der verbotene Christus", „Thérèse Raquin", „Rom elf Uhr".

Peter Brook holte Vallone für die Hauptrolle in seinen „Othello". Maria Schell spielte mit ihm zusammen in „Rose Bernd". Für Hollywood gestaltete der Italiener einen unvergeßlichen Gangsterboß in „Lucky Luciano". Später war er der „Kardinal" oder „Des Teufels Advokat". Er tauchte im Fernsehen auf, versuchte sich als Theaterregisseur an italienischen und französischen Bühnen und wurde hin und wieder auch noch einmal für seine alte Zeitung „Gazetta del Popolo" als Reporter tätig.



Held des filmischen Neorealismus: Raf Vallone FOTO: DPA

Rafs mimische Spezialität waren die sogenannten harten Burschen mit Herz, die groß im Nehmen und Ertragen von Schicksalsschlägen waren und sich überaus gut als Zentraltypen des filmischen Neorealismus eigneten. Die nachfolgenden diversen „Neuen Wellen" wußten weniger mit ihm anzufangen. Konkurrentea wie Jean Gabin oder Lino Ventura liefen Vallone den Rang ab. Er ließ sich mehr oder weniger ins Genre der Polit- und Agententhriller abdrängen.

Heute, im Zeichen der Rückkehr der „tough guys", ist Vallone schon über die Jahre hinaus, um noch einmal groß im internationalen Film herauszukommen. So begnügt er sich, seine Tochter Eleonora zu managen, die ebenfalls zu Starruhm aufgestiegen ist. ANDREAS WILD

„Die Fremdenführerin", das neue Stück von Botho Strauß, an der Berliner Schaubühne uraufgeführt

Liebesspiele unter der Sonne Homers

Wie einem Gegenstand des Theaters beikommen, der selber so mühsam schwebend ist, so raunend anspruchsbetont, so verschwiegen, so real fast ungreifbar? Wie kann man, während man zu beschreiben versucht, in welche nervöse Ungeduld dem Zuschauer das neue Stück von Botho Strauß in Luc Bondys ausgreifender Inszenierung in der Berliner Schaubühne treibt, – wie könnte man das kurzweilig oder gar amüsant schildern?

Wie soll man die Langweile erklären, in die man verfiel, ohne sie selbst zu beschreiben und damit für den Leser ruchbar werden zu lassen?

Natürlich wieder großer Auftrieb am Lehniner Platz. Die gesamte bundesdeutsche Großkritik, sonst die Theaterstadt Berlin füglich umgehend, ist präsent. Die feinsten Federn des Feuilletons sind in das Bühnenhaus eingezogen. Der hochgezogenen Brauen die Fülle.

Das spezifische Schaubühnen-Publikum ist erschienen. Leute, die man kaum oder nie in unseren anderen Bühnen sonst antreffen könnte – hier sind sie zur Stelle. Ein leichter Hauch von Schickeria liegt über dem Parkett. Die teueren, westlichen Bezirke der Berliner Weststadt haben ihren Einzug gehalten.

Hier war einst, als Peter Stein diese Truppe zu so hohen Ehren brachte, Botho Strauß der beste Mitarbeiter, der ständige Hausdramaturg gewesen. Stein ist ausgestiegen oder will nur noch gelegentlich Gastregien zeigen. Am Lehniner Platz hat eine sozusagen tapfere Melancholie Platz gegriffen. Man weiß: Man ruht auf altem, längst vergangenem Lorbeer. Die alten Zeiten einer jugendlichen Progressivität sind dahin. Theatralische Erneuerung – wie sie finden? Ein solcher Abend hat verzwickte Aspekte.

Man spielt Botho Straußens Zweipersonenstück „Die Fremdenführerin". Den Text dieses neuen Stückes hatte man bis zur Aufführung gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Nur besonders pfiffigen Kundschaftern war es gelungen, sich in den Besitz des Wortlauts zu setzen. Geheimniskrämerei sollte spannungsfördernd wirken. Der Deckel sollte erst bei der Premiere vom Topf gehoben sein, kein Wort vorzeitig ruchbar werden. Ein Hauch von komischer Verschwörung im Vorfeld.

Wenn dann aber die Bühne mit einem Lichtschlag sich endlich öffnet – was sieht man? Den Himmel Homers!



Zwei deutsche Seelen spielen Antike: Corinna Kirchhoff als Kristine und Bruno Ganz als Martin in „Die Fremdenführerin" FOTO: RUTH WALZ

Ein sehr deutscher Studienrat ist seiner heimatlichen Selbstunsicherheit entflohen. Er ist sich selbst und seinen Seelenzweifeln, wie sie in seiner bundesdeutschen Heimat grassieren, entwichen. Er will neu, will womöglich ganz anders anfangen. Er hat sich, teils angeekelt, teils berufsverdrossen, zur Flucht gerüstet. Er möchte unter klassischem Himmel ein anderer werden.

Er trifft auf ein deutsches Mädchen, das hier in Griechenland ebenso (wenn auch ganz anders) auf der Flucht vor sich selber ist. Sie ist, wie sich herausstellt, einem bedrohten, trunksüchtigen, dem Akt der eigenen Selbstvernichtung vollziehenden Landsmann hier in Olympia verfallen. Sie trägt schwer, genau wie der unstete, entwurzelte Studienrat.

Aber sie gibt sich leicht in den arkadischen Gefilden. Sie verliert ihren ersten Liebhaber. Der stirbt dahin in seinem verstörten Selbstzerstörungsdrang. Wir erblicken ihn, nur vermutungsweise, einmal auf der dunklen Szene.

Sie beginnt ihr tödliches Liebesspiel mit dem unsicheren Gast aus Deutschland. Er erblickt in ihr eine Art Verkörperung der alten, hellenischen Männerverzauberung. Sie foppt ihn wie ein weiblicher Irrwisch oder ein Faun. Sie quält ihn. Er quält sie. Zwei, die so verzwickt über ihre eigenen Kompliziertheiten nur immer stolpern – zwei spielen sich eine Art antiker Griechenliebe vor. Sie scheitern.

Mehr ist nicht. Botho Strauß, einst geschickt, oft so bitter satirisch spritzend, – hier munkelt er dunkel in der griechischen Helle. Er klopft an so vielen Türen hellenischer Vorbilder an. Er versucht (wenn ich ihn richtig verstanden habe) zu zeigen, wie uns heute alle Türen des Hellenentums verschlossen seien. Er treibt trauriges Spiel. Es endet traurig und wie mit Fransen. Die alte Tragödie ist uns heute nicht mehr möglich.

Das hat nun Luc Bondy in dem unmäßig gewaltigen Bühnenbilde von Dieter Hacker und Karl-Ernst Hermann mit überströmten Dimensionen ausführlich ausgebreitet. Man hört langwierige Zwischenmusiken, die wie uralte Boxgesänge wirken sollen. Die Antike soll donnern, immer wieder untermischt von allzu heutiger Stoßmusik.

Corinna Kirchhoff und Bruno Ganz stellen die beiden heiklen Aussteigertypen dar, die sich von ihrem heutigen Bewußtsein auch hier, unter der Sonne Homers, doch nicht lösen können. Frau Kirchhoff versucht, geradezu mit zauberischer Leichtigkeit, die Schwerelosigkeit einer gefährlichen Nymphe zu erreichen. Gelingen kann es ihr mit dieser Vorlage nur zu selten.

Bruno Ganz trägt schwer an den vielen unerträglich hochgestemmten Vieldeutigkeiten seiner Worte. Er sinkt (ausgerechnet dieser Schauspieler der Echtheit!) immer wieder in den zuckrigen Bildungskitsch ein, dem ihm Botho Strauß oft zugemutet hat. Das Kunstgewerbe dieser wahrlich kleinen Bühnenerfindung kann sogar Bruno Ganz nicht ganz überspielen, zumal, wenn es ihm so gewaltig und schwer auf die Schulter gedrückt wird.

Straußens Griechen-Paraphrase, wäre sie nur leichter serviert, wenn sie optisch nicht so mit schönem Ballast aufgepulvert wäre, wenn das kleine, an sich vorsätzlich unerhebliche Zweipersonenstück den frischen, boulevardesken Beigeschmack, den es vor der Pause durchaus hat, vom Autor durchgehalten wäre: Es könnte an den vielen Bühnen, die es sicher nachspielen wollen, durchaus sein Glück machen. Hier verkrustete es schließlich im harten Tiefsinn. Trauer sollte die „Fremdenführerin" tragen wie Elektra. Sie heißt im Stück aber Kristine.

Das Publikum hörte erstaunlich genau zu. Aber es hörte offenbar zu wenig. Es wirkte eher verstört. Der Beifall klang hungrig. Botho Straußens dramatische Geheimsache war, als sie endlich offengelegt wurde, als vorwiegend langweilend empfunden worden. Ein Schlag ins antike Wasser. FRIEDRICH LUFT

Nächste Vorstellungen: Täglich außer Montag bis 26.2. Kartenkasse: Tel. 030 / 89 00 23

Zürich: Ponnelle inszeniert „Cosi fan tutte"

Gefährliche Maskerade

Im Rahmen jener fast vollzähligen Folge von Mozart-Opern, die der Dirigent Nikolaus Harnoncourt und der Regisseur Jean-Pierre Ponnelle gemeinsam in Zürich erarbeiten, ist man nun endlich beim Hauptwerk angekommen. Die erste von Mozarts drei italienischen Opern zu Libretti von Lorenzo da Ponte, die Zürich zeigt, ist „Cosi fan tutte". Wie sich hier, an Mozarts Spätstil, Harnoncourts Suche nach historischen Aufführungsmodalitäten bewähren würde, darauf war man besonders gespannt.

Um es gleich vorwegzunehmen: Auch dieser späte Mozart, von dem wir meinen, er stünde uns musikalisch schon so nahe, daß es kaum neue Erfahrungen mit ihm geben könne, er klingt ganz einfach unendlich viel frischer, bewußter, vielsagender. Harnoncourt macht keine Dinge anders, bloß um sie anders zu machen. Im Grunde seines Musikerherzens geht es ihm doch nur darum, an Stil zu bewahren, was droht, im Einerlei verschüttet zu werden.

Bei Mozart tritt die Frage der Instrumente schon in den Hintergrund. In „Cosi" ist da nur noch wichtig, daß Naturhörner statt Ventilhörnern gespielt werden und die Klarinettisten ihre drei verschieden gestimmten Instrumente parat haben, statt alles auf der modernen Einheitsklarinette zu blasen. Harnoncourt kommt mit überraschend wenig Streichinstrumenten aus; aber das stimmt in der Proportion zu den von Mozart klein gehaltenen Bläsern haargenau. Nie kommt die Musik bei Harnoncourt in die Gefahr, sich mit jener wattierten sinfonischen Glätte zu umgeben, die in den letzten Jahrzehnten allen besseren Wissens zum Trotz von vielen Dirigenten kultiviert wurde.

Was die eigentliche Faszination bei Harnoncourt ausmacht, sind aber gar nicht einmal die klanglichen Resultate, sondern seine Art, Mozarts Musik durchzugestalten, zu betonen, sie reden zu lassen. Seit Dimitri Mitropoulos hat es wohl keinen Dirigenten gegeben, der so nachdrücklich Takt für Takt, Note für Note Bedeutungen klarmacht und damit die ganze Musik nicht nur als einen formalen Prozeß, sondern auch inhaltlich mitvollziehen läßt. Harnoncourts „Cosi" läßt einen erkennen, warum Mozart etwas so und nicht anders komponiert hat und wie das musikalisch gemeint ist.

Jean-Pierre Ponnelle, wie stets sein eigener Bühnenbildner, bei den Kostümen auf Pet Halmen bauend, ist nun alles andere als ein Neuling in Sachen „Cosi fan tutte". Aber in Zürich macht er das schwierige Stück doch ganz anders als bisher. „Cosi" war für ihn ein Stück mit sehr viel Lust am Spiel, Lust an der Verkleidung. Die beiden Offiziere fanden so viel Spaß an dem Verführungsspiel, daß sie dessen Folgen völlig aus den Augen verloren. Sie eroberten jeder die Freundin des Freundes mit der Bedenkenlosigkeit junger Verliebtheit. Da bekamen also auch die Männer einiges ab: bei ihnen war die Eroberungslust mindestens so stark wie die moralischen Skrupel.

Das dreht Ponnelle nun alles wieder herum. Die Männer möchten aus der Farce immer wieder ausbrechen und werden nur von Don Alfonso an der Kandare gehalten. Sie ahnen das entsetzliche Ende schon sehr früh, möchten heraus aus der Wette, ja sabotieren geradezu die ausgedachten Intrigen. Allein, es hilft nichts. Denn die beiden Damen, Fiordiligi und Dorabella, haben längst Feuer gefangen. Schon wenn Ferrando und Guglielmo das erste Mal in ihrer exotischen Verkleidung auftreten, signalisiert Dorabella, daß es diese animalischen, wilden Kerle sein müßten, wenn es denn überhaupt noch einem Mann gelingen sollte, sie vom Pfade der Tugend abzubringen. Ponnelle läßt da zeitweise die Farce sehr grell ausspielen, daß mancher feinere Gefühlszwischenton auf der Strecke bleibt. Ganz und gar daneben geht ihm das erste Aktfinale, wenn die beiden verkleideten Liebhaber, gerade von dem vermeintlichen Gift-Selbstmord aus Liebeskummer gerettet, über die beiden Schwestern herfallen und sie quasi vergewaltigen, was diese sich auch dank Alfonsos Zureden gefallen lassen. Da geht Ponnelle erheblich über den Spielraum des Stückes hinaus, während er ihn später kaum ausnutzt, um zu zeigen, wie weit die neue Liebschaft eigentlich reicht. Wie auch immer: die Frauen kommen bei Ponnelle arg schlecht weg. Ehrenretterin des weiblichen Geschlechts endlich Despina, die sich weigert, ihren Teil am Wettgewinn einzustreichen.

Abgesehen davon, daß Claudio Nicolai (Don Alfonso) wegen einer Erkältung nur markieren konnte, hatte die Zürcher Oper wieder ein Mozart-Ensemble von seltener Erlesenheit aufgeboten: mit Roberta Alexander als Fiordiligi, Ann Murray als Dorabella, Gösta Winbergh als Ferrando und Thomas Hampson als Guglielmo sowie Julia Hamari als Despina. Das ist so stimmprächtig wie spielfreudig und nebenbei noch ganz typengenau besetzt. Besser geht es nicht.

REINHARD BEUTH

Die nächsten Aufführungen: 21., 23., 26., 28. Febr., 4., 6., 16. März; Kartenkasse: 00411 / 25 16 922 / 23

Eine spektakuläre Webern-Biographie aus Moskau

Plädoyer für Neue Musik

Durchblättert man offiziöse sowjetische Stellungnahmen zur Neuen Musik, stößt man bis in jüngste Tage immer wieder auf dieselbe Lesart: Avantgardismus, abgesehen von der mit ihm verbundenen Gefahr kosmopolitischer Aufweichung, sei musikgeschichtlich etwas Überholtes und künstlerisch Wertloses, das nur noch von engstirnigen Dogmatikern ernstgenommen und geschätzt werde. Und diese Wertschätzung geschehe nicht ohne politische, sowjetfeindliche Absicht, wenn etwa musikalische Avantgardisten in Rußland selbst entdeckt würden.

Zum eigenen avantgardistischen Erbe vom Jahrhundertbeginn bleibt das Verhältnis herablassend. Bisweilen wird seine Existenz als westliches Hirngespinst abgetan; von den komponierenden Zeitgenossen Kandinskys und Chagalls findet ein führender sowjetischer Musikideologe wie Jurij Keldysch noch heute, sie hätten sich lediglich durch „lautstarke Deklarationen oder provozierende Titel" hervorgetan (Sowjetskaja Musyka 7/1985, S. 122).

Das Knäuel dieser gezüchteten Ressentiments muß man kennen, um in einem Buch wie der jetzt erschienenen ersten sowjetischen Webern-Monographie von Jurij Cholopow und (seiner Schwester) Valentina Cholopowa eine kleine Sensation zu erblicken: einfach, daß ein solches Buch, mit Liebe, Sorgfalt und Sachkenntnis geschrieben, in Moskau im Verlag des sowjetischen Komponistenverbandes erscheinen durfte. Ein Vorwort des als liberal geltenden Rodion Schtschedrin (WELT vom 4. 7. 1985) dürfte es möglich gemacht und lange genug scheinen die Entscheidungsprozesse gedauert zu haben.

Beide Autoren sind als Theoretiker der Neuen Musik keine Neulinge und auch hierzulande bekannt: von Valentina Cholopowa erschienen Analysen zu Strawinsky, von Jurij Cholopow zu den symmetrischen Leitern in der russischen Musik – jeweils in Übersetzungen des Verfassers – in der „Musikforschung", desgleichen bahnbrechende Erkenntnisse Jurij Cholopows zur „Spiegelsymmetrie in Variationen op. 27 von Anton Webern" 1973 im „Archiv für Musikwissenschaft". Von Zeit zu Zeit weiß die staatliche sowjetische Autorenagentur VAAP schon recht genau, mit welchen Publikationen im Westen Ehre einzulegen ist. Jurij Cholopow erlebte man schließlich als fulminanten Theoretiker ohne Scheuklappen beim Schostakowitsch-Symposion im Februar 1985 in Köln.

In der Weise wäre auch das Webern-Buch der Geschwister Cholopow zu beschreiben: Geduldig nehmen sie den sowjetischen Leser an die Hand und versuchen ihn von den gezüchteten Ressentiments zum Verständnis der Klangwelt und der musikgeschichtlichen Bedeutung Anton Weberns zu führen. Allein die hier zitierten westlichen Autorennamen – Adorno, Boulez, Eimert, Karkoschka, Kolneder, Leibowitz, Ligeti, Metzger, Willy Reich, Josef Rufer oder Karlheinz Stockhausen – lesen sich aus der Perspektive der üblichen sowjetischen Polemiken wie eine Giftschrank-Liste, und was Webern selbst unter „Materialgesetzen" der Musik, unter „Form als Vollendung", unter Kunst im Dienste der menschlichen Würde und unter Verantwortung des Künstlers verstand, hat mit den Aufgaben der Musik im Sinne des Sozialistischen Realismus jedenfalls in bisheriger Sicht wenig zu tun.

Um so mehr allerdings mit Weberns eigenem Widerstand gegen eine totalitäre Kunstpolitik, deren Vorlieben für Marschmusik und Massenlieder die Cholopows detailliert, doch ohne weiteren Kommentar beschreiben – der muß dann im Hinterkopf des Lesers stattfinden. Um so mehr hat es auch zu tun mit dem Bild Weberns, das im Aufbruch der sowjetischen Neuen Musik der sechziger Jahre zu einer Art Leitstern wurde. Nicht nur in Darmstadt haben nach dem Kriege Boulez und Stockhausen seine konzentrierte, mathematisch verschlüsselte Tonphilosophie als Chance zu neuer Mündigkeit begriffen, auch in Moskau taten dies – im poststalinschen „Tauwetter" – Komponisten wie Andrej Volkonsky, Edison Denissow und Alfred Schnittke, der schon in den sechziger Jahren Weberns Schriften ins Russische zu übersetzen begann.

Für sie gab es hierbei ein persönliches Bindeglied: Der Komponist und Theoretiker Philipp Moissejewitsch Herşcovici als leibhaftiger Schüler Weberns lebte und lebt in Moskau. Vor den Nazis mußte er nach dem „Anschluß" aus Wien flüchten, zunächst in seine rumänische Heimat, dann vor den anrückenden deutschen Truppen nach Moskau. Dort war er bald zu völliger öffentlicher Wirkungslosigkeit verurteilt, und in der Nennung seines Namens sieht die offiziöse sowjetische Musikmeinung eine Absurdität – er hatte aber die wichtigsten musikalischen Avantgardisten zu Privatschülern. Nur in Estland konnte er bislang wieder publizieren und kämpft seit Jahren einen verzweifelten Kampf um seine Ausreise nach Israel.

DETLEF GOJOWY

JOURNAL

US-Organisation contra Gewalt im Fernsehen

dpa, **Washington**

Rund 1600 amerikanische Kirchenführer haben erneut Sex und Gewalt im amerikanischen Fernsehen scharf kritisiert. Die Vertreter von rund 70 christlichen Verbänden und Kirchen schlossen sich zugleich zu einer Organisation mit dem Namen „Christliche Führer für ein verantwortungsbewußtes Fernsehen" zusammen. Ihr Hauptzweck ist der Versuch, die großen Fernsehanstalten ABC, CBS und NBC sowie Anbieter von Kabelprogrammen von der Notwendigkeit eines „familienfreundlichen" Fernsehens zu überzeugen. Zunächst sind die Sendeunternehmen aufgefordert, bis zum Herbst 1986 35 Prozent der gewalttätigen, sexuellen und gottlosen Szenen aus den Programmen zu entfernen. Sollten jedoch keine angemessenen Schritte erfolgen, will die Organisation ihren Kampf mit anderen Mitteln fortsetzen.

Neuer Intendant für Göttingens Theater

dpa, **Göttingen**

Der bisher in Göttingen als Gastregisseur arbeitende Heinz Engels wird am 1. August neuer Intendant des Deutschen Theaters in Göttingen. Der 42jährige, der Oberspielleiter in Brauchschweig und Regisseur in Düsseldorf, Darmstadt und Basel war, tritt mit der neuen Spielzeit die Nachfolge von Günther Fleckenstein an.

Psychologenkongreß in Berlin eröffnet

dpa, **Berlin**

In Berlin ist der internationale Kongreß für klinische Psychologie und Psychotherapie eröffnet worden. Das Thema der Veranstaltung lautet „Veränderter Alltag und klinische Psychologie". Etwa 200 Referenten werden sich dazu äußern. Am Kongreß nehmen rund 1500 Wissenschaftler und Experten aus dem In- und Ausland teil.

Moskauer Verlag gibt Pasternak heraus

dpa, **Moskau**

Das Moskauer Verlagshaus „Chudoschenstwenaja Literatura" hat eine zweibändige Ausgabe mit gesammelten Werken des weltberühmten russischen Schriftstellers Boris Pasternak herausgegeben, der wegen seines Romans „Dr. Schiwago" mit der Sowjetführung in Konflikt geraten war. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Tass am Freitag berichtete, ist die Pasternak-Ausgabe in einer Auflage von 100 000 Exemplaren erschienen.

Literaturpreis für Doris Lessing

dpa, **London**

Der englischen Schriftstellerin Doris Lessing ist für ihren Roman „The Good Terrorist" der Literaturpreis des britischen Buchhandelskonzerns W. H. Smith zuerkannt worden. Der Preis, einer der bedeutendesten in Großbritannien, ist mit rund 13 600 Mark dotiert und wird für die jeweils bedeutendste Neuerscheinung des Jahres verliehen.

Fast 400 000 Mark für ein H.-Miller-Manuskript

AP, **New York**

Das Originalmanuskript des Romans „Wendekreis des Krebses" von Henry Miller ist in New York vom Auktionshaus Sotheby's für 165 000 Dollar (rund 396 000 Mark) versteigert worden. Der Käufer des 926 Seiten starken, überwiegend mit Schreibmaschine geschriebenen Manuskripts blieb unbekannt. Einem Sprecher des Auktions-Hauses zufolge, ist der Preis der bisher höchste, der in den USA für das Manuskript eines modernen Schriftstellers erzielt wurde.

Hobby-Taucher fanden mittelalterliche Geräte

dpa, **Berlin**

Hobby-Taucher haben in einem See im „DDR"-Bezirk Neubrandenburg etwa 700 Gebrauchsgegenstände aus dem Mittelalter entdeckt. Die wertvollen Stücke aus Keramik und Zinn, darunter Kannen, Becher, Krüge, Vasen und Tassen, stammen aus dem 13. und 16. Jahrhundert. Bei den Tauchexpeditionen wurden unter Schlammschichten in geringer Tiefe auch Messer, Holzteller, Scheren sowie Äxte, Messingfassungen von Bibeln und kleine Plastiken entdeckt.

Edmund Rubbra †

Der britische Komponist Edmund Rubbra ist am vergangenen Freitag im Alter von 84 Jahren in der Grafschaft Buckinghamshire gestorben. Rubbra zählte besonders mit seinem symphonischen Schaffen zu den bekanntesten zeitgenössischen Komponisten in Großbritannien. Neben mehreren Kirchenmusiken schrieb er unter anderem die Oper „Bee-Bee-Bei" (1931) und das Ballett „Prism" (1938). Von 1947 bis 1968 hatte er an der Universität Oxford gelehrt.

Schon Roland gab die Devise aus: „Vryheit“

Bremen. Die Wunden des Bombeninfernos sind längst vernarbt. Doch hinter der Idylle und dem (längst) wiedererstandenen Glanz dieser Freien und Hansestadt verbergen sich akute Existenzsorgen. Die Regierenden zerbrechen sich den Kopf darüber, wie sie das kleinste Bundesland aus den roten Zahlen bringen sollen.

Gar keine Frage, daß Bremen beim Wiederaufbau nach '45 Immenses geleistet hat und sein Ruf abermals in alle Welt gedrungen ist. Ein Gang durch die Stadt lohnt. Da ist der Marktplatz mit dem unvergleichlichen Rathaus, das von 1404 bis 1408 erbaut wurde. Lebhaft kontrastierend dazu der St.-Petri-Dom (oben links), das vor 25 Jahren entstandene Parlamentsgebäude sowie der stolze Schütting-Bau von 1537, das Haus der Bremischen Kaufmannschaft seither.

Unübersehbar auch der Roland (Bildmitte), Sinnbild der Rechte dieser Stadt, dessen steinernes Abbild 1404 den hölzernen Vorgänger ablöste. Märchenhaft bekannt Gerhard Marcks' Plastik der Bremer Stadtmusikanten (unten Mitte); von dort ein Katzensprung zum Theater am Goetheplatz (links unten), das einst als Schauspielhaus unter Eduard Ichon und Johannes Wiegand Theatergeschichte machte. Ein Ziel auch die Böttcherstraße mit den Bauten Bernhard Hoetgers, dem *Paula-Becker-Modersohn-* und dem *Roselius-Haus mit* dem Glockenspiel. Nahe dem Hauptbahnhof (oben Mitte) lenkt die Mühle am Wall (rechts oben), die letzte von einst einem Dutzend, die Blicke auf sich. Im Überseehafen (unten rechts) schwanken die Geschäfte zwar wie das Küstenwetter, seiner Faszination und Geschäftigkeit tut dies jedoch kaum Abbruch.

Die Bremer, von Natur aus Optimisten, tragen die Zeitläufe mit Gelassenheit. Ihren Wagemut symbolisiert das „Schulschiff Deutschland“ (rechts Mitte), das seit 1949 auf der Neustädter Seite fest vor Anker liegt und jährlich bis zu 350 jungen Menschen die Vorbereitung auf den Seemannsberuf ermöglicht. Einst kreuzte der Dreimaster im Nordatlantik, ehe er zum Lazarettschiff umgerüstet wurde. Die Bremer sind stolz auf ihn wie auf die Inschrift auf dem Schilde des Roland am Rathaus, die mit den Worten beginnt: Vryheit. do ick. yu. openbar...

Von Titeln, Orden und Ehrenzeichen halten die Bremer wenig. Sie waren und sind bedächtig, wissen, was sie ihrer Stadt schuldig sind. Das wiederum ist so wenig durchaus nicht. WALTER A. BAUER





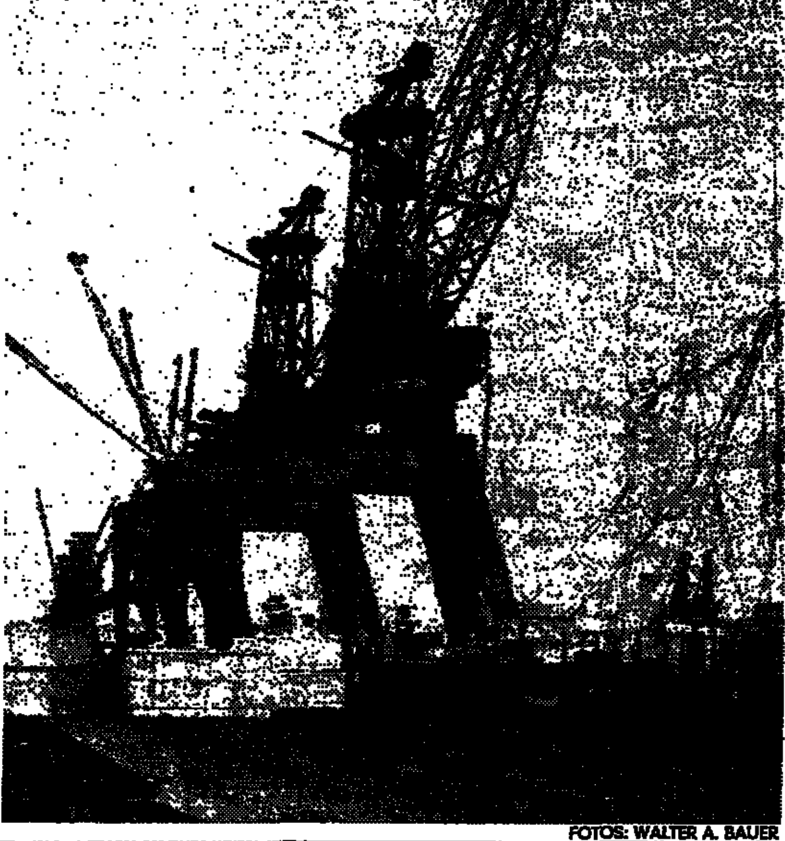












FOTOS: WALTER A. BAUER

Tradition und Etikette: Bremens Schaffermahlzeit

W. WESSENDORF, Bremen

Ein „Südlicht“ pries norddeutschen Kaufmannsgeist und 300 feierlich im Frack gekleidete Gäste donnerten zurück: „Hipp, hipp, hurra“. Bremen zelebrierte die 442. Schaffermahlzeit. Das Kompliment kam vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU): „Ich will über Solidarität reden, die hier gepflegt wird. Ich kann mich nicht erinnern, je an einer solch traditionellen Veranstaltung teilgenommen zu haben. Das gibt es nur im Norden, in Bremen, vielleicht noch ein bißchen in Hamburg.“

Die Schaffermahlzeit wurde ursprünglich als Abschiedsmahl ausgerichtet, das Kaufleute und Reeder alljährlich am Ende des Winters ihren Kapitänen gaben, die zu großer Fahrt rüsteten. An dem seit 1545 gefeierten ältesten Brudermahl der Welt nehmen Kapitäne, Reeder, Kaufleute, Politiker und Diplomaten teil. Aus dem schlichten Stockfischessen wurde im Laufe der Zeit ein feierliches fünfstündiges Mahl mit festgelegter Speisenfolge, bei dem Silberbecher von Gast zu Gast wandern.

Keiner verzog die Miene, als das süße Bier die Lippen benetzte. Dieses Bier wird nur einmal im Jahr für diesen Anlaß gebraut. Auch die aus schwerem Silber auf Hochglanz polierte Kogge machte mit.

Späth kam erst spät zu Wort: „Ich kenne keine Institution, die wie das Haus der Seefahrt so lange die Solidarität aufrecht erhalten konnte.“ Dieser Gemeinschaftssinn habe evolutionäre wie revolutionäre Zeiten überdauert.

Der Philosoph aus dem Musterländle schnitt – nicht ohne Schlitzohrigkeit – ein beliebtes Thema an: den Abbau der Bürokratie: „In meiner Regierungszeit habe ich 30 000 Verwaltungsvorschriften beseitigt“, merkte er an, doch sei das bis heute niemandem aufgefallen. Da gab es Gelächter in der Bremer Runde.

Der Ehrengast ließ in seiner wirtschaftspolitischen Rede das „arme Bremen“ nicht fallen. „Wir alle haben etwas über unsere Verhältnisse gelebt“, mahnte er. In Zeiten der Not gäbe es aber einen Zusammenhalt. Seien die Probleme erst gelöst, würde der Egoismus jedoch wieder Platz greifen. Doch auch ohne Notlage sollte die Zukunftsentwicklung durch Zusammenballung aller Kräfte vorangetrieben werden.

Bremens Regierungschef Klaus Wedemeier (SPD) ließ entgegen aller Etikette die Hälfte seines Frackschwanzes über den Stuhl hängen, hörte ansonsten aber aufmerksam zu. Die Solidarität des Kollegen Späth dürfte ihm gefallen haben. Bremen hat mit 12 200 Mark (Stand: '84) die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer.

WETTER: Temperaturanstieg

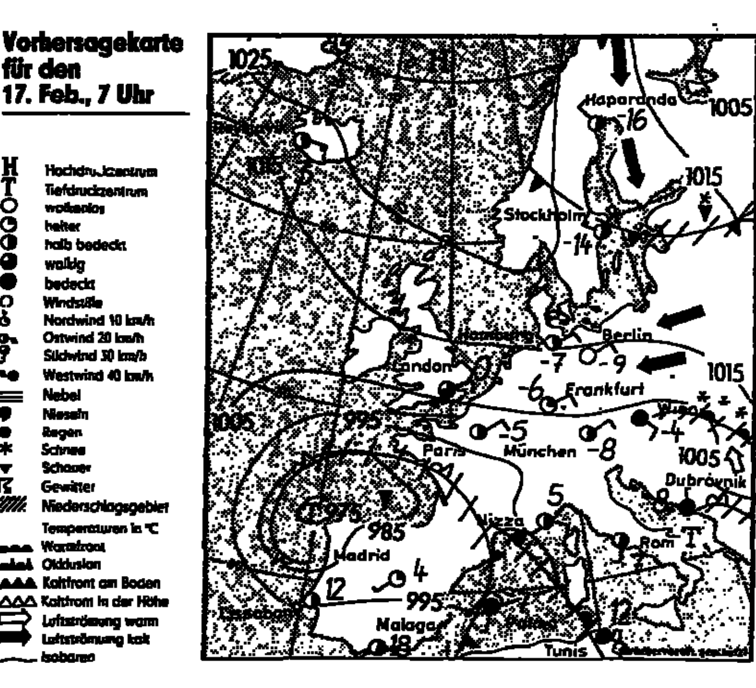
Lage: Das wetterbestimmende skandinavische Hoch schwächt sich ab, so daß Ausläufer eines Adriatiefs alpennordwärts vordringen und die Osthälfte Deutschlands beeinflussen können.

Vorhersage für Montag: In der Westhälfte teils sonnig, teils bewölkt. Im wesentlichen niederschlagsfrei. In der Osthälfte gelegentlich leichter Schneefall. Höchsttemperaturen zwischen plus 2 und minus 3 Grad. Tiefstwerte nachts zwischen minus 2 und minus 7 Grad. Schwacher, an der Küste mäßiger Wind aus Ost bis Südost.

Weitere Aussichten: Stark bewölkt, zeitweise Schneeregen, vermehrt Straßenglätte. Leichter Temperaturanstieg.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.31 Uhr*, Untergang: 17.42 Uhr; **Mondaufgang:** 10.59 Uhr, Untergang: 3.42 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 17. Feb., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-4	bd
Bielefeld	-3	bw
Braunlage	-6	S
Bremen	-4	bd
Dortmund	-2	bw
Dresden	-2	he
Düsseldorf	0	wl
Erfurt	-4	bd
Essen	-1	wl
Feldberg/S.	-4	IW
Flensburg	-3	S
Frankfurt/M.	-1	wl
Freiburg	-1	bd
Garmisch	1	he
Greifswald	-5	bd
Hamburg	-4	bw
Hannover	-4	bd
Kahler Asten	-7	IW
Kassel	-2	bd
Kempten	0	wl
Kiel	-2	S
Koblenz	0	he
Köln-Bonn	1	wl
Konstanz	2	he
Leipzig	-1	bw
List/Sylt	-3	S
Lübeck	-4	S
Mannheim	2	wl
München	-4	he
Münster	-1	bw
Norderney	-5	bd
Nürnberg	0	he
Oberstdorf	3	he
Passau	-1	bd
Saarbrücken	-2	wl
Stuttgart	-1	bw
Trier	-2	wl
Zugspitze	-11	he

Ausland:		
Algier	20	wl
Amsterdam	-3	bw
Athen	17	bw
Barcelona	14	bw
Belgrad	-2	S
Bordeaux	12	bw
Bozen	4	he
Brüssel	-1	wl
Budapest	0	S
Bukarest	-3	bd
Casablanca	–	–
Dublin	2	bd
Dubrovnik	10	bd
Edinburgh	2	Sr
Faro	16	bd
Florenz	9	wl
Genf	2	bd
Helsinki	-5	bw
Hongkong	13	R
Innsbruck	2	he
Istanbul	9	bw
Kairo	20	he
Klagenfurt	-1	S
Konstanza	0	he
Kopenhagen	0	bw
Korfu	11	R
Las Palmas	19	bw
Leningrad	-7	bw
Lissabon	12	bw
Locarno	-4	bl
London	2	bd
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	-3	wl
Madrid	12	bw
Mailand	2	wl
Malaga	19	bw
Mallorca	16	bw
Moskau	-8	he
Neapel	7	bw
New York	-6	he
Nizza	13	he
Oslo	-7	bw
Ostende	-2	he
Palermo	13	bw
Paris	3	bw
Peking	2	bw
Prag	0	he
Rhodos	15	bd
Rom	8	bw
Salzburg	0	bd
Singapur	–	–
Split	6	bd
Stockholm	-6	he
Straßburg	-2	bw
Tel Aviv	16	he
Tokio	6	bw
Tunis	15	bw
Valencia	19	bd
Varna	2	bd
Venedig	4	he
Warschau	-4	bw
Wien	-1	bd
Zürich	2	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Sc = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

LEUTE HEUTE

Rechtzeitig

Braungebrannt ist **Sarah Ferguson** (26) von ihrem Skiurlaub mit **Prinzessin Diana** und **Prinz Charles** nach Hause zurückgekehrt. Gerade noch rechtzeitig vor dem 26. Geburtstag von **Prinz Andrew** am Mittwoch; denn nachdem Major **Ronald Ferguson** nun auch noch Prinz Charles auf seiner Texas-Reise begleiten darf, ist auf der Insel der Einzug seiner Tochter ins Königshaus – als Frau des zweitältesten Sohns von **Königin Elizabeth** – gemachte Sache. Die Auguren wissen auch wann: An eben kommendem Mittwoch nämlich.

Bald, sehr bald

Nach etwas mehr als einem Monat Aufenthalt im Himalaja-Königreich Nepal ist **Shree Rajneesh** nach Bangkok weitergeflogen. „Bald, sehr bald, schon für die nächsten Tage“, hat der Bhagwan allerdings weitere Pläne: „den Flug in meine neue Heimat“. Wo das wiederum sein wird, weiß bis jetzt nur der Erleuchtete selbst.

Demnächst

SPD-Kanzlerkandidat **Johannes Rau** läßt sich seine kleinen Freuden nicht nehmen: Obwohl er am Samstag in der ZDF-Sendung „Wetten, daß ...“ gewann – die **„Geschwister Timmermann“** bauten, wie Rau es vorhergesagt hatte, in drei Minuten ein Klavier zusammen –, will er demnächst seinen Wetteinsatz einlösen: Bei einer Bergischen Kaffeetafel führt der Wuppertaler vor dem (Wähler-)Nachwuchs ein selbstgeschriebenes Kasperlestück auf.

Fast zu spät

Wie schwer es Santa Claus haben muß, wenn er sich zu Weihnachten durch den Kamin zwängt, erfuhr der 24jährige **Thomas Bannon** aus Boston am eigenen Leibe: Er blieb nachts im Schornstein eines Supermarktes stecken. Lange Zeit später, gegen fünf Uhr morgens, hörte ein Wachmann sein Rufen – die Feuerwehr mußte den Schornstein demontieren, um den jungen Mann aus seiner Zwangslage zu befreien. Über die Vorgeschichte des Zwischenfalls befragt, antwortete Bannon lapidar: „Ging nichtsahnend auf dem Dach spazieren und rutschte plötzlich in den Kamin ...“

War schon der Start der Fehler?

AP, Cape Canaveral

Die Entscheidung, die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar überhaupt zum Start freizugeben, könnte „ein Fehler“ gewesen sein. Diesen Verdacht äußerte die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in einem Zwischenbericht. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Kommission William Rogers hat die Kommission alle Entscheidungen überprüft, die zum Startbefehl für „Challenger“ geführt haben.

Die Nasa hat unterdessen die Bereitschaft angedeutet, an ihrer internen Untersuchung der „Challenger“-Explosion niemanden mehr mitarbeiten zu lassen, der an der Startentscheidung beteiligt war. Aus zuverlässigen Kreisen hieß es, eine große Zahl von Leuten sei betroffen, die an dem frostigen Januarmorgen grünes Licht zum Start gegeben hätten. Ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Klärung der Unglücksursache könnte auch die niedrige Temperatur gewesen sein, die vor und während des Starts auf Cape Canaveral herrschte und unter der die Dichtungsringe am Booster gelitten haben könnten.

Einige neue Einzelheiten, aber keine endgültige Aussage über die Unglücksursache bringt eine Fotochronik über den letzten Start der „Challenger“, die die Nasa jetzt veröffentlicht hat. Sie belegt lückenlos den letzten Flug der Fähre vom Start bis zur Explosion in 13 Kilometer Höhe 73 Sekunden später.

Das Verhängnis für die siebenköpfige Besatzung begann offenbar schon eine halbe Sekunde nach dem Start. Der Nasa-Film zeigt schon 0,4 Sekunden nach dem Start eine kleine schwarze Rauchwolke zwischen dem rechten Booster und dem Treibstofftank, die etwa zwölf Sekunden lang zu sehen war. Eine knappe Minute nach dem Start ging von einem Teil der Zusatzrakete noch einmal eine Rauchwolke aus, der an derselben Stelle eine Sekunde später eine Stichflamme folgte. In der Startrakete fiel zu dieser Zeit der Druck ab.

Die Bilderfolge zeigt deutlich, daß die Fähre in diesem Moment vom Kurs abkam, da die Schubkraft der linken, offenbar intakten Zusatzrakete nicht nachließ. Das elektronische Steuerungssystem der Raumfähre gab das Kommando, den Kurs zu korrigieren, und die rechte Flügelklappe der „Challenger“ bewegte sich. Die Raumfähre kam dennoch heftig ins Schlingern. Ein Nasa-Sprecher sagte, die Besatzung habe das unter dem Eindruck der starken Beschleunigung in der Startphase vermutlich nicht bemerkt.

„Das Paradies ist dornenverhangen“

Südsee als Autobahn der Weltumsegler / Tip des „Seenomaden“: kältere Regionen

PETER W. FISCHER, Düsseldorf

Einfach alles hinschmeißen. Geld zusammenkratzen, ein Boot kaufen und um die Welt segeln. In der Sonne einsam unter Palmen liegen, den Saft einer Kokosnuß schlürfen und den Wellen lauschen. Ein Südseetraum, der problemlos Wirklichkeit werden kann? Von wegen!

Hunderte verwirklichen sich ihren Traum von einem der letzten Abenteuer der Erde – Aussteiger, Pensionäre, Abenteurer und erfahrene Segler. Sind sie erst einmal auf eigenem Kiel unterwegs, müssen sie oft feststellen, daß auf den gängigen Routen inzwischen Hochbetrieb herrscht. Daß man die schönsten Südseehäfen nur noch anlaufen darf, wenn man eine Menge Bargeld an Bord hat. Daß die Ankerplätze überfüllt sind. Und daß Langstrecken-Segelei überhaupt eine Schinderei ist.

Vier namhafte deutsche Weltumsegler haben den Mythos des Meeres jetzt auf die Planken der Realität zurückgeholt. Heide Voigt, die mit ihrem Mann vier Jahre lang die Welt umrundete, gab bei einer Diskussionsrunde in Düsseldorf ein Rechenbeispiel: „Von hundert Segeltagen sind nur 15 ideal. An den übrigen gibt es zuviel, zuwenig oder keinen Wind.“

Einig waren sich Heide Voigt, Burkhard Pieske, der als „Seenomade“ mit einem Katamaran durch die Weltmeere schippert, der Hamburger Einhandsegler Detlev Martens und der Weltumsegler Wilfried Erdmann, daß man für einen Segeltörn rund um den Globus das nötige Kleingeld braucht – für die Anschaffung von Boot und Ausrüstung und das monate- oder sogar jahrelange Leben an Bord. Heide Voigt: „Viele erreichen mit ihrem letzten Dollar die Südsee und hängen dann den Eingeborenen auf der Tasche.“ Manche ernähren sich nach ihren Erfahrungen mit nur 300 Mark monatlich. „Aber die essen dann immer nur Fisch und Reis, Reis und Fisch.“ Französisch-Polynesien sei beispielsweise zwei- bis dreimal so teuer wie Deutschland.

Den richtigen Partner an Bord zu haben, halten die vier Experten für besonders wichtig. Heide Voigt: „Liebe erleichtert das Leben an Bord sehr. Manchmal denkt man, da ist keine mehr – aber auch da muß man durch. Alles ist viel schwieriger als zu Hause. Man hat an Bord doch keine Möglichkeit, seine Aggressionen abzulassen.“

Auch handfeste Tips gaben die Experten. Erdmann: „Ein kleineres als ein Zehn-Meter-Boot möchte ich nie wieder haben.“ Englisch sollte man unbedingt sprechen können, und in Südseeregionen auch französisch. Martens schwört auf Radar an Bord: „Man kann in Ruhe schlafen.“

Wer die Standardroute wählt – von Europa aus in die Karibik, durch den Panama-Kanal über die Galapagos-Inseln in die Südsee, durch den Indischen Ozean und über Kapstadt zurück Richtung Europa – wird sich unterwegs oft wie auf der „Autobahn der Weltumsegler“ vorkommen. Paradiese jedoch gibt es für Segler nach den Worten von Burkhard Pieske immer noch, wenn sie auch „dornenverhangen“ sind. Er hat solche paradiesischen Gegenden vor allem in den Kälteregionen gefunden. „Dort ist alles billiger, die Leute geben einem Wärme und Sicherheit.“ Seine Geheimtips: Argentinien und Chile. Und auch Heide Voigt meinte, wenn man bereit sei, beispielsweise 200 Seemeilen gegen den Passat zu segeln, „kann man die Idylle noch finden“.

Nach ihrer wahren Trauminsel befragt, antwortete sie freilich: „Hamburg – das habe ich nach vier Jahren Segeln herausgefunden.“ (dpa)

Sowjetischer Luxusliner gesunken

dpa, Wellington

Auf einer südpazifischen Kreuzfahrt ist das sowjetische Passagierschiff „Michail Lermontow“ (20 000 BRT) gestern abend vor der neuseeländischen Küste auf ein Riff gelaufen und gesunken. Die rund 400 Passagiere, vorwiegend ältere australische Touristen, und 340 Besatzungsmitglieder wurden gerettet. Ein Tanker, ein Fährschiff und einige kleinere Schiffe brachten sie zur Hauptstadt Wellington, wo sie in Hotels untergebracht werden sollten. Deutsche sollen nach Auskunft des neuseeländischen Reiseveranstalters nicht an Bord gewesen sein. Das Unglück ereignete sich in einem Regensturm an der Nordküste der neuseeländischen Südinsel vor Cape Jackson, nur wenige Kilometer von der Hafenstadt Picton entfernt. Die „Michail Lermontow“ mit 330 sowjetischen und zehn australishen Besatzungsmitgliedern unternimmt seit mehreren Jahren regelmäßig von Australien und Neuseeland aus südpazifische Kreuzfahrten. Das in der „DDR“ gebaute Schiff war erst vor kurzem gründlich überholt und modernisiert worden.

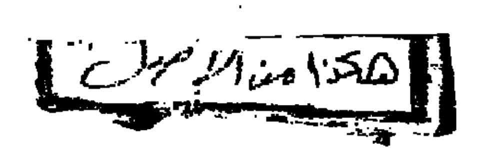
Maschine überladen?

AFP, Washington

Die DC-8 der Chartergesellschaft Arrow Air, die am 12. Dezember bei Gander (Neufundland) abgestürzt ist, hatte fünf Tonnen mehr Gewicht als angenommen an Bord, wie das amerikanische Amt für Verkehrssicherheit (NTSB) am Freitag mitteilte. Die Behörde hat zusammen mit kanadischen Dienststellen Ermittlungen über die Ursache des Unglücks geführt, bei dem 248 US-Soldaten und die Besatzung den Tod fanden. Das NTSB erklärte jedoch nicht ausdrücklich, daß Überladung zum Absturz der Maschine geführt habe.

ZU GUTER LETZT

„Zwei Motorradfahrer mußten ihr Leben lassen, aber im nächsten Jahr sind sie alle wieder dabei.“ Doris Papperitz, Sport-Moderatorin, im sogenannten „Aktuellen Sportstudio“, das am Samstag von der fünf Wochen alten Rallye Paris–Dakar berichtete.



TA Luft: Kein Krimi

E. N. – Als 1974 in Bonn ein Gesetzeswerk namens „TA Luft" verabschiedet wurde, ging die Sache ohne große Anteilnahme der Bevölkerung über die parlamentarische Bühne. Erst seit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann 1983 auf 114 Schreibmaschinenseiten den Text einer Verschärfung der dort festgelegten Bestimmungen für Schadstoffabgabe der Industrie den Ländern zukommen ließ, wurde der Titel „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft" richtig populär. Denn inzwischen gab es das Waldsterben, gab es zahlreiche Bürgerinitiativen zur Erhaltung der gefährdeten Natur.

Jetzt liegt die dritte Neufassung der „TA Luft", die nach den Vorstellungen des Bundesinnenministers schon am 1. März in Kraft treten kann, auf den Tischen der Politiker und der Industrie. Wird sie verwirklicht, dann bedeutet das nicht nur einen Investitionsschub von etwa zehn Milliarden Mark, sondern weitere drastische Reduzierung der Luftschadstoffe, vor allem bei den Schwermetallen, Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden und Staub. Schon bei der letzten Novellierung 1983 wurden so gefährliche Schwermetalle wie Blei oder Kadmium in Emissionen um das Zwanzigfache vermindert.

Obwohl der Kampf um die reine Luft ein wirklich spannendes Unternehmen ist, kann man nicht gerade sagen, daß die zugehörigen Texte aus Bonn sich wie Kriminalromane lesen. Über zwei Jahre wurde an der „TA Luft 3. Teil" gefeilt – das merkt man einem solchen Regelwerk natürlich an. Und was soll ein Nicht-Experte zum Beispiel mit Angaben über Konzentrationen im Abgas anfangen, die „Beryllium und seine Verbindungen in atembarer Form, Dibenz (a,h) anthracen, 2-Naphthylamin bei einem Massenstrom von 0,5 g/h oder mehr" zitieren?

Die „TA Luft 3. Teil" hat sich durch Einsprüche und Verbesserungsvorschläge verspätet, denn eigentlich sollte sie schon im Frühjahr 1985 in Kraft treten. Die Industrie kämpft gegen zu teuer werdende Auflagen. Die Umweltschützer kreiden der Regierung dagegen gern Laschheit an. Bayern und Baden-Württemberg haben sich auf ihre Seite geschlagen. Und so ist das, was nun wirksam werden wird, ein Kompromiß. Dennoch gibt es weltweit kein so engmaschiges Programm zur Luftreinhaltung wie in der Bundesrepublik. Die Investitionen dafür haben sich seit 1975, wo rund 137 Millionen Mark dafür ausgegeben wurden, fast verzwanzigfacht.

„Unsere Forscher sind im Begriff, eine mühsame Aufholjagd zu gewinnen"

Von J.-T. CASSENS

Über viele Jahrzehnte hinweg wurden reaktionsfähige und auslaugbare Stoffe unsortiert abgekippt, ohne daß man damals die Folgen absehen konnte, die wir heute feststellen. Allein in Niedersachsen gibt es an rund hundert Standorten möglicherweise zu sanierende Ablagerungs-Altlasten; im gesamten Bundesgebiet dürften es etwa tausend sein. Vor allem die Wissenschaftler sind in dieser Situation gefragt. Die bisherigen Ansätze der Forschung lassen schon jetzt erkennen, daß man die Probleme zumindest langfristig in den Griff bekommen wird.

● *Die Forschung beginnt bei der Ist-Aufnahme.*

Eine wesentliche Hilfe für die Erkundung von Altablagerungen und Vorabschätzungen des Gefährdungspotentials sind neuentwickelte geophysikalische Sondierungsverfahren, zum Beispiel die Radarsondierung, die elektromagnetische Induktionssondierung und Magnetometeruntersuchungen. Der Aufnahme des Ist-Zustandes dienten auch die soeben abgeschlossenen Untersuchungen einer interdisziplinären Arbeitsgruppe in Braunschweig.

● *Verfahren der Sanierung.*

Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen in der Sanierung selbst. Bei kleinen Mengen wurden Umlagerungsaktionen bereits mit Erfolg durchgeführt. So hat man im Landkreis Hannover einen Ölteich umgelagert. Hierbei wurde ein maßgeblich an der Universität Hannover weiterentwickeltes Verfahren der Sonderabfällverfestigung eingesetzt. Dagegen ist die gesamte Umlagerung großer Altlasten nicht realisierbar. In solchen Fällen kommen im wesentlichen nur Einkapselungen oder Dekontaminationen in Frage.

Zur Einkapselung werden nachträglich eingebrachte Dichtwände und injizierte Dichtungssohlen eingesetzt. Forschungsarbeiten an der Universität Hannover und an der TU Braunschweig sind darauf ausgerichtet, die Eignung von Dichtungsmassen zu ermitteln. Mit hydrologischen Verfahren werden Ausbreitungsvorgänge von Kontaminationen im Grundwasser berechnet und begrenzt. Verfahren für die Behandlung von Sicker- und Stauwässern, zum Beispiel durch Flockung, wurden gleichfalls an der Universität Hannover entwickelt.

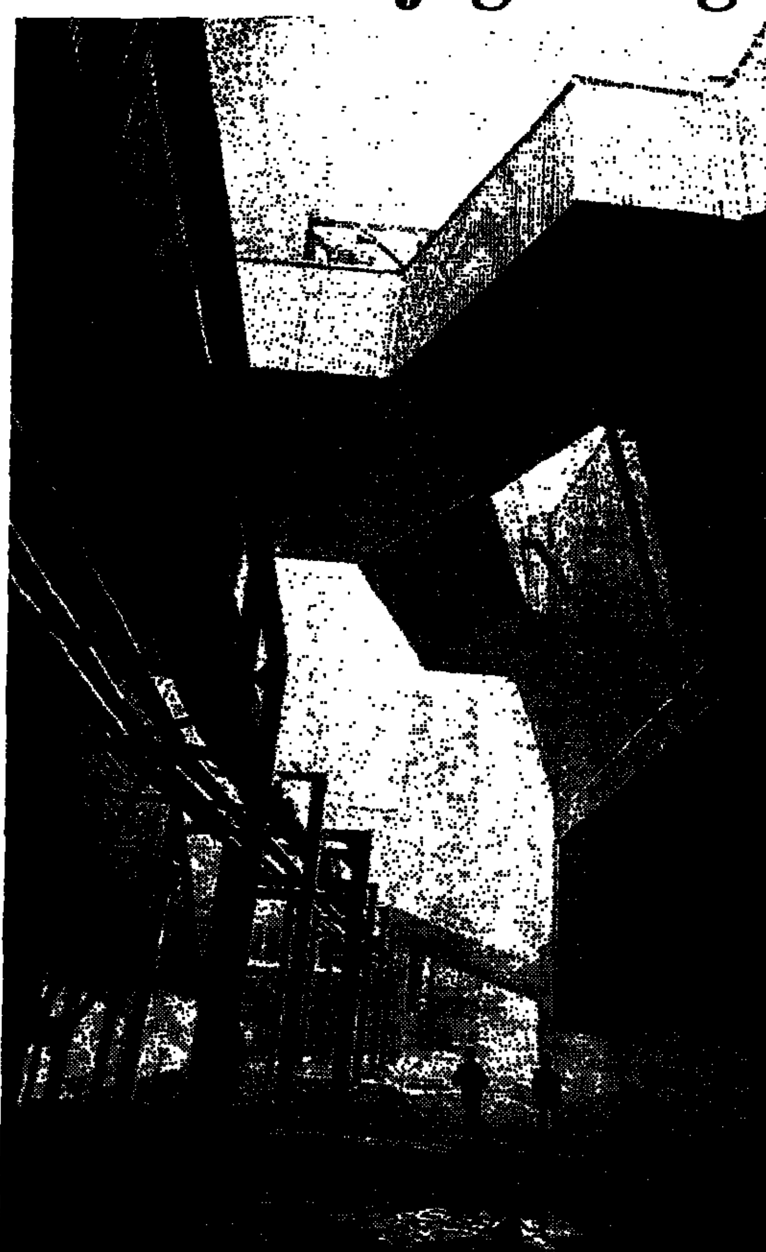
● *Können Mikroorganismen Dioxin verzehren?*

In jüngster Zeit wurde darüber berichtet, es sei Wissenschaftlern gelungen, Mikroorganismen auf hochgradige Gifte anzusetzen. Wie realistisch sind diese Forschungen?

Es trifft zu, daß bestimmte, freilich sehr seltene Mikroorganismen hochgradig giftige Stoffe (DDT, PCB, Dioxine) als Energiequelle nutzen. Dabei spalten sie die Moleküle der Giftstoffe und wandeln sie in ungiftige Verbindungen um. Zur Durchführung dieser Reaktionen benutzen sie spezielle Enzyme. Weltweit sind die Forscher auf der Suche nach Organismen, die in der Lage sind, chlorierte Kohlenwasserstoffe abzubauen. Doch diese Eigenschaft allein genügt nicht. Die Organismen müssen an die Lebensbedingungen von Mülldeponien spezifisch angepaßt sein und die dort herrschenden Temperaturen, Salze und Lösungsmittel verkraften können. Professor Joachim Klein, Wissenschaftlicher Leiter der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung in Braunschweig, verweist auf zwei Systeme:

Das eine ist ein Enzym in der Säugetierleber, Cytochrom P 450. Wissenschaftler arbeiten daran, das Gen für Cytochrom P 450 in Bakterien oder Hefen zu klonieren, das heißt, man versucht, aktive Enzyme aus Mikroorganismen zu gewinnen. Diese Wirtszellen müßten weiter verändert werden: Sie müssen immun gegen Chlorkohlenwasserstoffe werden und diese in hoher Rate durch die Zellwand aufnehmen können; nicht zuletzt müssen sie unter Deponie-Bedingungen lebensfähig sein.

Das zweite System: Unlängst wurde ein Pilz gefunden (ph anerochaete chrysosporium), der am Verrottungsprozeß von Holz beteiligt ist. Der Pilz besitzt einen noch unbekannten Enzymkomplex, der außerhalb der Zelle nicht nur Lignin, sondern auch chlorierte Kohlenwasserstoffe spaltet. Freilich arbeitet das Enzym nur bei niedrigen Nitratkonzentrationen; auf Mülldeponien findet er nicht eben günstige Arbeitsbedingungen vor – Grund genug, weiter zu forschen.



Umweltschutz, Technologie mit gewaltigem Markt

FOTO: M. VOLLMER

● *Auch an Risiken denken.*

Diese Verfahren bergen auch Risiken: Die gewollte Stärkung der Überlebensfähigkeit eines Giftfressers in extremer Umgebung könnte problematisch werden.

● *Neue Grundsätze für die Abfallwirtschaft.*

Die bisherigen Forschungsergebnisse haben gezeigt, daß es unumgänglich ist, neue abfallwirtschaftliche Grundsätze aufzustellen.

Der Rahmenplan „Sonderabfallbeseitigung Niedersachsen", den die niedersächsische Landesregierung im November 1985 verabschiedet hat, trägt diesen Forderungen Rechnung: Danach sollen künftig organische Sonderabfälle grundsätzlich thermisch behandelt werden (Hochtemperaturverbrennung oder Pyrolyse). Feste mineralische Sonderabfälle sollen oberirdisch in Tondeponien eingelagert werden.

Besonders toxische und stark auslaugbare Sonderabfälle sind in unterirdische Deponien zu verbringen. Für die unterirdische Einlagerung kommen vorrangig Salzkavernen, aber auch Bergwerke im Salzgestein in Frage. Auch andere geologische Formationen als Salz halten Wissenschaftler für geeignet.

● *Weitere Forschungsansätze nutzen.*

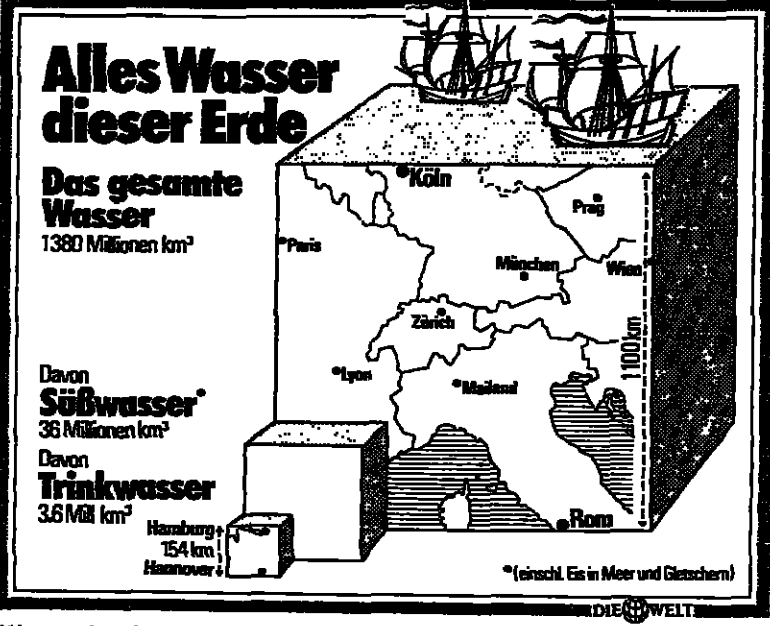
Darüber hinaus gibt es Überlegungen, an der TU Braunschweig ein Institut für Abfallanalytik einzurichten. Auch die Forschungen der TU Clausthal sollen genutzt werden: Die Landesregierung plant die Errichtung eines Instituts für Entsorgungs- und Wiederverwertungstechnik disperser Stoffe. Unter anderem soll die Forschung in Clausthal dazu beitragen, aus Abfallstoffen durch umweltfreundliche Sortierverfahren die wertvollen Bestandteile zu gewinnen.

Müllhalden sind nicht nur Lagerstätten von Giften, sondern auch Fundstätten von wertvollen Stoffen. Nicht nur Müllhalden: Durch Pyrolyse gewinnt die Arbeitsgruppe Ökochemie und Umweltanalytik an der Universität Oldenburg aus Klärschlamm Rohstoffe für die Industrie und Gase als Energieträger. An der Universität Hannover werden neue deponieraumsparende Ablagerungsformen für giftige Flußsedimente erforscht. Dabei geht es beispielsweise um die Ablagerung des mit Schwermetall verunreinigten Baggerschlicks aus den Flußmündungsbereichen.

Unsere Forscher sind im Begriff, eine mühsame Aufholjagd zu gewinnen. Setzen wir also die Forschungsergebnisse um, zum Wohle der Menschen.

Dr. Johann-Tönjes Cassens ist Minister für Wissenschaft und Kunst in Niedersachsen.

NACHRICHTEN



Wasser ist die wichtigste Nahrung des Menschen. Doch: Nur ein verschwindend kleiner Teil aller Wasservorkommen ist trinkbar.

Umwelt vor Gericht

Bonn (DW.) – Rund 150 umweltrelevante Gerichtsentscheidungen vereinigt das vom Deutschen Heimatbund herausgegebene und vom Umweltbundesamt (Berlin) kritisch durchgesehene Taschenbuch „Umwelt vor Gericht" (Schriftenreihe des Deutschen Heimatbundes, Band 2; Schutzgebühr 14,80 Mark; Bezug: Deutscher Heimatbund, Simrockstraße 4, 5300 Bonn 1). Die Themen der mit Quellenangabe zitierten, komprimiert dargestellten Rechtsfälle reichen von der Frage, ob Altglasrecycling steuerbegünstigt ist, bis zur Beurteilung von Tennislärm oder dem Reiten in freiem Gelände; von der Frage, ob eine Bundesbehörde einen Baum fällen darf, bis zum Klagerecht von Bürgerinitiativen oder der Einleitung von Dünnsäure in die Nordsee.

Neue Waldschadenskarte

Berlin (DW.) – Die mit Hilfe des Informations- und Dokumentationssystems Umwelt angefertigte neu aktualisierte Waldschadenskarte 1985 wurde jetzt vom Umweltbundesamt (UBA; Berlin) veröffentlicht. Eine zweite Karte zeigt das Ausmaß der gegenüber 1984 eingetretenen Veränderungen an. Beide Karten können beim Umweltbundesamt (Bismarckplatz 1, 1000 Berlin 33) angefordert werden.

Neues Studienfach

Düsseldorf (dpa) – In enger Zusammenarbeit mit der Hoesch AG in Dortmund bietet die Fachhochschule Dortmund demnächst den Studiengang Korrosionsschutz an. Das Unternehmen hat seine Forschung auf diesem Sektor in Dortmund konzentriert. Allein durch Rost entstehen der Wirtschaft jährlich Schäden in Milliardenhöhe.

Bürohygiene

Bonn (flo) – „Telefondesinfizierer" – dieser in Deutschland nicht bekannte Umwelt-Beruf gehört in anderen europäischen Ländern und in Übersee zur traditionellen Bürohygiene: Je nach Auftragsabschluß kommt der „Telefondesinfizierer", reinigt das unentbehrliche Werkzeug zeitgemäßer Kommunikation mit Pinsel, Lappen und Speziallösung, die für mindestens 30 Tage Sprech- und Hörmuschel bakterienfrei hält. Ob EG-Kommission in Brüssel, Neue Zürcher Zeitung in Zürich oder Banken in Luxemburg – alle sind Kunden bei einer „Telefondesinfektionsgesellschaft". Die Kosten beispielsweise in der Schweiz: Anderthalb bis vier Franken je Apparat. 2,5 Millionen Geräte desinfiziert jährlich der Schweizer Branchenführer Neroform.

Deutscher Umwelttag

Bonn (dpa) – Der 1. Deutsche Umwelttag wird vom 6. bis 8. Juni in Würzburg stattfinden. Veranstalter sind der Deutsche Naturschutzring, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der Bund für Umwelt und Naturschutz, der Deutsche Bund für Vogelschutz, die Katholische Landjugendbewegung, der World Wildlife Fund und die Verbraucherzentralen.

Umwelt-Monatskarte

Freiburg (AP) – Die Einführung der von 51 auf 38 Mark verbilligten übertragbaren „Umwelt-Monatskarte" hat die Freiburger Verkehrs AG gegenüber 1984 einen finanziellen Gewinn und 19 Prozent mehr Fahrgäste gebracht. Schätzungen zufolge besitzt jeder achte Haushalt ein solches Ticket. Für dieses Jahr wird eine weitere Aufkommenssteigerung erwartet.

BAYERN / Landesregierung vertraut auf innovatorische Fähigkeiten der Wirtschaft

Kein Fortschritt ohne gesunde Natur

Von ALFRED DICK

Heute gibt es kaum Zweifel daran, daß der Umweltschutz zu den großen gesellschaftspolitischen Aufgaben und Herausforderungen unserer Zeit gehört. Bayern hat dies bereits zu einer Zeit erkannt, als der Umweltschutz mancherorts noch als vorübergehende Zeiterscheinung abgetan wurde. Schon im Jahr 1970 hat Bayern als erstes Bundesland die Bereiche Landesentwicklung und Umweltfragen in einem neuen Ministerium zusammnengefaßt. Als „bayerisches Modell" hat diese Verbindung von Planung und Umwelt in einem Ressort weithin Beachtung gefunden.

Im Jahre 1984 hat Bayern Umwelt-Verfassungsgeschichte geschrieben und damit einen weiteren Meilenstein in seiner umweltpolitischen Arbeit gesetzt: Der Landtag und die Wähler haben den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Ziel des Staates und Auftrag der Gesellschaft in der bayerischen Verfassung verankert und die Grundlage dafür gelegt, daß Umweltschutz auch weiterhin zu den Schwerpunkten der bayerischen Politik gehören wird.

Die bayerische Regierung setzt auch beim Schutz der Umwelt auf die produktive, innovative Kraft der sozialen Marktwirtschaft mit ihrer selbstverantwortlichen Freiheit und hohen Fähigkeit zur spontanen, flexiblen, selbstgesteuerten Erneuerung.

Um ihre innovatorischen Fähigkeiten voll entfalten zu können, bedarf die Wirtschaft ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, die sie bei der Anpassung an die ökologischen Bedingungen unterstützen. Ein Konfliktpaar „Ökonomie – Ökologie" aufzubauen, wie das manche getan haben, ohne letztlich dem einen noch dem anderen nutzen zu können, war bayerische Sache nicht.

Neben das vorrangige Verursacherprinzip wurden von Anfang an auch noch das Gemeinlast- und das Kooperationsprinzip als Handlungsmaximen der Umweltpolitik gestellt, weil nur eine für alle tragbare und von allen getragene Politik die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu gewährleisten vermag.

Die Wirtschaft hat das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt. Sie hat allein in Bayern 1984 mehr als eine Milliarde Mark in den Umweltschutz investiert. Das sind rund 400 Millionen Mark mehr als 1983. Bayern erreicht damit einen Anteil von 29 Prozent der im gesamten Bundesgebiet getätigten, nach Paragraph 7 d des Einkommensteuergesetzes begünstigten Umweltschutzinvestitionen. Dieser Anteil liegt deutlich über dem bayerischen Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik von etwa 17 Prozent.

Bekanntlich verursacht der Umweltschutz nicht nur Kosten, sondern bietet auch einen wachstumskräftigen Markt mit Zukunft. Ein erheblicher Teil der darauf spezialisierten Industrie ist in Bayern beheimatet und bildet eine wertvolle Bereicherung der Wirtschaft. Obwohl Bayern sich in den letzten Jahrzehnten vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt hat, hat es sich den Reiz seiner Landschaft bewahrt. Die Aufgabe, die Grundgüter des Lebens in ihrer Stabilität und Funktionsfähigkeit zu sichern, stellt sich aber nicht weniger drängend als anderswo. Die Ausweisung von Schutzgebieten ist dabei ein Kernstück des Biotopschutzes, der das Überleben der heimischen Tier- und Pflanzenwelt sichern soll.



Umweltminister Alfred Dick
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Aus der Überzeugung, daß die Gesellschaft bereit sein muß, aktive Leistungen des Landwirtes im Naturschutz und in der Landschaftspflege zu honorieren, wurden Programme entwickelt, die leistungs- beziehungsweise flächenbezogen einen finanziellen Ausgleich gewähren.

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß die Beanspruchung und Belastung der natürlichen Lebensgrundlage Boden mittlerweile eine Dimension erreicht hat, die seinen verstärkten und gar gezielten Schutz notwendig macht. Eine wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang ist der Bodenkataster, an dem Bayern bereits seit drei Jahren arbeitet. Das Projekt, mit dem eine möglichst vollständige Inventur der Böden angestrebt wird, dient als Modell für Vorhaben in anderen Bundesländern.

Seit langem unternimmt Bayern auch Anstrengungen, um die lufthygienischen Verhältnisse zu verbessern. Daß es gelungen ist, mit konsequenter Energie- und Umweltpolitik den Schwefeldioxidausstoß von rund 720 000 Tonnen noch im Jahr 1976 auf 280 000 Tonnen im vergangenen Jahr zurückzuführen, bescheinigt diesen Bemühungen großen Erfolg. Ende dieses Jahres dürfte ein Wert unter 250 000 Tonnen und damit ein Drittel des Wertes von 1976 erreicht werden. Eindeutig positiv ist auch die Bilanz bei den Kraftwerken. Hier konnten die Jahresemissionen von Schwefeldioxid von 430 000 Tonnen im Jahre 1976 auf etwa 100 000 Tonnen im vergangenen Jahr gesenkt werden.

Mit dieser Entwicklung nimmt Bayern eine Spitzenstellung ein. Hätte Bayern nicht konsequent auf den bedarfsgerechten Ausbau der Kernenergie auch und nicht zuletzt aus umweltpolitischen Gründen gesetzt, wäre die Bilanz weit weniger gut.

Immerhin stammen heute schon 60 Prozent des in Bayern erzeugten Stroms aus der Kernenergie und damit aus einer Energiequelle, die keine Schadstoffe wie Schwefeldioxid oder Stickstoffoxide abgibt. Weil für Bayern bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie Sicherheit schon immer Vorrang hatte, wurde dort 1978 das weltweit erste vollautomatische Kernreaktor-Fernüberwachungssystem installiert.

Technischer Fortschritt, die Entwicklung der Industriegesellschaft und die Bewahrung einer gesunden Umwelt schließen sich nicht aus, sondern bedingen und befruchten einander. Die große Aufgabe unserer Zeit ist nicht Rückentwicklung, sondern die verstärkte Berücksichtigung ökologischer Belange in unserem Wirtschaften und Handeln.

Der Mensch braucht seine zivilisatorischen und seine ökologischen Lebensgrundlagen. Beides in einen vernünftigen Einklang zu bringen muß Aufgabe einer Umweltpolitik mit Augenmaß und Sachverstand sein.

Alfred Dick ist Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen in Bayern.

Forschungsgelder seit 1978 verzehnfacht

„Der Schutz der Umwelt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit", schreibt Bundesminister Heinz Riesenhuber im Vorwort zu dem 1984 angelaufenen Forschungsprogramm für die Zeit bis 1987. Forschung und Technologie müßten dazu beitragen, die Voraussetzungen und Spielräume für die Umweltpolitik zu verbessern, indem sie

● durch systematische und übergreifende Forschung ökologische Zusammenhänge und kausale Ursache-Wirkung-Ketten aufklären und

● umweltfreundliche Techniken vor allem bei industriellen Produktionsprozessen entwickeln und bis zur Anwendungsreife vorantreiben.

Gesicherte Daten unter anderem über vorhandene oder zu erwartende Umweltbelastungen sowie die Belastbarkeit von Menschen, Tieren und Pflanzen sind wichtige Grundlagen für die Weiterentwicklung des Umweltschutzes. Zugleich könnten erst dann neue und verbesserte Verfahren zur Verminderung von Umweltbelastungen auf breiter Front durchgesetzt werden, wenn die technische Durchführbarkeit unter wirtschaftlichen Bedingungen hinreichend gesichert erscheine.

„Umweltforschung und -technologie sind daher wesentlicher Bestandteil einer zukunftsorientierten Umweltpolitik und müssen im Zusammenhang mit deren Zielsetzungen gesehen werden", betont Riesenhuber.

Das öffentliche Interesse an der Umweltforschung hat in den vergangenen Jahren rasch zugenommen, wie beispielhaft die Waldschadensforschung zeigt. Der Bund, konkret das Forschungsministerium (BMFT), hat die Haushaltsansätze seit 1978 (37,8 Millionen allein für Projektförderung) ständig erhöht. In diesem Jahr beträgt der entsprechende Ansatz 84 Millionen, und für 1988 sind in der mittelfristigen Finanzplanung 94,6 Millionen Mark vorgesehen.

Deutlich stärker gestiegen sind die Investitionszuschüsse des BMFT für Anlagen in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Umweltforschung: Wurden hierfür 1978 erst 5,5 Millionen Mark bereitgestellt, so ist es in diesem Jahr mit 58 Millionen schon mehr als das Zehnfache; 1988 sind es 64,4 Millionen Mark. Dabei ist zu bedenken, daß in diesen Zahlen Aufwendungen für umweltrelevante Vorhaben aus den übrigen Fachprogrammen des BMFT und der Großforschungseinrichtungen nicht enthalten sind.

HEINZ HECK

NORDRHEIN-WESTFALEN / „Wir brauchen den Pakt der ökologischen Vernunft"

Umwelt als ein Teil der Außenpolitik

Von KLAUS MATTHIESEN

Unsere Industriegesellschaft hat eine Zukunft nicht trotz des Sozialstaates, sondern weil und solange sich dieser entwickelt. Gleichermaßen aber gilt auch: Unsere Industriegesellschaft wird eine Zukunft haben nicht obwohl, sondern weil und soweit sie sich Umweltschutz leistet. Nach der Fortentwicklung des liberalen zum sozialen Rechtsstaat geht es darum, unsere Gesellschaft auch auf eine ökologische Säule zu stützen. Dafür gibt es fünf Gründe:

1. Wir stehen in der ethischen Verpflichtung eines verantwortungsbewußten Umgangs mit der Schöpfung.
2. Wir tragen auch Verantwortung gegenüber unseren Kindern, ihnen nicht eine vergiftete Umwelt zu übergeben.
3. Uns muß der pure Eigennutz zu einer Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser und Boden treiben.
4. Wir müssen Kurzschlüsse unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung vermeiden und einer breiten Aussteigermentalität entgegenwirken – wir dürfen im Konfliktmuster „Schadstoff des Monats" nicht ertrinken.
5. Im Umweltschutz liegt ein erhebliches Potential für neue Arbeitsplätze und ein qualitatives Wachstum.

Die SPD tritt für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft ein. Ihr Ziel: Mit geringerem Verbrauch von Umweltgütern, Rohstoffen, Energie und Fläche genausoviel noch besser herzustellen. Die Mittel liegen in den kreativen und innovativen Fähigkeiten der Industriegesellschaft. Dabei handelt es sich um eine langfristige Reformaufgabe; sie läuft auf Veränderungen von Produktionsstrukturen und auch von Konsumgewohnheiten hinaus.

Jeder, der davon absieht oder ablenkt, versetzt sich und andere in eine umweltpolitische Lebenslüge.

Eine Erneuerung muß das Resultat arbeitsteiliger Anstrengungen unter Nutzung der Vorteile dezentraler Suchprozesse bei klaren Rahmenbedingungen sein. Notwendig ist ein zweckgerechter Zusammenschluß vieler Kräfte in Wissenschaft, Technik, Verwaltung, Industrie und Gewerkschaften für konkrete Lösungen zu einer umweltverträglichen Industriegesellschaft. Dabei muß der Staat seine Forderung nach Investitionsbereitschaft gefälligst auch auf sich selbst beziehen.

Richtig ist: Die Industrie kann nicht ökologische Notwendigkeiten leugnen und ihre Anpassungsbereitschaft allein von kurzfristigen Verwertungsinteressen abhängig machen. Aber umgekehrt kann die Ökologie ihrerseits auch nicht die Bedingungen industriell-technischer Prozesse leugnen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es einige Beispiele für ein Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft, wo ökonomische und ökologische Belange ohne bürokratischen Aufwand in klaren Stufenplänen und festgelegten Zeithorizonten aufeinander abgestimmt wurden, etwa:

In einem Emissionsminderungsplan verpflichteten sich die Kraftwerksbetreiber, über die Anforderungen der bundesweiten Großfeuerungsanlagen-Verordnung hinauszugehen und die SO_2-Emissionen bis 1988 um 66 Prozent sowie die NO_x-Emissionen bis 1990 um 72 Prozent zu verringern.



Umweltminister Klaus Matthiesen
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

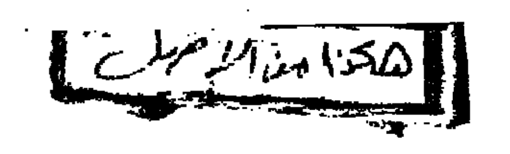
Alle Maßnahmen aber müssen den ökologischen Erfordernissen und Notwendigkeiten zur Sicherung alter und der Schaffung neuer Arbeitsplätze Rechnung tragen. Die SPD unterbreitete mit ihrem Programm „Arbeit und Umwelt" einen Beitrag zur Bewältigung der beiden großen Herausforderungen – der Arbeitslosigkeit und Umweltkrise.

Kritiker müssen auf zentrale Fragen Antwort geben:

1. Wie wollen sie eine Dynamik in die umwelttechnische Entwicklung mit entsprechenden Chancen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten bringen, die über ordnungsrechtlich gesetzte Standards hinausweist? Welches Instrument bieten sie an, um statt Arbeitslosigkeit – sie kostet unser Gemeinwesen jährlich etwa 55 Milliarden Mark – Investitionen in den Umweltschutz zu finanzieren?
2. Das zweite umwelt- wie finanzpolitische Problem ist die Sanierung von Altlasten. Der Finanzbedarf dafür wird auf mindestens 15 Milliarden Mark geschätzt. Da die Kommunen diese Lasten nicht übernehmen können, ist eine Finanzierungsregelung zwingend erforderlich.
3. Es gibt etwa 70 000 Altchemikalien, über deren Wirkung wir kaum etwas wissen. Hier liegt ein exemplarisches Feld für eine enge Kooperation.
4. Wir müssen aus dem an Wahnsinn grenzenden Kreislauf heraus: Einkommenssicherung für die Landwirte durch Preisstützung von Agrarprodukten – Intensivbewirtschaftung mit der Folge von Überproduktionen – Belastung und Gefährdung des Naturhaushaltes – Vernichtung der Überproduktionen. Dieser Teufelskreis verschlingt immer mehr Geld – die europäische Agrarpolitik kostete 1985 etwa 46 Milliarden Mark –, von dem bei den Bauern immer weniger ankommt.
5. Das Thema Luftreinhaltung bleibt trotz der Fortschritte insbesondere im Kraftwerkssektor und bei industriellen Anlagen aktuell.
6. Das Scheitern der Einführung abgasarmer Autos auf EG-Ebene in Verbindung mit der unverständlichen Tatsache, daß die Bundesrepublik eine Insel unbeschränkter Geschwindigkeit auf Autobahnen ist, aber auch die Gefährdung etwa des Alpenraumes weisen aus, daß Umweltpolitik zunehmend als konzeptioneller Bestandteil unserer Außenpolitik verstanden werden muß.
7. Die Diskussion umweltpolitischer Instrumente ist notwendig. Mir scheint es aber lohnend, die ökonomischen Anreizmöglichkeiten von Änderungen in der Steuerpolitik und im Haftungsrecht näher auszuloten.

Wir brauchen einen Pakt der Vernunft, der von der Einsicht getragen wird, daß in einer ökologischen Erneuerung unsere industrielle Zukunftschance und ein wichtiges Element für einen tragenden sozialen Konsensus liegt.

Klaus Matthiesen ist Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft von Nordrhein-Westfalen.



SOLARHAUS / Noch kostet Sonnenstrom das Fünfzigfache des Netzstromes – Pionierleistungen der Elektronik weisen in Bayern den Weg

Preissenkung bis zur Jahrhundertwende erwartet

In München steht ein Hofbräuhaus, und drinnen soll der Aloisius Hingerl sitzen, dem die frische Maß so gut mundet, daß er völlig den Auftrag von Petrus vergessen hat, der bayerischen Staatsregierung die göttliche Erleuchtung zu übermitteln, weshalb diese immer noch darauf wartet.

In einem anderen Münchner Haus, erst drei Jahre alt und somit um 394 Jahre jünger als der Biertempel am Platzl, kommt Erleuchtung, die nicht von Petrus direkt, aber immerhin von der himmlischen Sonne stammt: Im Münchner Solarhaus, dem einzigen dieser Art in der Bundesrepublik, erprobt das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (Freiburg), wie künftig die Kraft der Sonne durch die Steckdose fließen kann. Zwei Fragen sollen in dem fünfjährigen Versuch geklärt werden: Läßt sich auch in unseren Breiten aus der Sonnenenergie über Solarzellen Strom von der Qualität des Netzstromes erzeugen? Und: Kann der Strombedarf eines Einfamilienhauses aus einer Solarfläche von etwa 50 Quadratmeter gedeckt werden? „Die bisherigen Ergebnisse", meint Diplomingenieur Georg Bopp gegenüber der WELT, „machen uns sehr zuversichtlich."

„Das ist Öl vom Himmel", umschrieb ein New Yorker Unternehmer schwärmerisch diese Technik, die so neu ist, daß sie noch in kaum einem Lexikon beschrieben wird. Sie wird Photovoltaik genannt und bedeutet die direkte Umwandlung von Lichtenergie in elektrische Energie. Photovoltaischer Strom fließt ohne Brennstoff und ohne Abfall, kommt wartungsfrei und wird direkt beim Erzeuger produziert. Er könnte somit Energie- wie Umweltprobleme gleichermaßen lösen, wäre noch eine weitere Voraussetzung erfüllt: Er müßte zumindest so wirtschaftlich einzusetzen sein wie der Strom aus der Steckdose, der in der Bundesrepublik im Schnitt 18 Pfennig je Kilowattstunde kostet. Noch aber kostet der Solarstrom mehr als das 50fache.

Wobei die Experten des Fraunhofer-Instituts großen Wert auf das Wörtchen „noch" legen, denn sie erwarten bereits im nächsten Jahrzehnt eine deutliche Preissenkung bei den noch teuren Solarzellen und zugleich eine Verbesserung der Leistung, so daß sich gegen Ende des Jahrhunderts auch Solarstrom im Normalhaushalt rechnen könnte.

Das äußere Erscheinungsbild des Münchner Solarhauses in Milbertshofen ist dem Ziel angepaßt, der Sonne möglichst viel Energie abzugewinnen: Die Südseite besteht aus einer firsthohen und schrägen Glaswand, wie eine durchsichtige Hülle über das eigentliche Haus gestülpt. „Eine etwas abgewandelte Gewächshauskonstruktion", formuliert Solarhaus-Architekt Thomas Herzog. Das Sonnenlicht erwärmt die Innenluft und den Inhalt der Warmwassertanks.

Hier ähnelt die Technik den zahlreichen schon bestehenden Glasvorbaukonstruktionen. Ihre in bislang einmaliger Konsequenz verfolgte Realisierung jedoch brachte dem Haus als zukunftsweisender Solararchitektur bereits den Mies-van-der-Rohe-Architekturpreis.

Neu aber ist das solare Kleinkraftwerk, das von der EG, den Münchner Stadtwerken sowie den Firmen AEG, Siemens und Varta gefördert und von Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann im September 1983 in Betrieb genommen wurde. Die Hälfte der Solarzellen liegt unter der Glasaußenhaut, ein Teil aber wurde zwischen zwei Scheiben montiert und konnte als Dachersatz eingebaut werden.

Mit einer völlig neuen Technik bewältigt das Fraunhofer-Institut in dem Münchner Sonnenhaus die Umwandlung des von den Solarzellen gelieferten Gleichstroms in den üblichen Wechselstrom. „Während in den USA und in Japan in vergleichbaren Solarhäusern noch mit herkömmlicher Transformatortechnik gearbeitet wird, vollzieht sich in München bei der solaren Elektrizität der vollständige Übergang zur Elektronik", berichtet Jürgen Schmid, Leiter der Systemtechnik-Abteilung des Freiburger Instituts. „Der sogenannte Inverter hat nicht mehr Schrankgröße, sondern paßt in eine Reisetasche und arbeitet völlig lautlos."

Das Wichtigste aber, so der Solarexperte, ist sein Wirkungsgrad: Mit 93,5 Prozent übertrifft er die heute üblichen Wechselrichter bei weitem. 90 Prozent sind schon bei nur fünf Zehntel der Nennleistung zu erzielen, weshalb sich das Gerät besonders in unseren Breiten mit geringer Sonneneinstrahlung eignet. Die Solarpaneele am Dach sind in fünf unterschiedlich großen Feldern zusammengefaßt, die der Inverter mit dem Stromnetz verbindet.

Elektronisch werden die wechselnde Netzspannung in jeder Sekunde 500 000mal gemessen und die jeweils dazu passenden Solarfelder zusammengeschaltet, weshalb die Spannung des Solarstroms und die des Netzstroms stets deckungsgleich ist. Sieben Schalttransistoren können die Spannung des Solarstroms bis zu 1600mal pro Sekunde erhöhen oder senken. Die neue Elektronik ist international zum Patent angemeldet.

Die 50 Quadratmeter Siliziumzellen des Münchner Solarkraftwerks können mit einer Höchstleistung von fünf Kilowatt im Jahr bis zu 5000 Kilowattstunden erzeugen und damit den Stromverbrauch eines Einfamilienhauses decken. Noch sieht die Realität bescheidener aus: Nach einem Anlaufjahr mit nur 1600 Kilowattstunden erhoffen sich die Freiburger dieses Jahr mindestens 3000 Kilowattstunden. Allerdings werden zwei Drittel davon im Sommerhalbjahr gewonnen, an manchen trüben Wintertagen reicht das Sonnenlicht gerade noch für den Betrieb eines Kühlschranks.

Noch liegen die Kosten der Münchner Forschungsanlage „jenseits aller Wirtschaftlichkeit" (Schmid), allein die installierten Solarzellen haben einen Wert von 100 000 Mark. „Aber in Zukunft", meint Jürgen Schmid, „könnte eine solche Energieanlage nach heutigem Geldwert für etwa 10 000 Mark zu haben sein."

Den Bewohnern des Zukunftshauses aber ist die Berühmtheit inzwischen zur Last geworden, nachdem sich an den Wochenenden Neugierige von außen die Nasen platt drücken an den schrägen Glaswänden. Weshalb die Hausfrau inständig bittet: „Veröffentlichen Sie unsere Adresse nicht." Ihr Wunsch sei hiermit erfüllt.

PETER SCHMALZ



Eine Villa wie ein Gewächshaus: Heizung aus Sonneneinstrahlung, Strom aus Solarzellen. FOTO: DPA

Eine blaue Zauberröhre befreit den Kessel von Kesselstein

Derrick R. Morris hält etwas auf seine jahrzehntelange Lebensleistung. Dazu besteht auch Anlaß: Morris ist Technischer Direktor der ehrwürdigen Londoner Royal-Park-Brauerei der irischen Guinness-Gruppe und Mitglied einer Reihe von technischen Instituten, vom Nuklear- bis zum Brauereitechnologie-Institut. Fragen erwartet Morris mit regloser Nüchternheit. Karg wirkt das Büro mit den zahlreichen Fachzeitschriften. Kein Zweifel, Morris sucht Informationen und bewertet, was er erfährt. Besonders über Kesselstein.

Die regelmäßige Stillegung von Produktionsanlagen zur mechanischen und chemischen Reinigung von Kesselstein trieb die Kosten auf umgerechnet jährlich 300 000 Mark – bis eines Tages aus der engeren Heimat der Guinness-Gruppe – Dublin – ein Ire namens Robert W. Spencer eine unscheinbare Röhre präsentierte. Sein Angebot:

Die Röhren, in den Wasserkreislauf eingebaut, sparen durch ihr stilles Wirken sechsstellige Summen für die Reinigung.

In den Augen von Morris zunächst das Angebot, Aladins Wunderlampe per Versandhauskatalog zu erwerben. Spencer aber hinterließ einen aufgeschlossenen Eindruck, und sein Assistent hatte die Doktorarbeit dem Thema Kesselstein gewidmet. Nach gründlicher Prüfung gab der Techniker grünes Licht für einen Versuch.

Nach sechs Monaten wieder blankes Metall

Für Spencers Berater und die Röhre interessiert sich heute übrigens die britische Atomenergiebehörde.

Sechs Monate nach Versuchsbeginn unterschrieb die Royal-Park-Brauerei mit Spencers irischer Firma Fluid Dynamics den endgültigen Vertrag. Im Versuchstank nämlich schimmerte den Brauern zu deren Überraschung wieder reines Kupfer entgegen. Die bei Versuchsbeginn vorgefundene, etwa fünf Zentimeter starke Kalkschicht war zu zwei Dritteln wieder verschwunden, ganz zu schweigen von Neubildung.

Colloidatron heißen die blauen Röhren, die von Fluid Dynamics an die Industrie nur vermietet werden (lediglich in Dublin wird ein Pendant für Privathäuser verkauft).

Das Funktionsprinzip erscheint genial einfach:

Kalk entsteht bei einer Störung des komplizierten Ionen-Gleichgewichts im Wasser – durch Erwärmung, durch Ansteigen des pH-Wertes oder durch Druckverminderung. Das Colloidatron besteht aus einem Profileinsatzkörper patentierter Form und Legierung. Die Legierung bewirkt einen leichten Anstieg des pH-Wertes und dadurch die Bildung einer genau berechneten, geringen Menge Kalk, der sich durch die vom Profilkörper erzeugte Turbulenz nicht ablagern kann. Als kolloidale Suspension (das heißt als Lösung fester Partikel in einer Flüssigkeit) wird er im Wasserkreislauf fortgetragen (daher auch der Name Colloidatron).

Diese Partikel sind positiv geladen, erhöhen dadurch den pH-Wert in ihrer unmittelbaren Umgebung und binden so den ganzen neu entstehenden Kalk an sich. Ihre immense Zahl schafft für diese Bindung eine viel größere Oberfläche als die erhitzten Metallflächen der Leitung, die normalerweise den Kalk binden würden. Das führt dazu, daß die Partikel schrittweise auch den schon reichlich vorhandenen Altkalk von den Wänden lösen.

Die Partikel werden schließlich ausgeschwemmt. Weil der Kalk in fließender Partikelform dem Wasser erhalten bleibt, verändert das Colloidatron auch nicht den Härtegrad des Wassers – angesichts der Tatsache, daß kalkarmes Wasser die Korrosion steigert, ein wichtiges Argument zugunsten des Colloidatron.

Unumgänglich ist ein Mindest-Wasserdurchfluß

Unerläßlich für den Einsatz des Colloidatron aber ist die Beachtung seiner Funktionsgrundlagen. Das Gerät wurde für die wasserverbrauchende Industrie entwickelt; Erfolg stellt sich nur bei einer bestimmten Mindest-Durchflußgeschwindigkeit ein. Ohne Durchfluß, ohne Bewegung ist das gesamte Prinzip zum Scheitern verurteilt. Das erfuhr auch eine renommierte deutsche Verbraucherzeitschrift, die das Gerät in einem Boiler mit ruhendem Wasser testete: Es bildete sich Kalk.

Guinness war, im Jahre 1974, für Fluid Dynamics der Durchbruch auf dem Weltmarkt. Die Firma hatte das Patent 1973 einer erfolglos operierenden amerikanischen Gesellschaft abgekauft – zunächst für den gesamten Weltmarkt außerhalb der USA (Verhandlungen über die endgültige Übernahme auch des US-Marktes laufen derzeit).

Inzwischen weisen Fluid Dynamics und ihr deutscher Vertriebspartner Raab Karcher (Veba-Konzern) eine eindrucksvolle Referenzliste auf: Brauereien wie Schultheiss in Berlin und Paulaner in München, Industriebetriebe wie das Thyssen-Kaltwalzwerk II in Duisburg und die Chemischen Werke Hüls in Marl und Namen wie Lufthansa in Köln, die Universitätskliniken in Kiel und das Polizeipräsidium in Bonn.

Reklamationen gibt es nicht, und der Erfolgstrend hält an. Jüngster Kunde sind Kellogg und der Flughafen Düsseldorf.

T. W. KRAUEL



Cuxhaven: Die größten zur Geruchseindämmung überdachten Klärbecken gleichen einem fensterlosen Industriebau. FOTO: DIE WELT

KLÄRWERKE / Geruchssichere Kunststoff-Abdeckungen

Die Anlagen müssen keine „Stinker" sein

Klärwerke sind keine Zierde für das Landschaftsbild; nicht selten verbreiten sie starke Faulgerüche. Kläreinrichtungen sind jedoch unverzichtbar: Sie sammeln und reinigen die Abwässer aus Haushalten und Industrie. Der Laie erkennt ein Klärwerk von weitem an den meist runden Betonbecken, die mit einem Steg für das Bedienungspersonal überbrückt sind. Einige Klärwerke in der Bundesrepublik lassen diese Merkmale vermissen: Die Becken sind überdacht oder – bei großen Anlagen mit Rechteckbecken – hallenartig überbaut. Und man riecht selbst aus der Nähe keinen Klärgeruch.

Geruchsdicht umbaute oder nur überdachte Klärwerke halten lästige Gerüche von den Anrainern fern. Eine einfache und umweltfreundliche Lösung; gleichwohl ist die Frage berechtigt: Lohnt sich die Investition? Schließlich befinden sich die Klärwerke meist weit außerhalb der städtischen Ballungsgebiete. Die Praxis zeigt aber: Wind, der über ein offenes Klärbecken streicht, trägt Geruchsschlieren mitunter kilometerweit fort – bis in die nächsten Siedlungen. Oder die Siedlungen wachsen im Laufe der Jahre immer näher an das Klärwerk heran. Dieses bleibt freilich bestehen; allenfalls wird die Kapazität aufgestockt und so die Geruchsemission noch verstärkt.

Die Emissionen selbst entstehen durch die mehrstufigen, chemischen und biologischen Reinigungsprozesse. Es sind vorwiegend Schwefelwasserstoffe, Mercaptane, Methan und Ammoniak. Schon in geringer Konzentration können sie zur Belästigung werden. Die Geruchsempfindlichkeit des Menschen ist jedoch individuell unterschiedlich.

Billiglösungen scheiden für geruchssichere Abdeckungen ohnedies aus. Denn es sind folgende technische Mindestanforderungen zu erfüllen:

Die Konstruktion muß alterungsbeständig sein und darf nicht binnen weniger Jahre den aggressiven – schwefelsäurebildenden – Klärgasen zum Opfer fallen. Textile Abdeckungen erfüllen diesen Anspruch nur eingeschränkt; Edelstahl dagegen – fraglos der überlegenste Werkstoff – ist unvertretbar teuer. Die Abdeckung muß ferner relativ leicht sein, damit die Fundamente nicht überlastet werden; also scheiden auch Betonelemente aus. Die Fachleute setzen daher vermehrt auf selbsttragende Kunststoff-Bauteile, hauptsächlich aus GFK (glasfaserverstärktem Kunststoff). Dieses Material – im Bootsbau beispielsweise seit Jahrzehnten erprobt – ist korrosionsfest und läßt sich zu relativ leichten und dennoch formstabilen Bauteilen verarbeiten. Bei dem bislang größten Projekt – es befindet sich in Cuxhaven – wurden die Klärbecken sowie die Faultürme mit einer GFK-Konstruktion abgedeckt. Die Spannweite der Elemente mißt bis zu 20 Meter.

Das Großklärwerk Cuxhaven ist geradezu ein Testfall für die geruchssichere Umbauung und Abdeckung mit leichten Kunststoff-Elementen: Die bis zu 55 Meter langen und bis zu 29 Meter breiten Rechteckbecken ruhen in einem Sandboden; eine schwere Überbauung hätte erheblich stärkere Fundamente notwendig gemacht. Außerdem stellen die an der Nordsee vorkommenden Windgeschwindigkeiten die gewählte Konstruktion auf eine harte Probe. Die Belastungsversuche der selbsttragenden Abdeckelemente fanden unter simulierten Bedingungen bereits im Herstellerwerk in Lindau statt.

Auf eine gasdichte Konstruktion kam es in Cuxhaven besonders an, weil das Großklärwerk zu einem beträchtlichen Teil besonders geruchsintensive Abwässer reinigt – nämlich aus der Fischindustrie. Seit über einem Jahr ist die Anlage in Betrieb. Die in Cuxhaven verwirklichte Formgebung der Fassaden- und Dachelemente zeigt außerdem, daß die technischen Anforderungen durchaus mit architektonischen Ansprüchen verknüpft werden können.

Nicht nur Kommunen, auch die Industrie hat vereinzelt die Vorzüge von Klärwerk-Abdeckungen erkannt. Dazu gehören Ciba-Geigy in der Schweiz und Shell in Rotterdam. Die chemische Industrie, ohnehin die Dauerzielscheibe von Ökovereinigungen, könnte mit dieser Art von Emissionsschutz auch in der Bundesrepublik zumindest partiell ihr Image etwas aufpolieren.

PETER GÖHRINGER

Solarstrom aus der Steckdose ist noch zu teuer

Solarzellen werden in der Weltraumtechnik eingesetzt, seit damit im Jahre 1958 erstmals ein Satellit elektrisch versorgt wurde. Bereits in den 60er Jahren wurden weltweit Überlegungen darüber angestellt, wie die *Solarzellentechnik auch zur* Stromversorgung auf der Erde genutzt werden könnte. Dabei macht sich jedoch ein eklatanter Unterschied bemerkbar: Während in der Raumfahrt Kosten der Stromversorgung – salopp gesagt – keine Rolle spielen und es vielmehr allein auf die Zuverlässigkeit ankommt, sieht das auf der Erde ganz anders aus.

Immerhin ist es dank intensiver Forschungsarbeiten gelungen, die Kosten der Solarzellen auf etwa ein Zehntel zu senken. Unter deutschen Einstrahlungsbedingungen liegen die Stromerzeugungskosten aber immer noch in der Größenordnung von vier Mark je Kilowattstunde. Und das bedeutet, daß hierzulande die photovoltaische Stromversorgung unter diesen Bedingungen noch keine energiewirtschaftliche Bedeutung erlangen kann.

Vor allem Exportchancen

Anwendungsgebiete in der Bundesrepublik bleiben deshalb wenigstens vorläufig noch auf Marktnischen wie Freizeit und Hobbybedarf (Segelboote, Camping) und Meß-, Nachrichten- und Verkehrstechnik (Richtfunk-, Radio- und Fernsehanlagen, Notfunkgeräte, Alarm- und Kontrollsysteme, Seefunkfeuer, Leuchttürme und -bojen) beschränkt.

Beim Export in „Sonnen"- und Entwicklungsländer, die kein so flächendeckend ausgebautes Stromnetz haben wie die Bundesrepublik Deutschland, sieht es hingegen günstiger aus. Vor allem dann, wenn in diesen Ländern die zumeist einzige Konkurrenzenergie, das Öl, teuer importiert werden muß.

So kann sich die deutsche Industrie beim Export in sonnenreiche Länder mit Trockengebieten und schwach ausgebautem Stromnetz auf weiterreichende Tätigkeitsfelder einstellen. etwa Wasserpumpen und -aufbereitungsanlagen (zur Trinkwasserversorgung und künstlichen Bewässerung), Kühlsysteme (Medikamentkühlboxen, Kühlcontainer für Lebensmittel und Eis) sowie Stromversorgungsanlagen, zumindest für „Insel"-Versorgung (etwa abgelegene Bauernhöfe oder Siedlungen, Forschungsstationen und Inseln).

Führende Position

Die deutsche Industrie hat nach Einschätzung des Forschungsministeriums (BMFT) auf einigen Gebieten ihre führende Position behaupten und in anderen Anschluß an die Weltspitze gewinnen können. Der internationale Wettbewerb sei in allen Ländern durch massive öffentliche Unterstützung sowohl bei Forschung und Entwicklung (FuE) wie bei der Markteinführung gekennzeichnet. Das BMFT führt den im vergangenen Jahrzehnt erzielten technologischen Entwicklungssprung der Solarzellentechnik vor allem auf die öffentliche Förderung zurück.

Das Ministerium sieht mit Blick auf die unverändert großen Risiken und die staatliche Unterstützung der *ausländischen Konkurrenz auch eine* Förderung der deutschen Hersteller als erforderlich an, auch wenn die Eigenbeteiligung der Industrie zunehme. Das Ministerium hat seit 1978 (7,4 Millionen) mit rasch wachsenden Beträgen die Entwicklung unterstützt: In diesem Jahr stehen 65,5 Millionen im Forschungsetat. Im letzten Jahr der mittelfristigen Finanzplanung, also 1989, werden voraussichtlich 77 Millionen Mark zur Verfügung stehen, und für 1992 sind 75 Millionen vorgesehen.

HEINZ HECK

MÜLLDEPONIE GEORGSWERDER / Lagermodule, Spezialspektrometer und Verbrennungsanlagen gesucht

Das Dioxin inmitten der Großstadt führte zu einem gewaltigen Forschungsprogramm

Nicht erst Ende 1983, als erstmals in einer deutschen Altdeponie das extrem giftige Seveso-Dioxin 2, 3, 7, 8-TCDD in den austretenden Sikkerflüssigkeiten nachgewiesen worden war, geriet die Deponie Georgswerder ins Blickfeld einer beunruhigten Öffentlichkeit. Schon Anfang der 70er Jahre führten die vermutete Ablagerung von Rückständen aus der Parathionproduktion (E 605), aber auch die damaligen, vor allem große Emissionen verursachenden Methoden der Sonderabfallbeseitigung auf der Deponie zum ersten Untersuchungsausschuß Deponie Georgswerder der Hamburger Bürgerschaft. Kurzfristig wurde ein hamburgisches Abfallbeseitigungsgesetz – das erste eines Bundeslandes – erlassen, das dann richtungsweisend für das 1972 in Kraft getretene Abfallbeseitigungsgesetz des Bundes geworden war. Ganz ähnlich wie aufgrund der Fälle Love Canal/Niagara Falls in den USA und Lekkerkerk in den Niederlanden haben die Probleme der Deponie Georgswerder heute entscheidende Impulswirkungen. Es ist keine Übertreibung, ähnlich wie bei den Fällen Love Canal und Lekkerkerk in der Deponie Georgswerder einen nationalen Schlüsselfall für einen sehr wichtigen Bereich heutiger Umweltprobleme zu sehen. Das Bundesforschungsministerium und das Umweltbundesamt sehen darüber hinaus in der Deponie ein Pilot- oder Modellprojekt und fördern bisher neun, *gegebenenfalls* sogar elf einzelne Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (im folgenden Text als F+E-Projekte abgekürzt).

Im Zuge der Konzentration der Sonderabfallbeseitigung in Hamburg schon ab Anfang der 60er Jahre wurde die Hausmüll-, Boden- und Trümmerschuttdeponie Georgswerder 1967 bis 1974 zusätzlich für die „Beseitigung" von mehr als 150 000 Kubikmeter nichtwäßrige Flüssigkeiten (Öle, Lösungsmittel und andere mehr) und mehr als 100 000 mit Chemikalien gefüllte Fässer genutzt. Nachdem 14 Millionen Kubikmeter abgelagert wurden und die Deponie eine Fläche von 44 Hektar und Höhe von 44 Meter erreicht hatte, wurde sie ab 1979 rekultiviert *und dazu mit einer Entgasungsanlage* versehen. Diese Aktivitäten unterbrach jäh die Entdeckung des Dioxins. Was war geschehen?

Anders als seinerzeit erhofft, hatten sich *Hausmüll und sonstiges saugfähiges* Material nicht so mit den Flüssigkeiten verbunden, daß die Schadstoffe für alle Zeiten immobil tief in der Deponie verbleiben mußten. Durch biochemische Vorgänge wurden die „Schwämme" abgebaut. Die Öle, in denen sich im Gegensatz zum Wasser die Dioxine gut lösen, wurden wieder frei. Hinzu kommt noch, daß der zur Rekultivierung aufgebrachte Abdeckboden jährlich etwa 100 000 Kubikmeter Niederschlag durchläßt, weit mehr, als für die Aufrechterhaltung der biochemischen Abbauprozesse in der Deponie notwendig ist. Möglicherweise hat das entstehende Deponiegas die Wurzelbildung in der Abdeckung so behindert, daß die Vegetation nicht genügend Wasser aus dem Boden entnehmen und zur Verdunstung bringen konnte. Dessen Porenstruktur ist auch nicht zur zeitweisen *Speicherung größerer Niederschlagsmengen* geeignet. Es hat sich deshalb, selbstverständlich auch schon während des Betriebs der Ablagerungen, ein Stauflüssigkeitsspiegel von etwa 14 Meter Höhe innerhalb der Deponie ausgebildet. Die an ihren Flanken austretenden dioxinhaltigen Sickerflüssigkeiten sind somit nichts anderes als Quellen des etwa eine Million Kubikmeter umfassenden Staukörpers *und ein eindrucksvoller*, sichtbarer Beweis für die Tatsache, daß die Deponie nicht ihrem Zweck entsprechend alle eingelagerte Stoffe über Lösungs- und Verdrängungsprozesse langfristig wieder freigibt – angesichts von sicher weit mehr als 200 000 Kubikmeter chemischen oder Sonderabfällen in dem dicht besiedelten Ballungsraum Hamburg eine höchst beunruhigende Vorstellung. Demgemäß hat das von Anfang bis Ende 1984 entwickelte Sanierungskonzept folgende, in ihren jeweiligen Maßnahmen funktionell und in zeitlicher Abhängigkeit stehende Ziele:

- *Unterbindung einer weiteren* Schadstoffausbreitung über die verschiedenen „Pfade",
- kontrollierte Erfassung der Deponie-Emissionen,
- *gefahrlose Vernichtung* oder Beseitigung von gefährlichen Deponieinhaltsstoffen.

Als eine der ersten Maßnahmen wird in diesen Wochen mit dem Bau einer mehrschichtigen mineralischen Abdeckung zunächst auf dem oberen Teil der Deponie begonnen, um vor allem den weiteren Eintrag von Niederschlagswasser in die Deponie weitestgehend zu unterbinden und eine möglichst hohe Erfassungsrate der zur Zeit etwa stündlich entstehenden 200 Kubikmeter Deponiegas sicherzustellen. (Das Gas soll in der benachbarten Norddeutschen Affinerie nutzbringend verbrannt werden.) Als Dichtungsmaterial ist aus technologischen Gründen bindiger Boden den Kunststoffolien vorgezogen worden.

Als weitere Maßnahme wird zeitgleich der Bau einer Flotationsanlage zur besseren Abscheidung der dioxinhaltigen öligen Phase aus den Sickerflüssigkeiten begonnen. Sie ist die erste Stufe einer vollständigen Behandlungsanlage, die nach schon abgeschlossenen erfolgreichen Vorversuchen auf biologischer Basis mit anschließender Adsorptionsstufe arbeiten wird. Die Flotate ebenso wie die bisher gesammelten Sickeröle sollen in einer mit hohen Sicherheitsvorkehrungen ausgestatteten Anlage verfestigt werden, um sie faßweise in einer Untertagedeponie ablagern zu können. Sämtliche Bemühungen, die Sickeröle in einer geeigneten Verbrennungsanlage beseitigen zu lassen, waren wegen ihres Gehaltes an Dioxinen fehlgeschlagen.

Deshalb wird als F+E-Projekt die Planung einer Hochtemperaturverbrennungsanlage aufgenommen, die in der Lage ist, dioxinhaltige und ähnliche Problemstoffe aus Altdeponien, gegebenenfalls auch aus künftig anfallenden Produktionsrückständen aus dem norddeutschen Raum zu verbrennen. Da ihre Inbetriebnahme noch Jahre auf sich warten lassen wird, begann, ebenfalls als F+E-Projekt, die Planung eines sicheren Zwischenlagers in Modulbauweise für flüssige und feste Deponieinhaltsstoffe.

Trotz der unter der Deponie befindlichen, nicht dichten marschentypischen Weichschichten ist die Situation des Grundwassers glücklicherweise noch nicht besorgniserregend. Deshalb wird zur Zeit untersucht, ob als vorsorgliche Schutzmaßnahme ein bis zu 50 Meter tief reichendes, gegen Chemikalien resistentes Dichtwandsystem um die Deponie realisiert werden soll, oder ob auch allein hydraulische Methoden zur Verhinderung einer Schadstoffausbreitung im Grundwasserleiter in Frage kommen. Für eine Dichtwand müßte ein Technologietest vor Ort durchgeführt werden. Die Möglichkeiten hydraulischer Schutzmaßnahmen werden anhand eines zur Zeit aufgestellten mathematischen Transportmodells untersucht, nachdem schon Pumpversuche stattgefunden haben. Weitere F+E-Projekte befassen sich mit

- den Möglichkeiten eines forcierten Entzugs der in der Deponie geschätzten eine Million Kubikmeter mobilen Stauflüssigkeiten, um die wichtigsten Medien zur Mobilisierung der Schadstoffe zu entfernen,
- der Anlage von Testfeldern zur Verbesserung des Abdecksystems,
- der Dichtigkeit des tertiären Glimmertons unter der Deponie,
- Reinigungsmethoden des Deponiegases, falls erforderlich,
- Verfestigungsmöglichkeiten hochkontaminierter Deponiematerialien *zur schadlosen* Wiederablagerung.

Die Beschreibung des Sanierungskonzepts wäre nicht vollständig ohne die Nennung der sich im Aufbau befindenden Analyseeinrichtungen und der Erarbeitung von *maßnahmebezogenen* Arbeitsschutzvorschriften: Auch im Rahmen von F+E-Projekten wird im Zusammenhang mit dem Bau der Flotationsanlage ein Sicherheitslabor auf der Deponie erstellt und an der Universität Hamburg ein Umweltlabor insbesondere für die Durchführung schneller Dioxinanalysen eingerichtet. Für Schnellanalysen direkt vor Ort soll ein auf dem Markt befindliches mobiles Massenspektrometer weiterentwickelt werden, das auch wichtige Aufgaben im Rahmen der Arbeitsschutzmaßnahmen erhalten wird.

Neuland betreten werden mußte auch bei der Erarbeitung maßnahmebezogener Arbeitsschutzvorschriften. Die Problemstellung war die Sicherung gegen die von hochgiftigen Substanzen, wie zum Beispiel den Dioxinen, ausgehenden Gefahren, die, anders als im Produktionsbereich, bei den Sanierungsmaßnahmen plötzlich irgendwo in zunächst unbekannter Zusammensetzung auftreten können.

Wir glauben, mit dem beschriebenen, von Senat und Bürgerschaft *gebilligten Sanierungskonzept nicht* nur den Notwendigkeiten einer effektiven Umweltschutzaufgabe Rechnung zu tragen und damit am Modellbeispiel der größten Altdeponie Europas auch die Erwartungen des Umweltbundesamtes (Berlin) und des Bundesforschungsministeriums (Bonn) hinsichtlich einer vorbildlichen Sanierung, sondern auch bezüglich neuer Technologieentwicklungen zu allgemein anwendbaren Sanierungsmethoden zu erfüllen.

KLAUS WOLF

Die Sonderdeponie zwischen den Stadtteilen Veddel und Wilhelmsburg (links), der Autobahn Hamburg–Hannover/Bremen und der Norddeutschen Affinerie (rechts) FOTO: AP; Freigabe Luftamt Hamburg 306/1983

Baudirektor Klaus Wolf war bis vor kurzem Beauftragter für die Sanierung der Deponie Georgswerder und ist jetzt Leiter der neu eingerichteten Hauptabteilung Flächensanierung bei der Baubehörde Hamburg.

Gülle bleibt Gülle oder: Umweltgesetze ins Leere

Umweltschutz wird auch durch das Strafgesetzbuch gewährleistet. Seit 1980 gibt es dort den 28. Abschnitt, der vorsätzliche und fahrlässige Verunreinigungen der drei Umweltmedien – Luft, Wasser, Boden – mit Strafe bewehrt.

Leider ergeben sich aber aus den Formulierungen der Gesetzgeber einige Probleme. Anschaulich dafür ist zum Beispiel ein Fall, in dem ein Amtsträger der Wasserbehörde nicht gegen von ihm erkannte Umweltbeeinträchtigungen einschreitet.

Zunächst wird von der Lehre, unter anderem mit Hinweis auf den Wortlaut der Vorschriften, bestritten, daß Amtsträger sich überhaupt nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches über Umweltschutz verantworten müssen. Erfährt also ein Amtsträger, daß sein Nachbar Altöl in den Gully gießt, besteht unabhängig vom konkreten Schaden für den Amtsträger ein dienstlicher Ermessensspielraum, einzuschreiten oder nicht. Das bedeutet, daß eventuelles Nichteinschreiten strafrechtlich ohne Folgen bleiben kann.

Werden die Amtsträger aber dennoch zur Verantwortung gezogen, ist immer noch fraglich, ob es in diesem Fall, der zuvor einem Staatsanwalt dienstlich bekannt geworden sein muß, zu einer Hauptverhandlung kommt. Denn die Strafprozeßordnung läßt es zu, daß der Staatsanwalt das Verfahren bei Zahlung von ihm zu bestimmender Summen an gemeinnützige Stellen einstellen kann.

Bemerkenswerter als diese Aspekte eines sanktionierten Vollzugsdefizits aber ist die Lage mancher Bürger. Die Europäische Gemeinschaft stimuliert Mastviehproduktion. Landwirte aber, die hierzulande diesen Tätigkeitszweig betreiben, stehen vor Entsorgungsproblemen, die in manchen Bundesländern nur unter Inkaufnahme einer – dem Gesetzeswortlaut nach – strafbaren Handlung lösbar sind.

Die ungeheuren Mengen sogenannten Wirtschaftsdüngers sind das Hauptproblem. Der Dünger darf nicht auf die Felder, weil das Güllefahren nach unserem Recht – über ein landwirtschaftlich vertretbares Maß hinaus – kein Düngen mehr ist, sondern Abfallbeseitigung. Außerdem haben die Länder teilweise Gülle-Verordnungen erlassen, in denen Höchstmengen pro Bodentyp festgelegt sind. So weit, so gut.

Der Landwirt aber hat bislang überhaupt keine andere Wahl, als die Gülle der durch Marktanreize aufgebauten Mastviehproduktion auf die Felder zu fahren. Denn Güllebanken – an denen Düngerverbraucher kaufen und diejenigen, denen er nutzlos zufällt, verkaufen können –, existieren bei uns nicht. Damit hat der Gesetzgeber den Landwirt in die Nähe eines Straftatbestandes getrieben, dessen Damoklesschwert sich nicht ohne weiteres entziehen kann, wer seine wirtschaftliche, im EG-Marktgeschehen geformte Existenz nicht aufs Spiel setzen möchte.

Das Fazit: Weder die Zusammenfassung und Ergänzung der umweltschützenden Strafbestimmungen im Strafgesetzbuch, noch Gülleverordnungen und dergleichen reichen aus, einen vernünftigen Umweltschutz zu gewährleisten, über dessen Notwendigkeit wohl niemand ernstlich diskutieren muß. Die Beseitigung des bis heute beklagten Vollzugsdefizits für den vernünftigen Umweltschutz muß weiter konkretes (nicht erklärtes) Ziel aller Beteiligten bleiben.

MARKUS WESSEL

PHOTOVOLTAIK / Starke Solarzellen öffnen neue Märkte

Chance für den Mittelstand

Der Traum ist ausgeträumt, die Photovoltaik, also die direkte Umsetzung von Sonnen- in elektrische Energie, kann zumindest auf absehbare Zeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht mit der herkömmlichen Stromproduktion konkurrieren. *Professor Adolf Goetzberger vom* Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg: „Es war eine Illusion."

Realität aber wurde der kommerzielle Einsatz von Photovoltaik dort, wo kleine Energiemengen unabhängig vom Netz benötigt werden. Bei der Armbanduhr zum Beispiel oder beim Taschenrechner. Energiezufuhr über Knopfbatterie ist hier extrem teuer: Eine Kilowattstunde, aus der Steckdose eine Pfenniglappalie, kostet für die Armbanduhr sagenhafte 36 000 Mark, die gleiche Leistung aus der Taschenrechner-Batterie verschlingt noch immer 9000 Mark. Solarzellen liefern den Mini-Strom billiger.

Wieder einmal waren die Japaner als erste am Ball, allein im vergangenen Jahr produzierten sie 90 Millionen solargetriebene Taschenrechner. „Jetzt ist dieser Markt voll", sagt Joachim Benemann von Interatom in Bergisch-Gladbach, einer für den Vertrieb von Solaranlagen zuständigen Siemens-Tochter.

Neue, leistungsstärkere Zellen aber machen Produkte mit einer Leistung bis zu 100 Watt für die Photovoltaik interessant, und dieses Marktsegment, so die Fraunhofer-Gesellschaft, „ist eine alte Domäne der deutschen Elektroindustrie". Goetzberger sieht hier ein erfolgversprechendes Betätigungsfeld für die mittelständische Industrie.

Schon heute floriert der Handel mit Produkten, die durch Photovoltaik ohne großen Investitionsaufwand und ohne umständliche Wartung Licht an jedem Punkt der Erde ermöglichen: Signalbojen auf den Meeren, Warnlampen auf arabischen Berggipfeln und Straßenlampen in Katar leuchten bereits durch Solarenergie.

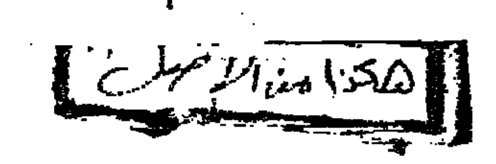
Schon kursieren auch die ersten Angebotskataloge: Der photovoltaische Weidezaun für 1100 Mark oder 875 Mark ab 100 Stück, Solargeneratoren für Verkehrsampeln, das Solar-Set für Ferienhaus oder Berghütte, weniger als 200 Mark teuer und ausreichend für Nachtlicht, Radio und Fernseher.

Siemens wird bis Mitte des Jahres einen tropentauglichen Solar-Fernseher für etwa 3500 Mark entwickeln, der sich für Bildungsprogramme in der Entwicklungshilfe eignet. Auf der boot '86 in Düsseldorf zeigte Joachim Benemann, wie sich der Skipper den Bordstrom vom Himmel holen kann.

„Ans Verkaufen denken wir dabei noch nicht in erster Linie", erklärt der Interatom-Geschäftsführer das Messe-Engagement. „Wir wollen über diese weithin noch unbekannte Technik erst einmal aufklären." Noch immer wird die Strom liefernde Solarzelle mit dem Sonnenkollektor für die Warmwasserbereitung verwechselt. Joachim Benemann hat entsprechende Erfahrungen: „Wenn wir eine solargetriebene Wasserpumpe vorstellen, langen die Leute ins Wasser und sind enttäuscht, weil's kalt ist."

Mit einer Limousine von BMW demonstriert *Benemann einen kuriosen* Effekt: Über Solarzellen, die ins Schiebedach eingebaut sind, treibt die Sonne im abgestellten Fahrzeug einen Ventilator an, wenn die Sonnenstrahlen den Wagen unangenehm aufheizen. Beim Fahren wird der Schiebedach-Strom der Batterie zugeführt.

PETER SCHMALZ



HAUSMÜLL / Recycling verändert Zusammensetzung

Verpackungsabfall wird oft überschätzt

Bekanntlich befinden sich zahlreiche Angaben über das Abfallaufkommen, über seine Zusammensetzung, über das Recycling und über die Müllbeseitigung in Umlauf. Allein die Hausmüllmenge wird dabei gelegentlich mehr als doppelt so hoch angegeben, als sie übersehbar wirklich ist. Der Einfluß der Verpackungen auf das Abfallvolumen wird oft weit überschätzt.

Ein fundiertes Datengerüst, auf das sich viele Fachleute längst geeinigt haben, bietet die sogenannte Bundesweite Hausmüllanalyse 1979/80. Sie wurde unter dem Titel „Abfallverwertung in der Bundesrepublik Deutschland" 1984 vom Bundesministerium für Forschung und Technologie zusammenfassend veröffentlicht.

Man kann davon ausgehen, daß die Mengen sich bis heute nicht wesentlich verändert haben. Der Verpackungsanteil am Hausmüllaufkommen beträgt 25 Gewichts-Prozente. Aufgrund des höheren Recyclings bei Glas und Metallen dürfte er inzwischen eher geringer geworden sein.

Rund eine Million Tonnen Altpapier gesammelt

Auch vom Schüttvolumen des Hausmülls machen Verpackungen auf keinen Fall mehr als 25 Prozent aus. Das stoffliche Recycling erfaßt neben Papier vorwiegend Verpackungen aus Glas und Metall. Bei der Verbrennung werden auch die Karton- und Kunststoffverpackungsmengen erheblich reduziert. Je nach Verdichtungsgrad beträgt der Verpackungsanteil des auf der Deponie eingebauten Mülls 20 bis 30 Prozent. Zu keinem Zeitpunkt erreichen Verpackungen im Hausmüll etwa die vom Umweltbundesamt und interessierten Kreisen immer wieder behaupteten 50 Volumen-Prozent.

Die Erfassung von Altpapier aus Haus- und Geschäftsmüll hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen und dürfte inzwischen rund eine Million Tonnen erreicht haben. Auch die Altglas-Sammlung konnte weiter gesteigert werden. Nach den Angaben der Glasindustrie beträgt sie rund 0,8 Millionen Tonnen. Von den 0,5 Millionen Tonnen Schrott, die überwiegend per Magnet aus dem Müll herausgeholt werden, sind knapp die Hälfte Weißblech und damit dem Verpackungsbereich zuzuordnen. Aus dem Gewerbemüll stammen vermutlich auch noch ein paar Tausend Tonnen anderer Stahlverpackungen.

Die Kernfrage der Abfallbeseitigung lautet nach wie vor: Wieviel Müll muß letztlich auf den Deponien eingebaut werden? Man kann auch noch weiter fragen: Und wieviel Verpackungen sind dabei?

Kein politischer Handlungsbedarf

Von der Gesamtproduktion an Verpackungen werden rund 60 Prozent im Haushalt und in dem ihm nahen Gewerbebereich verbraucht. So weit sie nicht wiederverwendet werden, gelangen die Verpackungsabfälle in den Müll.

Der Anteil dieser Verpackungen an den Siedlungsabfällen beträgt wie beim Hausmüll fast auf den Punkt genau 25 Prozent. Der Anteil an der zu deponierenden Menge liegt aufgrund des relativ hohen Verpackungsanteils im stofflichen Recycling mit 23 Prozent leicht darunter. Bezogen auf das Deponievolumen ist er noch geringer.

Die in der Umweltdiskussion immer wieder als kritischer Faktor hochgespielten, ausgewählten Getränkeverpackungen bringen nach Angaben aus dem Umweltbundesamt insgesamt nur noch rund 1,2 Millionen Tonnen Abfall auf die Deponie. Die bereits geringen Mengen machen heute weniger als 5 Prozent der Siedlungsabfälle aus. Das entspricht auch ihrem Volumenanteil auf Deponien.

Veränderungen der Einweg/Mehrweg-Relation in den zur Diskussion stehenden Segmenten des Getränkemarktes können beliebig ausfallen. Sie werden weder eine „Müllawine" eindämmen, noch können sie eine solche auslösen. Ihr Wirkungspotential macht höchstens ein Prozent der Abfallbilanz aus. Auf dieser Grundlage läßt sich weit und breit kein politischer Handlungsbedarf gegen Verpackungen ableiten.

OLAF OELSEN

TECHNIK / Zirkulierende Wirbelschicht (ZWS), der „eingebaute Saubermacher"

Eine neue, umweltfreundlichere Generation von Kraftwerken

In der Kraftwerksindustrie hat sich aufgrund einer Reihe von äußeren Umständen ein Kraftwerkstyp mit einer neuen Verbrennungstechnik entwickelt, der für alle Beteiligten Vorteile verspricht. Gemeint ist die Wirbelschichtfeuerung und hier besonders die Technik der Zirkulierenden Wirbelschicht (ZWS); diese neue Technik wurde zuerst von der Firma Lurgi GmbH in Frankfurt entwickelt.

Diese Technik erlaubt es, praktisch alle Arten von festen Brennstoffen – auch solche mit sehr hohen Schwefelgehalten – zu verbrennen, ohne daß besondere nachgeschaltete Rauchgasreinigungsanlagen nötig wären: Braun- und Steinkohle, Anthrazit, Ölschiefer, Petrolkoks.

Die Verbrennung in der Zirkulierenden Wirbelschicht verfügt über „eingebauten Umweltschutz", da hier der Brennstoff zweistufig bei niedrigen Temperaturen zur NOx-Unterdrückung verbrannt und gleichzeitig durch Zugabe von Kalkstein der Schwefel eingebunden wird. Nachgeschaltete Rauchgasentschwefelungs- oder Entstickungsanlagen, wie sie bei konventionellen Kraftwerken erforderlich sind, werden überflüssig. Lediglich die üblichen Entstaubungsanlagen sind weiterhin erforderlich.

Zur Zeit sind drei Anlagen in Betrieb

Besonders der Markt für kleinere und mittelgroße Kraftwerkseinheiten – Stichwort Wärme/Kraftkoppelung – interessiert sich für die neue Technik. In der Bundesrepublik Deutschland befinden sich derzeit drei Anlagen mit rund 450 MW (Megawatt) thermischer Leistung in Betrieb.

Da ist zunächst die erste industrielle ZWS-Anlage bei den Vereinigten Aluminiumwerken AG in Lünen, in der Abfallkohle mit einem Aschegehalt von bis zu 50 Prozent verbrannt wird; dann ein Heizkraftwerk bei den Stadtwerken Duisburg, in dem zwanzigprozentige Ruhrballastkohle eingesetzt wird, sowie eine Anlage im Heizkraftwerk bei den Stadtwerken Flensburg, die Importkohle aus aller Welt verbrennen wird.

Das Heizkraftwerk in Duisburg ist die derzeit größte ZWS-Anlage der Welt mit einer Leistung von 100 MW. Ihre Dampfleistung mit 535 Grad Celsius, 150 bar Hochdruckdampf sowie einer Zwischenüberhitzung von 535 Grad Celsius und 34 bar zeigen, daß die Wirbelschichttechnik trotz ihrer relativ niedrigen Verbrennungstemperatur von 850 Grad Celsius zur Erzeugung von Dampf mit höchsten Dampfdaten benutzt werden kann.

Die genannten Anlagen wurden alle von der Lurgi in Verbindung mit renommierten Kesselbauern (Deutsche Babcock: Lünen und Duisburg; Lentjes: Flensburg) gebaut. Von den zehn Wirbelschichtanlagen, die im vergangenem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag gegeben wurden, konnten die Frankfurter Anlagenbauer sechs für sich verbuchen.

In den USA erfährt die Wirbelschichttechnologie ebenfalls einen schnellen Aufschwung. Während es in der Bundesrepublik Deutschland vor allem der Umweltschutz ist, der seinen Niederschlag in der Großfeuerungsanlagenverordnung oder der TA Luft findet und vom Kraftwerksbetreiber neue Konzepte verlangt, ist es in den USA insbesondere ein Bundesgesetz – Power Utility Recovery Performance Act (Purpa) –, das Anlagen begünstigt, die gleichzeitig Elektrizität und Wärme an Verbraucher abgeben.

Dieses US-Bundesgesetz schreibt den örtlichen Kraftwerksunternehmen vor, den bei der Wärmeerzeugung produzierten Strom zu den Preisen zu verkaufen, die entstanden wären, wenn die Kraftwerksgesellschaft den Strom mit eigenen Anlagen erzeugt hätte.

Durch diese Regelung ist es möglich, für Kraftwerksanlagen auch kleinerer Größe langfristige Stromabnahmeverträge mit dem jeweiligen Elektrizitätsversorgungsunternehmen abzuschließen, wodurch die relativ kapitalintensiven Kleinanlagen leicht zu finanzieren sind. Aufgrund der Vorteile, die dieses Gesetz bringt, sind in den USA eine ganze Reihe von Firmen entstanden, deren Ziel es ist, solche Kraftwerke mit Wärme/Kraftkoppelung zu bauen und zu betreiben.

Die amerikanische Lurgi-Tochter baut derzeit zusammen mit der Firma Combustion Engineering, dem Partner auf der Kesselseite, drei ZWS-Kraftwerksanlagen, die nach dem Prinzip des Purpa-Gesetzes von Dritten finanziert und betrieben werden. Es sind dies Kraftwerke in Ione (Kalifornien) sowie in Westwood und Kline Township (Pennsylvanien).

In Ione wird als Brennstoff eine von ihrem Wachs befreite Braunkohle eingesetzt – ein Abfallprodukt. Die Anlage erzeugt 15 MW Strom.

Große Bandbreite der verwendbaren Brennstoffe

Darüber hinaus liefert sie Wärme in Form von Dampf und Heißluft an den Betrieb, der aus der vor Ort abgebauten Braunkohle das Wachs gewinnt. Der Strom wird im Rahmen von Langzeitverträgen an das Unternehmen „Pacific Gas and Electric" abgegeben.

Die beiden Anlagen in Pennsylvanien verbrennen Überreste aus dem Anthrazitbergbau, die sich in Form von riesigen Abraumhalden über weite Gebiete dieses Bundesstaates erstrecken. Die Firmen, die die ZWS-Kraftwerke planen, sind gleichzeitig Besitzer dieser Waschberge.

Alle drei Beispiele zeigen, daß die Kombination von ZWS-Technik, die den Einsatz von Billigstbrennstoffen ermöglicht, zusammen mit dem in den USA zur Energieeinsparung erlassenen Purpa-Gesetz eine neue Art von Industrie aufleben lassen, deren Ziel es ist, kleine und mittelgroße Kraftwerke zu bauen und zu betreiben. Daneben spielen auch in den USA verschärfte Umweltbestimmungen eine Rolle.

Insgesamt hat Lurgi derzeit in den USA sieben ZWS-Kraftwerke in Auftrag. Darunter ist eines, das die große Bandbreite der verwendbaren Brennstoffe zeigt: Waschberge (40 Prozent Asche), Petrolkoks (zwei Prozent Asche, sechs Prozent Schwefel), hochflüchtige bituminöse Kohle (fünf Prozent Schwefel), Erdöl, Erdgas sowie Biomassen.

HUBERT LIENHARD

20 Prozent Waschmittel könnten gespart werden

Wer heute seinen Waschautomaten, seinen Kühlschrank oder seinen Elektroherd durch ein neues Modell ersetzt, handelt umweltfreundlich. Denn die „Neuen" gehen sparsamer mit Energie und Wasser um. Sie verringern die Schadstoffbelastung des Wassers und arbeiten angenehm leise.

Ein moderner Waschautomat braucht für ein Kochwaschprogramm mit 95 Grad Celsius und Vorwaschgang kaum 2,5 Kilowattstunden und nur wenig mehr als 100 Liter Wasser. Vor zehn Jahren waren dafür noch drei Kilowattstunden und 150 Liter Wasser nötig. Die ersten Waschautomaten aus den 50er Jahren benötigten fast fünf Kilowattstunden und nahezu 200 Liter Wasser.

Ähnliche Fortschritte machten die elektrischen Geschirrspüler. Diese Geräte begnügen sich heute mit 1,8 Kilowattstunden und 25 Liter Wasser für das Spülen des Tagesgeschirrs einer vierköpfigen Familie im Normalprogramm mit 65 Grad Celsius. Anfang der 70er Jahre waren dafür noch 2,6 Kilowattstunden und 70 Liter Wasser erforderlich. Für das Spülen der entsprechenden Geschirrmenge von Hand werden nach einer Untersuchung des Bundesministeriums für Forschung und Technik im Schnitt etwa 2,6 Kilowattstunden und 50 Liter Wasser eingesetzt.

Mehr Strom und Wasser gespart als vereinbart

Die beachtlichen Einsparungen sind das Ergebnis konstruktiver Verbesserungen, die die deutsche Elektro-Hausgeräte-Industrie einführte, ohne daß gesetzliche Auflagen sie dazu gezwungen hätten.

Anfang 1980 sagten die Hersteller dem Bundeswirtschaftsminister zu, den spezifischen Energieverbrauch von Elektro-Großgeräten bis 1985 um bestimmte, auf das Jahr 1978 bezogene Werte, zu senken.

Sie konnten in der selbstgesetzten Frist erreicht und zum Teil sogar überschritten werden. Bei Geschirrspülern war zum Beispiel eine Einsparungsrate von zehn bis 15 Prozent prognostiziert. Erreicht wurden 27 Prozent. Bei Elektro-Backöfen wurden 14 Prozent erzielt. Waschmaschinen sollten um sieben bis zehn Prozent sparsamer werden. Der erreichte Wert liegt bei 15 Prozent. Bei Kühl- und Gefriergeräten hat man 24 Prozent gegenüber den versprochenen 15 bis 20 Prozent und bei Warmwasserspeichern 27 Prozent gegenüber acht bis zehn Prozent erreicht. Möglich wurden diese Erfolge zum Beispiel beim Waschautomaten durch Optimierung des Verhältnisses von Laugen- und Spülwassermenge zu Wäschemenge sowie exakteres Steuern der Wassermengen und Temperaturen.

So wenig Waschmittel wie technisch möglich

Weitere Beispiele für Hausgeräte mit niedrigen Verbrauchswerten sind Kühl- und Gefriergeräte mit besonders wirksamer Wärmedämmung, umschaltbare Herde mit wählbarer Backofenbeheizung, optimaler Isolierung und präziseren Steuerungen für die Garvorgänge, Wäschetrockner mit elektronischer Erfassung der Restfeuchte sowie die Geschirrspüler mit dem Vario-Sprühverfahren, bei dem der obere und untere Sprüharm im Wechsel arbeiten.

Nach der erfolgreichen Reduzierung der Strom- und Wasserverbrauchswerte lautet das vordringliche Ziel nun Verringerung der Schadstoffbelastung im Wasser. Dieses Thema ist im Hinblick auf die soeben von der Bundesregierung beschlossenen Änderung des Waschmittelgesetzes hochaktuell. Das Gesetz beinhaltet nicht nur verschärfte Auflagen bezüglich der Bestandteile von Wasch- und Reinigungsmitteln, sondern enthält auch Forderungen an die Gerätehersteller. Danach sollen Waschmaschinen künftig so beschaffen sein, daß sie so wenig Waschmittel wie möglich brauchen.

Würde jeder der rund 24 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland einen der von den Herstellern bereits angebotenen „Öko-Waschautomaten" verwenden, könnten bei einem Gesamt-Waschmittelverbrauch von 700 000 Tonnen pro Jahr – rein rechnerisch – fast 140 000 Tonnen Waschmittel gespart werden. Ein wirksamer Beitrag zur Entlastung der Gewässer und zum Schutz der Umwelt.

GISELA SCHLAUERSBACH

SAARLAND / „Abfallberater" sollen jetzt die Bevölkerung aufklären

Der Dreck muß weg – doch die Parteien streiten um das „Wie"

Eigentlich sind sich alle saarländischen Politiker einig: Der Müll muß weg, und das möglichst umweltfreundlich. Die Fehler der Vergangenheit, als die Abfälle ungeachtet ihres Giftgehaltes und ihrer möglichen Wiederverwertbarkeit schlicht aufeinandergekippt und liegengelassen wurden, sollen nicht wieder gemacht werden. Doch die Vorstellungen der Politiker und ihrer Experten über die Beseitigung der riesigen Halde von zusammengerechnet immerhin 550 000 Tonnen Hausmüll im Jahr gehen zwischen Regierung und Opposition in dem kleinsten Flächenland meilenweit auseinander. Auf den ersten Blick entzündet sich der Streit wieder einmal an dem oft geleugneten Widerspruch von Ökonomie und Ökologie.

Die Müllbeseitigung wurde im Saarland zum Thema, als Oskar Lafontaines Schattenminister Jo Leinen im vergangenen Jahr im Landtagswahlkampf ankündigte, das von der CDU-Regierung geplante Müllheizkraftwerk in Völklingen/Wehrden werde unter seiner Ägide nicht das Licht der Welt erblicken. Er werde die Verbrennung des Mülls nicht dulden, erklärte Leinen; sie sei schlicht „zu dreckig". Und überdies stelle sie eine Verschwendung der ja bekanntlich immer knapper werdenden Ressourcen dar.

Hochgestecktes Ziel: Bis zu 80 Prozent weniger Müll

Das umweltpolitische Aushängeschild des ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten im Saarland kündigte als Alternative zu den herkömmlichen Verfahren der Müllbeseitigung ein „ökologisches Konzept" an, das mit dem bloßen Verbrennen zugunsten eines wohlorganisierten Recycling Schluß machen soll.

Nachdem die SPD auf der Regierungsbank Platz genommen hatte, setzte Leinen seine Ankündigung in die Tat um und verfügte zunächst den Bauverzicht eines Heizkraftwerks. Kurz vor Weihnachten kündigte er dann ein neues Abfallwirtschaftsgesetz nebst neuem Abfallwirtschaftsplan an. Beides soll, so das Saarbrükkener Umweltministerium, im Frühjahr vorliegen.

Leinen steckte das Ziel hoch: Um bis zu 80 Prozent soll der Müll, der normalerweise schließlich auf den Deponien landet, reduziert werden. Das Rezept: Getrennte Mülleinsammlung. Für den Sondermüll, der gegenwärtig nach Frankreich ausgeführt wird („Müll-Tourismus") soll eine einheimische Lösung in Form einer Sondermüll-Deponie gefunden werden.

Doch CDU- und FDP-Opposition machen Front gegen die Vorstellungen Leinens. Die Debatte um den Müll ist mittlerweile emotionalisiert. Die Widersacher Leinens malen das Schreckgespenst des „Müllchaos" (FDP-Chef Horst Rehberger) an die Wand. Die CDU ist erbost, weil Leinen und die Landesregierung ein fertig ausgearbeitetes Müllkonzept des Kommunalen Abfallbeseitigungsverbandes (KABV), an dessen Spitze der CDU-Mann Heinrich Schüssler steht, über den Haufen geworfen hat.

Ein Konzept wurde über den Haufen geworfen

Das KABV-Konzept ist ein integriertes Modell, in dem die Errichtung eines weiteren Müllheizkraftwerkes eine wesentliche Rolle spielt. In seiner ersten Stufe sieht dieses Konzept die Wertstoff-Sortierung und -Nutzung vor, so weit sie ökonomisch machbar ist, erläuterte Schüssler der WELT. Das zweite Standbein ist die „Schadstoffentfrachtung". Im Klartext: Schadstoffe, wie Batterien, sollen erst gar nicht in den Hausmüll gelangen. An dritter Stelle steht die Verbrennung, die Leinen reduzieren möchte. Was schließlich an Müll noch übrig bleibt, soll deponiert werden.

Bei der Favorisierung eines weiteren Müllheizkraftwerkes neben der Anlage in Neunkirchen (Kapazität: 100 000 Tonnen pro Jahr) spielt die Überlegung eine entscheidende Rolle, daß ein Großteil der vorhandenen Abfall-Deponien schon verfüllt ist. Von den gegenwärtig zwölf Deponien für Hausmüll im Saarland werden nach Angaben des Abfallbeseitigungsverbandes 1987 nur noch drei zur Verfügung stehen.

Die CDU bezweifelt, daß nach dem Rezept Leinens nur noch 20 Prozent des Mülls zur Verfüllung übrigbleiben. Der CDU-Politiker glaubt nicht, daß die Bürger die getrennte Einsammlung in dem von dem Umweltminister kalkulierten Ausmaß mitmachen werden. Schüssler rechnet daher mit 80 Prozent an Restmüll, für den dann die reduzierten Deponiekapazitäten nicht ausreichen würden.

Zweifel wurden darüber hinaus an der Einschätzung des sozialdemokratischen Umweltministers laut, die getrennt eingesammelten Stoffe schließlich auch vermarkten zu können. Und nur der Weiterverkauf der kollektierten Masse würde einen Verlust in Millionenhöhe vermeiden. Für den in der CDU wegen seiner organisatorischen Fähigkeiten geschätzten Schüssler ist das ökologisch motivierte Konzept Leinens ökonomisch daher nicht tragbar: „Wenn man den Abfall mit viel Engagement des Bürgers und sehr großem finanziellen Aufwand sortiert und die wiederverwertbaren Stoffe herausnimmt, sie dann aber anschließend nicht vermarkten kann, landen sie letztlich wieder auf der Deponie. Das ist volkswirtschaftlich Unsinn." Aber auch die ökologischen Folgen seien kaum kalkulierbar: „Wenn Leinen bei seiner Ansicht bleibt, dann wird in den nächsten drei Jahren der Müllnotstand im Saarland nicht zu vermeiden sein."

Die neuen Deponien, die der Umweltminister anlegen lassen müßte, würden in einigen Jahren zu Altlasten, mit denen auch andere Bundesländer heute schon zu kämpfen haben. Die aus dieser Politik resultierenden Kosten hätten die Bürger nach Einschätzung Schüsslers dann in zehn bis 20 Jahren zu tragen. Deshalb sei die thermische Behandlung des Mülls (Heizkraftwerke) „die in Zukunft wichtigste Säule der Abfallbeseitigung".

Hoffnung auf verbesserte Technik bei Kraftwerken

Schüssler setzt darüber hinaus auf den Fortschritt der Technik, der gerade im Umweltbereich schnell voranschreite. Schließlich könnte, so der CDU-Politiker, die Technik der Verbrennungskraftwerke verbessert, die Emissionen verringert werden. „Einmal angelegte Deponien können aber nicht verbessert werden", so Schüssler. Er verweist darauf, daß gegenwärtig das Werk in Neunkirchen umgerüstet und mit einer Rauchgasentgiftungsanlage versehen wird.

Unterdessen hat sich Leinen darangemacht, das umweltpolitische Bewußtsein der Bürger in seinem Sinne zu beeinflussen. Er forderte die Gemeinden auf, „Abfallberater" zu engagieren. Diese sollen die Bürger über die vielfältigen Möglichkeiten der Verwertung von Hausmüll informieren, Anleitungen nennen zum Kompostieren und Tips für die Vermeidung von Abfällen geben. Doch die Kommunen beklagen in jüngster Zeit immer häufiger ihre finanzielle Lage. Ob sie Geld für „Abfallberater" ausgeben, ist deshalb fraglich.

ULRICH REITZ

„Pirol“ auf Ölteppich-Jagd in der Deutschen Bucht

Eisiger Wind fegt über die Betonpiste. Die Rotorblätter eines aufsteigenden Hubschaubers peitschen die Luft. Schnee wirbelt auf. Fünf Männer in orangefarbenen Thermoanzügen und Schwimmwesten wenden sich ab, halten sich die Ohren zu. Als der Hubschrauber über den Tower davonknattert, rüsten auch sie sich für ihren Flug. Sie beladen den *Helikopter Puma SA 330 mit Video*kamera, Kontrollmonitor, Fotoausrüstung – Utensilien für die Beweissicherung. Dann ist das Team des Bundesgrenzschutzes (BGS) auf dem Landeplatz Fuhlendorf bei Bad Bramstedt (Schleswig-Holstein) startklar für seinen Routineeinsatz über der Nordsee. Für die Jagd nach Umweltsündern auf dem Meer.

„Hier Pirol, brauchen Sie unsere Hilfe? Bitte kommen!“ Schon kurz nach dem Start nimmt Pilot Hans-Jürgen Jahnke per Funk Kontakt zur Wasserschutzpolizei (WSP) auf. Bei Brunsbüttel schwimmt auf der Elbe ein Schiff inmitten einer großen Öllache. „Schaden und Ursache erkannt“, krächzt es durch den Kopfhörer, „danke“. Die Ordnungshüter vor Ort brauchen diesmal die Hilfe aus der Luft nicht. So dreht der Hubschrauber ab, *weiter flußabwärts, Richtung* Feuerschiff Elbe 1 und dann weiter hinaus aufs offene Meer.

Viermal in der Woche spähen Pilot und Co-Pilot, Navigator, Nautiker und der Beweissicherungsbeamte auf ihren rund drei Stunden dauernden Erkundungsflügen nach Umweltsündern in der Deutschen Bucht. Sie suchen Öl auf dem Wasser.

Die in den Spektralfarben leuch*tenden Schlieren sind auch aus 500* bis 1000 Fuß Flughöhe (etwa 150 bis 300 Meter) deutlich zu erkennen. Elf Meilen, also etwa 20 Kilomter südöstlich von Helgoland entdeckt Pilot Jahnke eine Öllache und umkreist sie: „Eine Seemeile mal zweihundert Meter groß.“

In dem eingespielten Team kennt jeder seinen Part: Polizeiobermeister Jochen Brun vom BGS-See klinkt die *Sicherheitsleine ein, öffnet die Hub*schraubertür und schultert die Video-Kamera. Der Schmierfilm auf dem Wasser wird aus allen Blickwinkeln als Beweisstück auf Video gebannt; der Übeltäter ist leider weit und breit nicht zu sehen. Sonst würde auch das umwelt-sündende Schiff mit seinem Ölschweif aufgenommen. Vor allem von Backbord oder von Steuerbord, also von der Seite, an der es *die naturschädliche Flüssigkeit ab*läßt. Denn Filmaufnahmen sind gute Beweise.

Um ganz sicher zu gehen, nehmen die fliegenden Umweltpolizisten auch eine Wasserprobe. Jochen Brun, der Kameramann am offenen Ausstieg, führt den Piloten zum Ölfleck. An einer Seilwinde läßt Brun ein spezielles Schöpfglas herab, das nur Oberflächenwasser aufnimmt.

Dieses zweite Beweismittel wird nach der Landung vom Deutschen Hydrographischen Institut (DHI), Hamburg, überprüft und mit Proben aus den Tanks verdächtiger Verschmutzer verglichen. „Die chemische Analyse ist beweiskräftig, wenn die Proben zu etwa 80 Prozent übereinstimmen“, erklärt Flug- und Einsatzleiter Erich Huppert.

Doch diesmal kann der Umweltsünder nicht identifiziert werden. Er hat seine Spuren hinterlassen und ist, vermutlich mit „Volle Fahrt voraus!“, unerkannt verschwunden.

Für 35 *Prozent* der Nordseeverschmutzung durch Erdöl ist nach Ansicht des Deutschen Hydrographischen Instituts, der Schiffsverkehr verantwortlich. Dies gilt besonders seit der Rohölverteuerung in den siebziger Jahren. *Die Schiffe* verwenden verstärkt preiswertes Öl minderer Qualität, das jedoch an Bord aufbereitet werden muß. Abfallprodukte gehören dann eigentlich in Tanks, doch je billiger das Öl, desto *mehr Rückstände, die irgendwann die* Lagerkapazitäten überschreiten. Da greift mancher Seemann schon mal zu einem einfachen Hilfsmittel, der Pumpe.

Das Umweltbundesamt (UBA), Berlin, schätzt, daß bei *der Aufbereitung an* Bord etwa 0,5 Prozent des verbrauchten Kraftstoffes als Abfall übrigbleiben. Ein 25 000-Tonnen-Schiff mit 6000 PS verbraucht pro Tag immerhin rund 30 Tonnen Treibstoff. Und etwa 140 000 *Schiffe* passieren jährlich die *Deutsche Bucht. Der* Bundesgrenzschutz ist mit zwei Patrouillenbooten und der Flugstaffel aufgrund der „Verordnung zur Übertragung von Aufgaben auf dem Gebiet der Seeschiffahrt zur Ausübung auf den Bundesgrenzschutz und die Zollverwaltung“ vom 1. Juli 1982 als Umweltschützer auf und über dem Deutschen Festlandssockel unterwegs.

Seitdem gehört er zum „Sicherheitsverbund Nordsee“, in dem alle auf der Nordsee zuständigen Vollzugskräfte des Bundes und der Länder zusammenarbeiten. Um Leerlauf und Überschneidung zu vermeiden, koordiniert der „Zentrale Meldekopf“ in Cuxhaven Streifenpläne und Einsätze. An ihn meldet auch das Helikopter-Team seine Beobachtungen.

Konnte ein Umweltsünder festgestellt werden, versucht dann ein Patrouilleboot oder – innerhalb der *Drei-Meilen-Zone* und der Küstenbox um Helgoland – die zuständige Wasserschutzpolizei an Bord des verschmutzenden Schiffes zu gelangen, um dort die notwendigen Proben zu entnehmen.

Läßt der Kapitän dies zu, wird der *Job natürlich erleichtert.* Ansonsten gilt es, die Verhältnismäßigkeit zu wahren. „Wegen einer kleinen Öllache können wir kein Schiff stoppen“, erklärt Siegfried Gehrke vom Grenzschutzkommando Küste. „Aber wir haben die Möglichkeit, über das Bundeskriminalamt mit ausländischen Behörden zusammenzuarbeiten, die dann in den Zielhäfen der Schiffe die notwendigen Proben entnehmen.“

Außerdem gilt es, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Häfen nicht aus dem Auge zu verlieren. „Wir machen jede Umweltschutzauflage mit, wenn eine einheitliche Handhabung in allen Häfen der Nachbarländer garantiert ist“, betont Lothar Jolmes vom Zentralverband Deutscher Seehafenbetriebe.

So sei die Absicht Innenminister Zimmermanns, die Nordsee zu einem Sondergebiet zu erklären, in das weder Öl, Chemikalien noch Schiffsmüll gekippt werden dürfen, durchaus zu begrüßen. Voraussetzung sei jedoch, daß alle Anrainerstaaten die Bedingungen akzeptieren, so daß die Wettbewerbsbedingungen gleich blieben.

Das Umweltschutzreferat im Bundesinnenministerium will das *„Sondergebiet-Nordsee“-Projekt* bei der im November 1987 in London stattfindenden Nordsee-Schutzkonferenz weiter verfolgen. Das Vorhaben war bei der vergangenen Konferenz 1984 gescheitert.

92 Gewässerverunreinigungen „größeren Ausmaßes“ wurden 1985 festgestellt und zur Anzeige gebracht. 45 Verursacher konnten ermittelt werden, *heißt es in* der Bilanz des BGS-See und der Grenzschutz-Fliegerstaffel.

Die Umweltschützer in der Luft und auf dem Wasser sind froh, daß das Strafmaß inzwischen angehoben wurde. „Solange die Bußgelder immer noch billiger sind als die ordnungsgemäße Abfallbeseitigung, nützt unsere Arbeit wenig.“

Doch im vergangenen Oktober wurden zwei Ingenieure des ägyptischen Motorschiffs „Neferititi“ vom Hamburger Amtsgericht zu zehn beziehungsweise drei Monaten Haft verurteilt – wenn auch zur Bewährung. Und dennoch entkommen noch viel zu viele Umweltsünder. Und das nicht zuletzt, weil es dem BGS an der Ausrüstung mangelt.

Die Hubschrauber können *nur* die Hälfte des Gebietes des deutschen *Festlandssockel überfliegen. Was* sich hinter der Hubschrauber-Leistungsgrenze tut, bleibt den Umweltschützern verborgen. Außerdem müßten die Helikopter allwettertauglich und mit besserem Radar ausgerüstet sein. Auch die beiden Patrouilleboote sind bei rauher See nur bedingt einsatzfähig.

Das Innenministerium *wollte* für die Anschaffung von zwei Booten 52 *Millionen Mark im Haushalt einset*zen. Doch nach Gesprächen mit dem Finanzministerium wurde der Betrag gestrichen. Für die Nachrüstung der Hubschrauber sind bislang nirgends Mittel veranschlagt.

300 000 Mark aus dem diesjährigen Bundesetat werden für eine Studie ausgegeben, die prüft, welche Einsatzmittel zur Verbesserung des Umweltschutzes auf der Nordsee ge*braucht werden. Sie muß dem Haus*haltsausschuß des Bundestages Ende April von der Bundesregierung vorgelegt werden.

Die Helikopter drehen ab – „Hier Pirol an Tower, trete Rückflug an. Vereisung“, meldet Pilot Jahnke nach anderthalb Flugstunden. Ob in dem aufkommenden Schneesturm irgendein Kapitän den Befehl zum Ölpumpen gibt?

MARTINA SCHLINGMANN



Über der Nordsee fahndet das BGS-Kommando Küste nach Umweltsündern: Wasserprobe vom Hubschrauber aus. *FOTO: DPA; Freigabe Luftamt Hamburg 1027/85*

EG / 100 Umwelt-Richtlinien trotz fehlender Handhabe

Für Europäer kommt der Schmutz vom Nachbarn

Sitzungen des Umwelt-Ministerrates gehörten früher nicht zu den beachteten Brüsseler Veranstaltungen. Das hat sich geändert, seit der Streit um das Katalysator-Auto vor einem Jahr in der EG fast den freien Warenverkehr in Frage stellte. Die Bundesregierung mußte bekanntlich zurückstecken und ihren Zeitplan für die obligatorische Einführung des umweltfreundlichen Autos den Wünschen der EG-Partner anpassen.

Ob der erzielte Kompromiß (der noch immer mit einem dänischen und griechischen Vorbehalt belastet ist) für die Verhinderung des Waldsterbens ausreicht, ist eine Frage, über die sich streiten läßt. Zum ersten Mal ist jedoch in der EG der Versuch unternommen worden, Handels- und Umweltinteressen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

In Zukunft wird es derartige Verhandlungen wohl häufiger geben. Denn Staats- und Regierungschefs der EG haben seit 1983 mehrfach persönlich auf die Notwendigkeit gemeinsamer Umweltmaßnahmen hingewiesen. Treibende Kraft war dabei Bundeskanzler Helmut Kohl.

Begonnen hatten die Bemühungen um eine gemeinsame Umweltpolitik bereits auf dem Pariser Gipfeltreffen 1972. Damals wurde die EG-Kommission erstmals mit der Ausarbeitung eines Programms beauftragt, in dem vor allem das „Verursacherprinzip“ akzeptiert wurde. Ausgangspunkt war die Überlegung, daß Schadstoffe nicht an den Grenzen der Einzelstaa*ten haltmachen.*

In der Praxis ist es freilich schwierig, für die EG gemeinsame Mindestnormen zu entwickeln. Das liegt an der geographischen Lage der Mitgliedsländer, an widerstreitenden industriellen Interessen und an einem unterschiedlich entwickelten Umweltbewußtsein.

Den Briten zum Beispiel kommt zur Hilfe, daß der Wind meistens aus Westen weht. Sie brauchen daher nicht zu fürchten, daß ihnen Schadstoffe aus fremden Industrieanlagen die Luft verunreinigen. Auch die Industrieableitungen in die eigenen Flüsse fallen weniger auf, da sie rasch ins Meer gelangen. Dagegen ist der Rhein schon verschmutzt, bevor er die niederländische Grenze passiert.

So ist die *britische* Regierung der Ansicht, daß die Festlegung von höchstzulässigen Emissionswerten zumindest für die Inselstaaten der Gemeinschaft nicht notwendig sei. Sie betrachtet die Lage Großbritanniens als einen natürlichen Standortvorteil und will sich allenfalls auf die Fixierung gemeinsamer Qualitätsziele festlegen lassen.

Für die kontinentalen EG-Länder läuft die britische Politik dagegen auf eine Wettbewerbsverzerrung hinaus. Die höheren Belastungen der Industrie durch strenge Emissionsnormen verteuern die Produkte.

Die EG-Bürger sehen die Umweltgefährdung nicht nur von Land zu Land unterschiedlich, sie machen durchweg auch eher die Nachbarn als sich selbst für die Verschmutzung von Luft und Gewässern verantwortlich. Nach einer Umfrage der EG-Kommission glaubten 1984 38 Prozent der befragten Deutschen „sehr starken“ und 41 Prozent „ziemlich starken“ Grund zur Klage über den Zustand der Luft zu haben. In Großbritannien dagegen nur 24 beziehungsweise 30 Prozent. In fast allen Mitgliedsländern empfanden die Bürger die Verschmutzung, die durch Wind und Wasser von außen ins Land getragen wird, als gravierender als die Schmutzquellen im Inland.

Hemmend wirkt auch, daß nicht selten verläßliche wissenschaftliche Erkenntnisse über die Schadstoffe fehlen und daß es noch keine ausreichenden Erfahrungen über Kosten *und Vorteile* einer bestimmten Me*thode* zur Begrenzung von Umweltschäden gibt. Auch qualifiziertes Personal gibt es nicht unbegrenzt. Die Politiker sind wegen der Kompliziertheit der Probleme häufig überfordert.

Immerhin ist es in den vergangenen zwölf Jahren gelungen, mehr als 100 EG-Richtlinien und Beschlüsse zu Umweltfragen zustande zu bringen. Dies ist beachtlich, zumal die Römischen Verträge für den Umweltschutz keine eindeutige Zuständigkeit der Gemeinschaft festlegte.

Im Reformpaket von Luxemburg ist nun nach 30 Jahren erstmals eine klare Rechtsgrundlage geschaffen worden. Ein eigenständiges Kapitel soll im Europavertrag die Schwerpunkte für eine einheitliche Umweltpolitik umreißen.

WILHELM HADLER